



KODAK GRAY SCALE

C

Red-Filter Negative

Cyan Printer

M

Green-Filter Negative

Magenta Printer

Y

Blue-Filter Negative

Yellow Printer

.10

.20

.30

.50

.70

M

1.00

1.30

1.60

B

1.90



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

2301 143 2
143

Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten

des
Königreichs Hannover
und des
Herzogthums Braunschweig.

In zwanglosen Heften herausgegeben

von
C. P. Gans,
Advocaten in Göttingen.

Nunquam retrorsum.

Braunschweig, Verlag von Friedrich Vieweg. 1831.

Inhalt.

- I. Ankündigung, als Vorwort.
- II. Die Staats-Verfassung und Staats-Verwaltung des Königreichs Hannover.
Eine Stizze.
- III. Verhandlungen in der zweiten Kammer der allgemeinen Stände-Verammlung
über die Pressfreiheit.
- IV. Ueber Veräußerlichkeit und Theilbarkeit bäuerlicher Güter.
- V. Ueber Landeshoheit in ihrer Collision mit Privat-Eigenthum.
- VI. Gerechtigkeit ist Ehre des Staats.
- VII. Miscelle. — Feinden. Meiergefälle.

Kürzlich sind erschienen:

Ueber geschichtliche Entstehung, Charakter und zeitgemäße Fortbildung

der landständischen Verfassung

des Herzogthums Braunschweig und Fürstenthums Lüneburg. Von A. de Dobbeler, Advocaten in Braunschweig. gr. 8. geb.

Deutschlands Vergangenheit und Zukunft,
die Gefahren, welche ihm drohen, und die Mittel, denselben zu begegnen. Ein Wert der Zeit, des Friedens und der Einigung an die Regierungen und an die Nation. Von Dr. Ernst Münch. Zweite verbesserte und mit einem zweiten Sendreiben vermehrte Auflage. gr. 8. geb. 12 Gr.

Historische Rückblicke, Politische Zeitstimmen
und Vaterländische Ermahnungen. An die Deutschen, von Dr. Ernst Münch. Erstes Heft. gr. 8. geb.

Das Großherzogthum Luxemburg,
integrierender Theil des deutschen Bundes, in seinen ältern und neuern historisch-rechtsrechtlichen Verhältnissen, mit Widerlegung der in dem Rapport des bisherigen Gr. Ministers des Auswärtigen an den Regenten geltend gemachten Behauptungen. Von Dr. Ernst Münch. gr. 8. geb.

Bemerkungen eines Veteranen über edle Pferde.
Veranlaßt durch die Schrift des Hrn. Baron v. Biel auf Weidenhof in Mecklenburg, über diesen Gegenstand. Vom Grafen von Lindenau, Königl. Preussischen Generalleutnant etc. gr. 8. geb. 16 Gr.

Geschichte Polens unter Stanislaus August.
Eine Darstellung der dreißigjährigen Untergängen der Polnischen Nation, ihrem Vaterlande aufzuweisen. Von Joachim Seiwert, ehemaligen Professor an der Universität in Wilna, gegenwärtig Mitgliede der Polnischen Nationalregierung. Aus der noch ungedruckten Originalhandschrift übersezt von A. v. Drake. gr. 8. geb. 16 Gr.

Ueber die Einigung

der Handels-Interessen Deutschlands.

Von A. v. Almsberg, Herzogl. Braunsch. Kammer- und Ober-Legationsrath. gr. 8. geb.

Die Bedeutung deutscher Bürgerbewaffnung
geschichtlich entwickelt. Bei Gelegenheit der Fahnentweih der Braunschweiger Bürgergarde allen Bürgergarden uners Vaterlandes gewidmet. 6 Gr.

Ueber die

Nothwendigkeit durchgreifender Reformen
bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands. Mit einleitenden Bemerkungen über die von Hrn. v. Strombeck vor Kurzem abgehandelte Frage: Was ist Rechts, wenn die oberste Staatsgewalt dem Staatsworte entgegensteht? Von K. H. Jürgens. gr. 8. geb. 16 Gr.

Wünsche der Braunschweiger,

zur Beherzigung bei den bevorstehenden landständischen Verhandlungen vorgetragen und erläutert. Erstes Heft: Ueber Verbesserung der Volkserziehung. Von K. Steinacker. gr. 8. geb. 4 Gr.

Zur Erläuterung

der Landschafts-Ordnung von 1820.

Von Gottfr. Phil. v. Bülow, Herzogl. Kammer-Director, Probst zu St. Gertrud bei Schöningen und Commandeur des Königl. Hannoverischen Land-phen-Ordens. gr. 8. geb. 16 Gr.

Staatswissenschaftliche Mittheilungen,
vorgelegt in Beziehung auf das Herzogthum Braunschweig, von Friedrich Karl von Strombeck, kaiserlich-russischen Geheimen-Rathe, Oberappellationsrath, Mitgliede des hohen Ausschusses der Braunschweiger Landschaft. Erstes und zweites Heft. gr. 8. geb. 16 Gr.

Ueber die

Verarmung der Städte und des Landmanns

und den Verfall der ländlichen Gewerbe im nördlichen Deutschland, besonders im Königreiche Hannover.

Verfuch einer Darstellung der allgemeinen Hauptursachen dieser unglücklichen Erscheinungen und der Mittel zur Abhilfe derselben von S. P. Gans, Advocaten in Celle. Dritte Aufl. gr. 8. geb. 6 Gr.

Erwiderung

auf die von dem Herrn Oberkassener- und Landes-Oeconomie-Rath Baring herausgegebenen Bemerkungen zu meiner Schrift: Ueber die Verarmung der Städte und des Landmanns u. s. w. in Beziehung auf Steuereinzahlungen, Gemeinheitsleistungen und Verpögelungen. Als Nachschrift zur dritten Auflage der obgenannten Schrift von S. P. Gans, Advocaten in Celle. gr. 8. geb. 4 Gr.

Einige Bemerkungen,

veranlaßt durch die in Hannover erschienene Broschüre: Uebersichtliche Darstellung einer Schlußschrift, welche unter dem Titel: „Anlage des rums Münster vor der öffentlichen Meinung“ in dem Königreiche S verbreitet worden ist. gr. 8. geb.

Deutschland und die Reform,

mit besonderer Beziehung auf Hannover. Von Dr. Erwin v. d. Nothenburg.

Der Aufstand der Braunschweiger

am 6. und 7. September, seine Veranlassung und seine nächsten Folgen. Offiziellen Mittheilungen begleitet. gr. 8. geb.

Betrachtungen

über den Aufstand der Braunschweiger

und den gewünschten endlichen Regierungsverhältnisse. Hr. Durchlaucht des Herzogs Wilhelm von Braunschweig-Oels. Aus dem Standpunkte des Naturrechts, des positiven Staatsrechts und der Politik. gr. 8. geb. 4 Gr.

Was ist Rechts,

wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes entgegensteht? Erörtert und beantwortet von Friedrich Karl v. Strombeck, Geheimen-Rathe, Oberappellationsrath und Mitgliede des engern Ausschusses der Braunschweiger Stände. Dritte, mit Zusätzen vermehrte Auflage. gr. 8. geb. 8 Gr.

Die Rechtsache des Freiherrn v. Sierstörpff,

welcher der verletzten Erbscheidung gegen St. Durchlaucht den Herzog Carl zu Braunschweig-Lüneburg beschuldigt worden. Als Beitrag zur Geschichte der Braunschweiger Stände und Deutschen Bundes-Anstalt, in einer J. von Hensel und Ummerrungen herausgegeben von Dr. Georg Bra zu Wolfenbüttel. gr. 8. geb. 16 Gr.

Beiträge zur

Geschichte des Herzogthums Braunschweig.

Erster Beitrag. Das Herzogthum. System des Herzogthums Braunschweig geschichtlich verfolgt und erläutert von W. J. L. Bode, Magistrate's Director zu Braunschweig. gr. 8. geb. 16 Gr.

Darstellung der

Englischen Staatsverfassung,

von George Canning. Aus dem Englischen mit Anmerkungen, Zusätzen und einem Vorworte über die Englische Schul- und Universitäts-Verfassung. gr. 8. geb. 1 Thlr. 16 Gr.

Die Ruinen,

oder Betrachtungen über die Revolutionen der Reiche, und das natürliche Geschick von C. F. Grafen von Volocy, Pair von Frankreich. Aus dem Französischen von Georg Förster. 7te Auflage, mit einem Vorwort über das Leben des Verfassers vom Grafen Daru, Pair von Frankreich. Mit Kupfern gr. 8. Fein Velinpaq. geb. 1 Thlr. 8 Gr.



Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten

des
Königreichs Hannover
und des
Herzogthums Braunschweig.

In zwanglosen Heften herausgegeben

von
E. P. Gans,
Advocaten in Gelle.



Braunschweig, Verlag von Friedrich Vieweg. 1831.

I. Ankündigung, als Vorwort.

Seit vielen Jahrhunderten war es zum ersten Male, daß in den Stammländern des Suelphischen Regenten-Hauses, im Königreiche Hannover und in dem Herzogthume Braunschweig, der gewöhnliche ruhige Gang der Regierungen aus innern Ursachen gestört und zum Theil unterbrochen wurde. In beiden Staaten ist das constitutionelle Leben von neuem erwacht, und zwar mit einer Kraft und in einer Ausdehnung, die für dessen Dauer, so wie für dessen Wohlthätigkeit sichere Bürgschaft leisten.

Laut hat der Wunsch der Unterthanen aller Klassen für Verbesserungen und Veränderungen in der Staats-Verfassung, dem Staats-Haushalte und der Staats-Verwaltung sich ausgesprochen; laut ist die Gerechtigkeit dieses Wunsches, und die Nothwendigkeit der Reformen selbst da anerkannt worden, wo das Stabilitäts-System seinen natürlichen Sitz hat, in der Regierung und den Landständen, und preußisch schnell folgen auf einander die Vorschläge zu Veränderungen und Verbesserungen, die in einer minder bewegten Zeit, unter weniger drängenden Umständen, Decennien lang der Berathung unterliegen, und vielleicht das Licht der Welt nie erblickt haben würden.

Regierung, Landstände und Unterthanen haben die Nothwendigkeit eines erneuerten Staats-Grund-Gesetzes, und einer erweiterten Repräsentation der Staatsbürger anerkannt, und sonach

ist auch von beiden verfassungsmäßigen Staats-Gewalten, in ihrer jetzigen Zusammensetzung, ein provisorischer Zustand zugestanden worden, der allein schon genügt, den Wunsch zu rechtfertigen, daß das Feld der Berathung über die wichtigen Angelegenheiten des Vaterlandes, und der Vorschläge zu Veränderungen und Verbesserungen, von denen das Wohl vieler Generationen abhängig sein wird, eine größere Ausdehnung erhalte, als der so sehr beschränkte Raum landständischer Verhandlung zu gewähren vermag.

In Baiern, Württemberg, Baden und Sachsen ist dieser Wunsch, der selbst nach der Vollendung der organischen Reformen in den drei erwähnten dieser Staaten noch nichts an seiner Kraft verloren hat, längst erreicht; für Hannover und Braunschweig aber fehlt es gänzlich an einem Organe, um die Ansichten und Wünsche derjenigen, die mit reger Liebe für das Vaterland, Kraft und Kenntniß vereinigen, zum Nutzen desselben wirken zu können, zur Kenntniß der Regierung und der Landstände zu bringen.

Zast allgemein ist dieser Mangel fühlbar geworden, und von so vielen und so höchst achtbaren Seiten ist der Unterzeichnete aufgefordert worden, sich der Redaction einer jenen Mangel abhelfenden Flugschrift zu unterziehen, so viele edle, gebildete Män-

ner haben sich zur regen Theilnahme an derselben verpflichtet, und der Herr Verleger ist so sehr zu Allem erbötig gewesen, was dieses vaterländische Unternehmen erleichtern und fördern mag daß der Unterzeichnete dieser Aufforderung sich nicht länger hat entziehen mögen, und eine solche Zeitschrift von jetzt an in zwanglosen, aber möglichst schnell auf einander folgenden Hefen erscheinen wird.

Die Tendenz derselben ist klar ausgesprochen, und mit fester Hand wird jede Ueberschreitung deren Grenzen zurückgewiesen werden.

Diese Blätter stehen Allen offen, welche mit redlichem Willen Kenntniß vereinigen, um über die Angelegenheiten des Vaterlandes ein gebiiges Wort aussprechen zu können. Jeder Beitrag dieser Art, an die Verlags-handlung oder an die Redaction gerichtet, wird willkommen seyn. Die Herren Einsender

erhalten, wenn sie nicht ausdrücklich eine andere Bezeichnung oder ihre Namensunterchrift vorziehen, nach der Reihe, wie sie ihre Beiträge einsenden, eine Nummer.

Die Namen der Einsender bleiben Geheimniß der Redaction; eben deshalb aber wird auch den für die Redaction anonymen Beiträgen keine Aufnahme gestattet werden können.

Möge dieses rein-vaterländische Unternehmen Billigung und Theilnahme finden, und dem Vaterlande den Beweis geben, daß es ihm nicht an Männern fehle, die das höchste Ziel ihrer Bestrebungen darin setzen, zu dessen Wohlfahrt nach ihren Kräften beizutragen.

Gelle, im Juni 1831.

E. V. Sans,
Avocat.

II.

Die Staats-Verfassung und Staats-Verwaltung des Königreichs Hannover.

Eine Skizze.

Die Nothwendigkeit von Veränderungen und Verbesserungen in der Staats-Verfassung und der Staats-Verwaltung des Königreichs ist von allen Ständen und allen Gewalten anerkannt.

Der bereits von der Regierung vorausgesehene Antrag der Stände-Versammlung, auf die Feststellung eines der Zeit und den Bedürfnissen der Nation entsprechenden Staats-Grund-Gesetzes, ist in den beiden Kammern der Landstände schon durch die Berathung gegangen, und die neue Constitution wird, ohne daß dieses irgend einem Zweifel unterworfen werden kann, einen eben so organisirenden Einfluß auf die Verfassung, als auf die Verwaltung üben.

Die Stände-Versammlung hat es für nöthig gefunden, um eine jede revolutionaire Anregung zu vermeiden, gleich in ihrem Antrage zu erkennen zu geben, daß das Bestehende die Basis der künftigen organischen Gesetzgebung bilden müsse, und es verdient dieses den größten Beifall, sobald, wie von dem freisinnigen Geiste, welcher in den Ständen vorwaltet, nicht anders vorausgesetzt werden darf, unter jener Basis des neu aufzuführenden Baues nur die amnoch gesunde Grundlage des alten verfallenen Gebäudes gemeint ist, und man sich wohl hütet vor dem

verderblichen Mißgriff, baufällige Theile des alten Gebäudes selbst, seyen sie auch fest mit der Grundlage verwachsen, für diese selbst irrend anzusehen, und durch solche verfallene Reste Grundlage und Neubau zu gleicher Zeit zu verderben.

Der in dem Vorworte ausgesprochenen Tendenz dieser Zeitschrift gemäß, bilden sonach die bisherige Staats-Verfassung und Staats-Verwaltung des Königreichs ihrerseits ebenfalls theils die Basis, theils den Vergleichungs-Punkt aller künftigen Verhandlungen, wenigstens des größten und wichtigsten Theils derselben; es ist also eine übersichtliche Skizze derselben, nicht für die Mitarbeiter, denn bei diesen wird Kenntniß der Verfassung und Verwaltung vorausgesetzt, sondern für einen Theil der Leser nothwendig, und Einsender dieses bittet, diesem gleichsam einleitenden Aufsatze einige Aufmerksamkeit zu schenken, da in der Folge vielleicht oft genug auf denselben zurückgewiesen werden wird.

Die

Staats-Verfassung

des Königreichs ist, mit Ausnahme dessen, was die Person und die Familie des Staats-Oberhauptes betrifft, ein Zusammengesetztes von in den verschiedenen Provinzen des Königreichs verschiedenen sich gestaltender, theils aus dem frühesten Mittelalter, theils aus spätern Zeitpunkten herkommender, theils freiwillig von der obersten Gewalt concedirter, theils in Zeiten der Noth oder Schwäche von ihr erzwingener, Institutionen, und theils geschriebener, theils ungeschriebener und nur im Herkommen erkennbarer Gesetze, die, voll von Unbestimmtheiten und Widersprüchen,

eines jeden Systems ermangeln, und nur einer verwirren und verwirrenden Darstellung fähig sind. Als rother, durch die gemeinsame Verwirrung laufender Faden, ist allein erkennbar das Recht einer oder der andern Klasse adeliger oder freier Grundbesitzer und dieser oder jener Corporationen, beratend oder an der Gesetzgebung und Steuer-Bewilligung Theil nehmend, auf diese oder jene Handlungen der Landes-Regierung einzuwirken.

Durch das Patent, die Verfassung der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs betreffend, vom 7. December 1819 ¹⁾, ist in allen diesen wirren Verhältnissen nichts geändert, sondern nur theilweise eine äußere Form festgesetzt worden, in welcher sie sich in der Zukunft manifestiren sollen. Vielmehr ist in diesem Patente, §. 6, ausdrücklich beantwortet: daß, »da es keinesweges die Absicht sey, (durch dasselbe) eine neue, auf Grundgesetzen, welche durch die »Erfahrung noch nicht bewährt sind, gebaute ständische Verfassung einzuführen, also auch die allgemeine Stände-Versammlung im Wesentlichen künftig dieselben Rechte ausüben solle, »welche frühherin den einzelnen Provinzial-Landschaften, so wie »auch der bisherigen provisorischen Stände-Versammlung zugestanden haben, namentlich das Recht der Bewilligung der, be- »huf der Bedürfnisse des Staats erforderlichen Steuern, und der »Mitverwaltung derselben unter Concurrenz und Aufsicht der »Landesherrschaft, das Recht auf Zurückziehung bei neu zu er- »lassenden allgemeinen Landesgesetzen, und das Recht, über die »zu ihrer Berathung gehörigen Gegenstände Vorstellungen ein- »zubringen.«

Nur theilweise ist aber jene durch das Patent vom 7. December 1819 bezweckte Form ständischer Rechte festgesetzt worden, da neben der allgemeinen Stände-Versammlung ²⁾ auch die Provinzial-Landschaften in ihrer, wenn auch überaus geschwächten Wirksamkeit erhalten worden sind, und in deren Beziehung an denselben Orte erklärt worden ist, daß »über alle, »das ganze Königreich betreffenden, zur ständischen Berathung »verfassungsmäßig gehörenden Gegenstände, nur mit »den allgemeinen Ständen des Königreichs communicirt, dage- »gen alle diejenigen Angelegenheiten, welche nur die eine oder die »andere Provinz angehen, und zu einer ständischen Ber-

»athung geeignet sind, auch fernerhin an die betreffenden »Provinzial-Landschaften gebracht werden sollen.«

Sonach läßt sich, in ihren feststehenden Theilen, die Staats-Verfassung Hannovers nur dahin bestimmen:

Hannover ist ein monarchischer Staat; die oberste Staats-Gewalt mit allen ihren Attributen ruhet in der Person des Königs, und erbt auf seinen nächsten männlichen Verwandten, mit Ausschluß der Frauen; einige Klassen von adeligen und freien Gutsbesitzern, mehrere Städte und Stifter haben das Recht, durch Deputirte eine Corporation zu bilden, die unter dem Namen »Landsstände« das Recht haben, Steuern zu bewilligen, an deren Verwaltung Theil zu nehmen, über manche Gesetze um Rath gefragt zu werden, und Vorstellungen an die Landesherrschaft ergehen zu lassen; welches letztere Recht indeß, nach den neuesten landesherrlichen Erklärungen, auch jedem andern Unterthanen zusteht.

In allem Uebrigen aber, was nach den Ausführungen der bewährtesten Lehrer des Staatsrechts und der größten Staatsmänner Europa's und den unablässigen Forderungen des Jahrhunderts, zu den wesentlichsten, mit Klarheit bestimmbar Theilen einer wohlgeordneten Staats-Verfassung gehört, lassen sich, hinsichtlich Hannovers, mehr oder minder nach den einzelnen Provinzen, aber auch in dieser Hinsicht kaum bestimmbar, nur verneinende Begriffsbestimmungen geben, d. h. es läßt sich darüber durchaus nichts anders sagen, als:

- 1) mit Bestimmtheit lassen sich nur die Grenzen des Königreichs angeben und dessen Bestandtheile, nicht aber, was innerhalb derselben zum Staats-Gute oder zum Familien- oder Privat-Gute des Landesherren gehört;
- 2) die Rechte der Unterthanen, neben ihren Pflichten, hinsichtlich ihrer Religion, ihres Eigenthums, ihrer Denk- und Redefreiheit, haben sich stets des Schutzes der Regierung zu erfreuen gehabt; allein durch Gesetze ist keines dieser Rechte ausgesprochen, und der Umfang und die Grenzen derselben ermangeln einer festen Bestimmung;
- 3) die nur, mit gänzlicher Ausschließung des Bauern und fast gänzlicher Ausschließung des Bürger- und Mittelstandes, auf einige Klassen der Grundbesitzer sich beschränkende Repräsentation der Unterthanen, ist nur in ihrem Daseyn, nicht aber in ihren Rechten und Befugnissen durch klare gesetzliche Bestimmungen festgestellt; es ist nicht bestimmt:

- a) welche Wirkungen die Verweigerung des anerkannten Bewilligungs-Rechts, und der von den Landständen ertheilte Rath, wo er gefordert wird, nach sich ziehen muß,

1) Gesetzsammlung vom Jahre 1819, 1ste Abtheil., Heft 26, Nr. 36.

2) Die Zusammenstellung und Verfassung der allgemeinen Stände-Versammlung ist allgemein bekannt, und schon so hinreichend aus dem Staats-Kalender ersichtlich, daß es nicht nöthig ist, auch hier etwas darüber zu bemerken.

b) welches die Gesetze und die Verfügungen der Regierung sind, vor deren Vollziehung der Rath der Landstände gehört werden muß, und welche Wirkungen es haben soll, wenn dieser Rath nicht eingeholt wird,

c) welche Folgen, die von den Landständen eingebrachten Vorstellungen haben sollen, und in wie weit denselben ein größeres Gewicht, als denen der Unterthanen, beigelegt werden muß, oder nicht,

d) welche Wirkungen es haben soll, wenn die erste und die zweite Kammer der allgemeinen Stände-Versammlung, oder die Stände-Versammlung und die Provinzial-Stände in ihren Anträgen nicht übereinstimmen.

Mit einem Worte, die Repräsentation bildet nur eine moralische, nicht aber wirkliche Gewalt im Staate; das durch das Patent vom Jahre 1819 eingeführte Zwei-Kammer-System entbehrt bis jetzt daher seiner eigentlichen Bedeutung, und statt der drei gesetzgebenden Gewalten, welche es voraussetzt, besteht in wahrhafter Realität immer nur die dritte, die des Landesherren. Die allgemein anerkannte, fast von der Gesamtheit der Unterthanen ausgesprochene, und von der allgemeinen Stände-Versammlung vorgestellte Nothwendigkeit eines klaren, festen und sichern Staats-Grund-Gesetzes ist eine Alles überwiegende; erst wenn dieser Nothwendigkeit abgeholfen seyn wird, ist allen andern Verbesserungen eine wahre, ächte Grundlage gegeben, und erst dann wird es sich mit Genauigkeit und Klarheit bestimmen lassen, welches die Verfassung des Königreichs Hannover seyn.

Die Staats-Verwaltung

des Königreichs gehört ohne allen Zweifel zu den wohlgeordneten und wohlgeführtesten der germanischen Staaten, wie wohl sie in ihren obersten Principien noch der organischen Gesetzgebung ermangelt, die das Edict vom 12. October 1822, die Bildung der künftigen Staats-Verwaltung in dem Königreich Hannover betreffend ¹⁾, in keine Weise ersen kann ²⁾.

3) Gesefsamml. vom 3. 1822, Abth. 1., Heft 39, Nr. 58.

4) Einseider dieses kann seine Darstellung nur aus öffentlichen Actenstücken und Handlungen der Staats-Verwaltung entnehmen. Immerhin mögen nicht zur öffentlichen Kenntniß gebrachte Dienst-Instruktionen und Vollmachten Manches näher entwickeln und viele Dunkelheiten lösen, allein so lange sie nicht veröffentlicht sind, können sie auch weder in ihrem Seyn, noch in ihrem Wirken Gesetzen gleichgestellt werden. Auch die neueste Publication des Königl. Cabinets-Ministerii vom 10. Mai 1831, (Gesefsammlung,

An der Spitze der Verwaltung des Königreichs, oder, wie man nach neuerer Terminologie sagen würde, der executiven Gewalt, steht unmittelbar unter dem König, ³⁾ Se. Königl. Hoheit der Vicekönig, im Verein mit dem Staats- und Cabinets-Ministerium, als oberste Landesbehörde, alle Zweige der Staats-Verwaltung umfassend. Das Ministerium übt seine Functionen, theils in besonderer Vollmacht des Königs (Kraft Sr. Königl. Majestät Special-Befehle), theils als oberste Verwaltungs-Behörde aus. Aus öffentlichen Actenstücken sind aber die gegenseitigen Grenzen dieser, in ihrer Natur und ihren Wirkungen die wichtigsten Unterschiede enthaltenden, Functionen nicht bestimm, und selbst von dem Umfange der Special-Vollmacht ist nur das zur öffentlichen Kenntniß gelangt, daß sie auch, aber nicht minder in unbestimmten Umrissen, die wichtige Prerogative des Landesherren, das Vergnügungs-Recht, in sich begreift, da untermischt ohne deutlich zu erkennende Grenzen, wichtige und allgemeine, und geringere und provinzielle Gesetze und Verfügungen bald von dem Könige selbst, bald von dem Ministerium auf Königl. Special-Befehl, bald von dem Ministerium als oberster Staats-Behörde, erlassen werden.

Der Geschäftsgang des Ministeriums ist, entsprechend dem aller übrigen Verwaltungs-Behörden, der collegialische, doch ist die Geschäftsführung getheilt durch Ministerial-Departements, der Art, daß

Ein Staatsminister den Departements der auswärtigen Angelegenheiten, der Finanzen ⁴⁾, der Domänen-, Kammer- und Pollsachen und der Postsachen,

Ein Staatsminister den Departements der Polizei ⁵⁾, der Städte-Sachen, der Bergwerke und der Angelegenheiten des Harzes, und des Handels und der Fabriken,

Ein Staatsminister den Departements der Militairsachen ⁶⁾, der Grenz- und Hoheits-Sachen und der Wegbau-Angelegenheiten,

Ein Staatsminister den Departements der Kostersachen, der Universitäts-Sachen, der geistlichen und

1. Abtheil., Heft 15, Nr. 17.) erweitert diese Kenntniß nicht im Mindesten.

5) Durch eine neueste Königl. Verfügung ist das Ministerium der Finanzen einem besondern Minister untergeben.

6) Auch für diese ist durch eine neueste Königl. Verfügung ein besonderer Chef bestellt.

7) Das Ministerium des Krieges ist ebenmäßig jetzt unter einen besondern Minister gestellt worden.

Schul-Angelegenheiten, der Landes-Deconomie-Sachen und der Lehns-Sachen, endlich

Ein Geheimen-Rath dem Departement der Justizsachen vorsteht.

Solchergegestalt hat, entgegen der, in fast allen Staaten Europa's bestehenden Einrichtung, nach welcher die oberste Staats-Behörde in die Departements des Aeußern, des Innern, der Finanzen, der geistlichen und Unterrichts-Anstalten, der Justiz, des Krieges sich theilt, und jedem ein Minister vorsetzt, ein jeder der Hannöverschen Minister, mit Ausnahme der Justiz-Sachen *) und der Militair-Sachen, Theilen aus allen Verwaltungszweigen speciell vorzustehen.

Dem Ministerium zur Seite, jedoch nur als beratende Behörde, steht das Geheime-Raths-Collegium, zu welchem auch außerordentliche Weisßer berufen werden. Der Geheimerrath tritt zusammen, wenn das Bedürfniß dessen Convocation erfordert; über den Geschäftsgang und die innere Einrichtung desselben ist aber nichts zur öffentlichen Kenntniß gekommen.

Wehr gesondert nach der eigentlichen Natur der verschiedenen Verwaltungszweige sind die unter dem Ministerium stehenden obern Verwaltungs-Behörden, doch nicht der Art, daß nicht auch hier ein Hinüber- und Herübergreifen in verschiedene Zweige der Staats-Verwaltung Statt habe.

Diese Behörden sind

I. Für das Innere:

- a. die unter dem Namen Landdrosteien in den verschiedenen Provinzen des Königreichs angeordneten Provinzial-Regierungen zu Hannover, Lüneburg, Stade, Hildesheim, Denabrück und Aurich. Der Geschäftskreis der Landdrosteien ist, wenn gleich auf die Provinz beschränkt und in untergeordneten Verhältnissen, ganz derselbe wie der des Staats- und Cabinets-Ministeriums, mit dem Unterschiede jedoch, daß in denselben Wirkungskreis, mit alleiniger Ausnahme der Polizei- und Städte-Sachen, auch andere coordinirte, und für gewisse Fälle wieder vorgeordnete Ober-Behörden, eingreifen. Dadurch wird in vielen Fällen der eigentliche Competenz-Punkt, wenigstens für die Unterthanen, unsicher, und selbst unter den Behörden mögen zuweilen Collisionen-Fälle eintreten, die durch die zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Gesetze über die Wirkksamkeit derselben allein nicht ausreichend beseitigt werden können.

*) Ganz ausschließlich ist dieses nicht der Fall, da manche wirkliche Justizsachen zu dem Departement der Domänial-Angelegenheiten und der Landes-Deconomie-Sachen gehören

nen. Bei dem so sehr ausgebreiteten, ohne Ausnahme alle Zweige der Staats-Verwaltung umfassenden, Geschäftskreis der Landdrosteien ist jenes aber fast mit allen andern Oberbehörden der Fall. Am meisten, wie es scheint, ist in einer solchen Lage

- b. die Domänen-Kammer, welcher die Verwaltung des Staats-Grund-Bermögens, ohne überhaupt nur sehr schwer zu treffende Unterscheidung, ob es zum Staats- oder zum Familien- oder Privat-Bermögen des Landes-herrn gehöre, obliegt. Auf solche Art schlägt der Wirkungskreis der Domänen-Kammer auch sehr wesentlich in das Finanz-Departement hinein, doch so, daß ein bedeutender Theil der dorthin gehörigen Geschäfte von andern, von der Domänen-Kammer unabhängigen Instituten versehen wird;
- c. das Landes-Deconomie-Collegium, dessen Geschäftskreis auf Gemeinheits-Theilungen und Verkoppelungen sich beschränkt, bezugsachtet aber von der allergrößten Bedeutung ist für die inneren Verhältnisse der Landestheile, über welche er sich erstreckt;
- d. die Verhauptmannschaft des Oberharzes, eine vollständige Regiminal-Behörde für diesen wichtigen Landestheil;
- e. die General-Direction des Wasserbaus, und
- f. die General-Weg-Bau-Commission, deren beider Geschäftskreis schon hinreichend durch ihre Benennung angezeigt ist.

II. Für die Finanzen,

außer der Domänen-Kammer:

- g. das Ober-Steuer-Collegium, mit den von ihm dependenten Steuer-Directionen in den einzelnen Provinzen, welchen die Leitung und Entscheidung in solchen Steuer-Veranlagungs- und Erhebungs-Angelegenheiten, die von landständischer Bewilligung abhängig sind, auch in desfallsigen Streit-sachen zusteht, die nicht an die Gerichtshöfe gewiesen sind;
- h. das Schatz-Collegium, dessen Geschäftskreis hauptsächlich das Landes-Schuldenwesen, in so weit es zur landständischen Competenz gehöret, aber auch überhaupt eine Oberaufsicht über die Verwendung der Steuern umfaßt;
- i. die Ober-Zoll-Direction, nebst den von ihr abhängigen Zoll-Directionen in den Provinzen, welche in denselben Verhältnissen zu den Zöllen, wie das Ober-Steuer-Collegium zu den Landessteuern, stehen;
- k. das General-Post-Directorium, dessen Geschäftskreis schon hinreichend durch seine Benennung bezeichnet ist;
- l. die General-Steuer-Casse, deren Wirkungskreis alle mit der Erhebung und Veranlagung der, mit ständischer Bewilligung erhoben werdenden Landes-Einkünfte in Verbindung

- stehende Geschäfte, so wie die Binszahlung auf die landständische Landesschuld und die zur Amortisation derselben gehörenden Operationen in sich begreift;
- m. die General-Kasse, deren Wirkungskreis, mit Ausnahme des Amortisations-Geschäfts, derselbe, wie der der General-Steuer-Casse, hinsichtlich der übrigen Landes- und Domänen-Einkünfte ist;

III. Für den Krieg:

- n. das General-Commando, hauptsächlich hinsichtlich des Personals und der militärischen Anordnungen, auch gewissermaßen der Recrutierung;
- o. die Kriegs-Kanzlei, hauptsächlich in Betreff des Materials, der Verwaltung, der Solbzahung u. s. w., aber auch hinsichtlich des Specieilen der Recrutierung, in Verbindung mit den Landdrostseien;

IV. Für die geistlichen und Unterrichts-Anstalten:

- p. die verschiedenen lutherischen und katholischen Consistorien zu Hannover, Stade, Otterndorf, Dsnabrück, Aurich und Hildesheim, welche mit den rein geistlichen Geschäften ausschließlich beauftragt sind, die Verwaltung aber mit den Landdrostseien theilen;
- q. das Dber-Schul-Collegium in Hannover, welches in Unterrichts-Sachen die ausschließliche Behörde ist, aber die Verwaltung ebenfalls mit den Landdrostseien und den städtischen Behörden theilt;
- r. die Kloster-Kammer in Hannover, mit der obren Verwaltung der secularisirten Stifter und Klöster, auch einiger Mannsfister beauftragt;

V. Für die Justiz:

- s. das Oberappellations-Gericht zu Celle, als oberste Justiz-Behörde für das ganze Königreich, mit Ausschluss der Militär-Strafsachen;
- t. das General-Kriegsgericht zu Hannover, für Militär-Strafsachen;
- u. die vorhin erwähnten Consistorien für geistliche, Civil- und Ehecheidungs-Sachen, die jurisdictio ecclesiastica im weitesten Sinne des Worts;
- v. die Justiz-Kanzleien zu Hannover, Celle, Stade, Göttingen, Hildesheim, Dsnabrück, Aurich, Bentheim und Hadeln, und die Mittelgerichte im Lande Hadeln.

Außer diesen Oberbehörden in den verschiedenen Zweigen der Staats-Verwaltung giebt es noch eine Anzahl anderer Mittelbehörden, die aber zum Theil keine Collegia bilden, und auch nicht zu der Selbstständigkeit gelangt sind, um im Bezirke ihrer Geschäfts-Verwaltung allgemeine Verfügungen mit Gesetzeskraft

erlassen zu können. Dazu sind insonderheit die verschiedenen Ober-Justiz-Kemter mit ihren Dependenzien zu rechnen, deren General-Direction ein besonderes Departement bei der Domänen-Kammer bildet.

An diese oberen Behörden reihen sich die Unter-Behörden, fast hauptsächlich die Königlichen Kemter, die Stadtbzhörden und die Patrimonial-Gerichte in sich begreifend, in großer Anzahl an ²⁾, die, in so weit sie nicht als Justiz-Behörden unabhängig und selbstständig sind, in allen übrigen mit ihrem Wirkungskreise verbundenen Verwaltungszweigen, die Befehle aller jener Ober-Behörden zu empfangen und auszurichten haben; weshalb denn in der Regel die Masse der denselben aufliegenden verschiedenartigen Geschäfte sehr groß und zuweilen ganz unbesiegbar ist.

Die öffentliche Wirksamkeit der Staats-Verwaltung des Königreichs zeigt sich hauptsächlich in der

Gesetzgebung,

und gewährt diese seit dem Jahre 1818 durch die regelmäßig erscheinende, in drei Abtheilungen getheilte Gesetz-Sammlung einen, wenn auch nicht leichten Ueberblick über diese gesammte öffentliche Wirksamkeit, da, wie das auch wohl nur sehr schwer einzurichten gewesen wäre, die Ordnung nach den Gegenständen der Gesetzgebung nicht die der Gesetz-Sammlung ist.

Ein allgemeines Regierendes-Princip, ein feststehendes und durchgeführtes System der Verwaltung läßt sich aus diesen Documenten für den Uneingeweihten nicht erkennen, wohl aber ein stetes unablässiges Bestreben, den Zustand des Landes zu verbessern, dessen Cultur und das Glück der Unterthanen zu erhöhen. Eben durch dieselben möchte aber der Ununterrichtete zuweilen zu dem Glauben gebracht werden, daß eines Theils, bei aller so oft, und vielleicht zu entscheidenden, ausgesprochenen Abneigung gegen Lehren der Theorie, hinsichtlich staatsbürgerlicher Garantien, dennoch in Betreff der Verwaltung theoretischen Speculationen zuweilen ein sehr großes Feld eingeräumt werde, andern Theils aber, daß die Lehre von der gesetzgebenden Gewalt überhaupt, in ihrer Unterscheidung von der vollziehenden Staats-Gewalt, und in ihren Gradationen, hinsichtlich ihrer Anwendung, noch sehr im Schwanken begriffen sey, da die Gesetz-Sammlung Verordnungen und Verfügungen des Staats-Oberhauptes, des Ministeriums in seiner doppelten Eigenschaft, und der sämtlichen, namentlich aufgeführten Behörden untermischt enthält, ohne daß die Grenzen der Gewalten in den verschiedenen Geschäftszweigen, und in dieser Hinsicht kaum die vorge-

setzte und untergeordnete ¹⁰⁾, mit Klarheit zu erkennen sind.

Damit schließt Einsender diese, die Verfassung und Verwaltung des Königreichs Hannover nur in äußern leichten Umrissen zeichnende Skizze; sie genügt, zu zeigen, wie viel, ungeachtet anerkannter Vortrefflichkeit im Einzelnen, im Ganzen noch zu hoffen und zu wünschen übrig bleibt, und wie groß, erhaben und schwer die Aufgabe der Regierung und der Stände-Versammlung in dieser wichtigsten Zeit ist, die je über das Königreich aufgegangen. Möge der Allmächtige ihre Beratungen erleuchten, und Segen und Gedeihen schenken ihren Arbeiten, von denen die Ruhe und das Wohl der Nation abhängen und die Erfüllung Aller Wünsche und Hoffnungen.

* 27 *

III.

Verhandlungen

in der zweiten Kammer der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs Hannover,
über die Pressefreiheit.

Vorwort.

Es giebt keinen es treu und edlich mit seinem Vaterlande meynenden Hannoveraner, der nicht mit Liebe und Verehrung auf die Arbeiten der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs in dieser ihrer schönsten Diät blickt, auf Arbeiten, die klares Zeugniß darüber ablegen, wie edlicher Wille und ungeachtet, die Zeit und ihre Forderungen begreifender Verstand auch die größten Mängel der Institution selbst zu überwinden vermag.

Wir freuen uns, in den Stand gesetzt zu seyn, vom nächsten Hefte an die Verhandlungen der zweiten Kammer der Stände-Versammlung in ununterbrochener Ordnung, auf eine durchaus authentische Weise, mittheilen zu können.

10) Vergl. die Landesherzliche, nach vorgängiger Communication mit den Landständen erlassene Verordnung, d. d. St. James', den 6. Julius 1827, Gesefsammlung vom Jahre 1827, Abth. I, Heft 16, Nr. 20, und Ausschreiben der Landdrostei zu Lüneburg, vom 13. August 1827, Gesefsammlung d. 1827, Abth. III, Heft 8, Nr. 58.

Zu den unstreitig allerwichtigsten dieser Verhandlungen, der Sache selbst wegen, gehören aber die über die Pressefreiheit und das neue Staats-Grundgesetz; denn gegen die hohe, folgenreiche, Alles überbietende Wichtigkeit dieser Gegenstände, müssen alle anderen Verhandlungen, selbst die wichtigsten und umfassendsten, nur als Nebenbänge erscheinen, oder vielmehr nur als anticipirte Folgerungen aus den großen, von jenen zu erwartenden Resultaten, als Zurichtung von Materialien zu dem großen Baue, dem jene zur unerschütterlichen Grundfeste dienen sollen.

Wir glauben daher den Wunsch des Publicums zu erfüllen, wenn wir vorläufig die Verhandlungen über die Pressefreiheit als Probe darbieten, vielleicht auch noch die Verhandlungen über das Staats-Grundgesetz, da nach der chronologischen Ordnung diese erst später würden erscheinen können; und bemerken wir nur noch, daß bei der am 14ten Mai Statt gehalten dritten Verathung, über den Antrag auf Pressefreiheit, die früheren Beschlüsse lediglich bestätigt sind.

Die Redaction.

Rede über die Freiheit der Presse, gehalten in der zweiten Kammer der allgemeinen Stände-Versammlung, am 2. Mai 1831,

vom Herrn Dr. Christiani.

„Die Freiheit der Presse,“ sagt der vortreffliche Weißer, „ist nichts anders, als Freiheit der Wahrheit; Freiheit der Wahrheit auf dem wichtigsten Wege, Freiheit ihrer Erwerbung und ihrer Mittheilung.“

Solch hohes und heiliges Gut, meine ich nun, bedarf nicht der Vertheidigung seines Werths; leider aber bedarf es der Vertretung seines Rechts. Es bedarf dieser Vertretung besonders hier zu Lande, wo es seit mehr als einem Jahrhundert in ebernen Banden gehalten worden, und noch jetzt in ihnen schmachtvoll gefesselt liegt.

Der schöne, heilige Schatz des Volks, ihm vorenthalten vom Riesen der Gewalt, gehütet vom Drachen der Censur, — bis auf diese Stunde ist noch keine Hoffnung zu seiner Befreiung gegeben.

Ich erhebe mich heute in diesem Hause, um für die Wiedererlangung solch heiligen Gutes die Vertreter des Volks zu gewinnen; ich thue diesen Schritt in der Hoffnung, daß hier

kein Kampf zu kämpfen, sondern nur ein Bündniß zu schließen seyn wird, um, so es Noth thut, für jenes hohe Gut mit jeder Waffe des Rechts und des Geseges in die Schranken zu treten. Indem ich aber nach den Freunden meine Hand ausstrecke, um treu und innig mit ihnen zusammen zu halten in solchem Kampf, wie in jeder Fährde der Zeit, werfe ich einen langen, traurigen Blick auf die jetzt fast ferne Vergangenheit, auf jene große Zeit, als das deutsche Volk wiedererstand, und alle jugendliche Kraft der Vaterlandsliebe einen neuen Tag über unsre Gauen heraufbeschwor. Wer jene Zeit gekannt hat, jene Zeit der Vaterlandsliebe, voll unerschütterlichen Muths, voll edler Begeisterung, voll glänzender, ach! nur zu trügerischer Hoffnungen, — wer sie gekannt hat, der wird es begreifen, wie bei dem Vergleichen jener Vergangenheit mit dieser Gegenwart, bei dem Gedanken an jenen Krieg und diesen Frieden, bei dem Hinblick auf jenen Sieg und diesen Lohn, dem Redenden bittere Worte sich über die Lippen drängen, Worte des Leids und des Borns, deren Milderung, wenn sie auch frommen sollte, mir dennoch nicht ziemen würde, Worte, mir zugerufen vom Volke in seiner getäuschten Erwartung, in seiner betrogenen Hoffnung, in seiner beleidigten Ehre, in seinem entsetzten National-Gefühl. Denn — als jener ungeheure Mensch gefallen war, der mit dem Blise seines Geistes und seines Schwertes die Welt geblendet und unterjocht hatte, dessen rühmgekrönter Name im Buche der Geschichte das letzte Blatt des vergangenen Jahrhunderts schloß, und auf dem ersten des gegenwärtigen in strahlenden, wie verwitternden Zügen obenan geschrieben steht; als seine Herrlichkeiten alle verblühen, seine Heere geschlagen, seine Kronen gebrochen, seine Reiche zertrümmert da lagen, und er, der einst die Freiheit an die Gewalt verrathen hatte, endlich selbst die Schmach des Gefesselten tragen mußte, nun seine Befreier, die Völker Deutschlands, heimzogen, über den schönen Rheinstrom, arm an edel verschmährter Beute, aber reich an ewigem Ruhm, reich an großen, kendeidenden, nie zu vergessenden Versprechungen ihrer alten Fürsten, Versprechungen für den Frieden und die innere Freiheit des Vaterlandes; — wer von den Hunderttausenden allen, welche den heiligen Boden der Heimath wieder betreten, wer unter ihnen allen hätte da zu zweifeln gewagt, daß nicht mit der äußern auch die innere Freiheit des alten Eichenlandes wieder gewonnen sey? Wer hätte zu glauben gewagt, daß dieses große, starke und treue Volk, das für seine Fürsten Alles getragen, Alles gewagt, Alles dahin gegeben, und ihnen Alles wiedergewonnen hatte, nun nicht den einen einzigen Lohn hätte empfangen sollen, den auch der ärmste Fürst ihm zu geben reich genug war — das heilige, uralte, göttliche Erbgut: Gedanken-Freiheit? — O, des armen getäuschten

Volkes! Bis auf diese Stunde ist es ihm, allen goldnen Versprechungen zum Trost, hartnäckig vorenthalten, und die Diener der Fürsten haben sich angeeignet, ihm noch seiner seinen Genuß mißtraulich zu schmälern und zu verkümmern!

Da die Saden nun also stehen, liegt mir die traurige Pflicht ob, die Geschichte des Presszwangs für den deutschen Bund seit dem Befreiungskriege, für Hannover seit mehr als einem Jahrhundert, dem Hause in kurzen Umrissen vorzulegen. Die Fürsten Deutschlands, welche mit den übrigen Herren der Welt sich auf dem Wiener Congreß versammelt hatten, um das Wohl ihrer Lande zu berathen, konnten dem Pflichtgebot, den Völkern vollkommene Gedankenfreiheit zu sichern, nicht widerstehen, und legen daher in die Fundamental-Akte unsers Staatenbundes das heilige Versprechen nieder, daß die Bundes-Versammlung in ihrer ersten Zusammenkunft mit einem Pressfreiheits-Gesetze sich beschäftigen sollte.

Nachdem die Herren des Bundestags sich aber vier lange Jahre, ohne etwas zu Stande zu bringen, mit diesem Gesetze beschäftigt hatten, erschienen plötzlich gegen die in manchen einzelnen deutschen Staaten bereits freigegebene Presse, jene Carlsbader Beschlüsse, veranlaßt durch schamlose Verlästlungen des deutschen Volkes und seiner großgesinnten, in der Feldschlacht mündig gewordenen Jugend, gestützt allein auf die blutige Verurteilung eines armen Jünglings, dessen schändiges Haupt unter Henkers Beil der Gerechtigkeit zur Sühne gefallen ist. Imen Carlsbader Erlassen wurde nun am 20. September 1819 die Kraft eines Bundestags-Beschlusses beilegt, und durch sie festbestimmte man die Freiheit der Presse. Indessen wurden sie für provisorisch ausgegeben, und sollten nur fünf Jahre gelten. Aber im Jahre 1824, nach Ablauf jener Zeit, bestätigte man sie aufs neue und gab ihnen für 12 Jahre Kraft. — Sieben dieser traurigen Jahre liegen hinter uns, den fünf letzten gehen wir entgegen!

Es gilt jetzt, das Hannoversche Volk im Wege des Gesetzes und des Rechts von solcher geistigen Knechtschaft zu befreien, wenn gleich nicht zu läugnen steht, daß diese Bundestags-Beschlüsse, vereinigt mit unserm Particular-Presszwange, liberal zu nennen sind!

Die Geschichte des Presszwangs hier zu Lande ist kurz. Am 6. Mai 1705 erließ Herzog Georg Ludwig, mit seiner eigenhändigen Unterschrift versehen, jedoch ohne Contrasignatur und ohne vorgängige Berathung mit den Ständen, das bekannte, jegliche Freiheit der Presse in Ketten legende Censur-Edict, welches am 31. Mai 1731, unter Georgs II. Regierung, ad mandatum erneuert ist, und am 18. Decr. 1813 — zwei Monate nach der Schlacht von Leipzig! vom Cabinets-Ministe-

rio den so eben von Feindesherrschaft durch ihre eigene Kraft befreiten Unterthanen gütigst wieder in Erinnerung gebracht wurde. Endlich aber ist dieses Edict, in Folge jener Carlsbader Beschlüsse vom 14. Oct. 1819, wieder erneuert, und noch immer, wenn auch nicht bei Kraft, so doch als Gesetz angesehen.

Betrachten wir nun diese Legislatur genau, so findet sich, daß sie keine Gütigkeit haben kann. Das Recht, seine Gedanken zu veröffentlichen durch Rede, Schrift und Druck, ist ein reines Privatrecht jedes einzelnen Bürgers; es gehört ihm so eigentümlich an, wie sein Leben und seine Freiheit, und ist so unangreifbar, wie die Basis jedes vernünftigen Staats, das Eigenthum. Willkürlich in solche geheiligte Rechte einzugreifen, steht keinem Fürsten in einem andern als einem despotischen Staate zu; ein solcher Staat ist Hannover aber nie gewesen. Ist eine Beschränkung des einen oder des andern jener Rechte zum Wohl des Staats notwendig, so kann ein dem entsprechendes Gesetz nie und nimmer ohne Einwilligung der Volksvertreter erlassen werden. Es liegt dieses schon in der Natur der Sache; unsere Verfassung aber gebietet wenigstens, daß alle allgemeine Gesetze nur nach geschehener Berathung mit den Ständen erlassen werden können. Da nun jenes Censur-Edict ungewisshast ein allgemeines Gesetz, ihm aber eine solche Berathung nicht vorausgegangen ist, so hat dasselbe auch nie eine ordentliche Gütigkeit gehabt! Der Presszwang hat folglich hier zu Lande nur factisch, nie rechtlich bestanden.

Jene Pflicht der Regierung, alle allgemeine Gesetze vor ihrer Erlassung mit den Ständen zu berathen, gestattete aber einen Eintritt zu den Carlsbader Beschlüssen schlechterdings nur in so fern, als das Gouvernement, nach geschehener Berathung mit den Ständen, dennoch eine solche Beschränkung der Presse für notwendig halten würde. Da nun aber bis jetzt diese Berathung nicht statt gefunden hat, so sind jene Carlsbader Presszwangs-Beschlüsse, welche tief eingreifen in die durch die Bundes-Acte besonders gesicherte innere Legislatur der einzelnen Bundesstaaten, für Hannover rechtlich ohne alle Gütigkeit. Uebrigens ist bei allem in jenen Beschlüssen enthaltenen Zwange für die Presse keinesfalls die Censur geboten; in ihnen lag folglich, selbst wenn sie Gütigkeit hätten, keine Nothwendigkeit für die Erneuerung jenes Edicts, dessen furchtbare Strenge so weit gebet, daß auch nichts, habe es Namen, wie es wolle, von der Censur befreit ist.

Ist uns nun jemals Freiheit der Presse nöthig gewesen, so bedürfen wir ihrer vor allen Dingen in diesem Augenblick. Wir bedürfen ihrer, damit bei der zu erwartenden Verfassungs-

Urkunde die Stimme des Volks von der Legislatur vernommen werden könne.

Daß es der Wille unsers Königs ist, diese Stimme seines Volks zu hören, ist eine Wahrheit, die ich zu den schönsten Kleinodien des Reichs zähle. Erst vor wenigen Tagen hat er in Großbritanniens seine Gesinnungen darüber mit königlichem Freimuth ausgesprochen. Seine Seele, hell und mild, wie der Tag des Maies, aber stark wie die Felsen des Hochlands, und frei wie das sein Vaterland umfluthende Meer, das er schon als Knabe besuch, kann Alles, nur den Druck seines Volks! so dort wie hier, nicht tragen. Wir haben ihn erscheinen sehen in dem stolzen Hause jener hochfahrenden Pairs von Alt-England. Bei seinem Anblick erstarrt dem Aristokraten die verschmehnte Rede auf den Lippen, und vom Throne herab erklang des Königs mächtiges Wort, Schug verheißend der geheiligten Freiheit seines Volks.

Auch wir sind sein Volk! Auch wir sind seine Kinder! Auch unsere Freiheiten will er sichern, auch unsere Rechte will er schützen, auch unsere Stimme will er hören!

Mögen denn diejenigen, die seinem Throne nahe stehen, auch seinem edlen Herzen und seinen freien Gesinnungen nahe seyn! Mögen sie die entschiedene Richtung ihrer Zeit, die starken Hoffnungen des Volks, die mächtigen Gebote des Moments nicht verkennen! Mögen sie sich der morschen Marimen, der verbrauchten Regierungs-Geräthe, des ganzen flauartigen Gerümpels der alten Staatsweisheit zu entschlagen wissen, und so sie guten Theils, wie sie selbst noch vor kurzem gesagt haben, unbekannt gewesen sind mit manchen Beschwerden der Nation, mögen sie denn nicht selbst sich eigenwillig den einzigen Weg verrennen, auf dem sie allein die ganze, reine, laute Wahrheit erfahren können, die Wahrheit, ohne welche der Staat nichts ist, denn ein Aas für Aler, und die Kirche ein Gespenst für Sperlinge, — die Wahrheit, ohne welche auch der mächtigste Verstand an sich selbst zum Verräther wird, und zuletzt still steht, wie der Mond im Thale Kasan.

Ihr, der Wahrheit zu Ehren, der Freiheit zum Schutze, dem Gesetze zur Verstärkung und dem Rechte zur ewigen Dauer — verlange ich die vollständige Freiheit der Presse! Ich verlange sie im Namen des Hannoverischen Volks, das ich hier zu vertreten beufen bin; ich verlange sie zum Heil meines Vaterlandes und meines Königs, an denen meine Seele hängt, und für die mein Herz schlagen wird, so lange mir Gott das Leben läßt!

III. Landtag, 6. Diät.
41. Sitzung, 2. Kammer.

Auszug

aus dem Protocolle vom 2^{ten} Mai 1831.

§. 4.

Es ward in Erwägung gestellt der Antrag des Herrn Dr. Christiani vom 11ten v. M.

es möge der Presse durch ein Gesetz sobald wie thunlich eine vollständige Freiheit erteilt werden.

In der einstimmig concludirten Berathung schilderte der Herr Proponent, unterstützt von den Herren Spind, Lünzell und Schacht. Früher, die Maßregeln, die vom Deutschen Bunde und von der hiesigen Regierung, in Widerspruch mit den glänzenden Hoffnungen und Versicherungen des Befreiungskrieges, und zum größten Nachtheil der Regierungen selbst und der Regierten getroffen seyen, um die Freiheit der Presse, oder die Freiheit der Wahrheit, in den Fesseln der Censur zu halten. Sie folgerten aus dem Rechte der Gedanken-Freiheit das Recht der freien Mittheilung derselben, als ein heiliges Privatrecht des Bürgers, und stellten die Gültigkeit des im December 1813 und October 1819 erneuerten Censur-Edicts vom 6ten Mai 1705 in Zweifel, weil es ohne Zustimmung der Landschaften und der Stände ergangen sey. Auch fanden sie in den Bundestags-Beschlüssen, welche 1819 durch Verleumdungen des Deutschen Volks hervorgehoben, und 1824 auf 12 Jahre verlängert seyen, kein Hinderniß einer freier Regulirung in einem einzelnen Bundesstaate, sobald Stände sich überzeugen, daß die Motive jener Beschlüsse hier nicht eintreten; Beschlüsse, die überdem zunächst nur gegen Zeitungen und gegen Schriften unter 20 Bogen gerichtet, und durch jenes, in seiner Sprache und in seinem Inhalt einer längst abgestorbenen Zeit angehörende, jeden Buchstaben erst zur Kritik des Censors verurtheilende Censur-Edict bei weitem übertroffen seyen. Sie schilderten die Nachtheile des Censurzwanges — wenn gleich der Herr Spind, Lünzell mit den Herren Rath Schlegel und Ob.- u. Rath von Werch so anerkannte, daß er von der Regierung in der Regel nur im liberalen Sinne geübt sey — für die Geistes-Entwicklung überhaupt, für Beförderung der Wissenschaften und insonderheit der in neueren Zeiten so wichtig gewordenen Staatswissenschaften, für die Erhaltung des Bundes der Einigkeit und des gegenseitigen Interesses in der Deutschen Nation, für das gegen Willkür der Mächtigen, zumal in Ermangelung eines Bundesgerichts, sichere Gericht der öffentlichen Meinung, und für die richtige und wahrhafte Darlegung

der Bedürfnisse und der Wünsche der Unterthanen, so wie der Mängel und Mißbräuche der Verwaltung; und wenn sie auf die Beispiele anderer Deutscher Staaten hinwiesen, und in der jetzigen Epoche eines höhern politischen Lebens des Volks überhaupt, und besonders für die bevorstehende Ausarbeitung eines Staats-Grundgesetzes, die freie Entwicklung der Meinungen als dringendes Bedürfniß auch unseres Landes darstellten, so vertrauten sie, der König, der noch in neuerer Zeit auf die öffentliche Meinung seines Englischen Volks unter dem Schutze völliger Pressfreiheit provocirt habe, werde auch seine Deutschen Unterthanen von den Fesseln befreien, in welchen die Censur, selbst wenn die Regierung sie noch so liberal zu üben Willens sey, durch bösen Willen, Einseitigkeit oder Feigheit des Censors die Geistes-Entwicklung erhalte, und in der Furcht vor welchen so manches geübene Wort erstickt werde.

Sie äuchten zwar ein, daß Mißbrauch der Freiheit möglich, wenn gleich bei dem besonnenen und ruhigen Charakter der Hannoveraner unwahrscheinlich sey; allein so wie die Erfahrung ergebe, daß die Censur häufig gerade dasjenige, was zu verhüten ihr Zweck sey, was nämlich gegen den Staat, gegen die Religion und gegen die guten Sitten gerichtet, nach der Einseitigkeit oder Unachtsamkeit des Censors zugelassen, und noch mehr, daß sie das Eindringen verbotener Schriften nicht zu verhüten vermöge; so schienen ihnen jedenfalls die aus einzelnen Mißbräuchen der Pressfreiheit zu befürchtenden Nachtheile viel geringer, als die Vortheile der Pressfreiheit, zumal da selbst im Interesse der Regierung und der bestehenden Institutionen das Lob nur dann Eingang im Publico finde, wenn auch dem Tadel die Publicität offen stehe. Jene Mißbräuche werden — so glaubte der Herr Proponent — nach allgemeinen Grundgesetzen beurtheilt und bestraft werden können und müssen, bis daß die Erfahrung ergebe, ob und wie ihnen durch weitere Legislation zu begegnen sey; wogegen der Herr Dr. Freudenth mit der Pressfreiheit nothwendig die Bestimmungen gegen ihren Mißbrauch verbinden zu müssen glaubte, und deshalb dem Haupt- Antrage hinzufügte:

Königl. Ministerium möge den Entwurf des Pressgesetzes den Ständen zum ratbsamen Gutachten mittheilen.

Der Wunsch einer freieren Presse wurde allgemein getheilt. Wenn jedoch, in Beziehung auf die bestehenden Vorschriften der Herr Geh.-Cab.-Rath Rose darauf aufmerksam machte, daß unser Censur-Edict kraft der Polizei-Gewalt des Landesherren erlassen worden, dabei aber eine Beengung der Geistes-Entwicklung so wenig im Sinne der Regierung liege, daß namentlich bei den Schriften der Professoren auf der Landes-Universität die Censur lediglich den Schriftstellern selbst überlassen sey, und

daß Hannover, den Vortheilen des Bundestages auf die mildeste Weise und mit Umgehung aller, in mehreren Deutschen Staaten angeordneten strengen Maßregeln zu genügen, durch bloße Erneuerung des alten Edicts bezweckt habe; so vermiste er in dem obigen Antrage die Bestimmungen zur Sicherung gegen Mißbrauch, — Bestimmungen, die zwar schwierig, aber bei der Einführung der Pressefreiheit für den Staat selbst und für seine Verhältnisse als Deutscher Bundesstaat wesentlich notwendig seien.

In dieser Beziehung glaubte der Herr Synd. Ebell von der Pressefreiheit die Verhältnisse von und zu andern Staaten ausschließen zu müssen, und proponirte:

die Freiheit der Presse und des Buchhandels für die internen Angelegenheiten zu beschließen, mit Vorbehalt der Bestimmungen über Pressvergehen, deren Prüfung an die mit der Auarbeitung des Grundgesetzes beauftragte Commission zu verweisen.

Allein der Herr Dr. Christiani fand hierin nicht nur einen nachtheiligen Zeitverlust, da er die Früchte der Pressefreiheit schon von dieser Commission benutz zu sehen wünschte, sondern er hielt auch mit dem Herrn Schagr. Stüve die Beschränkung auf innere Angelegenheiten für unausführbar, da diese mit den Verhältnissen anderer Staaten so oft und so tief in einander greifen, und für zweckwidrig, da sie das einzige Band, welches der Deutschen Nation übrig bleibe, ausschließen würde; obgleich man bemerkte, daß für die auswärtigen Verhältnisse nicht die Erörterung selbst, sondern nur die Pressefreiheit beschränkt werden sollte, die zumal bei den mancherlei Verwickelungen der vielen Deutschen Staaten nur zu leicht die für Deutschlands Existenz und Kraft wichtige Einigkeit zu stören geeignet seyn möchte.

Der Herr Rath Schlegel endlich glaubte, den Zweck, ohne Gefährdung des Staats die Geistes-Entwicklung zu befördern, ohne die Gefahr von Mißbräuchen und von Verantwortlichkeit und Strafen der Schriftsteller und Verleger, am besten zu erreichen, wenn dem bisherigen Mangel bestimmter gesetzlicher Vorschriften über die Grenzen der Censur abgeholfen werde, und er proponirte daher:

den Antrag auf ein möglichst liberales Censur-Gesetz zu richten; welchem jedoch die Herren Synd. Künzell, Dr. Freudentheil und Schagr. Stüve widersprachen, weil dadurch, selbst bei den besten Absichten der Regierung, die Presse nicht gegen den Censoren-Anflug gesichert werden könne.

Bei der Abstimmung wurden die Verbesserungs-Anträge des Herrn Synd. Ebell und des Herrn Rath Schlegel von der übrigen Versammlung abgelehnt; dagegen mit dem vom Herrn

Dr. Freudentheil proponirten Zusatz der Haupt-Antrag von großer Majorität zum ersten Male genehmigt.

Vortrag des Herrn Bürgermeisters von Wodungen, über die Gültigkeit der Hannoverschen Censur-Verordnung, am 6^{ten} Mai.

Schon neulich ist gerügt worden, daß das Censur-Gesetz vom 6ten Mai 1705 keine verbindliche Kraft habe, da solches ohne Einwilligung und Zurathziehung der Stände erlassen sey. Ein geehrter Deputirter der Stadt Verden hat hiergegen bemerkt, daß dasselbe ein Polizei-Gesetz, und der Fürst bei Erlassung solcher zur Zurathziehung der Stände nicht gebunden sey. Es ist diesem angestellten Grundsatz schon im Allgemeinen widersprochen, ich fügte mich aber, der gefährlichen Folgen wegen, verpflichtet, demselben noch insbesondere zu widersprechen. Durch Landes-Deceße und Landtags-Abgiede steht es fest: daß kein Gesetz, welches auf das allgemeine Wohl von Einfluß ist, ohne Beirath und Einwilligung der Stände erlassen werden kann. Nirgends findet man eine Ausnahme hinsichtlich der Polizei-Gesetze, vielmehr viele Beispiele von Zurathziehung der Stände bei Erlassung derselben. Wie hätte es auch unsern Vorfahren je einfallen können, diesen wichtigsten Zweig der Gesetzgebung dem unbeschränkten Willen des Fürsten allein zu überlassen? wo findet sich eine solche Bezugsleistung der Stände? Wahrlich, man würde, könnte man dieses annehmen, die Stände, außer den Steuer-Verhältnissen, wohl selten bei Erlassung neuer Gesetze gefragt haben, denn wenn man will, so kann man alle Gesetze in die Kategorie der Polizei-Gesetze bringen, ohne sich Zwang anzuthun. Die Polizei ist von unermesslichem Umfange, und alle Justiz-Sachen sind eigentlich nur Zweige der Polizei. — Es wäre um den größten Theil der Rechte der Stände geschehen, wollte man dem Fürsten die unbeschränkte Befugniß einräumen, Polizei-Gesetze zu erlassen! Das steht in Frage besagte Gesetz greift übrigens in die wohl erworbenen Rechte der Einzelnen ein, es schmälert deren Befugniß, über ihre Geistes-Producte zu verfügen, es ist auf das Wohl und Weh der Unterthanen von bedeutendem Einfluß, und es könnte dasselbe daher auch nur (betrachte man es als Polizei- oder als Civil-Gesetz — obgleich dasselbe, meiner Ansicht nach, nur ein Civil-Gesetz ist, indem selbst angeborene Rechte dadurch beschränkt werden (sollen) durch die Einwilligung oder wenigstens Zurathziehung der

Stände Gesetzes-Kraft erhalten. Diese ist nicht vorhanden, und folglich laborirt dasselbe an einer unheilbaren Nullität, es ist unverbindlich.

Eine andere Frage ist die: in wiefern der Bundestags-Beschluß vom 20sten Sept. 1819 die Bundesstaaten, und insbesondere diejenigen binde, welche landständische Verfassungen haben?

Gehe es nicht schon aus allen den Verhandlungen, welche der Gründung des Deutschen Bundes vorangegangen sind, hervor, daß die Souveraine sich so wenig wie möglich ihre Souverainitäts-Rechte hätten schmälern lassen wollen; daß sie den frühesten Grundsatz, „jeder Fürst ist Kaiser in seinem Lande“, mit aller Macht bei Kräften zu erhalten und wo möglich zu erweitern suchten; und ließe sich nicht schon hieraus folgern, daß man dem Bundestage keineswegs das Recht habe eincürmen wollen, verbindende Polizei-Gesetze für alle Bundesstaaten, ohne Ausnahme, erlassen zu können: so enthält doch die Bundesacte selbst schon Garantien hiergegen, indem im Art. 2. der Zweck des Bundes einzig und allein „auf die innere und äußere Sicherheit Deutschlands, die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen Deutschen Staaten beschränkt“, und im Art. 3. der Wiener Schluß-Acte keine Erweiterung des vorgestellten Zwecks eingeändert, vielmehr im Art. 9 ausdrücklich beantwortet ist: „daß die Bundes-Versammlung ihre Rechte und Obliegenheiten nur innerhalb der vorgezeichneten Schranken ausüben könne.“ Hierzu kommt, daß im Art. 10. genau bestimmt ist: „daß selbst der Gesamt-Wille des Bundes nur „in so fern gültige Beschlüsse fassen könne, als solche innerhalb der Grenzen der Competenz der Bundesversammlung liegen.“

Schon hiernach würde, selbst wenn alle Bundes-Mitglieder zu dem Beschlusse der Bundestags-Versammlung vom 20sten September 1819, die Beschränkung der Pressefreiheit betreffend, ihre Zustimmung gegeben hätten, dieser Beschlusse keine verbindende Kraft haben, da er die Competenz überschreitet.

Hieron aber auch einmal abgesehen, so wird es doch wohl nimmer in der Absicht der Gründer des Bundes gelegen haben können, die wohlverordneten Rechte der Unterthanen der einzelnen Staaten zu schmälern; es geht vielmehr die hohe Absicht aus manchen Bestimmungen hervor, daß sie haben erweitert werden sollen. Sind nun in einzelnen Staaten die Rechte des Fürsten durch landständische Verfassungen beschränkt, hat der Fürst nicht das unbeschränkte Recht, Gesetze für den Staat zu erlassen, welche in die Rechte der Unterthanen eingreifen, nun so selbst auch schon von selbst, daß der Bundestag unter feinerlei Vorwand diese Rechte schmälern kann — denn wahrlich, es würde sonst ein Leichtes sein, die Einwirkung der Landstände zu beseitigen! Allein man muß es wirklich den Fürsten Dank wissen,

sie haben selbst gegen jede mögliche Eingriffe Vorsichtkeits-Maßregeln ergriffen. Sie bestimmen im Art. 25. der Wiener Schluß-Acte: „die Aufrechthaltung der inneren Ruhe und Ordnung in den Bundes-Staaten stehet den Regierungen zu,“ und gestatteten nur Ausnahme und die Einwirkung des Bundes im Fall eines offenen Aufstandes, und auch diese nur, wenn, nach Art. 26. die zu Gebote stehenden verfassungsmäßigen Mittel nicht hinreichen. Der Bundestag kann also keine allgemein geltende und verbindende Polizei-Gesetze erlassen; sie können wenigstens nicht eher Kraft haben, als wenn sie in den Ländern, wo eine Repräsentativ-Verfassung ist, auf dem gesetzlich hergebrachten Wege angenommen und sanctionirt sind. Es kann dieses um so weniger der Fall seyn, da nach Art. 56. die anerkannte Wirklichkeit der bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigen Wege wieder abgeändert werden kann, die Bundesversammlung sich also selbst aller Einmischung und Störung der bestehenden Verfassungen begeben hat.

Wenn in dem 18ten Art. lit. d. der Bundes-Acte die Bundes-Versammlung die Versicherung gegeben hat: „daß sie sich mit „Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Pressefreiheit und „Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen „Nachdruck beschäftigen werde,“ so hätte eine solche Beschäftigung allerdings nur sehr angenehm und willkommen seyn können, aber sie hätte, meiner Ansicht nach, doch nur gutachtlich seyn können, denn nirgends ist ihr ein Recht eingeändert, ein allgemein verbindendes Gesetz deshalb zu erlassen.

Zu einem Presszwangs-Gesetz, wie das vom 10. September 1819, ist sie aber nirgends autorisirt, und konnte hierzu, nach dem schon Ausgeführten, der Folge wegen, nicht autorisirt werden, wenn man nicht die Rechte und Freiheiten der Staaten aufs Spiel setzen wollte.

Auch dieses Gesetz ist mithin ohne verbindliche Kraft, und die sich darauf gründende hiesige Verordnung vom 14. October 1819 fällt schon deshalb über den Haufen, und kann von keiner Wirkung seyn, da sie ohne Beirath der Stände erfolgt ist.

Wir haben also jetzt eigentlich im Lande gar kein verbindendes Censur-Gesetz, und da wir auch keins wollen, so bedarf es, meiner Ansicht nach, nur der Aussprechung: daß Stände das gouvernementseitig erlassene nicht als verbindend ansehen könnten.

Ich will zwar hierauf keinen speciellen Antrag richten, wünsche jedoch, zur Bewahrung meines Gewissens und der Folge wegen, daß meine über die Verbindlichkeit der bestehenden und von dem Bundestage erlassenen Presszwangs-Gesetze geäußerten Ansichten in dem Protocolle gemögentlich bemerkt würden.

Auszug

auf dem Protocolle vom 6^{ten} Mai 1831.

§. 4.

Die Beschlüsse vom 2ten d. M., in Beziehung auf die Pressefreiheit, wurden in nochmalige Berathung genommen.

Der Herr Bürgermeister v. Woburn fand sich bewogen, seine Ansichten über die Nichtigkeit und Unverbindlichkeit, sowohl des Censur-Edicts von 1705, als auch der Bundestags-Beschlüsse von 1819, darzulegen:

des Censur-Edicts, weil es ohne ständische Concurrenz erlassen sey, was den Landes-Besessen widerstreite, welche die Ausnahme ständischer Concurrenz nieged stipuliren für sogenannte Polizei-Gesetze, selbst wenn deren überdem schwankender Begriff bei der Beinträchtigung der Rechte der Unterthanen auf Gedanken-Freiheit Anwendung finden könnte;

der Bundestags-Beschlüsse, weil nach der Bundes-Acte selbst der Zweck und die Competenz des Bundes sich lediglich auf die Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands beschränke, nicht aber auf Schmälerung, sondern vielmehr auf Schutz der Unterthanen-Rechte, namentlich in Beziehung auf landständische Rechte, gerichtet sey.

Der Herr Rath Schlegel gab eine historische Uebersicht der Censur seit der Reformation, wonach das Edict von 1705 durch einen speciellen Streitsfall zwischen der Stadt Lüneburg und dem Consistorio, durch die damals ausgedehnte Schwermerei und Misslie, und durch die mit der Einleitung der Englischen Thronfolge verbundenen Verhältnisse hervorgerufen worden. Bei der jetzt concludirten Pressefreiheit, wenn gleich unter dem Schutze eines Press-Gesetzes, rügte er den Nachtheil, daß die strafbare Schrift erst erschienen seyn müsse, also schon den Nachtheil stifte, den die Censur verhüten solle; er machte auf die großen Schwierigkeiten eines vollständigen, einerseits den Staat, die Religion und die Sitten, aber auch anderseits den Schriftsteller gegen willkürliche Angriffe und selbst gegen die Irrthümer einer ungelehrten Jurp sichernden Press-Gesetzes aufmerksam, und erneuerte deshalb seinen Antrag:

»auf ein liberales Censur-Gesetz.«

Der Herr Synd. Sandoz schloßerte dagegen die Nachtheile der Censur, als welche, nach dem Principe der Prävention, in eine Handlung eingreife, die noch nicht geschehen, und dennoch ihren Zweck nicht erreiche, vielmehr erbittere und den Ein-

druck auswärtiger oder verbotener Schriften verstärke; und er hielt jedes Censur-Gesetz, möge es noch so liberal gegeben seyn, für unvereinbar mit Pressefreiheit, weil es den Charakter von Instructionen annehme, und in der Anwendung von der oft willkürlichen, oft einseitigen, oft besangenen Umsicht des Censors abhängig sey. Ihm schien daher Pressefreiheit nothwendig, wie sie allgemein im Lande, selbst im Bauernstande, dringend gefordert werde. In Beziehung auf den allerdings möglichen Mißbrauch der Pressefreiheit, glaubte er aber zugleich die Maß, wonach derselbe zu beurtheilen, in den Antrag der Stände mit aufnehmen, und dadurch die bei der ersten Berathung gerügte Schwierigkeit des Press-Gesetzes beseitigen, wenigstens mindern zu müssen. Was aber die Beurtheilung der Pressvergehen betrifft, so schien es ihm bedenklich, selbige den gewöhnlichen Gerichten zu übergeben, da die Ausmittlung des Thatbestandes oft nicht auf dem todtten Buchstaben, sondern auf dem Einbruche der Schrift, ohne Gunst oder Ungunst gegen den Verfasser, beruhe; er hielt vielmehr die vorurtheilsfreie, auf diesem Einbruche beruhende Beurtheilung durch ein Geschwornen-Gericht empfehlenswerth, ohne jedoch hierbei schon von Seiten der Stände der sorgfältigen Prüfung des königlichen Ministerii vorzugreifen zu wollen. Hiernach proponirte er,

sobald den völlig freien Gebrauch der Presse in der Maß zuzugestehen, daß es Jedem verstatte sey, seine Meinungen und Ansichten über alle öffentliche Angelegenheiten und die sich zur öffentlichen allgemeinen Beurtheilung darstellenden Privat-Handlungen frei und uneingeschränkt durch den Druck auszusprechen, unbeschränkt jedoch der Privat-Ehre und dem Privat-Charakter jedes Dritten, und ohne dadurch die geheiligte Person des Königs zu verletzen, oder wirklich hochverräterische Zwecke zu verfolgen; zugleich aber königliches Ministerium zu ersuchen, bei Abfassung der Press-Gesetze zu untersuchen, ob es nicht dem wahren Intimate der Pressefreiheit nothwendig, wenigstens in jeder Hinsicht entsprechend sey, die Unterdrückung und Bestrafung der Pressvergehen den gewöhnlichen Gerichten zu nehmen, und an Geschwornen-Gerichte zu verweisen.

So allgemein sich auch heute der Wunsch einer freieren Presse aussprach, und so wichtig der Herr Synd. Künzli den gegenwärtigen Augenblick hielt, der sie dringend fordere, und bei des Königs und Vicekönigs Persönlichkeit hoffen lasse, um namentlich die zur Verbesserung und zur Aufrechterhaltung des Publicums besonders wichtige periodische Presse frei zu machen; so warnte doch auch anderseits der Herr Hofrath Wedemeyer vor den Gefahren des Mißbrauchs der Presse, bei welcher er die Gedanken-Freiheit von der Freiheit der Mittheilung der Gedanken

wesentlich unterschied, für den Umfang der Pressefreiheit und die Bestimmungen gegen den Mißbrauch die sorgfältigste und ruhigste Untersuchung nöthig hielt, und, hinsichtlich des Geschworenen-Gerichts, selbst eine nur empfehlende Aeußerung der Stände um so mehr widerrieth, als dieses Institut ihm gerade bei Pressvergehen bedenklichen Ausmittlung des Thatbestandes nicht sowohl auf den persönlichen Eindruck oder das Gefühl, als vielmehr auf die Anwendung consequenter Grundsätze ankomme. Er rieth daher, mit dem Herren Ober-Justiz-Rath v. Werthof,

sich lediglich auf den vorigen allgemeinen Beschluß zu beschränken; wogegen der Herr Dr. Freudentheil mit dem vorigen allgemeinen Antrage den Wunsch zu verbinden rieth, es möge die Ratksamkeit des Geschworenen-Gerichts vom Königlichem Ministerio geprüft werden. Bei der Abstimmung wurden die heutigen Anträge, und zwar der des Herrn Raths Schlegel von der übrigen Versammlung, der des Herren Syndicus Sandvoß von 41 gegen 12 Stimmen, und der des Herren Dr. Freudentheil von 38 gegen 15 Stimmen abgelehnt, und die vorigen Beschlüsse von großer Majorität bestätigt.

Die erste Kammer der Stände-Versammlung hat für jetzt den Antrag abgelehnt, und ihn bis auf die künftigen Verhandlungen über das Staats-Grund-Gesetz verschoben zu setzen gewünscht; indes hat die zweite Kammer ihrem Antrage inhäerirt, und auf eine Conferenz einzutragen, worüber die Resultate noch zu erwarten sind.

IV.

Ueber

Veräußerlichkeit und Theilbarkeit bäuerlicher Güter.

Bemerkungen zum §. 5. des Entwurfs eines Gesetzes über die Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse und Ablösung der grund- und gutsherrlichen Lasten.

Vorwort.

Unter den der Stände-Versammlung des Königreichs Hannover von Seiten der Regierung vorgelegten, und bereits in der Thron-

rede angeordneten Gesetzes-Entwürfen, ist der mittelst Schreibens vom 9ten April dieses Jahres communicirte: »Entwurf eines Gesetzes über die, bei Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse und Ablösung der grund- und gutsherrlichen Lasten, zu befolgenden Grundsätze« für das Gesamtwohl des Königreichs Hannover der bei weitem wichtigste. Es ist derselbe, nebst dem Schreiben des Königl. Cabinets-Ministeriums, enthalten in den Actenstücken der dritten allgemeinen Stände-Versammlung, Heft VIII, Nr. 43, 44, und der hier besprochene §. 5 lautet wörtlich so:

»Die vorstehend gedachte Beschränkung der Dispositions-Freiheit gehet dahin, daß jeder gegenwärtig vorhandene Bauerhof, auch nach der Befreiung von dem, im §. 1 bezeichneten Verbanne, in seinem vollen Besitze an Länderei, Wäldern, Wiesen, Holzungen, Moor-Antheilen, Weiden u. s. w., auch Rechten und Berechtigkeiten, welche in der Feld- oder Holzmast, oder Weidebezugs des Orts liegen, oder bei einfährlichen Höfen bislang dabei benutzt worden sind, unverändert verbleiben werden soll. Jede Theilung desselben, oder Trennung von Grundstücken davon, ist demnach nichtig und verboten, vorbehaltlich der im §. 10 gemachten Ausnahmen.« Eten so wird die antichriftliche Verpfändung einzelner Grundstücke gänzlich untersagt u. s. w.

Der Herr Verfasser des nachstehenden Aufsatze, ein bedeutender ritterschaftlicher Gutbesitzer, hat der Redaction es erlaubt, aus einem von ihm ausgearbeiteten und zur Publication bestimmten ausführlichen Werke: »Practische Bemerkungen eines Hannoverschen Gutbesizers, über die Mittel, welche dem Staate zur Belebung des Landbaues zu Gebote stehen, im besondern Bezug auf den Zustand der Landwirthschaft im Königreiche Hannover,« diese erste Probe mitzutheilen. Es werden davon mehrere, aus einzelnen allgemein interessirenden Abschnitten folgen.

Die Redaction.

Ich höre im Geiste alte, und auch ganz junge Männer mit bedeutender Miene äußern: »Eine freie Theilbarkeit des Grundeigentums ist eine für das Gemeinwohl höchst gefährliche Sache.«

»Der Staat ist bei der Erhaltung der Bauerghüter wesentlich interessirt.«

»Der bestmögliche Bestand der Bauerghüter muß erhalten werden: nur dringende Gründe und eine genaue Erforschung der Unschädlichkeit für das Gemeinwohl, können Ausnahmen davon gestatten.«

»Die Autorität großer Staatswirthe spricht dawider, und noch neuerlich hat ein berühmter Staatsmann einer Preussisch-Westphälischen Provinz Bedenkllichkeiten gegen die in jenem Staate bestehende völlig freie Veräußerlichkeit des Grundeigenthums ausgesprochen.«

Leider sind Aussprüche solcher Art durch Gründe nicht zu widerlegen, gerade deshalb, weil sie sich auf gar keine Gründe einlassen. Sie sind wie Gespenster, welche die Phantasie ängstigen, — wie diese sind sie körperlos, und verschwinden, wenn man danach greift.

Sehe beschäme ich daher, daß das wahre Wohl und das Heil des Landbaues, und leider damit der zukünftige Wohlstand und das Glück des ganzen Landes, diesen Phantomen zum Opfer fallen werde.

Möchten jene Widersacher der natürlichen Freiheit doch aufstehen, und mit Gründen die Nothwendigkeit der Beschränkung des natürlichen Rechts, über Eigenthum zu disponiren, beweisen; möchten sie doch aus ihrem mystischen Dunkel hervortreten, ihrer tiefen Weisheit Sprache verleihen, und im heroischen Kampfe mit trüglichen Gründen, dem Verkünder des natürlichen Rechts erweisen, ob sie befugt sind, das vom Zwange des Reichthums befreite Grund-Eigenthum in neue Fesseln zu schlagen!

Auf die Gefahr hin, ihnen Waffen in die Hand zu geben, will ich sie widerlegen.

Sie sagen: die Größe der vorhandenen Gebäude sey dem Umfange der Bauergüter nun einmal angemessen, und deshalb müßten diese in ihrem dermaligen Bestande verbleiben.

Man muß es gesehen, der Grund ist schlagend, und ah, weid' dem, die Kinder diesen nicht wachsen, weil ihnen die Schuhe sonst zu klein werden.

Seit wann ist es denn ein Uebel für den Staat, daß neue Gebäude erbaut, oder alte abgebrochen und auf einem andern Plage wieder aufgerichtet werden?

Der einzige Grund, welcher die Theilbarkeit des Grundeigenthums und insbesondere der Bauergüter bislang untersagte, war der, daß eine Menge untheilbarer Lössen darauf ruhte, deren Ableistung durch Veräußerungen von Hofes-Perzinzenzien erschweret, oder minder sicher gestellt sein würden.

Dieser einzige haltbare Grund fällt aber hinweg, sobald die sämmtlichen abzulösenden untheilbaren praestanda, entweder durch Reduktion auf eine theilbare Rente, oder gar durch Capital-Ablösung, beseitigt werden.

Die Repartition der Grundsteuer macht uns keine Schwierigkeiten, da sie schon für jedes besondere Parcel veranlagt und catastrirt ist; im Gegentheile erleichtert sie im hohen Grade die

Repartition der nicht abbildbaren Staats-, Communal-, Kirchen-, Schul- und Leih-Lassen, welche bei partiellen Veräußerungen vom Besitzer des Haupt-Hofes gefordert, und von diesem durch Subrepartition, vermöge eines sogenannten Beitragsgeldes, von den Käufern der Hofes-Perzinzenz, welche in subsidium haften, zusammengebracht werden.

Solche Verhältnisse bestehen ohne Schwierigkeiten in mehreren Ländern, namentlich im Großherzogthume Oldenburg, wo ich die Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit der Feststellung solcher Beitragselder aus vielfacher Erfahrung selbst kennen zu lernen Gelegenheit hatte.

Was verliert man denn eigentlich unter Erhaltung der Consistenz der Bauergüter, und was will man damit bezwecken?

Sind denn die Bauershöfe, wie sie dormalen bestanden, von einer solchen Größe, wie es zum vollkommenen Betriebe der Landwirthschaft die erforderliche ist?

Dieses ist ja keinesweges der Fall; einige Höfe sind zu groß für die Kräfte und das Vermögen des Landmannes; er besitzt mehr Grund und Boden, als er zu nutzen vermag, und es ist nichts ersprießlicher für ihn selbst und für das allgemeine Beste, als wenn er sich je eher je lieber davon befreit, damit sie in den Besitz derjenigen gelangen, deren Güter zu klein sind, oder welche gar kein Grundeigenthum; aber wol Kräfte und Vermögen, es zu nutzen, haben, und welche dadurch, zu ihrem eigenen und zum allgemeinen Wohl, Gelegenheit bekommen, beides, Arbeitskräfte und Vermögen, zur wahren Besehung des Landbaues in volle Thätigkeit zu setzen.

Es ist wohl kaum ein Dorf in unserm Vaterlande, wo solche Verhältnisse nicht mehr oder weniger obwalten.

Weshalb will man denn eigentlich Grund und Boden ausser Commerce setzen, glaube man etwa, der Käufer werde damit über die Grenze gehen?

Jeder Landwirth muß und kann es selbst am besten beurtheilen, wie viel und welchen Grund und Boden er mit Vortheil cultiviren kann, und welcher und wie viel ihm davon entbehrlich ist. Nur dem ökonomischen Interesse und lebendig ökonomischen Rücksichten muß dieses überlassen bleiben.

Sollen wir armen Landente denn stets in Sklaverei verbleiben?

Will man deswegen, weil es einige unnütze Verschwenker unter uns giebt, die ihr Grundeigenthum vielleicht zu ihrem Nachtheile verkleinern, obgleich deshalb noch nicht zum Nachtheile des allgemeinen Besten, die theilweise Veräußerung in der Regel ganz untersagen?

Will man die Regel auf die Ausnahmen begründen?

oder:

glaubt man etwa, wir Landleute warten nur begierig auf ein Gesetz, was uns gekattet, über unser Eigentum zu verfügen, um dasjenige, was uns das liebste der irdischen Güter ist, den ererbten väterlichen Grund und Boden eiligst zu verschleudern?

Glaubt man wirklich, daß wir im Allgemeinen leichtsinnige Verschwender und unverständige Leute sind, welche ihren eigenen Vortheil nicht erkennen? Schließt man dieses etwa aus unserer Betrümmung, deren Schuld doch größtentheils wohl der Staat und seine für uns so drückenden Gesetze tragen?

Mögen doch diejenigen, welche sich für so viel weiser und klüger halten als uns, ihr eigenes Vermögen zusammen halten; mögen sie sich selbst prüfen und ihr eignes Gewissen befragen, ob sie keine Verschwender sind; mögen sie bei ihrer eigenen Verbesserung anfangen, und wenn sie dann sparsamer geworden sind, wie wir, besser den wahren Vortheil unsers Gewerbes erkennen, als wir selbst; dann wollen wir sie um ihren Rath, und wenn sie es wollen, auch um ihre vormundschafliche Aufsicht bitten.

Wem würde es einfallen, dem Fabrikanten die beständige gleichmäßige Erhaltung des Umfangs seines Fabrik-Betriebes, dem Tuchmacher die Zahl seiner Webstühle, dem Kaufmann die Größe seines Waarenlagers, dem Fuhrmann die Zahl seiner Wagen und Pferde u. s. f. auf immer gesetzlich vorschreiben zu wollen?

Warum soll denn die Größe des landwirthschaftlichen Gewerbes-Betriebes unabänderlich seyn?

Ist es nicht genug, daß wir einem ganzen Volkessamm, dem jüdischen, den Genuß der bürgerlichen Rechte versagen? Wollen wir denn stets, in dem Fehler der Beschränkungs- und Regierere-Sucht beharrend, den Genuß der natürlichen Rechte und der natürlichen Freiheit des Grundeigenthums von $\frac{1}{4}$ Theil unsrerer christlichen Mitbrüder leichtsinnig einem Phantome aufopfern?

Soll der Landmann denn niemals emancipirt werden? Soll er immerdar unter der Vormundschaft der Behörden schwachem, welche seine Gewerbes-Verhältnisse weder so gut verstehen, noch so gut beurtheilen können, als er selbst?

Nur in dem rechtmäßigen Vortheile des Einzelnen ist das Wohl der Gesamtheit, also das Wohl des ganzen Staats, begründet; nur lediglich die Arbeitskräfte, die Thätigkeit, die Industrie und das Betriebs-Capital des Landwirths können die Frage beantworten, ob der Bestand seiner Güter zu verändern sey, oder nicht. Wenn das Gemeinwohl nicht auf höchste Wacht werden soll, daß der Staat dem Landbaue keine neue Fesseln schmiedet. Er wird und darf die so wichtigsten Folgen, welche die Freiheit des Grundeigenthums, durch die Aufhebung

des Meierrechts, auf die Velsung des Landbaues haben muß, nicht Vorurtheilen und ängstlichen Bedenklichkeiten aufopfern.

Es giebt aber noch einen andern, und zwar nicht minder wichtigen Grund, welcher die Befreiung des Grundbesizes von allen, seine Veräußerlichkeit und Theilbarkeit hemmenden Gesetzen, dringend erfordert.

Dieser Grund liegt in der so rasch fortschreitenden Bevölkerung; ihre unausbleibliche Folge bei Untheilbarkeit des Grundeigenthums ist, daß die Zahl der unbemittelten und nicht mit Grundeigenthum angelegenen Klasse der Unterthanen in gleichem Verhältnisse mit der Zunahme der Bevölkerung steigt. Diese Zunahme trägt aber den Keim großer Uebel für die Zukunft in sich; diese Menschen haben kein Interesse an der Erhaltung des Staats und der bürgerlichen Ordnung; sie haben keinen zureichenden Erwerb, keinen bestimmten Nahrungszweig, kein festes Eigentum, und, bei Untheilbarkeit des Grundeigenthums, keine Aussicht, es zu erwerben; sie haben kein eigentliches Vaterland: denn ihnen fehlt das Band, was uns an den heimatlichen Boden knüpft, und unser Herz für das Wohl des Vaterlandes begeistert, die Liebe zum eignen Herde.

Verwirrung, Ummäzung und Umsturz des Staatses ist ihr Streben, Raub und Plünderung ihr Gewinn, ein elendes, freudenloses Daseyn ihr höchster Verlust.

Bald wird es dahin kommen, oder es ist vielmehr schon dahin gekommen, daß sie Wohnung, Kleidung und Nahrung als ein Recht von uns, den Grundeigenthümern, erretzen.

Wir können diese Menschen nicht, wie von den alten Römern geschah, in Kolonien versetzen, oder zu Sklaven machen, sie nicht, wie unsere Vorfahren, die alten Sachsen, auf Eroberung fremder Länder entsenden; daher müssen wir auf andere Mittel gegen die Uebel, womit sie uns bedrohen, bedacht seyn, und zwar zeitig und bevor ihre Zahl so angewachsen ist, daß sie als die Stürkteren auftreten, und unter ihren eigenen Bedingungen das von uns erzwingen, was wir ihnen freiwillig zu unserm eigenen Gewinn und ohne gewaltthätigen Umsturz der ganzen bürgerlichen Ordnung, zu gewähren heißt noch in unserer Macht haben.

Was wir ihnen gewähren müssen, ist Theilnahme am Grundeigenthum, und das Mittel, es zu gewähren, Aufhebung des Meierrechts, Veräußerung der Domaine und freie, unbeschränkte Theilbarkeit des Grundes und Bodens!

An die Weisheit meiner braven Mitstände appellire ich, sie rufe ich um Hülfe, sie stehe ich um Beistand, im Namen des bedrängten Landbaues, im Namen der bedrängten Menschheit an; sie werden es nicht zugeben, daß eine erwerdlose und

in gezwungener Hülflosigkeit erhaltene Bevölkerung, die Schrecken der Verwüstung, der blutigen Empörung über uns bringe; sie werden es nicht dulden, daß die so lange ersehnte Freiheit von Neuem in Fesseln geschlagen werde; sie werden diese Freiheit kräftig schützen, damit der Wohlstand des Vaterlandes endlich erblichen könne.

* 33 *

V.

Ueber Landeshoheit in ihrer Collision mit Privateigenthum.

Da das Königreich Hannover binnen Kurzem ein Staats-Grundgesetz erhalten wird, wenigstens zu hoffen ist, daß Sr. Majestät der König, dem in dieser Hinsicht bereits ausgesprochenen Anträge der allgemeinen Ständeversammlung willfahren werde; so dürfte es nicht unwichtig seyn, die Aufmerksamkeit auf einen Punkt zu lenken, der bislang zu mannigfaltigen Beschwerden Veranlassung gegeben hat, und dessen Erledigung zu dem Bereiche der künftigen Verfassungs-Urkunde gehören muß.

Es ist nämlich das *Landeshoheits-Recht*, in Beziehung zu dessen bisherigem rechtlich-nützlichen Einfluß auf die Personen und auf das *Privat-Eigenthum* der Unterthanen, von welchem hier Einiges gesagt werden soll.

Nach einer allgemein üblichen staatsrechtlichen Eintheilung zerfällt das *Landeshoheits-Recht* im weitern Sinne des Wortes, oder, insofern es gleichbedeutend mit *Souveränität* ist, nach der Art und Weise, wie sich bei demselben die Staatsgewalt äußert, in die gesetzgebende, auffehende und vollziehende Gewalt; daher die Handlungen des Regenten, welche aus dieser dreifachen Gewalt entspringen, Regierungshandlungen im engern Sinne genannt werden.

In einem jeden civilisirten Staate wird in der Regel die Ausübung der vollziehenden Gewalt durch die gesetzgebende bedingt werden, oder mit andern Worten, die Regierung wird von den Unterthanen nur dasjenige verlangen, wogu diese nach bestehenden Gesetzen angehalten werden können. Da aber die Handlungen und Leistungen, deren die Staatsgewalt von Seiten der Unterthanen bedarf, sehr mannigfaltig sind, und oft erst durch eintretende Umstände hervorgerufen werden, so ist es allerdings der Staatsgewalt fast unmöglich, Alles gesetzlich zu bestimmen, und stets, hinsichtlich ihrer Anordnungen, nach bereits

vorhandenen Gesetzen sie zu richten. Indessen darf es in einem wohlorganisirten Staate nicht an solchen Institutionen fehlen, welche die Personen und das Eigenthum der Unterthanen gegen rechtswidrige Eingriffe sicher stellen, und selbst gegen solche Eingriffe, welche der Inhaber der vollziehenden Gewalt absichtlich oder irrtümlich sich erlauben dürfte. Gesetze dieser Art sind so nothwendig, daß ohne dieselben der eigentliche Staatszweck, nämlich Aufrechterhaltung des rechtlichen Zustandes, nicht vollkommen erreicht werden kann. Wo es aber Gesetze giebt, denen auch der Inhaber der Staatsgewalt unterworfen ist, da wird es auch eines Richters bedürfen, der zu beurtheilen hat, ob demselben gemäß gehandelt worden ist, oder nicht.

Zur Zeit des Deutschen Reichs stand es den Reichsgerichten zu, darüber zu urtheilen, ob die Landesherren, bei Ausübung ihrer *Landeshoheits-Rechte*, die gesetzlichen oder herkömmlichen Grenzen überschritten, und jeder Unterthan konnte bei denselben wegen Verletzung wohlverordneter Rechte Beschwerde führen. Seitdem aber die Souveränität der deutschen Fürsten nicht mehr durch Kaiser und Reich beschränkt ist, entbehren noch viele Deutsche Staaten solcher organischen Gesetze, durch welche die Grenzen der *Landeshoheits-Rechte* a) nur einigermaßen bestimmt werden.

Die Bundesacte hat diesem Mangel überall nicht abgeholfen; sie hat nur für eine richterliche Gewalt gesorgt, wo es sich darum handelt, die Streitigkeiten der Deutschen Fürsten unter sich zu schlichten, aber keinen Weg eröffnet, durch welchen es den Unterthanen, besonders den einzelnen Unterthanen, möglich wird, Schutz gegen landesherrliche Willkühr zu erhalten. Alles was sie in dieser Hinsicht verspricht, ist eine Verwendung der Bundesversammlung, im Falle einer Zustizverweigerung.

Auch Hannover ist einer derjenigen Staaten, in welchem es an solchen organischen Gesetzen fehlt, und wenn dieser Mangel noch nicht sehr fühlbar geworden ist, so kann es nur seiner milden und weisen Regierung zugemessen werden. Dennoch aber hat die Hannoverische Regierung nicht immer Collisionen ihrer Regierungshandlungen mit dem wohlverordneten Rechten gebührenden Schutze zu vermeiden gesucht.

Ein allgemein anerkannter staatsrechtlicher Grundsatz ist es, daß selbst wohlverordnete Rechte aufgehoben werden können, wo es das allgemeine Wohl erfordert, und dieser Grundsatz ist eine nothwendige Folge aus dem Endzwecke eines jeden Staates. Denn der Grund aller Privatrechte besteht darin, daß der Einzelne als selbstständig und unabhängig vom Ganzen betrachtet wird; dieser Zustand aber ist bedingt durch den Schutz des Ganzen. Der Staat kann nur so lange eine Verpflichtung anerkennen, einen solchen Zustand zu schützen, als der Einzelne

sein Recht ohne Nachtheil für das allgemeine Wohl auszuüben im Stande ist. Collidiren beide Rechte mit einander, so ist die Rücksicht für das allgemeine Wohl notwendig stärker, als die Verpflichtung, das Recht des Einzelnen zu erhalten.

Hingegen ist es eben so allgemein anerkannt, daß, wenn die Nothwendigkeit es gebietet, wohlerworbene Privatrechte aufzuheben oder zu beschränken, der Staat auch eine angemessene Entschädigung zu leisten verpflichtet ist.

Zu den Ausflüssen der Landeshoheit gehört nun wohl die Beurtheilung, ob die Nothwendigkeit zur Aufhebung wohlerworbener Rechte begründet ist, oder nicht, indem hier nicht Rechtsgrundsätze, sondern vielmehr politische Verhältnisse in Betracht kommen. Diese Frage ist also als eine Regierungssache anzusehen, deren Prüfung namentlich in Baiern vor den Staatsrath gehört. Die Frage dagegen: ob und in wie weit der Einzelne wegen seiner eingebüßten Rechte zu entschädigen sey, insofern eine vertragsmäßige Vereinigung nicht Statt finden kann, wird man, nach richtigen Staats-Maximen, nur für eine reine Justizsache halten müssen. Von diesem Gesichtspunkte sind auch die, wo nicht Staats-Grundgesetze deshalb Vorkehrung getroffen haben, alle neuere Gesetze-Bücher ausgegangen, selbst in den sogenannten nicht-constitutionellen Staaten; namentlich ist dieses im Preussischen Landrechte¹⁾ der Fall.

Eben so ist in alle neueren Verfassungs-Urkunden dieser in der Doctrin nicht mehr bestrittene, und von der Gerechtigkeit gebotene staatsrechtliche Grundsatz, daß die Staatsgewalt wohlerworbene Rechte nur gegen Entschädigung aufheben könne, als ein allgemeiner und durchgreifender, mit ausdrücklichen Worten aufgenommen worden. In Hannover aber ist derselbe bislang nur in der Hausspre-Ordnung (vom 30sten April 1824) gesetzlich ausgesprochen, und die Entschädigung über das Quantum der Entschädigung, falls eine gütliche Vereinbarung nicht zu Stande kommen kann, nach Willkür der Interessenten, den competenten richterlichen Behörden, oder Schiedsrichtern überwiesen worden.

In allen andern Fällen jedoch, wo die Gesetze nicht ausdrücklich darüber verfügt haben, sollen nach den erlassenen Ministerial-Rescripten und neuen Ausprüchen des Ober-Appellations-Gerichts zu Celle, die Landesgerichte über die Ansprüche, welche den Unterthanen gegen die Landesherren, bei Ausübung der in der Landeshoheit begründeten Befugnisse, etwa erwachsen sind, nicht entscheiden können²⁾.

Freilich werden diese Entscheidungen durch die Reichsgesetze, insbesondere durch die Wahlcapitulation Leopolds des Zweiten, gerechtfertigt, und von angesehenen vaterländischen Rechtslehrern³⁾ wird die Lehre aufgestellt, daß wenn eine Verfügung in Regierungssachen unmittelbar vom Landesherren selbst oder dessen nachgesetzten Regierungs-Collegio herkommt, es mag von einem zu gebenden oder gegebenen Gesetze, oder von einem bestimmten Falle die Rede seyn, wodurch nicht bloß die natürliche Freiheit aller oder einzelner Unterthanen eingeschränkt wird, sondern durch welche Privatpersonen oder Corporationen sich an ihren Privilegien oder sonst wohlerworbenen Rechten gekränkt glauben; so könne selbst die Erörterung und Entscheidung dann nicht vor die Landes-Justizhöfe gebracht werden, wenn sich auch Jemand über eine durch die landesherrliche Verfügung veranlaßte Verletzung wohl-

gegen eine Administrativ-Verhörde, wegen entzogenen Eigenthums zu mittelständigen Zwecken, erhobenen Entschädigungs-Klage, relaxirenden Aufseht an die, den Weg Rechtsens zugelassen habende, obere Justiz-Verhörde, lautet folgendermaßen:

»Wenn nun die Ausmittelung und Bestimmung zc. zu unserer Landesherrenlichen Hoheit gehörig, und deshalb von Unserem Cabinets-Ministerio an Unserer Statt das Befugnisse zu verordnen und zu reguliren ist, unserm Landes-Justiz-Collegio aber über die Art der Ausübung unserer Landesherrenlichen Hoheitsrechte eine Cognation überall nicht zustehen kann; so befehlen Wir euch hiermit, euch alles ferneren Verfahrens in der obigen, außer eurer Competenz liegenden Angelegenheit zu enthalten zc.«

»Kraft Seiner Königl. Majestät allergnädigsten Special-Befehls.«

Die betreffende Justizbehörde wies demzufolge die Klage ab, und auf die deshalb erhobene Beschwerde an das höchste Tribunal in Celle, gab dasselbe den folgenden Bescheid ab:

»Nachdem die Frage: in wiefern den Unterthanen ein Anspruch auf Entschädigung gegen den Landesherren, bei Ausübung der in der Landeshoheit begründeten Befugnisse erwachsen sey, da die Erörterung derselben mit der Bestimmung der Grenze dieser Befugnisse in wesentlichem und untrennbarer Verbindung steht, zur Untersuchung und Entscheidung der Gerichte nicht gehört, letztere vielmehr in solchen — dem eigentlichen Wesen eines Civil-Rechtsstreits fremden — Sachen nur in sofern competent erscheinen, als ihre Jurisdictionen Befugnisse durch ausdrückliche Gesetze darauf ausgeübt werden, welches in vorliegender Sache nicht der Fall ist — so steht dem Suchen, wegen Ungrundes der Beschwerden, nicht zu befürchten.«

- 3) v. Bülow, Verfassung zc. des Ober-Appell-Gerichts, Bd. II. S. 231. 232. v. Bülow und Hagemann, practische Erörterungen, Bd. I. Nr. 46. Bd. IV. Nr. 24.

1) Einleitung §. 71 und 75.

2) Ein dem Einkender dieser Zeilen mitgetheiltes, in Folge einer

erworbener Rechte beklagen, oder Ersatz für die Aufopferung derselben fordern könne. Indessen konnten damals noch Beschwerden dieser Art vor die Reichsgerichte oder Austräge gebracht werden, und mithin war den Unterthanen doch auf eine Weise Schutz gegen ministeriellen Irrthum oder Willkür möglich gemacht, wenn auch dieser Schutz an bedeutende Kosten und unerträgliche Weitläufigkeiten geknüpft war.

Aber wie ungemein weit ist der Deckmantel, welcher unter dem Namen Landeshoheits-Recht alle mögliche Willkür verbergen und gesetzlich rechtfertigen kann? wie trostlos die Lage desjenigen, welcher, vielleicht durch irrtümliche Ausdehnung der von der höchsten Landesbehörde ausgeübten landeshoheitlichen Befugnisse, seiner persönlichen Freiheit oder seines wohlverworbenen Eigenthums verlustig geworden, keine Gelegenheit hat, den Irrthum als Irrthum darzulegen und die Gerechtigkeit in Anspruch zu nehmen, welche niemals versagt werden sollte? Genüß wird Niemand, der sein Vaterland wohlheft liebt, den Wunsch unterdrücken können, daß in der künftigen Verfassungs-Urkunde Hannovers den Landesgerichten ausgedehntere Jurisdiction's-Befugnisse ertheilt werden, und in dieser Hinsicht das selbstständige Königreich nicht schlechter gestellt seyn möge, als das dem Deutschen Reiche unterworfen gewesene Kurfürstenthum Hannover.

Ist der Landesherr als *privatus*, in Ansehung des Domanium, oder solcher Befugnisse und Regalien, welche Privatpersonen besitzen können, vor seinen Landesgerichten Recht zu nehmen verpflichtet, wie dieses unbestritten in Hannover der Fall ist; warum sollte er, oder die in seinem Namen die Befugnisse der Landeshoheit ausübenden Behörden, da den Weg Rechts zu schreiten Ursache haben, wo nur das Wohl des Staates in Frage kommt? Warum sollte die Staatsgewalt die Geheueren vor den Gerichtshöfen verweigern, wo sie am besten die Gerechtigkeit ihrer Maßnahmen verteidigen kann?

Sollen Institutionen von Dauer seyn; so müssen Vertrauen und Gerechtigkeit sie beselen; sollen Regierungen ihren Zweck, Beförderung des allgemeinen Wohls, erfüllen; so darf ihnen das Vertrauen der Regierten nicht fehlen. Wie können Institutionen aber Vertrauen erwecken, wenn sie den Prüfstein der Gerechtigkeit nicht aushalten? wie können Regierungen Vertrauen erlangen, wenn sie selbst das Licht scheuen, und nur im Dunkeln sich gefallen?

Für die Unabhängigkeit der Justizhöfe ist Hannovers Justizhaus von jeher auf das Eifrigste bedacht gewesen, und seine dem Lande ertheilten Gerichts-Ordnungen enthalten die ruhmwürdigsten Zeugnisse darüber. Indessen werden die Gerichte erst dann ihren vollen Zweck erfüllen können, wenn sie befähigt

werden, die persönliche Freiheit und die wohlverworbenen Rechte der Unterthanen gegen jeden Angriff zu schützen, und Achtung vor dem Gesetze selbst von den Administrativ-Behörden zu erzwingen.

* 18 *

VI.

Gerechtigkeit

ist die Ehre des Staats.

Zu dem, von dem Königl. Cabinets-Ministerio am 7. Mai 1831 den Hannoverschen Ständen vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, die Gleichrichtung der Grundsteuer-Pflichtigen, wegen der auf dem Grundbesitz haftenden Real-Einkünfte, betreffend. — Actenstücke der allgemeinen Stände-Versammlung, 14te Dikt, Heft IX. Nr. 65. 66.

Nicht an der Verletzung meines Eigenthums liegt mir, sondern an der allgemeinen Sicherheit, und deshalb bringe ich meine Klage öffentlich vor.

Die allgemeine Sicherheit beruhet zuerst und vor Allem, in der Aufrechterhaltung der Grundfälle der Gerechtigkeit, in der Achtung und Heilighaltung der Privatrechte.

Gerechtigkeit ist der erste Zweck, sie ist die Seele und das Lebensprincip des ganzen Staatsvereins, sie ist die erste Grundlage der allgemeinen Wohlfahrt, und nicht minder die erste Pflicht auf Seiten des Staats, als auf Seiten der Privaten.

Wiecht der Staat von den Grundfällen der Gerechtigkeit ab, so löset er das Band der bürgerlichen Ordnung, so sanctio-nirt er die Anarchie, mit ihrem unheilbringenden Gefolge, die Tyrannei und Rebellion.

Verlezt der Staat durch seine Gesetze und Verfügungen den allgemeinen Grundfatz der Gleichheit der Unterthanen vor dem Rechte, so spricht er der Ungerechtigkeit und der Unterdrückung das Wort, so untergräbt er die allgemeine Wohlfahrt, und stürzt die Nation ins Verderben.

Die Ehre des Staats ist Gerechtigkeit; die Ehre muß erhalten werden, unter jeder Bedingung, unter allen Umständen; daher muß der Wahlspruch des Staats auch im Unglück seyn: Alles verloren, nur nicht die Ehre.

Die Gerechtigkeit fordert vom Staate die Achtung der Rechte der Privaten, der Staatsbürger jeden Standes, jeder Klasse; sie müssen ihm heilig und unverletzlich seyn. Der Staat muß der ganzen Nation ein Beispiel, ein Muster eines gerechten Sinnes

geben, alle Zweige der Staatsverwaltung müssen diesem Grundsatz huldigen, er muß ihnen zur strengen Richtschnur dienen. Alle Geseze, welche dem widerstreiten, leiden an innerer unheilbarer Mächtigkeit; sie sind als die verderblichsten Feinde des Gemeinwohls zu betrachten; die Bekämpfung ihrer erkannten Ungerechtigkeiten ist jedes rechtlichen Mannes, jedes wahrhaften Freundes des Vaterlandes Pflicht.

Zu den wesentlichsten der Uebel, wodurch der Wohlstand des Handelsverkehrs Staatschligers untergraben ist, gehört unzweifelhaft, im Verhältnis mit dem gegenwärtigen Zustande des National-Erwerbes, im Allgemeinen zu hohe Besteuerung. Es ist eine bitter gefühlte Wahrheit, daß diese zu hohe Besteuerung, allmählig und in Tropfen, unser Herzblut vergießt, daß sie, wenn nicht bald und zeitig eingelenkt wird, uns dem Untergange, durch allmähliche Verblütung unvererbter Preis giebt.

Wie können untergehen, aber wir wollen mit Ehren zu Grunde gehen; der Vorwurf, daß wir unseren Untergang durch unsere eigene Ungerechtigkeit beschleunigt haben, darf nicht auf unserem Andenken haften.

Zu den Steuern, welche, hinsichtlich der empörenden Ungerechtigkeit ihrer Principien, sich als Feinde der allgemeinen Wohlfahrt darstellen, gehört vor Allen die, nach der Verordnung vom 9ten August 1822, neu veranlagte allgemeine Grundsteuer. Die große Ungerechtigkeit derselben ist im 6ten Paragraph dieser Verordnung begründet; er bestimmt, daß die Grundsteuer, in gewissen Procenten, von dem reinen, »das heißt,« demjenigen Ertrage, welcher, nach Abzug der Erzielungs- und Gewinnungs-Kosten, von dem rohen Ertrage übrig bleibt, bestehen solle.

In diesen wenigen Worten des Nachsages, in diesem verderblichen »das heißt,« in dieser falschen und unrichtigen Interpretation ist eine Masse von Ungerechtigkeit und Unglück für das gemeine Wohl, und ein Stoff von Unzufriedenheit und gerechter Klage der Nation angehäuft, welche alle Vorstellung und jede oberflächliche Schätzung weit übersteigen.

Der Reinertrag des Grund und Bodens ist nicht derjenige, welcher nach Abzug der Erzielungs- und Gewinnungs-Kosten übrig bleibt, sondern derjenige, welcher, nach Abzug der Erzielungskosten und der, auf Grund und Boden unzertrennlich haftenden, und mit diesen auf jeden Besizer übergehenden Real-Lasten übrig bleibt.

Die Regierung, welche ein Gesetz entworfen, die Stände, welche ein Gesetz billigt, wodurch bei Veranlagung der neuen Grundsteuer die Existenz jener längst bestehenden, oder durch die transitorische Verordnung wieder ins Leben gerufenen Real-Lasten

unbeachtet gelassen ist, haben eine schwere Verschuldung, sowohl gegen die Verpflichteten, welche dadurch auf die ungerechteste Weise überlastet sind, als auch gegen die Berechtigten, welche den Verlust ihrer wohlbegründeten Rent-Ansprüche an Grund und Boden als eine Folge davon betrachten können, auf sich geladen.

Nachlässiglos und ohne Beachtung der obwaltenden besondern Verhältnisse hat man die Grundsteuer-Theorien fremder Staaten, welche die Freiheit des Grund und Bodens bereits (zum Theil auf blutigem Wege) errungen hatten, auf das in unserem Lande bestehende Rechtsverhältnis des beschränkten meierredlichen Grundbesizes, welches in jeder Hinsicht mehr dem eines Pachtverhältnisses, als dem eines Eigenthumes ähnelt, höchst unpassend angewendet.

Daß der Reinertrag des Grund und Bodens, und somit das Steuer-Capital, durch die zur Zeit der Veranlagung der neuen Grundsteuer schon bestandenen und darauf haftenden, unablässigen und nicht kündbaren Renten, mögen es Renten von Privat-, Guts- und Zehnt-Herren, der Domaine, des Gerichtsherrn oder der Landeshoheit mittelst Hofeies-Dienste, Service u. dgl. seyn, stets geschmälert werden müsse, ist so einfach und liegt so klar zu Tage, daß solches gar keiner weiteren Erläuterung bedarf.

Der 33ste Paragraph der Verordnung vom 9ten August 1822 untersagt nun ganz und gar die, von den einfachen und sachgemäßen Grundfäßen des natürlichen Rechts so klar gebotene Beachtung der bestehenden Rechtsverhältnisse der besondern Real-Lasten. Nur die Last des Natural-Frucht-Zehntens ist einiger, wenn gleich unzureichender Beachtung gewürdigt. Der Zehntpflichtige soll zwar die volle Grundsteuer erlegen, allein er soll, nach §. 35, befugt seyn, die Wiedererstattung des zehnten Theils der Grundsteuer, unter gewissen Bedingungen, welche die Wahrnehmung dieser seiner Befugniß obenein ungemein erschweren, vom Zehnt-Herrn zu verlangen.

Der Grundsteuer-Pflichtige zahlt die Grundsteuer vom Reinertrage, nämlich demjenigen Reinertrage seiner Grundstücke, welcher ihm, nach Abzug der Erzielungs-Kosten, verbleibt; dieser Reinertrag bildet das Steuer-Capital.

Die Zehnt-Abgabe consumirt aber nicht etwa den zehnten Theil dieses Reinertrages, sondern den 10ten Theil des Brutto- oder Roh-Ertrages. Von jenem Reinertrage, welcher das Steuer-Capital des Grundsteuer-Pflichtigen bildet, consumirt der Zehnte einen weit größeren, und sehr häufig den dritten Theil und mehr noch.

Ein Beispiel wird dieses erläutern: angenommen, der Roh-Ertrag eines Grundstücks sey

das 5te Korn; oder..... 10 Hmt. Nothen Ertrag,
so beträgt die Einfalt 1 Korn, od. 2 Hmt.

Die Bestellungs-Kosten betragen, wie gefeslich angenommen, zwei Körner oder..... 4 Hmt.

Die Erzielungs-Kosten betragen nicht zusammen..... 6 " " "

Mithin bleibt reiner Ertrag, so das Steuer-Capital bildet..... 4 Hmt. Nothen Ertrag.

Davon nimmt aber der Zehnt-Herr nicht etwa $\frac{1}{2}$ Theil, sondern einen ganzen Hinten, oder ein Viertel des als Steuer-Capital veranlagten Rein-Ertrages hinweg.

Auf ähnliche Weise consumirt nun der Zehnte vom Rein-Ertrage oder Steuer-Capitale

a) in den niedrigsten Klassen, wo die Erzielungs-Kosten geringer angenommen sind:

bei 2 Körner Ertrag	0,25, oder $\frac{1}{4}$ Theil des Steuer-Capitals,
" 3 " "	0,33, " $\frac{1}{3}$ " " "
" 4 " "	0,375, oder über $\frac{1}{2}$ Theil des St.-C.

b) in den höheren Klassen, wo die Erzielungs-Kosten durchgehend zu zwei Körner angenommen sind;

bei 5 Körner Ertrag	0,25, oder $\frac{1}{4}$ Theil des Steuer-Capitals,
" 6 " "	0,2, " $\frac{1}{5}$ " " "
" 7 " "	0,175 " " " "

u. f. f.

Es ist daher für den zehntpflichtigen Grundbesitzer nicht nur in hohem Grade prägravidend, daß er einen Rein-Ertrag versteuern soll, den nicht er allein, sondern zum Theil ein Anderer befest, und der für ihn in der Masse gar nicht existirt, den er gar nicht einmal in die Hände bekommt; sondern es ist auch höchst ungerecht, daß die Entschädigung vom Zehnt-Herrn, welche ihm das Geseß zubilligt, in ganz unrichtigem Verhältnisse mit dem Steuer-Capitale steht. Dieser Beitrag muß ja nicht ein Zehnthheil (0,1), sondern respective 0,25—0,33—0,375—0,25—0,2—0,175 u. f. f. der Grundsteuer betragen.

Was sollen aber alle diese offensbaren Ungerechtigkeiten und Bedrückungen? was will man damit bezwecken?

Wenn die Geseßgebung solche verderbliche Ungleichheiten der Besteuerungs-Principien sanctionirt, kann es uns alsdann Wunder nehmen, wenn wir den Landmann, welchen diese Bedrückungen hauptsächlich treffen, allmählig verarmen sehen?

Wir brauchen die Ursachen dieser Verarmung nicht in niedrigen Preisen der landwirthschaftlichen Erzeugnisse, nicht in Mißwachs zu suchen; dieses sind Ereignisse, welche stets wiederkeh-

ren, welche durch günstige Conjunctionen und ergiebige Ernten ausgeglichen werden, wenn nur dem Landmanne so viel übrig gelassen wird, daß er in günstigen Jahren für die Zeit der Noth einen Sparpfennig zurücklegen kann.

Mißwachs und niedrige Preise sind Umstände, deren Verhinderung außer unserm Bereiche liegen, aber gerecht zu seyn gegen Jedermann, und gegen jeden Stand, dieses steht in unserer Macht, dieses gebet uns die Pflicht und die Religion, dieses fordert schon die Klugheit von uns, denn die Strafe folgt der Ungerechtigkeit gemeinlich auf dem Fuße nach.

Als eine solche Strafe kann die traurige Erscheinung der immer mehr um sich greifenden Verarmung des Landmannes mit Recht betrachtet werden, denn eine der wesentlichsten Ursachen dieser, für den Staat sowohl, als den Einzelnen gleich unheilbringenden Verarmung, ist allerdings in jener ungerechten und ungleichen Grundsteuer-Vertheilung zu suchen. Man wird mir vielleicht einwenden, daß die früher bestandene Contribution ebenfalls nicht mit hinreichender Berücksichtigung der auf dem Grund und Boden der Pflichtigen haftenden Real-Kosten vertheilt, und beinahe eben so hoch, wie die jetzige Grundsteuer, gewesen sey. Aber abgesehen davon, daß uns früher begangene Ungerechtigkeiten nicht zum Muster dienen können; so stelle ich jenem Einwande die Frage entgegen: ob man denn ganz ignoriren wolle, daß früher in jener Contribution beinahe die einzige Abgabe von Belang bestanden habe? daß dagegen jetzt eine große Zahl directer und indirecter Abgaben außer der Grundsteuer, nämlich Häuser-Steuer, Personen-Steuer, Gewerbe-Steuer, Einkommen-Steuer, Brenn-Steuer, Bier-Steuer, Salz-Steuer, Eingang-Steuer, Wahl- und Schlacht-Steuer, Stempel-Steuer, Schauspieler-Dienstpflicht, und die auf so mannichfache Weise erhöhten und vermehrten Domainial- und Hofeinkünfte; die Abgaben des Landmannes ungefähr um das Vierfache gegen die frühere Zeit erhöht haben? Indem diese Masse theils neuer, theils erhöhter Steuern und Abgaben den Landmann seiner, durch die Französishe Occupation ohnehin schon sehr geschmälerten Ersparungen für die Zeit der Noth beraubte, machte die ungerechte Vertheilung der Grundsteuer ihn vollends arm und hilflos, als die Jahre der Wohlthat und des Mißwachses eintreten. Diese ungerechte Grundsteuer bringt den Gutsheern um sein Rent, den Staat um die Steuererlöse des wichtigsten und beinahe allein erworbenen Theils der Nation, die Städte bringe sie um ihren Wohlstand, um den Abfag der Producte ihres Handels und ihrer Industrie, den ganzen Staatsverein stürzt sie in Unglück und Verderben, und raubt ihm beinahe jede Aussicht auf eine glücklichere Zukunft. — — —

Diesem großen, gemein = schädlichen Uebel muß bald = thunlichst abgeholfen werden. Es ist keinesweges zu spät dazu, es ist aber gar keine Zeit dabei zu verlieren. Unrecht wieder gut machen, kann nicht bald genug geschehen; käümg damit seyn, heißt, sich des nämlichen Zehlers von neuem theilhaftig machen.

Die Abhülfe muß aber gründlich seyn; auf der Rückkehr zu der Bahn des Rechts, welche leider verlassen wurde, muß sie beruhen. Dagegen ist keine Abhülfe darin zu suchen, daß der Staat jene große Rechts = Verletzung gegen die Pflchtigen, durch eine andere gegen die Berechtigten ausgleichen zu können vermeint; es ist kein Heil in einem solchen Gewebe der Unmoralität und des Unrechts zu finden.

Se. Königliche Hoheit unser verehrter Vicekönig hat in der Rede bei Wiederverammlung der Stände, am 7ten März dieses Jahres, den zu besorgenden wahren Grundfag deutlich genug ausgesprochen, daß nämlich

»bei den Lasten, welche, außer der Grundsteuer, durch Zehnten und güterrechtliche Gefälle auf einem großen Theile des Grund = Eigenthums ruhen, das Grundsteuer = Gesetz nothwendig einer Modification in der Art bedürfe, daß »den, solchen Lasten unterworfenen Grundbesitzungen, ein desfallsiger angemessener Ab = srag gebühre.«

Herzerhebend ist der wahrhaft gerechte Sinn unseres geliebten und verehrten Fürsten, sein Anspruch auf der des Rechts und der Wahrheit, ihn wollen wir befolgen, nur durch die Festhaltung solcher gerechten Grundfäge können wir dem Uebel gründlich abhelfen.

Der Gesetzentwurf des Königl. Cabinets = Ministerii, die Erleichterung der Grundsteuer = Pflchtigen, wegen der auf dem Grundbesitz lastenden Real = Lasten betreffend, welcher den Ständen des Königreichs unter dem 7. Mai d. J. zur Berathung vorgelegt ist, hilft den Ungerechtigkeiten des Gesetzes dagegen keinesweges ab. Jener Gesetzentwurf befreit die Nation nicht von den Uebeln, welche zum Theil schon eine Folge des 6ten, 33sten und 35sten Paragraphen der Grundsteuer = Verordnung gewesen sind, er beseitigt nicht die Gefahren, womit jenes so ungerechte Gesetz die allgemeine Wohlfahrt noch tiefer zu erschüttern bedrohet.

Die Eingriffe in die Rechte der Privaten, welche jener Entwurf dem Verpflichteten, zu seiner Erleichterung, auf die Dauer von sechs Jahren gestatten will, können diesem wenig frommen; es ist ihm nicht um die Gestattung einer kleintlichen und in vieler Hinsicht für ihn sehr bedenklichen Ungerechtigkeit gegen seinen Gutsheeren, sondern es ist ihm um Abhülfe seiner gerechten Beschwerde zu thun.

Das vorgeschlagene Mittel ist nicht nur fast durchaus un =

wirkfam, sondern es ist auch verderblich in seinem Principe, weil es ein Beispiel der Eingriffe des Staats in die älteren Rechte der Privaten aufstellt. Es ist verworfenlich, weil es dem Uebel und der Ungerechtigkeit des Gesetzes vom 9. Aug. 1822 gar nicht abhilft.

Dieses Gesetz will die Grundsteuer des Pflchtigen nicht durch Abzug der Real = Lasten auf den wahren Betrag des Steuer = Capitals reducirt sehen, sondern den Pflchtigen nur mit einem geringen Beitrage aus der Tasche eines Dritten, aus der des Guts = und Erbzins = Herren, zufrieden stellen. Der Pflchtige soll nach diesem Gesetze nämlich besagt seyn, seinem Gutsheeren gewisse Abzüge zu machen, oder Restititionen von ihm zu verlangen. Es ist eine Art Taxe dieser Rechts = Verletzungen aufgestellt; sie sollen betragen:

für Weizen und Voden pr. Hmt.....	1 Ggr. — Pf.
» Gerste und Buchweizen.....	» 8 »
» Weizhofer.....	» 6 »
» Rauhhafer.....	» 4 »
» jeden Spandienst = Tag mit 4 Pferden.....	» 6 »
» jeden desgl. mit 2 oder 3 Pferden.....	» 4 »
» jeden Handdienst = Tag mit Proben.....	» 2 »
» jeden desgl. ohne Proben.....	» 1 »
» andere Natural = Gefälle von 1 Thlr. Werths 1 »	» — »
» baare Geld = Gefälle von 1 Thlr.....	1 » — »

Die gerechten Ansprüche des pflchtigen Grundbesizers auf die Befolgung der Grundfäge der Gleichheit vor dem Recht, auf die Beachtung der den Klein = Ertrag unbedingt schmälrenden, auf dem Grundbesitz lastenden, besonderen Real = Lasten, sollen also unberührt bleiben, mit einigen Outgroschen und angemessenen Pfennigen, welche er contrakt seyn soll, einem Dritten, mit Verletzung anerkannter Vertragsverhältnisse, abzuziehen, soll er beruhigt und abgefunden werden.

Der Staat will nichts von den Steuern missen, mögen sie auch noch so ungerecht vertheilt, noch so verderblich in ihren Folgen seyn. Der Meier soll seinen Gutsheeren besteuern, und der Staat, noch nicht zufrieden, den wahren Klein = Ertrag des Grund und Bodens zu consumiren, will noch in die, längst vor jener neu veranlagten Grundsteuer bestandenen Renten = Ansprüche der Privaten Eingriffe thun, und sich indirect eines Theils der Rente der Guts = und Erbzins = Herren bemächtigen.

Manche haben den verderblichen Grundfag aufstellen wollen, und namentlich huldigt ihm der Dr. v. d. Horst, in seiner Schrift: »über die wesentlichen Interessen des Grundeigenthums im Königreich Hannover«, dem Staate gebühre unbedingt, hinsichtlich der Grundsteuer, die Pflchtung gegen alle Real = Lasten; nur erst nach dem Staate kämen die Ansprüche der Zehnte = und

Grundrenten-Inhaber an die Reihe; diese könnten sich mithin gar nicht beklagen, wenn durch die Grundsteuer-Ansprüche des Staats ihre Rent-Ansprüche geschmälert und consumirt würden. Im Geiste solcher Grundfälle, welche den Staat berechtigen würden, den Gutsheeren seiner ganzen Rente zu berauben, stellt von der Herft denn auch die Behauptung auf, dem Staate gehöre überhaupt nöthigenfalls alles Eigenthum, veräußert oder unveräußert, Menschen und Güter, »kurz, alles was da-innen sey, siehe zur Disposition des Staats.«

Kräftige Grundfälle, welche das Recht der Privaten für eine Epidemie erklären, den Staat über das Wohl der Bürger und über Recht und Gesetz erheben wollen, die Unterthanen aber sämmtlich für recht- und eigenthumlose Sklaven, den Staat zu ihrem unbeschränkten Tyrannen herabwürdigen.

Der Grundfall, daß der Grundsteuer die Präcedenz gegen die Real-Ansprüche gebühre, ist in seiner Allgemeinheit höchst unrichtig, er ist höchst ungerecht und verderblich für die allgemeine Wohlfahrt, denn er spricht der Ungerechtigkeit und der Anarchie das Wort.

Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob die Real-Kasten zur Zeit der Veranlagung einer neuen Grundsteuer schon bestanden haben, oder ob sie erst nachgeends vertragmäßig constituit worden. Im erstern Falle ist der Staat allerdings verpflichtet, die bestehenden Rechtsverhältnisse über Grundrenten zu beachten und zu berücksichtigen; er darf sie nicht ignoriren und vermöge einer fingierten Präcedenz die Verpflichteten überlasten, die Berechtigten aber um ihre wohlbegründeten Rent-Ansprüche bringen. Achtung für die bestehenden Rechtsverhältnisse ist der Staat dem geringsten seiner Unterthanen schuldig, und die Präcedenz steht ihm nur gegen Real-Ansprüche zu, welche nach Veranlagung der Steuer von Grund und Boden constituit sind, diese kann er in Collisionfällen, wegen seiner älteren Rechte und Grundsteuer-Rent-Ansprüche, allerdings unberücksichtigt lassen, nicht aber die bei Veranlagung einer neuen Grundsteuer bereits bestanden.

Die Rente, so wie jedes andere reine Einkommen, mag der Staat, wenn das Steuerbedürfnis es erfordert, zur Versteuerung herbeiziehen; er mag sie eben so hoch, wie das reine Einkommen vom Ertrage des Grund und Bodens besteuern; dem mit der Rente belasteten Grundbesitzer kann er aber, wie geschehen, diese Steuer vermindern; und gerechterweise nicht aufbilden, sondern der zur Rente Berechtigte würde sie tragen müssen. Eingriffe in die bestehenden Privat-Rechtsverhältnisse darf er sich aber nicht erlauben; er ist die wohlbegründeten Rechte der Rent-Inhaber zu berücksichtigen, zu schonen und unangestastet zu lassen verbunden, und darf sich solcher nicht durch

eine angewandte Präcedenz der Grundsteuer anzueignen versuchen, wiewohl er sie direct zu besteuern befugt ist.

Der Staat ist daher vollkommen verpflichtet, den Betrag der bestehenden Rente des Grund und Bodens vom Steuer-Capitale der pflichtigen Grundbesitzer in Abzug zu bringen, ein Abzug, welcher nicht etwa schon deshalb ecessen kann, weil diese Rente überhaupt gesetzlich ablösbar gemacht wird, sondern nur erst alsdann, wenn sie durch Capital-Zahlung oder Land-Abfindung wirklich abgelöst ist. Zu dieser Capital-Ablösung möchte unser Landmann, bei dem Zustande der Verarmung, worin er sich leider befindet, nun wohl für's erste die Mittel herbeizuschaffen nicht im Stande seyn, und die Modification eines Gesetzes, welches, wegen des darin herrschenden Geistes der empörenden Ungerechtigkeit gegen die mit besonderen Real-Kasten behafteten Grundbesitzer, ganz unhaltbar ist, wenn solche Kasten nicht vom Steuer-Capitale zum Abzuge kommen, erscheint daher als ganz unvernünftig.

Sollte der in Rede stehende Gesetz-Entwurf, welcher diese Modification der Grundsteuer-Gesetze umgeben will, wider Verhoffen wirklich in Kraft treten, so kann den Rent-Inhabern nichts dringender empfohlen werden, als dem Verpflichteten sofort den vierten Theil seiner Gefälle, denn so viel betragen jene schätzlichen Abzüge ungefähre, im Ganzen, freiwillig und unter der Bedingung zu remittiren, daß er nunmehr auf jene schätzliche Etabluirung, seiner Verpflichtung nicht nachkommen, sondern dem Rent-Inhaber Abzüge machen zu dürfen, Verzicht leiste. Alle Rent-Inhaber müssen sich zu dieser Remission vereinigen, damit dem Staate nicht nur eine große Ungerechtigkeit, eine Verletzung des Rechtszustandes, und bisher nicht gewohnte Eingriffe in die Rechte der Privaten erspart werden, sondern damit auch in den Augen der Unmündigen im Volke Real-Ansprüche überhaupt nicht gewissermaßen für rechtlos und in die Acht erklärt erscheinen, und ein Beispiel vermieden werde, welches für den Uebelwollenden nur allzu einladend ist, und ausgedehnt auf ähnliche Fälle, bereits höchst unglückliche Folgen haben könnte.

Wenn nun gleich Niemand mit Grund in Uebere stellen kann, daß die einfachen Grundfälle des Rechts und die Erhaltung des gemeinen Wesens unweigerlich erfordern, daß der Bestand derjenigen mit dem Grundbesitz unzertrennlich verbundenen, zur Zeit der Veranlagung der neuen Grundsteuer schon existent gewesenem besonderen Real-Kasten, welche als eine Rente vom Grund und Boden zu betrachten sind, vom dem Steuer-Capitale der pflichtigen Grundbesitzer zum Abzuge kommen müsse; so wird man doch gegen die Ausführung dieser, wenn gleich anerkannt gerechten Maßregel Einwendungen erheben.

Man wird derselben die Schwierigkeiten und Kosten, welche

die Rectification der Grundsteuer-Rollen erfordern würden, entgegenstellen. Dieser Einwand ist aber von zu wenigem Gewicht, um einer so dringenden Forderung der Gerechtigkeit und der allgemeinen Wohlfahrt widersprechen zu können, und verdient daher keine besondere Widerlegung.

Wichtiger stellt sich der Einwand dar, daß das Steuerbedürfnis des Staats jenen Abzug der Real-Kassen vom Steuer-Capitale der Pächter, und den davon zu erwartenden Ausfall an der Grundsteuer nicht werde entzählen können.

Die Steuerrechte der Unterthanen sind keiner willkürlichen und beliebenigen Erhöhung fähig; wenn wir indeß bei unserer Verfassung, Gesetzgebung und Staatsverwaltung die Bahn des Rechts und der natürlichen Freiheit wandeln, wenn wir den Grundbesitz von seinen Fesseln, den Landbau, den Handel und die Gewerbe von gemeinschaftlichen Hindernissen, mit gerechtem Sinne und mit gehöriger Achtentnis baldigst befreien, so dürfen wir zuversichtlich hoffen, daß der Wohlstand des Vaterlandes dereinst wieder erblühen werde, alsdann erst dürfen wir auf Erhöhung der Steuern bedacht seyn. Bis dahin muß das Steuerbedürfnis des Staats sich wohl nach den nachhaltigen Steuerkräften der Unterthanen richten; diese Steuerkräfte sind aber schon völlig erschöpft, wenn nicht schon beträchtlich überschritten; daher bleibt dem Staate kein anderer Ausweg übrig, als Ersparungen in allen Zweigen der öffentlichen Ausgaben eintreten zu lassen. Durch Vereinfachung der Administration, durch Reduction des Militär-Etats, sind, wie sich wohl nicht bezweifeln läßt, Ersparungen möglich. Es ist bekannt, daß in anderen Staaten die Veräußerung der Landes-Domanien, welche der betriebssame Privatmann weit höher nutzen kann, als der Staat, zur Zeit der Noth eine so kräftige Hilfe gewährt, daß sie die Nationen aus jeder Verlegenheit gerettet hat; weshalb sollte dieses bei dem so reichen Domanial-Besitz unseres Vaterlandes nicht auch der Fall seyn können? Gesezt aber auch, die Entlastung der Nation durch Ersparungen im Civil- und Militär-Etat, und durch höhere Benützung der Domäne, sey unmöglich, welches indeß nicht leicht jemand einräumen wird, so sind wir dennoch zu einer gerechten und gleichmäßigen Vertheilung der Steuerlast nicht minder verpflichtet.

Gerechtigkeit ist die Ehre des Staats, sie muß ihm unverteiglich seyn. Die Erhaltung dieser Ehre, die Aufrechterhaltung des Rechtszustandes und die allgemeine Wohlfahrt erfordern dringend die gründliche Beseitigung der Bedrückungen eines ohnehin schon halb zu Grunde gerichteten Standes; sie gebieten unweigerlich die gerechte Vertheilung der Grundsteuer, vermöge gehöriger Berücksichtigung der auf dem Grundbesitz haftenden Real-Kassen. Nur in der Achtung für Wahrheit und Recht ist

das Gemeinwohl, nur in ihr die wahre Freiheit civilisirter Nationen begründet: deshalb sey Freiheit und Recht unser Wahlspruch, er sey die Seele meiner Feder, bis sie stumpf geworden, oder meine Hand getahmt.

Celle, im Jun. 1831.

* 33 *

VII.

Miscelle.

Behten. Meiergefälle.

Ein Herr Drost von Hohenberg zu Eilenthal hat eine Brochüre herausgegeben ¹⁾, in welcher er sich sehr gegen diejenigen erweist, welche, auf geschichtliche Documente gestützt, die Behauptung ausgesprochen haben, daß der Genuß der Behten und Meiergefälle mit Unrecht fordbauere; und nachdem er, in einer zornwüthenden Tirade, Frankreich und die Liberalen gleichsam den unterirdischen Göttern geweiht, zum Nutzen und Frommen seiner Standes-Genossen, hinsichtlich der, Gottlob nun nicht mehr rückgängig zu machenden, künftigen Ablösung der Behten und übrigen gutsherrlichen Gefälle, folgenden Satz aufgestellt:

»Bedarf es denn in concreto, um den Beht- und Meier-

»Nexus abzuschaffen, des Beweises, daß jene Gefälle mit

»Unrecht besessen werden? Mit Recht besitze ich Ne-

»lee, was mir, nach den Gesetzen des Landes, im

»Wege Rechts nicht genommen werden kann,«

woraus er denn die Folge zieht, daß bei Ablösung der Behten und des Meier-Nexus eine so vollständige Entschädigung des Gutsherrn, nach seinem jetzigen Genuße dieser Verrechtigungen, eintreten müsse, daß sogar auf den Verlust des Capitals, welcher durch das Unbrauchbarwerden der Behtensteuern eintrete, Rücksicht zu nehmen sey.

Darauf dient trefflich zur Erwiederung, was Herr Dr. v. d. Horst in einer für mehrere Kirchspiele im Bremenschen verfaßten Petition ²⁾ eben so schön als zutreffend gesagt hat:

1) Welche Gründe verlangen die Aufhebung des Beht- und Meier-Nexus, und welche Mittel entsprechen den gegenseitigen Interessen? Der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs Hannover zur geneigten Prüfung vorgelegt. Hannover, Hahn. 1831.

2) Zusammengefaßte Petitionen der Landeute mehrerer Kirchspiele in den Ämtern Ottersberg, Rotenburg und Beren. Werden, Bauer, 1831.

»Die Ländereien bekommen erst durch die Cultur, die wir
 »hineinbrachten, durch die Gebäude, die uns gehören, und
 »durch unser Hof- und Feld-Inventarium ihren Bestand und
 »ihren Werth. Nähme man alles Dasjenige herunter, was
 »wir auf den Höfen einrichteten, arbar machten, verbesse-
 »ten und bauten, so fielen Alles in wilde Heide zurück. Die Guts-
 »herren aber haben die Höfe nicht urbar gemacht, nicht be-
 »baut. Gaben sie etwa auch, was noch nicht ausgemacht ist,
 »ursprünglich den Grund und Boden dazu her, so war es je-
 »denfalls ein wüster, uncultivirter Boden, der in diesem Zu-
 »stande nicht den zwanzigsten Theil von demjenigen aufbrin-
 »gen kann, was wir an Zehnten, an Gefällen in baarem
 »Gelde und Naturalien, an Diensten und Lasten heutzutage
 »davon entrichten müssen. Alle Vortheile unserer Arbeiten,
 »unserer Auslagen, sind zumeist den Gutsherren zugeflossen;
 »alles Capital, das wir in die Verbesserungen und Bauten
 »gesteckt haben, trägt fast nur für die Gutsherren Zinsen.
 »Wir haben mehest davon nur den Tagelohn bei der spätk-
 »sten Kost, gleichwie wenn wir mit dem Gespanne auf frem-
 »den Gute um geringes Geld arbeiten. Die Gutsherren ha-
 »ben sich gewöhnt, und suchen auch Andere zu gewöhnen, die
 »Höfe in dem jetzigen Zustande, mit der Cultur und Bebauung,
 »wie sie nun vor Augen liegen, als guts herrliches Eigenthum
 »zu betrachten. In diesem Gedanken bemessen und vergleichen
 »sie den Verlauf der Zehnten und Gefälle gegen den nunneh-
 »rigen Werth der Höfe, und finden das gegenseitige Verhält-
 »niß leidlich und angemessen. Daß aber das Mehrtheil auf die-
 »sen Höfen, die Urbarmachung und Bebauung, welche den
 »Werth und Ertrag erst hervorbrachten und unzählig verviel-
 »fältigten, ganz allein von uns ausging und unser Eigen-
 »thum ist, sehen und verstehen die Gutsherren nicht ein. Sie
 »sehen und verstehen nicht ein, daß wir nicht bloß ihren mat-
 »ten Boden, sondern daß wir hauptsächlich unser eigenes Werk,
 »unser Eigenthum, ihnen verzehten, verginsen und verdien-
 »sten müssen. Sie nennen das ihre gutherrlichen Gerech-

»same, weil sie diesen Zustand durch ewig fortgesetzte Bedrü-
 »ckung und Gewohnheit so hergebracht haben. Wir aber ha-
 »ten dafür, daß hundert oder tausend Jahre Unrecht nicht ei-
 »nen Tag zu Recht werden kann. Glücklich wären wir, wenn
 »unsere Vorfahren den wilden Boden nach dem ursprüngli-
 »chen geringen Werthe rein gekauft hätten; oder wenn ein
 »solches Pachtverhältniß eingeführt wäre, worin, wie bei ge-
 »wöhnlichen Pachten, der Werth aller Meliorationen und
 »Bauten nach dem jährlichen Zinsbetrage, so wie die öffent-
 »lichen Grundabgaben, von dem Pachtpreise abgezogen wür-
 »den. Dann würde jeder Theil bekommen und erhalten ha-
 »ben, was ihm eigentlich gebührt hätte. Der Meierverband
 »aber und die Zehntpflicht haben bewirkt, und dies ist unser
 »Verderb, daß Alles, was wir nach und nach erwarben und
 »in die Höfe verwendeten, für die Gutsherren gewonnen und
 »für uns größtentheils verloren werden mußte.

»Soll nun eine Auseinandersetzung zwischen den Guts-
 »herren und uns zu Stande gebracht werden, so darf nicht bloß
 »auf den Umfang der, von den Guts herren zu unserm Be-
 »druck hergebrachten ausschließliche gesehen werden
 »— sondern unser ursprüngliches Recht, unsere Meliorationen,
 »Gebäude und Einrichtungen, welche den Höfen erst ihren
 »Werth und Bestand gaben, würden eine gleichmäßige Rück-
 »sicht verdienen. — Die Gerechtigkeit dieser Rücksicht scheint
 »unmöglich verkannt werden zu können. Sollten wir durch
 »eine Ablösung zum höchsten Preise alles Dasjenige bezah-
 »len und abkaufen, was die Guts herren bisher von uns for-
 »derten und erhielten, so würden wir zugleich unser eigenes
 »Gut und Eigenthum noch einmal bezahlen und erkaufen müs-
 »sen, und die mit der Ablösung bedingte Erleichterung des
 »Bauernstandes würde durchweg vereitelt werden. Auf diese
 »Weise würde die ganze Hülfe, die uns geboten werden soll,
 »nur in der Einbildung bestehen, und wir gänzlich nicht im
 »Stand seyn, davon Gebrauch zu machen. Dies wird jeder
 »Unpartheiische bezeugen, der den Bauernstand kennt.»

Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten

des
Königreichs Hannover
und des
Herzogthums Braunschweig.

In zwanglosen Heften herausgegeben

von

E. P. Gans,

Advocaten in Gelle.

Zweites Heft.

Inhalt.

VIII. Darstellung der Verhandlungen der zweiten Kammer.

IX. Ueber die Theilung der Gemeinheiten und die Ländburgische Gem.-Zh.-Ordnung vom Jahre 1808.

X. Zur Wirtsch.-Verfassung Hannovers.

XI. Vortrag gehalten in der zweiten Kammer von Dr. Freudentheil.

XII. Ueber das Denunciations-Weien in Steuer-Versandlungs-Sachen.

XIII. Anlaß zu No. IV. des ersten Heftes.

VIII.

Darstellung

der Verhandlungen der zweiten Kammer der allge-
meinen Stände-Versammlung des Königreichs
Hannover vom Jahre 1831.

Es sind unsern Lesern die schwierigen Verhältnisse bekannt, unter welchen die diesjährige, bereits für den Monat Februar einberufene, aber bis zum 7. März ausgesetzt gewesene allgemeine Stände-Versammlung des Königreichs Hannover zusammengetreten ist.

Seit der Prorogation der Stände im Monat April 1830 hatte sich die Lage Europa's durch die Juli-Tage Frankreichs wesentlich verändert. Kein Land Europa's war von dieser Veränderung unberührt geblieben, und auch über Hannover waren Tage gegangen, die es seit einer Reihe von Jahrhunderten nicht erlebt hatte. Schwer war die Aufgabe der Regierung, schwer die Aufgabe der Stände-Versammlung, schwerer, als sie je das

große Publicum nur hat zu ahnen vermögen, schwerer durch besondere, theils in der Staats-Verfassung, theils in besondern actuellen Zuständen beruhende Verhältnisse, als sie vielleicht in keinem andern Lande des gesammten Europa's gewesen ist. Nur ein treues Zusammenwirken der Regierung und der Stände ist allein im Stande, diese Aufgaben, die größten und erhabensten, welche in dem Leben eines Volks Glück oder Unglück bringend eintreten können, zum Heile des Vaterlandes zu lösen, und, Gott sei Dank! große Schritte zu diesem edlen Ziele sind schon geschehen.

Mit Freuden werden unsere Leser aus der nachfolgenden Darstellung diese Resultate ersehen, und die Männer kennen lernen, welche in reiner Liebe für das Vaterland und mit klarem Verstande für dessen Wohlfahrt Sorge tragen, und Liebe, Ehrfurcht und Vertrauen gegen die Regierung und die Stände werden, immer mehr zu der unerschütterlichen Liebe und Treue, der Hannoveraner für ihren allverehrten König und dessen erhabenes Haus sich erstreckend, ein Lohn seyn, dem kein andrer gleich kommt, und den in seiner ganzen Größe nur Deutslichkeit allein zu gewähren vermag.

Eröffnung der Stände-Versammlung.

Erste Sitzung.

Kurz vor Eröffnung der Stände-Versammlung hatten Se. Majestät der König den bisherigen allerverehrten General-Gouverneur des Königreichs, Se. Königl. Hoheit, den Herrn Herzog von Cambridge, zum Vice-König des Königreichs, mit besondern ausgedehnten, jedoch bis jetzt noch nicht zu öffentlicher Kenntniß gebrachten, Vollmachten zu ernennen geruht.

Am 7. März wurden beide Kammern der Stände-Versammlung durch Se. Königl. Hoheit, den Vice-König, Namens und in Vollmacht Se. Majestät eröffnet mittelst einer Rede, welche auf die schwierigen Verhältnisse des Landes und auf die Hauptmittel zur Abwendung des allgemeinen Nothstandes aufmerksam machte, und die treue Mitwirkung der Regierung zu allen Maßregeln, welche, um dieselben Uebelständen abzuheben, für rathsam erachtet werden möchten, versprach. Besonders wurde in dieser Hinsicht der allgemein ausgesprochene Wunsch nach einer verdichteten Verfassung herausgehoben, jedoch zugleich mit der hinreichend bestimmten Erklärung über die nothwendige Beibehaltung zweier Kammern, so wie die Nothwendigkeit einer Gesetzgebung zur Ablosbarkeit der Steuern und der übrigen, das pflichtige Grundeigenthum belastenden gutsherrenlichen Gefälle, gesetzliche Maßregeln zur Erleichterung der auf dem Grundbesitze lastenden Steuern, und Anordnungen über die Vereinigung in der Erhebung mancher besonders lästigen directen Steuern. Auf Veranlassung der Regierung hatten schon in ihrer vorjährigen Versammlung die Stände eine Commission aus ihrer Mitte zur Prüfung des demnächst vorzulegenden Entwurfs einer neuen Straf-Gesetzgebung ernannt. Schon im November 1830 war dieser Entwurf der Commission vorgelegt und zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden ¹⁾. Auch die Erleichterung dieses wichtigen Gegenstandes wurde in der Thronrede als ein dringendes Bedürfnis empfohlen, ganz besonders dringlich aber wurden Maßnahmen zur Erleichterung der allgemeinen Noth des Landmannes in einzelnen, durch besondere Natur-Ereignisse gelitten habenden Provinzen anempfohlen, wie denn überhaupt diese ganze schöne Rede nur das herrlichste Mitgefühl mit dem Leiden des Volkes, und das innigste Eingehen in dessen Wünsche athmete, und in das, was die Zeit gebietet, um das Vertrauen und die Eintracht zwischen Regierenden und Regierten zu befestigen ²⁾.

Nachdem solchergestalt die Stände-Versammlung eröffnet war, beschäftigten sich beide Kammern mit Verifizirung der Vollmachten und mit der Beerdigung neu eingetretener Mitglieder, von Seiten der Regierung aber wurden Anträge und respective Gesetz-Entwürfe eingebracht:

- 1) Ueber die Wahl der Deputirten der Städte und die Representation des Bauernstandes ³⁾;
- 2) über die Einnahmen und Ausgaben der Landes-Casse bis ultimo Juni 1831, und das Budget vom 1. Juli 1831 bis 1832 ⁴⁾;
- 3) wegen der landchaftlichen Grundsteuer-Commissionen ⁵⁾;
- 4) wegen des Wahl- und Schlacht-Licentis, und dessen Verminderung und Vereinfachung ⁶⁾;
- 5) wegen des Einbrecher Steuer- und Zoll-Vertrags ⁷⁾;
- 6) wegen Veränderung im Eingang-Steuer-Tarif ⁸⁾;
- 7) wegen der Tilgung der alten Landeschulden ⁹⁾;
- 8) wegen der Tilgung der neuen Landeschulden ¹⁰⁾;
- 9) wegen Erleichterung des Nothstandes der Landes-Einwohner ¹¹⁾;
- 10) wegen Vorschüsse behuf der Deiche ¹²⁾;
- 11) wegen Organisation der Wasserbau-Bedienungen ¹³⁾;
- 12) wegen des Criminal-Gesetzbuchs ¹⁴⁾;
- 13) wegen der Errichtung neuer Straf-Anstalten ¹⁵⁾;
- 14) wegen der Anlage einer Chaussee von Lüneburg nach Celle ¹⁶⁾;
- 15) wegen der Weggelts-Freiheit der Chaussee-Handdienst-Pflichtigen ¹⁷⁾;
- 16) wegen einer neuen Gewerbe-Ordnung ¹⁸⁾;
- 17) wegen der Fortschritte der Gemeinheits-Theilungen ¹⁹⁾;
- 18) wegen Errichtung einer allgemeinen Wittwen-Casse für die Hof- und Civil-Dienerschaft ²⁰⁾.

Sodann wurde, auf Antrag des General-Syndicus, über die Ernennung einer Commission zur Entwerfung einer Dank-Adresse auf die Thronrede debattirt. Diese Debatte, an welcher jedoch, wegen Kürze der Zeit, nur Wenige Theil genommen hatten, wurde in der

- | | |
|---|---|
| ¹⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 6. | ⁷⁾ Daselbst Heft III. Nro. 9. |
| ²⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 10. | ⁷⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 11. |
| ³⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 12. | ⁷⁾ Daselbst Heft IV. Nro. 13. |
| ¹⁰⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 18. | ¹¹⁾ Daselbst Heft V. Nro. 20. |
| ¹¹⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 21. | ¹²⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 22. |
| ¹²⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 23. | ¹³⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 24. |
| ¹³⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 25. | ¹⁴⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 26. |
| ¹⁴⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 27. | ¹⁵⁾ Das. G. VI. Nro. 23. 29. 30. |
| ²⁰⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 32. | |

²⁾ Actenstücke der dritten allgemeinen Stände-Versammlung, 6te Dikt. Heft I. ³⁾ Daselbst Heft II. Nro. 2. ⁴⁾ Daselbst a. a. D. Nro. 5.

zweiten Sitzung,

vom 9. März, nachdem noch einige Vollmachten verificirt worden waren, wieder aufgenommen und mit großer Lebhaftigkeit und Wärme fortgeführt. Obgleich Alle darüber einig waren, daß die zu erwählende Commission mit einer bestimmten Instruction nicht versehen werden solle, so kamen doch die hauptsächlichsten Gegenstände zur Sprache, welche darin anzudeuten seien, namentlich der Wunsch nach einer neuen Verfassung, nach Definitivität der ständischen Verhandlungen, nach geregelter Pressfreiheit, nach Vereinigung der Domainal-Einkünfte mit der Landes-Casse, unter Feststellung einer angemessenen Civil-Liste, und nach einer Empfehlung der wegen der Göttinger Unruhen Inculpirt an die Gnade des Königs.

Mehr oder weniger unbedingt dafür wurde hauptsächlich von den Herren Längel, Stüve, Kuffel, Kern, Serries, Gruner, Kettler und Meyer gesprochen: die Stände-Versammlung sey es dem Lande schuldig, gleich anfangs zu zeigen, welcher Geist sie befehle, und inwiefern sie die allgemein gefühlten und ausgesprochenen Bedürfnisse und Wünsche erkenne und wahrige; sie sey es dem Gouvernement schuldig, welches liberale Institutionen beabsichtige, und vor allen Dingen erfahren müsse, ob die jetzige Stände-Versammlung für solche empfänglich sey; sie sey es endlich der Erhaltung der allgemeinen Ruhe schuldig, welche bei der in allen Klassen fortdauernden Unzufriedenheit im höchsten Grade gefährdet werde, wenn man sich nicht gegen die, bei der jetzigen Lage der Welt-Ereignisse nur zu sehr zu befürchtende Nähe einer stürmischen Zukunft durch schlagende, feste Institutionen im Innern möglichst sichere.

Mit größerer Mäßigung sprachen die Herren Eichhorn, Rumann und Rose, welche jene Gegenstände für zu wichtig und einer zu gründlichen Beratung bedürftig hielten, als daß sie für eine simple Dank-Adresse sich eigneten, auch zu bedenken gaben, daß schließlich der Beitreit der ersten Kammer zu diesen Ansichten zu erwarten stehe.

Entschieden dagegen erklärten sich aber nur die Herren Wedemeyer und Lampe, weil wie für die gewünschten Institutionen noch längst nicht reif seien, und eine in beabsichtigter Maße abgefaßte Adresse, welche zum Theil nicht zu realisirende Wünsche rege mache, die allgemeine Aufregung nur noch vermehren werde.

Nach dem Schlusse der Debatten wurde eine aus den Herren Längel, Stüve, Eichhorn und Wedemeyer bestehende Commission gewählt, um gemeinschaftlich mit einer von der ersten Kammer morgen zu erwählenden Commission die Dank-Adresse zu entwerfen.

III. Die dritte Sitzung der zweiten Kammer, am 10. März, wurde mit der Vereidigung mehrerer Deputirten eröffnet. Sodann wurden von den Herren Rumann und Längel folgende Anträge gemacht:

von ersterem,

- 1) daß für die Zukunft jedem ständischen Deputirten für die Zeit seiner Abwesenheit von seinem Wohnorte, außer den Reisekosten, täglich 2 Rthlr. Diäten aus der Landes-Casse bewilligt werde;
- 2) daß es Sr. Majestät gefallen möge, den Ständen über den Zustand der königlichen Cassen Mittheilung zu machen, und die Gründe anzugeben, welche einer Vereinigung derselben mit der Landes-Casse entgegen stehen möchten;

von letzterem,

auf eine angemessene größere Publicität der landständischen Verhandlungen, wo möglich noch für diese Diät. Hiernächst wurde eine Petition einer Dorfgemeinde im Donauabtrübschen, wegen Abschaffung des Trafikanten-Geldes, verlesen.

Nachdem endlich die Wahl eines Vebellen der zweiten Kammer eine sehr bedeutende Zeit gekostet hatte, wurde der Antrag des Herrn General-Syndicus, den abgezangenen Vebell Helfer mit 100 Rthlr. jährlich zu pensioniren, in Berathung gezogen, und bei der Abstimmung verworfen.

Schließlich wurde noch von erster Kammer angezeigt, daß zu der mit Entwerfung einer Dank-Adresse an den Vice-König zu beauftragenden Commission ihrerseits die Herren von Schulte, von Schele, Graf von Schulenburg und General-Feldzeugmeister v. d. Decken erwählt seyen.

IV. Interessanter und wichtiger war die vierte Sitzung, am 11. März, in welcher zuvörderst Herr Dr. Christiani folgende Anträge machte:

- 1) daß der Vice-König ersucht werden möge, den Umfang der ihm ertheilten Vollmachten zur allgemeinen Kunde zu bringen;
- 2) auf möglichste Freiheit der Presse;
- 3) auf Abschaffung des privilegierten Gerichtsstandes, und
- 4) auf Einziehung sämmtlicher Manns-Stifter, zu Gunsten der Kirche und ihrer Diener, unter vollständiger Entschädigung der bereits berechtigten Individuen.

Nachdem sodann viele meistens unwichtige Rescripte und Propositionen des Gouvernements verlesen waren, unter denen nur die Notification der Thronbesteigung Königs Wilhelm IV. zu dem einstimmig angenommenen Antrage auf Eröffnung einer Commission, behuf Entwerfung einer Glückwünschungs-

Adresse, Veranlassung gab, wurde endlich die landesherrliche Proposition auf Bewilligung einer Anleihe von 200,000 Rthlr., zur Unterstützung der durch die unglücklichen Natur-Ereignisse der letzten Jahre in Noth gerathenen Unterthanen, zur ersten Verathung gestellt. Die Debatten darüber dauerten bis 5½ Uhr, und wurden mit großer Lebhaftigkeit von allen Seiten geführt.

Einerseits wurde ein Verbesserungs-Antrag, auf vorgängige Niederlegung einer Commission zur Untersuchung der eigentlichen Ursachen der großen Noth, und der wirksamsten zu ihrer Abhilfe geeigneten Mittel, von den Herren Künzel, Stüve, Freundt, Beusing und Mener weitläufig vertheidigt.

Es sey nicht allein die göttliche Fügung ungünstiger Natur-Ereignisse der letzten Jahre, welche den schauerhaften Nothstand des Landes auf diese beispiellose Höhe gebracht habe. Nur ein traurig organisirtes, bereits ausgefogenes Land könne durch solche Unglücks-Fälle an den Rand der Verwüstung gerathen. Als einen erst mahnenden Fingerzeig möge man jene Fügung Gottes betrachten, nicht aber ihr hauptsächlich den Grund der Noth beimeßen. Menschen-Ehorei, Selbstsucht, Unverstand und Böswilligkeit seyen die tieferen Quellen jener Calamität, und so seyen halbe Maßregeln, wie die vorgeschlagenen, nicht angemessen zur Abhilfe, da sie nur den augenblicklichen leidlichen Hunger stillen möchten, die höheren geistigen Bedürfnisse aber unberücksichtigt ließen.

Unser Volk habe noch Kraft genug, um vor der Schande, ein kümmerliches Daseyn durch Almosen zu feilen, bewahrt bleiben zu können, und es lenne hauptsächlich darauf an, durch freiere Institutionen zur Entwicklung seiner Kraft ihm Gelegenheit zu geben.

So selbst hat man daher auch von der Größe der Noth ergriffen, und von der Pflicht, zu helfen, überzeugt sey, so müsse doch eine gründliche Untersuchung vorangehen. —

Andersseits wurde ein zweiter Verbesserungs-Antrag dahin, daß zuvörderst durch Mittheilungen über den Zustand der königlichen Generat-Casse, den Ständen die Ueberzeugung der Nothwendigkeit ständischer Beihilfe verschafft werde, von den Herren Christiani, Stüve und Serres gründlich verfochten.

Die landesherrliche Proposition besage zwar, daß die königliche Cassa durch die großen, der Noth des Landes an baarem Gelde und Naturalien gebrachten Opfer, wie durch die dadurch veranlaßten Remissionen und Ausfälle augenblicklich erschöpft sey; aber dadurch sey das Land um so weniger davon überzeugt worden, als das bisher über den Zustand solcher Cassa erhaltene Dunkel zu den verschiedenartigsten Meinungen über ihren Inhalt Veranlassung gegeben habe. Keiner im Volke

wisse, wie groß ihre Fonds seyen, und so denke man zum Theil, daß sie viele gefüllte Goldkisten enthalte. Die Regierung besitze nicht das Vertrauen des Volks, und so könnten bloße Versicherungen ihm nicht genügen.

Sollte nicht das Mißtrauen gegen Regierung und Stände zu einer noch gefährlicheren Höhe gesteigert werden, so müsse eine offene Mittheilung über die wirklichen Mittel der königlichen Cassa geschehen, und dazu sey keine bedeutende Zeit erforderlich, vielmehr könne in wenigen Tagen die Ueberzeugung von dem Erschöpfteyn der königlichen Cassa, und von der desfallsigen Nothwendigkeit der gewünschten ständischen Beihilfe, verschafft werden.

Die Herren Rose, Wedemeyer und Hüpeden widersetzten sich diesen Verbesserungs-Anträgen sehr nachtheilich, weil ihre Realisation einen Verzug hervorbringen würde, den die augenblickliche Größe der Noth nicht vertragen könne, wenn nicht besorgt werden solle, daß die Verzögerung in offene Verbrechen ausarte. So gerech auch der Wunsch sey, daß der Zustand der königlichen Cassa zur öffentlichen Kunde gebracht werde, so wenig eigne er sich für diese Debatte. Die Niederlegung einer Commission habe keinen notwendigen Zweck, da der Nothstand als wirklich vorhanden allgemein anerkannt werde, und man die nützlichste Verwendung der gewünschten Hülfsmittel dem Gouvernement wohl zutrauen könne.

Die Herren Kern, Gruner, Mammen, Lampe, Abikes und Böttcher wollten die Sache bloß aus dem Gesichtspunkte der Menschlichkeit betrachtet wissen, und widersprachen daher der Niederlegung einer Commission als zeitraubend.

Bei der ersten Abstimmung wurden darauf beide Verbesserungs-Anträge verworfen, und der Antrag der Regierung von einer überwiegenden Majorität angenommen.

V. In der fünften Sitzung, am 12. März, führte die Tagesordnung — nachdem zuerst die Herren Wahlmann und Kern, ersterer auf Abschaffung des in den kleinen Städten des Entenbergschen üblichen Landshages, letzterer auf möglichst baldige Vorlegung eines Entwurfs zu einem, den Bedürfnissen der Zeit angemessenen, Staats-Grundgesetze angetragen hatte — zur Verathung über den von Herrn Rummann am 10. d. M. in Antrag gebrachten Diäten-Punkt (oben S. 29.). Der Herr Proponent entwickelte mit ausgezeichnetem Klarheit und Präcision das Beisame jenes in vielen Petitionen zur Sprache gebrachten Wunsches: Es werde dem Hause dadurch diejenige Unabhängigkeit zu Theil werden, ohne welche es das Vertrauen des Landes nicht erwarten dürfe. Durch die vielen in der Residenz wohnenden, persönlich höchst achtbaren Staats-Beamten, wel-

chen die ärmeren, oder für das Allgemeine sich weniger interessirenden Wahlcorporationen ihre Vollmachten ertheilt, habe nicht nur ein ministerieller Optimismus sich eingeschlichen, sondern das Haus entbedre auch der nothwendigen Vereinigung allseitiger Interessen und Kenntnisse, welche nur durch Männer aus allen Ständen und Provinzen zu erreichen stehe.

In gleichem Sinne sprachen die Herren Heitiger (welcher jedoch die Diäten auf 3 Rthlr. täglich erhöht zu sehen wünschte), Längel, Stäve, Serres, Freudentheil und Meyer.

Das Amt eines landständischen Deputirten müsse eine Ehrensache seyn, daher nur tüchtigen und patriotischen Männern zu Theil werden, und auch im Entferntesten nicht dem Verdachte einer Geld-Speculation Raum geben.

Wenn daher überwiegende Gründe die Bewilligung einer Entschädigung für den damit verknüpften Kosten-Aufwand aus der Landes-Casse ratsam machten, so müsse doch solche Entschädigung auf die äußerste Nothdurft eingeschränkt werden, und dürfe eine Belohnung für die patriotischen Bemühungen der Deputirten nicht in sich schließen. Deshalb könnten aber auch die zu Hannover wohnenden Mitglieder der Stände-Versammlung nicht daran participiren — wie solches die Herren Kose, Blumenbach und Kern verlangten — da bei ihnen der Grund einer Entschädigung für baaren Kosten-Aufwand nicht vorhanden sey. Wenn übrigens auch — wie Herr Dr. Christiani bemerkt hatte — der pflichtige Bauernstand, wie manche kleine Städte und Flecken, zur Zeit noch nicht repräsentirt seyen, und es daher haect scheinen möchte, die Entschädigungen aus der Landes-Casse, zu welcher Alle beizutragen, zu bewilligen, so sey doch eine allgemeine Vertretung nahe bevorstehend, und vertrete doch auch schon jetzt ein jeder Deputirter, seinem Eide gemäß, nicht seine einzelne Corporation, sondern das allgemeine Landes-Interesse.

Daher nun Herr Ahles die Frage bis dahin, daß über den Kernschen Antrag einer neuen Verfassung berathen würde, ausgesetzt zu sehen wünschte, so wurde doch, auf den Vorschlag des Herrn Dr. Christiani, beschloffen, eine Commission zur Prüfung dieser speciellen Frage zu erwählen. —

Hiermit nahm die Berathung über den Längelschen Antrag vom 10. d. M. auf größere Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen, durch Zulassung von Zuhörern, ihren Anfang. In der ersten Entwicklung seines Antrages hob Herr Syndicus Längel hauptsächlich folgende Motive weitläufig heraus:

- a. den persönlichen Wunsch des Königs und Vice-Königs, welcher letztere bereits 1814 solchen ausgesprochen habe;
- b. das Beispiel aller übrigen constitutionellen Staaten;

c. die öffentliche Meinung, welche, wie verschiedne sie auch über andre Gegenstände in den Petitionen der letzten Monarchie sich geäußert habe, doch in diesem Punkte völlig einig gewesen sey;

d. die Nothwendigkeit, das gänzlich erschwene Vertrauen zur Stände-Versammlung dadurch wieder herzustellen, daß man dem Volke die Möglichkeit verschaffe, von der Wirksamkeit seiner Vertreter sich persönlich zu überzeugen;

e. den Zustand des Landes, welcher nicht beruhigt genannt werden dürfe, so lange eine bewaffnete Macht scharfer Patrouillen bedürfe, und welcher große Beruhigungsmittel erheische;

f. die Hebung der intellectuellen und moralischen Kräfte des Volke, welche durch das Petitionsrecht allein, das auch Tücken und Chinesen nicht versaget sey, nicht erreicht werde;

g. die Nothwendigkeit, daß einerseits die Regierung die wahre öffentliche Meinung kennen lerne, welches ohne Oeffentlichkeit nicht geschehe; und

h. daß andererseits die Handlungen des Gouvernements der öffentlichen Controle unterworfen werden.

In gleichem Sinne redeten die Herren, Graf Kistmannssegge, Stäve, Kern, Serres, v. Werthof, Rumann und Christiani, über diesen durch die Entwicklung obiger Motive gänzlich erschöpften Gegenstand, gegen welchen auch eine directe Opposition gar nicht erhoben wurde.

Der Wunsch des Herrn Kose, daß derselbe an die wegen des Diäten-Punktes zu erwählende Commission verwiesen werden möge, fand wegen der größeren Eile dieser Oeffentlichkeits-Frage keine Unterstüßung, und die Besorgniß desselben Bedenke, daß dieser, eine wesentliche Abänderung des Verfassungs-Reglements beziehende, Punkt nicht ohne specielle Genehmigung Sr. Königl. Majestät zu erreichen, und daher schwerlich während dieser Diät ins Leben zu rufen seyn werde, fand durch die mehrseitig ausgesprochene Hoffnung, daß die Vollmachten des Vice-Königs in dieser Beziehung umfassend genug seyn dürften, seine Erledigung.

Da übrigens die erste Kammer bereits am Schlusse der gestrigen Sitzung den Vorschlag, einer aus beiden Kammern zu erwählenden Commission die Untersuchung aufzutragen: ob und wie den ständischen Verhandlungen größere Publicität zu geben sey? hatte mittheilen lassen, so accommodirte sich bei der Abstimmung eine große Majorität diesem Vorschlage um so lieber, als der gewünschte Zweck, nach dem bestehenden Reglement, auf kürzerem Wege nicht würde erreicht werden, auch die Anstimmung eines angemessenen Locals einer commissarischen Untersuchung nicht wohl entbehren könnte.

VI. Die sechste Sitzung der zweiten Kammer, am 14. März, wurde durch Aufnahme nachfolgender Anträge in die Tagesordnung begonnen:

1. vom Herrn Breusing,
 - a. auf Revision sämtlicher Städte-Verfassungen, oder auf baldige Erlassung einer allgemeinen Städte-Ordnung für das ganze Königreich;
 - b. daß Königliches Cabinets-Ministerium ersucht werden möge, den Gewerbe-Verein zu einer Mittheilung über seine bisherige Wirksamkeit zu veranlassen;
 - c. daß Königliches Ministerium gebeten werde, Vorschläge zur gründlichen Verbesserung des Münzwesens den Ständen vorzulegen;
2. vom Herrn Kuffel,
 - a. auf Erwählung einer Commission zur Ausmittlung nöthiger Ersparungen im Staats-Haushalte;
 - b. daß Königliches Cabinets-Ministerium ersucht werden möge, sämtliche, den projectirten Bau einer Chauffee von Celle nach Lüneburg betreffende Acten, vor der Berathung über die beschaffliche landesherrliche Proposition, den Ständen vorzulegen.

Sodann kam es zur zweiten Abstimmung über die landesherrliche Proposition im achten Pöscripte, die Vorschlässe behufs der Deiche betreffend, welche, ihres weniger allgemein interessirenden Inhalts wegen, einer specielleren Darstellung nicht bedarf, als der Bemerkung, daß sie dem Wunsche des Ministerii gemäß ausfiel.

Hierauf wurde das siebente Pöscript, die Bewilligung einer Anleihe von 200,000 Rthlr. zur Unterstüßung der durch die letzten ungünstigen Jahre Verarmten zum zweiten Male in Berathung gezogen. Es wurde abermals, aus den bei der ersten Berathung vorgetragenen Gründen, vom Herrn Lünkel auf Erwählung einer Commission angetragen, und dieser Antrag von dem Herrn Stüve vertheidigt, von den Herren Mammen, Adickes, Kern, Lampe, v. Werthof, Hüpeden, Abtes und Rose aber, besonders aus dem Grunde des damit verbundenen Zeitverlustes bekämpft, und bei der demnächstigen Abstimmung von einer großen Majorität verworfen. Gleiches Schicksal hatte ein Verbesserungs-Antrag des Herrn Breusing, daß vorläufig nur die Anleihe von 50,000 Rthlr. zur augenblicklichen Milderung der größten Noth bewilligt, und die Bewilligung der übrigen 150,000 Rthlr. von den Resultaten einer vorzunehmenden commissarischen Untersuchung abhängig gemacht werden möge. Dagegen ging aber ein Verbesserungs-Antrag des Herrn Hausmann, daß die Vortheile des Anleihe-Geschäfts nicht bloß einzelnen Banquiers zu Gute kommen, sondern königliches Mini-

sterium ersucht werden möge, auch andere Privat-Leute daran Theil nehmen zu lassen, bei der Abstimmung durch, und der Haupt-Antrag auf Bewilligung der Anleihe von 200,000 Rthlr. wurde endlich fast einstimmig genehmigt.

Ueber den Diktens-Punkt wurde eine zweite Berathung nicht verlangt, und der neuliche Beschluß, eine Commission zur Prüfung der Sache zu erwählen, wiederholt bestätigt.

Der zweiten Abstimmung über den Antrag, die Deffentlichkeit der landständischen Verhandlungen betreffend, ging eine weitläufige Berathung wiederum voran, an welcher die Herren Lünkel, Lampe, Freudentheil, Kern, v. Malortie, Breusing, Christiani und Meyer, mögliche Beschleunigung dieses wichtigen Gegenstandes hauptsächlich empfehlend, Theil nahmen. Des Herrn Kettler Antrag auf Auslegung dieser Frage bis zur Berathung über die Verfassung, fand keine Unterstüßung, vielmehr wurde der neulich gefasste Beschluß, gemeinschaftlich mit erster Kammer eine Commission zur Prüfung des Ob und Wie niederzulegen, einstimmig bestätigt. Die Wahl fiel auf die Herren Rose, Lünkel und Stüve.

Den Beschluß dieser Sitzung machte die erste Berathung über das erste Pöscript, die landschaftlichen Grundsteuer-Commissarien betreffend, worüber die Herren Adickes, Kern, Rose, Lünkel, Wdemeyer, Baring, Numann, v. Pape, Sermes und v. Werthof discutirten. Das Resultat dieser, einen nur unbedeutenden Gegenstand bezielenden Berathung war die Annahme der Ministerial-Proposition auf Beibehaltung der landschaftlichen Grundsteuer-Commissarien für die Dauer noch eines Jahres.

VII. In der siebenten Sitzung, am 15. März, wurden zuverörder folgende Anträge gemacht:

1. vom Herrn Freudentheil,
 - a. auf Revision der Hausir-Ordnung;
 - b. auf Erlassung eines Gesetzes zur Einschränkung des Geldwuchers bei Anschaffung von Darlehen;
 - c. auf Abschaffung des Dienst- und Schutz-Geldes aus dem Lande;
 - d. auf Erwählung einer aus Mitgliedern aller Provinzen bestehenden Commission zur Untersuchung der Noth des Landes, und Erforschung der geeignetsten Hülfsmittel;
2. vom Herrn Kern,
 - auf Veranlassung eines allgemeinen Hypotheken-Gesetzes. Sodann erstattete Herr Stüve, Namens der Adressen-Commission, der Kammer Bericht über die Wirksamkeit derselben, und verlas als Resultat derselben den von erster Kammer bereits genehmigten Entwurf einer Dank-Adresse an des Vice-Königs königliche Hoheit. Allgemein erkannte man

die Vortrefflichkeit dieses von dem Herrn Bericht-Erklärer selbst verfaßten Entwurfs um so williger an, als die Lösung der Aufgabe, nach Lage der Verhältnisse, im höchsten Grade schwierig genannt werden mußte²¹⁾.

Nur die, die Göttinger Ereignisse betreffende Stelle veranlaßte Verbesserungs-Anträge:

- a. vom Herrn Gell, daß hinter Verbrechen noch, »und Verurtheilungen« eingeschaltet werden möge;
- b. vom Dr. Meyer, daß außerdem hinter Gerechtigkeit und Weisheit, »und Milde« hinzugefügt werde;
- c. vom Herrn Christiani, daß der Ausdruck »Verbrechen« ganzlich weggelassen möge.

Diese Verbesserungs-Anträge wurden dadurch motivirt, daß ad a. der größte Theil der Theilgestellten weniger zu den Verbrechen, als zu den Verurtheilungen gezählt werden dürfe;

ad b. die Attribute der Königlichen Majestät seyen nicht bloß Gerechtigkeit und Weisheit, sondern auch Milde und Gnade. Die Erinnerung an letztere sey mit der Nennung des Königlichen Namens so genau verbunden, daß man sie nur zu häufig bei solcher Gelegenheit aussprechen höre, wo man der Gnade des Königs nicht bedürfe. Sollte sie nicht zu einer leeren Redensart herabsinken, solle die Gnade als Attribut der Königlichen Majestät eine Wahrheit seyn, so dürfe sie da nicht unerwähnt bleiben, wo sie, wie in Beziehung auf die Göttinger, dringend nothwendig sey, und wo ein Nichterwähnen derselben auf den Wunsch schließen lasse, daß sie nicht ausgeübt werden möge. Ein solcher Wunsch könne aber von der Kammer unmöglich getheilt werden. Es sey rein menschlich, selbst dem ärgsten Verbrecher nicht nur einen gerechten und weisen, sondern auch einen milden Richter zu wünschen, und wie sehr man auch die ungesegneten Thaten der Göttinger verabscheue, eben so innig bemitleide man ganz allgemein die großentheils nur verirrten Thäter. Man dürfe nicht vergessen, daß von den Göttingern, unter nicht zu rechtfertigenden Uebertreibungen und vielleicht auch Verleumdungen, doch auch Wahrheiten ausgesprochen und vor den Thron des Königs gebracht seyen, welche, wären sie noch länger in der Brust verschlossen geblieben, vielleicht einen weit furchtbareren und allgemeinem Ausbruch würden zur Folge gehabt haben. Das Gouvernement habe diese Wahrheiten nicht unbeachtet gelassen, und wie die Geschichte Beispiele genug aufweise, daß die göttliche Vorsehung unlauteere menschliche Mittel zu einem großen und heilsamen Ziele hin-

ausgeführt habe, so sey auch die Sache der Hannoverischen Freiheit durch die Göttinger wesentlich gefördert;

ad c. nur dem Richter, der acutenmäßige Kunde von den Thaten besitze, stehe es zu, sie als Verbrechen zu bezeichnen, nicht aber dem Einzelnen, und am wenigsten dürfe die Stände-Versammlung als Organ des ganzen Landes sich ein voreiliges Urtheilen in einer Angelegenheit so hochwichtigen Inhalts erlauben.

Gegen diese von den Herren Lünge und Keuffel unterstützten Verbesserungs-Anträge wurde von den Herren Kumann, Schöve, Schlegel, Kern, Seermes, Hüpeden und Lampe hauptsächlich erwidert:

Es sey nicht rathsam, gleich anfangs in eine Meinungs-Verschiedenheit mit erster Kammer zu gerathen, da möglichst Einigung beider Kammern jetzt so höchst wichtig sey, und der übrige Inhalt der Adresse die Nachgiebigkeit der ersten Kammer auf eine erfreuliche Weise zu erkennen gebe. Die Uebergabe der Adresse, welcher der Vice-König schon seit mehreren Tagen erwartungsvoll entgegen gesehen, würde dadurch bedeutend verzögert werden. Uebrigens sey in der erwähnten Gerechtigkeit und Weisheit des Königs auch dessen Milde begriffen, welcher man auf jeden Fall sich versichert halten dürfe; da in der Thronrede des Vice-Königs die Thaten der Göttinger »Aufruhr und Empörung« genannt seyen, so erscheine es um so unbedenklicher, daß auch Stände sie als Verbrechen ausdrücklich bezeichneten, da sie als solche aller Welt klar vor Augen lägen.

Bei der Abstimmung wurden sämtliche Verbesserungs-Anträge mit 40 gegen 14 Stimmen abgelehnt, und hiernächst die Adresse in entworfenener Maße einstimmig angenommen.

Bei der zweiten Berathung über das erste landesherliche Volscript, an welcher die Herren Kumann, Bogell, Kettler, Webermeyer und Dommers Theil nahmen, wurde zwar wiederholt beschlossen, die landeschaftlichen Grundsteuer-Commissionen noch ein Jahr beizubehalten, indessen ging ein Verbesserungs-Antrag des Herrn Kettler, die Diäten derselben von 3 Rthlr. auf 2 Rthlr. herabzusetzen, fast einstimmig durch.

Nachdem hiernächst noch eine dritte Abstimmung über das dreizehnte Volscript, die Weggelds-Freiheit der Chaussees-Handienstpflichtigen betreffend, das Resultat der früheren beiden dahin, daß Königliches Cabinets-Ministerium ersucht werden möge, den darin bezeichneten Gegenstand als Gesetz zu promulgiren, beauftragt hatte, führte die Tages-Ordnung zur ersten Berathung über das zweite Volscript, den Mahl- und Schlags-Licent betreffend, jedoch zunächst nur über die Frage: ob ein modificirter Licent beizubehalten, oder statt dessen eine directe Steuer für die licentpflichtigen Städte vorzuziehen sey?

²¹⁾ Diese Adresse, nebst der Erwiderung S. R. P. des Vice-Königs, ist in den officiellen Actenbüchern, Heft VII, Nro. 35, 36, abgedruckt.

Herr Mammen trug in einem weilläufigen von ihm verlesenen Aufsatze den, auf dem letzten Provinzial-Landtage von Ostfriesland laut gewordenen Wunsch nach Aufhebung aller indirecten Steuern, nach Quotisirung der Steuern für jede Provinz, vor. Allen aber nach Erwählung einer Commission zur Revision und Umarbeitung unseers ganzen Steuer-Systemes, sehr unständlich vor, nahm solchen jedoch, als man ihm entgegenete, daß dieser Verbesserungs-Antrag, wegen seiner hohen und umfassenden Wichtigkeit, als solcher nicht passiren könne, vielmehr als besonderer Antrag schriftlich vorgetragen werden müsse, denselben zurück.

Die Herren Freudentheil, Ebell, Breusing, Dommes, Lünkel, Wides, Stäve, Rose, Keuffel, Ahles, Kern, v. Werthof und Numann erkannten sämmtlich den Inhalt der landesherrlichen Propositionen, als höchst erfreulich, dankbar an, wünschten jedoch theilweise, wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes, eine vorgängige commissarische Prüfung, wegen man andererseits den notwendigen Zweck einer solchen Prüfung nicht einzusehen versicherte; und wurde bald darauf bei der ersten Abstimmung der Verbesserungs-Antrag auf commissarische Prüfung verworfen, der Haupt-Antrag aber, daß ein modificirter Licent beibehalten werde, von einer großen Majorität genehmigt.

Am 16. März, Morgens 9½ Uhr, begab sich die Tage zuvor erwählte Deputation, welcher verschiedene Mitglieder aus beiden Kammern sich angeschlossen, ins Herzogl. Palais, und wurde bald darauf von des Vice-Königs Königl. Hoheit im Audienz-Saale empfangen. Nachdem der Herr Graf von Platen, als Stellvertreter des Erbland-Marschalls, die erwähnte Adresse laut und deutlich vorgetragen hatte, geruhte Sr. Königl. Hoheit, die Erwidrerung mit schöbnerer Rührung zu verlesen, und hienächst die Deputation zu entlassen.

VIII. In der achten Sitzung, am 16. März, machte Herr Syndicus Ebell den Antrag auf Niederlegung einer aus fünf Mitgliedern jeder Kammer bestehenden Commission, beßuf Erforschung der zur nothwendigen Hebung des Advocaten-Standes geeigneten Mittel, und Herr Mammen machte gleichfalls einen schriftlichen Antrag auf Erwählung einer Commission zur Untersuchung des jetzigen allgemeinen Steuer-Systemes. —

Nachdem Präsidium angezeigt hatte, daß die am Schlusse der gestrigen Sitzung vorgenommene Wahl einer zur Prüfung und Begutachtung der in den landesherrlichen Propositionen enthaltenen Finanz-Gegenstände bestimmten Commission, auf die Herren Eichhorn, Stäve und Lünkel gefallen sey, wurde eine Mittheilung erster Kammer verlesen, nach welcher dieselbe zwar auch gleichzeitig mit der zweiten eine Anleihe von 200,000

Rthlr. zu Gunsten der verarmten Unterthanen bewilligt, solche Bewilligung jedoch an verschiedene, zum Theil wegen der Verwendung Instruction ertheilende Modificationen geknüpft hatte. Nach kurzen Debatten beschloß die zweite Kammer einstimmig, ihrerseits bei ihrem früheren Beschlusse unverändert zu beharren.

Sodann wurde die gestern abgebrochene erste Berathung über das zweite Postscript, den Wahl- und Schlacht-Licent betreffend, fortgesetzt, und

ad 1. die darin vorgeschlagene Aufhebung des Wahl-Licents von Roggen, Gerste, Hafer, Buchweizen, Viehschroot u. s. w., als wesentlich die ärmeren Klasse begünstigend, ohne weitere Discussion unanimiter genehmigt.

ad 2. machte zwar Herr Kern das Bedenken geltend, ob nicht die Uebertragung der Führung des Mühlen-Registers an die Mäler, unter Aufhebung des Instituts der Mählensreiber, zu nachtheiligen Collisionen zwischen den Mältern und Mählgäßen führen werde? Als aber Herr Dommes versicherte, daß es keinesweges Absicht der Administration sey, alle Controlle aufheben zu lassen, wurde auch dieser Punkt einstimmig angenommen.

ad 3. wünschte Herr Lünkel genauere Nachweisungen über das wahrheintliche Verhältniß des Ertrags der Schlachtsteuer nach dem Gewicht, zu dem nach der Stückzahl des Viehes, und befürchtete, daß letzterer bedeutende Vermehrung der Steuerlast herbeiführen werde. Die Herren Kern und Freudentheil aber brachten eine Verabsägung der vorgeschlagenen Positionen, und verschiedene Ansätze für Ochsen, Kühe und Rinder in Antrag. Als jedoch Herr Dommes versicherte, daß gerade dieselbe Erhebungsart nicht nur unter westphälischer Regierung und während der preussischen Steuer-Versaffung, sondern auch fortbauend in verschiedenen Communal-Verwaltungen Statt gefunden, und daß eine desfalls angestellte genaue Berechnung ihm die Ueberzeugung verschafft habe, daß eine größere Steuerlast dadurch nicht herbeigeführt werde — auch Herr Numann bemerktlich machte, daß die von ihm darüber besorgten Schlichter der Nothwendigkeit die vorgeschlagene Erhebungs-Art sowohl, als die Ansätze für zweckmäßig hielten, wurde, unter Verwerfung der Verbesserungs-Anträge, auch dieser Theil der landesherrlichen Proposition einstimmig angenommen.

Hienächst wurde das dritte Postscript, den Einbecker Steuer- und Zoll-Vertrag betreffend, zur ersten Berathung gezogen.

Während die Herren Rose und Hüpbner behaupteten, daß jener Vertrag bereits vollständig abgeschlossen, und nur die Ausföhrung desselben durch unvorhergesehene Ereignisse, suspendirt sei, daher auch das vom Landesherren acceptirte Erbieten der Stände, den Ertrag sämmtlicher Landzölle gegen eine nach dem

Netto-Erträge der letzten drei Jahre auszumittelnde Aversional-Summe zu übernehmen, als fest verabredet angesehen werden müsse, bewies Herr Stüve, daß, da der hauptsächlichste Gegenstand des Einbecker Vertrages, nämlich der Tarif, von den contrahirenden Mächten noch nicht verabredet sey, solcher Vertrag als definitiv abgeschlossen nicht betrachtet werden könne, und freute sich dessen um so mehr, als die in voriger Diät für den Fall der wirklichen Abschließung des Vertrages beschlossene Uebnahme sämmtlicher Landzölle, gegen eine nach dem Netto-Erträge der letzten drei Jahre auszumittelnde Aversional-Summe, nach seinem Dafürhalten die größten Nachteile für die Landes-Casse würde herbeigeführt haben. Da übrigens der Einbecker Vertrag so wenig als der Casseler — dessen unverbrüchliches Halten von Seiten aller contrahirenden Mächte Herr Hofe behauptete — je zur Ausführung kommen werde, so sey die Veräußerung, unter welcher Stände zur Uebnahme der Landzölle sich erboten haben, nicht eingetreten, und falle die Verbindlichkeit jenes Gebietens gänzlich weg. Die Verbesserungs-Anträge des Herrn Christiani, daß, wenn der Einbecker Vertrag nicht binnen einem Jahre zur Ausführung gebracht sey, dessen definitiver Abschluß nicht ohne Genehmigung der Stände geschehen dürfe, — und des Herrn Serres, daß man von diesem Vertrage gänzlich abstrahiren und sich an Preußen anschließen möge, gingen bei der ersten Abstimmung nicht durch; vielmehr wurde der Antrag des Herrn Rumann — welcher jenen Vertrag einen verunglückten Embryo nannte — dahin, daß das beiste Posscripte seibstig ad acta genommen werde, von einer großen Majorität genehmigt.

Die Tagesordnung führte ferner zur ersten Berathung über den Rumannschen Antrag, daß hinführo zur Erörterung und Wertheilgung der vom Gouvernemen an die Stände zu bringenden landesherrlichen Propositionen und Gesuchorschläge landesherrliche Commissarien, die jedoch nur ausnahmsweise aus ständischen Deputirten gewählt werden dürften, zugeordnet werden mögen.

Der Herr Proponent entwickelte diesen Antrag folgendermaßen:

Es siehe derselbe mit der von ihm proponirten Diäten-Frage in der genauesten Verbindung. Wenn diese nämlich von der Stände-Versammlung bejaht werde, so dürften die meisten der jetzt in der zweiten Kammer sitzenden hohen landesherrlichen Bedienten schwerlich für's Erste wieder einen Weg in die Kammer finden können. Ohnehin aber sey es schon jetzt oft auf eine unangenehme Weise empfunden, daß die Herren, welche bisher die Aufklärung und Wertheilgung der landesherrlichen Propositionen übernommen, eine so höchst unbestimmte Stellung ge-

habt hätten. In einem Augenblicke hätten sich die Herren als Organe des Gouvernements benommen; in einem andern Augenblicke aber, wenn man sie dabei habe festhalten wollen, seyen sie in jener Qualität entschlüpft, und wieder zu simplen Deputirten geworden. Ja, es habe ihnen an der erforderlichen Auctorität nicht selten in der Masse gefehlt, da das Gouvernemen die in der Kammer gegebenen Erläuterungen derselben wohl gar desavouirt habe. Zugleich wies der Herr Proponent auf andre constitutionelle Staaten hin, namentlich auf Frankreich, Baiern, Würtemberg und Baden, wo die Zuordnung landesherrlicher Commissäre mit gutem Erfolg eingeführt sey.

Herr Hofe opponirte sich diesem Antrage, und urgirte theils die Verschiedenheit der Rechte der Hannoverschen Stände, wesschen die Initiative zustehe²²⁾, vor der anderer Landstände, theils die Schwierigkeit, daß landesherrliche Commissarien im Stande seyn sollten, über Alles und Jedes sofort genügende Aufklärung zu geben, wenn nicht eine sehr scharfe Tages-Ordnung eingeführt würde, die auch wieder den Geschäftsgang sehr beschränken könne. Er wünschte Wiederbehaltung des bisherigen Modus, nach dem Vorbilde Englands.

Indessen machten die Herren Rumann, Keen, Christiani, Freudentheil und Stüve darauf aufmerksam, theils daß auch die französischen Kammern die Initiative hätten, theils daß in einem aus mehreren hundert Personen bestehenden Unterhause, wie in England, die Deputirten-Wahl landesherrlicher Bedienten unmerklichen Schaben bringe, während in der Hannoverschen Kammer der Einfluß derselben leicht überwiegend werde. Worauf denn bei der ersten Abstimmung die Untersuchung dieses Gegenstandes fast einstimmig an die Diäten-Commission verwiesen wurde.

Vor dem Schlusse der Session wurde noch eine Mittheilung erster Kammer verlesen, nach welcher dieselbe auf das 12te landesherrliche Posscript, die Anlegung der Cassau von Lüneburg nach Celle betreffend, beschloffen hatte, Königlichs Cabinets-Ministerium zu ersuchen, Stände zu ihrer nähern Information sowohl über die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Anlage, als über den Kostenaufwand, die Berichte des wohlthätigen Magistrats zu Lüneburg, der Provinzial-Behörde und der Wegbau-Direction baldigst mitzutheilen.

(Beschluß folgt.)

²²⁾ Das mag wohl ein Schreibfehler seyn, oder was anders unter Initiative verstanden werden, als man gewöhnlich darunter versteht. Anmerk. des Segers.

IX.

Ueber die Theilung der Gemeinheiten und die Lüneburgische Gemeinheits- Theilungs- Ordnung vom Jahre 1802.

(Zweite Probe aus dem in Nr. I. dieser Blätter näher bezeichneten,
nächstens erscheinenden Werke.)

§. 1.

Die Nachtheile, welche Gemeinheiten, Weideservitute und die Zersünderung der Aecker auf die Vervollkommnung des Ackerbaues, der Viehzucht, der Forstkultur und überhaupt auf die Beförderung der landwirthschaftlichen Gewerbsthätigkeit haben, sind schon lange anerkannt und oft und ausführlich genug erörtert worden. Seit geraumer Zeit im Fürstenthume Lüneburg, und in den letzteren Jahren auch in den übrigen Provinzen des Königreichs, wird die Theilung der Gemeinheiten und die Verkopplung und Zusammenlegung der Felder, verbunden mit der Absehung der Weideservitute, mit Erfolg betrieben, und in sprechenden Beispielen liegen uns die günstigen Resultate dieser Maßregel für die Vervollkommnung des Ackerbaues vor Augen.

Defungachtet erheben sich Stimmen gegen die Gemeinheits- Theilungen, und nicht selten werden sogar bittere Klagen darüber geführt. Um nun die Ueberzeugung zu gewinnen, ob Klagen wider eine lediglich das Wohl der Unterthanen bezweckende Einrichtung, wie diese, mit Grund erhoben werden können, möchte es nicht ohne Nutzen und Interesse sein, das Institut der Gemeinheits- Theilungen im Königreiche Hannover einer näheren Beleuchtung zu unterziehen. Im Allgemeinen kann man als Regel annehmen, daß die Theilung eines jeden, dem Zwange einer bestimmten gemeinschaftlichen Benützung unterworfenen Areals in dem Falle vortheilhaft sey, wo solches, bei privativem Besitze, von den Interessenten höher benützt werden könnte. Es giebt in unserm Vaterlande eine große Zahl ausgedehnter Gemeinheiten, woraus diese Regel in vollem Maße ihre Anwendung findet; sie sind zum Theil von einem solchen Umfange, und von so vorzüglicher Gütte des Bodens, daß deren Theilung, besonders wenn sie mit Verkopplung und Zusammenlegung der Feldmark, und mit der Befreiung derselben von Hutz- und Weide- Servituten verbunden wird, zu den günstigsten Resultaten für Ackerbau und Viehzucht führt, und nicht selten eine gänzliche, zur großen Ver-

vollkommenheit der Landwirthschaft der betreffenden Gegend führende Reform zur Folge hat.

Die Theilung solcher Gemeinheiten eröffnet der landwirthschaftlichen Industrie ein weites Feld; sie nimmt die geistlichen und körperlichen Kräfte des Landmannes in vollen Anspruch, erregt das Nachdenken, belebt die Gewerbsthätigkeit, und wirkt sowohl auf den moralischen als physischen Zustand des Landmannes höchst wohlthätig ein. Der Landwirthschaft ist nunmehr eine freie Bahn eröffnet, und die Grundlage zu immer fortschreitender Vervollkommenheit derselben gelegt. Ein angemessenes Verhältniß und ein zweckmäßiger Wechsel zwischen Kornbau, Futterbau und Viehweide kann nunmehr eingeführt werden, und stellt sich, ungeachtet einiger anfänglichen Mißgriffe, in Folge des sählar gewordenen Bedürfnisses, allmählig von selbst her. Durch einen Wechsel dieser Art ist die Grundlage zu einem sicherern, ergiebiger und minder kostspieligen Ackerbau, als der bisherige war, und zur Verbesserung aller Zweige der Viehzucht gelegt.

Die Felder werden immer besser entwässert, planirt, wo es nöthig und nützlich mit Einschlagungen umplanzt; neue Wiesen werden angelegt, und sogar in die Tiefe des neu erworbenen Bodens bringt der Landmann, nach Mergel und anderen Hülfsmitteln der Befruchtung der Felder, welche das Mineralreich darbietet, ein. Ein jeder Fleck erhält seine Bestimmung, und kein Raum bleibt unbenutzt. Die thätigsten und einsichtsvollsten Landwirthe gehen Allen mit leuchtenden Beispielen voran, und lehren durch die That und Erfahrung, was geschehen muß, und was zu vermeiden ist, um das Ziel des allgemeinen Strebens zu erreichen. Mißlingen und Gelingen, beides wird gleich lehrreich.

Schreiber dieses besitzt ein Gut, dessen zum Theil fruchtbare und culturfähige Gemeinheiten bereits vor 18 Jahren getheilt, und dessen Feldmark schon seit 15 Jahren zusammengelegt, verkopelt und von allen Weideservituten befreit worden ist. Er hat Gelegenheit genug gehabt, die segensreichen Folgen, welche diese unschätzbare Maßregel zur Vervollkommenheit des Ackerbaues haben kann, aus eigener unmittelbarer Erfahrung kennen zu lernen, und er hat noch täglich die Fortschritte vor Augen, welcher die Landwirthschaft seines Wohnorts sich in Folge der Gemeinheits- Theilung und Verkopplung erfreuet und noch lange erfreuen wird.

Allein dem aufmerksamen Beobachter können auch die Flecken und Mängel nicht entgehen, welche die Lichtseite der Gemeinheits- Theilungen verbunkeln; und der Verfasser dieses hofft, daß die offene und freimüthige Darlegung dieser Mängel in dem Wunsche, ein so gemeinnütziges Institut, als die Gemein-

heits-Auseinandersetzung für die allgemeine Landeswohlfaht in der That sind, immer segensreicher wirken zu sehen, bei jedem wahren Vaterlandsfreunde hinreichende Rechtfertigung finden, und ihn gegen die Unterlegung der gehässigen Absicht eines persönlichen Bezuges, in Schutz nehmen werden.

§. 2.

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß es besondere Localitäten und Verhältnisse giebt, wo die Aufhebung der Gemeinheiten für einen großen und gerade den bedürftigsten Theil der Interessenten sehr nachtheilig werden muß.

Dieser Fall tritt ein, wenn die Größe der Gemeinheit mit der Zahl der Interessenten in keinem richtigen Verhältnisse steht, welches nicht selten, insbesondere bei den Gemeinweiden der Städte und Flecken, der Fall ist. Hier pflügen die wohlhabenden und häufig am meisten berechtigten Interessenten ihre wohlgegründeten und herkömmlich festgestellten Rechte zur Benützung der Gemeinweide entweder gar nicht, oder doch nicht in ihrer vollen Ausdehnung zu exerciren, sondern ihren minderwertigerten, sich von Acker- und Gartenbau nabenden Mitbürgern zu überlassen. Für jene ist in diesem Falle die Provocation auf Gemeintheiltheilung eine sehr vortheilhafte Speculation, wogegen diese, vermöge des gesetzlich functionirenden Zwanges, ihr Benützungs-Recht des ganzen Areals für die Zuteilung einer unbedeutenden pars quota aufzugeben, auf höchste Benachtheiligung verurtheilt werden. Wenn nun eine solche Benachtheiligung sich auch aus allgemein geltenden Rechtsprincipien vielleicht rechtfertigen lassen möchte, so wird doch der bisherige Zustand der minder begüterten Interessenten, vermöge der durch die geringste Stimmenmehrheit erzwungenen Theilung, in einem Grade verschlimmert, welcher die höchste Unzufriedenheit derselben erregen, und auf ihre Existenz selbst sehr nachtheilig einwirken muß. Solche Verhältnisse scheinen bei vorkommenden Gemeinheits-Theilungen der ernstlichsten Erwägung und Berücksichtigung werth, und es möchte zweckmäßig seyn, gesetzlich zu bestimmen, daß in solchen Fällen die Frage, ob getheilt werden solle, nicht von der Stimmenmehrheit der Interessenten, sondern von wenigstens $\frac{2}{3}$ der Stimmen abhängig seyn solle. Eine solche Bestimmung würde jenen Benachtheiligten einen erblichen Schutz gewähren, wenigstens in so weit, daß solche weniger Ursache haben würden, sich über einen Zwang zu beklagen, durch welchen ihre Existenz gefährdet wird.

§. 3.

In den hochgelegenen dünnen Heidegegenden des Fürstenthums Lüneburg giebt es eine beträchtliche Zahl von

Dorfschaften, deren Ackerbau nur auf den Grund der Benützung sehr großer Heideräume bestehen kann. Diese hohen Heideländer, (welche indess in landwirthschaftlicher Hinsicht nicht mit solchen Heidegegenden auf gleiche Weise beurtheilt werden müssen, deren Boden nicht an Dürrer leidet, und deren Heiden zu den Sumpfen und Niederungen (Gegenden gehören) haben, nach ihrer geologischen Beschaffenheit und in Hinsicht der Dürrer des Bodens, vieles mit den Sandsteppen Asiens und Afrika's gemein. Während aber diese, mit Ausnahme ihrer Düsen, fast nur Sand und Salz darbieten, prangen die Steppen des nördlichen Deutschlands, die Heideländer, wenigstens den Sommer hindurch, mit honigreichen rüthlichen Blumen der Heidearten, welche, mit ihrem Alles verdrängenden Pflanzengewebe ganze Länderstrichen überziehend, ein unermeßliches Sanfter gegen Aufregung durch Stürme schützend decken, und durch den aus ihren Abfällen gebildeten vegetabilischen Moder nicht nur die Möglichkeit der Cultur dieser Gindden bedingen, sondern auch zahlreiche Herden eigenthümlicher Schafe, die sogenannten Heibschmucken, ernähren, und durch ihre honigreichen Wirththeiten die Bienenzucht zu einem der eintträglichsten Erwerbszweige der genügsamen Bewohner dieser Gegenden erheben. Die große Trockenheit und Unfruchtbarkeit des Bodens, welche nur die Cultur des Roggens und Buchweizens gestattet, die Unersiegblichkeit der Ernten, welche wenig frohreich sind, die Untauglichkeit des dünnen Ackers zum Futterbau, und endlich der beinahe gänzliche Mangel an Wiesen, haben zur Folge, daß selbst mit Weisheits des üblichen abwechselnden Eindreschens eines großen Theils des Ackers zur Viehwelde, lange nicht die erforderliche Nahrung für den, zur Herbschaffung des unentbehrlichen Düngers nöthigen Viehstand herbeigeschafft zu werden vermag. Dem Bewohner jener Gegenden ist daher die Erhaltung einer großen Fläche Heide zur Schafweide, und zum Heib- und Plaggenhieb, selbst Herbschaffung des erforderlichen Dünges und des Streumaterials zur Vermehrung des Dünges, ganz unentbehrlich. Die Heide muß in der That als das geeignetste Futtergewächs für diese Gegenden betrachtet werden, und als diejenige Pflanze, welche die Vortheile diesen Steppen geschenkt hat, um sie culturfähig und für den Menschen bewohnbar zu machen. Man sieht also, daß die Cultur jener an Dürrer leidenden Heideländer auf ganz eigenthümlichen Grundlagen beruht, und daß sie den Besitz sehr ausgedehnter Heideräume erfordert, welche um so größer sein müssen, da der Bestand der humosen Oberfläch selbst, und somit die Vegetation der Heide, durch das Abplaggen und Heidenhauen sehr in Anspruch genommen wird. Bei einem beschränkten Raume würde zuletzt die gänzliche Zerstörung der Heidepflanzen

erfolgen, ohne welche der Ackerbau weder bestehen, noch der dürrere, bewegliche Quarz-Sand, woraus die Unterlage des Bodens eigentl. besteht, gegen die Aufregung durch Stürme und die allgemeine Ausbreitung verheerender Sandwehen geschützt werden kann.

Gemeinheits- Theilungen in diesen Gegenden, welche den Heidebesitz der Bewohner unter den nachhaltigen wirtschaftlichen Bedarf einschränken, möchten daher für die Erhaltung der bestehenden Cultur sehr gefährlich, und die Veranlassung werden können, sie den Sandsteppen Afrika's ähnlicher würden, als sie jetzt sind.

Gegen Mißgriffe dieser Art zu warnen, scheint um so nöthiger, da Manche, welche die Eigenthümlichkeit der Cultur jener Gegenden weder kennen, noch zu beurtheilen verstehen, das in ihren Augen unverantwortliche Fortbestehen jener ihnen so nachtheilig erscheinenden öden Heiden dem Mangel an Industrie Schuld geben, und verlangen, daß die Regierung energische Maßregeln zur Cultur jener Heiden, und zur allgemeinen Verrückung einer so unnützen Pflanz, als die Heide sein, ergreifen sollte.

Wenn wir nun gleich gegen die Ausführung solcher unverständigen Vorschläge, in den besseren Einsichten der Gemeinheits- Theilungs- Behörde, und den vorsichtigen, geschnittenen Bestimmungen der Gemeinheits- Theilungs- Ordnung, unseren Schutz finden, so läßt es sich doch nicht verkennen, daß in den letzteren Jahren die Ansicht, daß jene Heideräume das wirtschaftliche Bedürfnis der Unterthanen in der Regel weit übersteigen müßte, und daher bei der Theilung derselben im Fürstenthum Lüneburg für die Grundherrschaft, welches in der Regel die Domaine ist, ein beträchtlicher Ueberschuß ausgemittelt werden könne, immer mehr um sich gegriffen hat. Die Domainen- Verwaltung strebt seitdem, und nicht immer ohne Erfolg, eifrig nach der Erlangung eines solchen präsumierten Ueberschusses, und die Unterthanen vermögen ganz die frühere so rühmliche Großmuth dieses hohen Collegii, welches sonst kein Verlangen trug, den reichen und übergroßen Grundbesitz des Domani durch die ärmlichen Heiden des Landmannes zu vermehren.

Für die Domaine haben solche dürrere und sterile Heiden eigentl. gar keinen Werth. Besetzt sie solche mit Anbauern, so vermehrt sie nur die Zahl der Bettler im Lande, für deren Unterhalt sie dann, wie billig, selbst zu sorgen hat¹⁾.

Die geschlossenen Kiefern- Besamungen dagegen, welche sie zur Vergrößerung ihrer unermeßlichen Forsten mit vielen Ko-

sten in den Heiden anlegt, werden, wie die Erfahrung lehrt, über kurz oder lang eine Reute der Kiefern- Raupen und der Verheerungen des Borken- Käfers, welche in solchen dumpfigen Gehägen ihren besten Brutplatz finden, und von der Natur ausdrückl. zur Lichtung solcher unnatürl. Dickichte bestimmt zu seyn scheinen. Dringend erfordert es die Erhaltung jener braven Leute, welche durch ihren unermüdl. Fleiß, bei der sparsamsten und einfachsten Lebensart, dem undankbaren dürreren Boden jener Heidegegenden ihren Lebensunterhalt abzugewinnen verstehen, daß ihnen ein recht reichliches Äquivalent für ihre Berechtigungen zur Heide und Weide zugesetzt werde, und die Vorsicht schreibt vor, hierin lieber etwas zu viel, als zu wenig zu thun.

S. 4.

Unbezweifelt wird die Theilung mancher Gemeinheiten, zumal solcher, welche ohne besondere Schwierigkeiten und Kosten urbar gemacht werden können, einen weit günstigen Einfluß auf den eigentl. Endzweck der Gemeinheits- Theilungen, die Vervollkommnung der Landes- Cultur, äußern, als die Theilung unfruchtbarer, und nur mit großem Kostenaufwand zu cultivirender und zu verbessernder Deben; ja es kann Fälle geben, und es giebt deren, wo auf Theilungen von Gemeinheiten vielleicht bloß aus Neid und Arglist provocirt wird, und wo von deren Auseinandersehung überall kein günstiges Resultat auf die Vervollkommnung der Landes- Cultur zu erwarten ist. Es liegt daher im Interesse der Vervollkommnung der Land- wirtschaft, daß die Behörde, bevor sie eine Gemeinheits- Theilung zur Ausführung übernimmt, diesen Gegenstand einer recht reiflichen und gründlichen Prüfung unterziehe, damit die Wirksamkeit des Instituts nicht zur Benachtheiligung des eigentl. so wirthschaftl. Zweckes desselben, die Vervollkommnung des Landbaues, verflüßlicht werde, und man der Behörde nicht etwa mit Grund den Vorwurf machen könne, daß sie anfangs jenen eigentl. Zweck aus den Augen zu verlieren, indem sie mehr auf die Beschäftigung des dabei angestellten Dienstpersonals, als auf die Verrückung der für die Landeswohlthat nachtheiligsten Gemeinheiten bedacht sey. Dieser Gegenstand erscheint um so wichtiger, da die Concurrenz der zum Auktang gebrachten Theilungen gegenwärtig so groß ist, daß sie nicht alle zugleich vorgenommen werden können, und eine Priorität dabei eintreten muß. Das allgemeine Beste erfordert es, daß diese Priorität nach der größeren oder geringeren Verbesserung, welche von den Theilungen für die Landwirtschaft zu erwarten ist, bestimmt werde, mithin die wichtigsten in dieser Hinsicht den Vorrang vor den minder wichtigen Theilungen erhalten.

¹⁾ Wenigstens haben sollte.

Anmerkung des Lesers.

Der rasche Fortgang der Gemeinheits-Theilungen wird ungemein durch den langsamen Geschäftsgang, welcher bei dem Landes-Deconomie-Collegio herrscht, aufgehalten. Die Klagen und die Unzufriedenheit über die Verzögerungen, welche dadurch veranlaßt werden, sind allgemein, und die Thatsache selbst kann wol nicht geläugnet werden.

Aus eigener Erfahrung könnte ich mehrere Fälle namhaft machen, wo Beteiligte sogar alle Hoffnung aufgegeben haben, auf ihre Gesuche und Vorstellungen in Landes-Deconomie-Angelegenheiten jemals eine Resolution zu erhalten, und wo sie deshalb den Gegenstand ihrer gegründeten, einfachen und leicht zu beseitigenden Gesuche und Beschwerden, zu ihrem fortbauenden großen Schaden, als für immer unerledigt bleibend betrachten müssen.

Dem Fortgange der guten Sache selbst geschieht dadurch ein wesentlicher Abbruch, und das Zutrauen der Unterthanen zu der Behörde leidet dadurch um so mehr, je einleuchtender es ist, daß die obere Leitung der Landes-Deconomie-Angelegenheiten nicht rasch von Statuten gehen können, wenn der Staat, wie es bisher geschehen, Männer damit beauftragt, deren anderwärts, wichtige und unauflösliche Dienstgeschäfte ihnen für diese die Vervollkommenung der Landescultur bezweckende Angelegenheit so wenig Muße übrig lassen, daß man weder ein rasches Fortschreiten, noch überhaupt ein tieferes Eindringen dieser Behörde in den eigentlichen Geist und in das Wesen des Geschäftes selbst erwarten kann.

Das Interesse der Landwirtschaft im Königreiche Hannover erfordert bringen die Erledigung dieser begründeten Beschwerden. Die Gemeinheits-Theilungen sind in der That eine der wichtigsten Landes-Angelegenheiten, und können wohl Anspruch darauf machen, daß man sie nicht mit Gleichgültigkeit behandle, sondern, daß sie einer Oberbehörde übergeben werden, deren Mitglieder nicht nur qualifizirt sind, sondern sich auch in einer Lage befinden, welche ihnen gestattet, sowohl der Form, als dem Geiste und dem Wesen nach, in dieses, die allgemeine Landeswohlthat vor allen besördernde Geschäft einzubringen, und ihre ganze Thätigkeit auf dessen zweckmäßige und rasche Ausführung zu verwenden²⁾.

Im §. 49. der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung für das Fürstenthum Lüneburg ist gesetzlich ausgesprochen, daß der Hauptgrundsatz bei allen Gemeinheits-Auseinandersetzungen nach ihrem Wesen und Zwecke darin bestehen solle, daß den bisher zu Gemeinheit Berechtigten, in die Stelle ihrer Berechtigungen, künftig privatis oder ausschließlich eigenthümlicher Grund und Boden so viel ausgemittelt und überwiesen werde, als der bisher rechtmäßig genossenen oder ihnen zukünftig genossenen Berechtigung im Werthe möglichst gleich kommt.

Wiem Mangel bereits auf rechtsbeständige Weise feststehen der bestimmter Grundsätze über das Theilnehmungs-Verhältniß, soll dasselbe, für einen jeden Theilungsfall, nach gewissen Regeln ausgemittelt werden. Diese Regeln werden unter dem Ausdruck „Theilungs-Maßstab“ begriffen. Es bilden dieselben die wesentliche Grundlage des ganzen Theilungs-Geschäfts, und sie greifen in das heiligste Gefühl der Menschen, den Sinn für rechtlichen Besitz und Eigenthum, aufs Tiefste ein, und erfordern daher die sorgfältigste Zugrundelegung sowohl rechtlicher, als ökonomischer Principien. Allein gerade in diesem wichtigsten Theile der Gesetzgebung stellt sich die schwache Seite der Lüneburgischen³⁾ und der ihr nachgebildeten Gemeinheits-Theilungs-Ordnungen der anderen Provinzen dar.

Die Bestimmungen über den Theilungs-Maßstab sind so unbestimmt, so schwankend, so widersprechend; sie beruhen so wenig auf einfachen, allgemein gültigen, rechtlichen und ökonomischen Principien; deren Anwendung oder Verwerfung sind dem willkürlichen Ermessen der Behörde so sehr überlassen; ferner die

Bei der niemals genug zu rühmenden, und über alles Lob erhabenen Thätigkeit, welche die Landdrostien bisher entwickelt haben, ungeachtet der enghen Masse der heterogenen Geschäfte, durch die sie gleichsam erdrückt werden, ist das eine der gerügten Uebel, der bisherige große Aufenthalt in Landes-Deconomie-Sachen, durch Unterzuehung derselben auf die Landdrostien, gewiß zu heben; ob aber auch das andere, wichtigere, den Mangel an Einbringern in den Geist und das Wesen des Geschäfts, welches nur durch ein sorgfältiges und fortgesetztes Studium der Einzelheiten derselben erlangt werden kann—? das dürfte wol noch mehr als zu bezweifeln seyn; denn Uebermenschliches würde man von dem Personale der Landdrostien verlangen, wollte man auch dieses ihnen auflegen, noch den üterroßen Ansprüchen, die ohnehin schon an dasselbe gemacht werden. Anmerk. d. Red.

²⁾ Gemeinheits-Theilungs-Ordnung für das Fürstenthum Lüneburg, vom 25ten Juni 1802, in Spangenberg's Sammlung. Thl. IV. Abth. 1. S. 270 sq. Note d. Red.

²⁾ Die hier gerügten Uebelstände haben bereits die Aufmerksamkeit der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs auf sich gezogen, und zu dem Antrage Veranlassung gegeben:

daß die Regierung in Betracht nehmen möge, ob es nicht ratsam sei, das Landes-Deconomie-Collegium ganz aufzuheben, und dessen Geschäfte den Landdrostien zu übertragen.

ganze Gesetzgebung über diesen Punkt ist in einem solchen Grade unvollständig, unpractisch und verworren, daß sie in der That als gar nicht existierend oder anwendbar betrachtet werden kann. Ob dieses Urtheil gegründet sey, das überlasse ich der Beurtheilung derjenigen, welche mit einiger Sachkenntniß die, in der Lüneburg'schen Gemeinheits- Theilungs- Ordnung vom Jahre 1802 über die vier verschiedenen Theilungs- Maßstäbe und deren Anwendung aufgestellten Grundsätze aufmerksam prüfen wollen.

Niemand wird dagegen die Schwierigkeit, welche bei Feststellung allgemein anwendbarer gesetzlicher Principien über die Abtheilung eines in seinem Umfange so unbefristeten Rechtes, als die Befugniß zur Benutzung der Gemeinheiten gewöhnlich in sich begrift, verkennen, obgleich sie keinesweges unüberwindlich sind, indem es zu deren Entwicklung nur der Anwendung richtiger Grundbegriffe bedarf. In der in Rede stehenden Theilungs-Ordnung geschieht dieser Schwierigkeiten nicht nur wiederholt Erwähnung, sondern die Mängel der aufgestellten Grundsätze werden auch offen genug anerkannt, ja man scheint, und wohlrich nicht ohne Grund (vide §. 106.) befürchtet zu haben, daß deren Anwendung die größte Unbilligkeit und den Ruin einiger Interessenten zur Folge haben möchte. Am Schlusse kommt die Verordnung auf diesen Gegenstand wieder zurück, und äußert sich darüber wie folgt:

„In den vorstehenden Vorschriften glauben Wir nunmehr Alles, was in Ansehung des wichtigen Gegenstandes dieser Unserer Verordnung einer gesetzlichen Bestimmung bedürftig, und schon deren fähig war, zusammengefaßt und so erschöpft zu haben, als die Natur der Sache und die mannigfaltigen, in ihr selbst liegenden Schwierigkeiten irgend nur zulassen. Da jedoch nicht zu verkennen ist, daß die einzelnen Vorschriften dieses vielumfassenden Gesetzes, und unter diesen vorzüglich der Abschnitt von den Theilungs- Maßstäben und deren Anwendung, mancherlei Berichtigungen und Bestimmungen zu erwarten haben, sobald, was in Ansehung derselben geordnet ist, durch mehrfältige und wiederholte Erfahrung am sichersten geprüft und erdortet seyn wird, so werden Wir die sorgsamste Aufmerksamkeit Unseres förderksam angordneten Landes- Decret- Collegii insbesondere auf alles dasjenige richten, was zur Vervollkommnung der einzelnen gesetzlichen Dispositionen dieser Verordnung, insbesondere in Hinsicht auf den Abschnitt von den Theilungs- Maßstäben und deren Anwendung, beitragen möchte.“

Stellt man nun die Frage auf: was ist zur Vervollkommnung der, einer Berichtigung und näheren Bestimmung so sehr

bedürftigen gesetzlichen Vorschriften der Gemeinheits- Theilungs- Ordnung in dem langen Zeitraume von beinahe 30 Jahren, daß diese Verordnung besteht, geschehen? und welche Fortschritte sind in diesem, für die Wohlfahrt des Landes so wichtigen, und auf die Ansprüche der Unterthanen auf Anwendung gerechter und sadgemäßer Principien, bei einem in ihre Eigenthumsrechte so tief eingreifenden Zweige der Gesetzgebung gemacht? — so läßt sich auf diese Frage leider keine befriedigende Antwort ertheilen, denn es ist nicht, gar nichts, zu der so nöthigen Vervollkommnung der gesetzlichen Vorschriften der Gemeinheits- Theilungs- Ordnung überhaupt, und besonders der so schwankeuden über die Theilungs- Maßstäbe, geschehen.

Die Erkenntniß der Unzulänglichkeit und Unvollkommenheit der den Theilungs- Maßstab bestimmenden Vorschriften hat nur die Folge gehabt, daß deren Anwendung möglichst vermieden, und durch Herbeiführung von Vergleichcn der Interessenten über den Theilungs- Maßstab umgangen ist. Zu den seltensten Fällen möchte es gehören, daß, wenn, aller angewandten Mühe ungeachtet, die Parteien nicht zum Vergleich zu bringen waren, nach Maßgabe gesetzlicher Vorschriften, eine Entscheidung über den Theilungs- Maßstab abgegeben ist.

So wünschtenwerth und so fördernd Vergleiche, welche die Beseitigung einzelner streitigen Punkte unter den Theilungs- Interessenten betreffen, seyn mögen, so sehr ist doch die Feststellung des Theilungs- Maßstabes mittelst Vergleichs der Interessenten, dem wahren und gesetzlich ausgesprochenen Hauptgrundsatze bei allen Gemeinheits- Auseinandersetzungen (vide §. 49.) entgegen, welche ihrem Wesen und Zwecke nach darin bestehen sollen, daß den bisher zur Gemeinheit Berechtigten, in die Stelle ihrer Berechtigung, an privativem Grund und Boden so viel ausgemittelt und überwiesen werde, als der bisher rechtmäßig genesenen oder ihnen zuständig gewesenem Berechtigung im Werthe möglichst gleichkommt. Zur Erreichung dieses Hauptzweckes jeder Theilung bedarf es jeden Falls einer sorgfältigen Ermittlung der Berechtigung der Interessenten nach rechtlichen und ökonomischen Principien, und ein Vergleich, wodurch der Theilungs- Maßstab festgesetzt wird, fällt, nachdem eine solche Ermittlung Statt gehabt, von selbst als unnöthig weg. Auf keinen Fall darf und kann, wie es jedoch bisher geschehen, diese Ermittlung unterbleiben, weil die Interessenten zu einem Vergleich gebracht werden können, von dessen Folgen sie selten eher einen Begriff haben, als bis das Resultat desselben ihnen nach vollführter Theilung vor Augen liegt. Eine genaue Ermittlung des Theilungs- Maßstabes muß einem jeden Vergleich über den Theilungs- Maßstab, falls er dennoch zur Beseitigung etwa streitiger Nebenpunkte von Nutzen seyn kann, zu Grunde

gelegt werden, wenn der Haupt-Grundsatz bei allen Gemeinheits-Theilungen, die Gerechtigkeit der Auf- und Abfindung, nicht ganz aus den Augen gesetzt werden soll. Die Erreichung dieses Zweckes, und nichts weiter, wünscht und verlangt jeder Interessent, und man kann nicht von ihm verlangen, daßer solchen in Folge eines Vergleichs über einen noch gar nicht freitigen, sondern nur unerledeter gebliebenen Gegenstand aufgeben soll.

Man könnte hingegen einwenden, daß es nach allgemeinen Rechtsregeln einem Jeden frei stehe, über seine Rechte nach Gutfinden zu pacificiren, und er keine Ursache habe, sich über Vertheilungen zu beklagen, wenn er mittelst Vergleichs selbst dar- ein gewilliget.

Diesem Einwande stelle ich die Frage entgegen: wie es denn mit der vorausgesetzten Freiheit, zu pacificiren, nach der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung eigentlich stehe? oder ob denn nicht schon bei Entscheidung der Frage, ob überhaupt getheilt werden solle, Zwang genug Statt finde? indem die geringste Majorität der Stimmen darüber entscheidet; ja! ob nicht derjenige, welcher so vernünftig ist, über den Theilungs-Maßstab nicht pacificiren zu wollen, als über einen Gegenstand, dessen gesetzliche und gerechte Bestimmung er verlangen kann, und dessen Vertheilung ihm nicht möglich ist, wenn nicht eine Ausmittelung des Verhältnisses seiner und seiner Mit-Interessenten Rechte zuvor Statt gefunden hat, nach §. 57. der Lüneb. Gemeinh. Thl. Ordn. nicht wider Willen, durch Stimmenmehrheit von $\frac{2}{3}$ der Interessenten zur Anerkennung eines nach allen Rechtsgrundsätzen für ihn ganz unverbindlichen und vielleicht für ihn höchst nachtheiligen Vergleichs gezwungen werden könne?—

Ist es gleich nicht zu verkennen, daß die Beförderung einer so gemeinnützigen Sache, als die Gemeinheits-Theilung ist, wohl geringe Abweichungen von allgemeinen Rechtsgrundsätzen rechtfertigen möchte; so würde dieses doch nur unter dem in ähnlichen Fällen allgemein festgesetzten Grundsatz geschehen dürfen, daß demjenigen, welcher seine Rechte gezwungenermaßen zum allgemeinen Besten aufgeben muß, eine gerechte Schadloshaltung ausgemittelt und zugetheilt werde.

Dieser in den §. 49, 55, 56 und 106 der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung so wiederholt ausgesprochene und einschärfte Grundsatz kann ohne die Ausmittelung eines gerechten Theilungs-Maßstabes gar nicht erreicht werden. Wie können sich ohne eine solche genaue Ausmittelung die Interessenten überzeugen, daß der Vergleich über den Theilungs-Maßstab ihnen ein gehöriges Äquivalent für ihre Berechtigung gewähre?

Wie können Curatoren und Vormünder es vor ihren Curanden und ihrem Gewissen verantworten, einen solchen Vergleich einzugehen?

Wie können Commissarien einen angemessenen Vorschlag zum Vergleich überhaupt machen, das Landes-Deconomie-Collegium denselben genehmigen, wenn nicht eine genaue Ausmittelung des Theilungs-Maßstabes nach rechtlichen und ökonomischen Principien vorangegangen ist, und zu welchem Ende soll alsdann noch ein Vergleich über den ganzen Theilungs-Maßstab Statt finden?

Es mögen Manche glauben, es sey gleichgültig, ob der Theilungs-Maßstab mittelst Vergleichs festgestellt, oder nach Grundsätzen ermittelt werde, wenn die Theilungen überhaupt nur einen guten Fortgang nehmen. Sie würden aber ganz anders urtheilen, wenn sie selbst Interessenten wären, und sich auch überzeugen möchten, ob ihnen ihr Recht geworden sey.

Ich spreche aus eigener bitterer Erfahrung, und möchte den Verlust, den ich während meiner Minorennität durch Vergleich über den Theilungs-Maßstab erlitten, gern mit 10,000 Thaler abkaufen.

Die Ansprüche, welche jeder Bürger eines Staates, und insbesondere der eines so gerechtigkeitsliebenden, als der Hannoversche Staat ist, auf Achtung der Eigenthumsrechte, und auf die Anwendung gerechter Gesetze machen kann, erfordern es dringend, daß die Grundsätze über den Theilungs-Maßstab revidirt und auf Grundlagen des Rechts und richtiger ökonomischer Principien, zu solchen einfachen und allgemein anwendbaren Grundsätzen zurückgeführt werden, daß der in §. 49. der Lüneb. Gemeinh. Thl. Ordn. so wahr als richtig ausgesprochene Hauptgrundsatz jeder Gemeinheits-Auseinandersetzung: »die Ermittlung gerechter Äquivalente« erreicht werden könne.

§. 7.

Von beinahe nicht minder wesentlichem Einfluß auf Erreichung dieses Hauptzwecks ist auch das Benützungsgeschäft (*). Dieses Geschäft erfordert eines Theils eine gehörige Localkenntniß, andern Theils allgemeine landwirthschaftliche, insbesondere agronomische Kenntnisse. Ohne Kenntniß der in der Localität begründeten, nicht immer an äußeren Zeichen erkennbaren, Eigenthümlichkeiten des Bodens, und der auf dessen Werth einwirkenden Local-Verhältnisse, wird der geschickteste Agronom nicht immer eine richtige Schätzung aufstellen können. Wird dagegen das Benützungsgeschäft, wie es nach Maßgabe des §. 41. d. Lüneb. Gem. Thl. Ordn. bisher in der Regel geschehen ist, dem Bauer allein überlassen, so find, wie die Erfahrung lehrt,

*) d. h. die Taxation des zur Theilung stehenden Grundes und Bodens nach seiner inneren Güte und Culturfähigkeit.

die Fretthümer der Schätzung noch weit häufiger und weit auf-
fallender. Der gewöhnliche, selbst der für seinen Stand gebil-
dete und erfahrene Landmann besitzt zwar eine auf langjährige
Beobachtung gegründete richtige Kenntniss der Ertragsfähigkeit
desjenigen Bodens, womit er sich beschäftigt, oder doch eines
diesem ganz ähnlichen Bodens, allein seine Kenntniss ist in ho-
hem Grade beschränkt, und sie verlässt ihn, sobald eine wesent-
liche Verschiedenheit des Bodens und seiner Verhältnisse eintreift.
Zur zweckmäßigen Ausföhrung des Bonitirungs-Geschäftes ist
eine scientiifische Ausbildung in dem Fache der Landwirthschaft,
insbesondere der Agronomie, verbunden mit practischer Ausbil-
dung und Routine, zur leichten und richtigen Anwendung wif-
fenschaftlicher Grundsätze unumgänglich erforderlich.

In dieser Ansicht wird mir jeder gebildete Landwirth, wel-
cher aus eigener Erfahrung die Schwierigkeit einer, unsrer inneren
Ueberzeugung genügenden Schätzung des Bodens kennt, unbe-
denklich beistimmen.

Mehrfache Erfahrungen haben mich von der Nothwendig-
keit einer zweckmäßigeren Bonitirung, wie die bei Gemeinheits-
Theilungen bisher üblich gewesene, überzeugt; mir sind specielle
Fälle bekannt, wo diese Bonitirungen in einem solchen Grade
fehlerhaft waren, daß in Folge derselben die Abfindung eines
Mießerbes, welche doppelt so viel an Werth betragen sollte,
als die einer Röhnerstelle, noch nicht einmal den Werth der
Abfindung eines Röhners erreichte.

Umsichtige Commiffarien suchen die groben Fehler der Bo-
nitirung, welche sie bei Ausführung des Theilungsplanes entde-
cken, dadurch zu mildern, daß sie die Abfindung der Interessenten
so theilen, daß entgegengesetzte Fehler in der Bonitirung
einander einigermaßen ausgleichen. Man sieht daraus, wie es
mit dem Bonitirungs-Geschäft bei Gemeinheits-Theilungen ei-
gentlich stehe, und daß die Gemeinheits-Theilungen, so wie sie
nach der bestehenden Fehler- und mangelhaften Verordnung be-
trieben werden, eigentlich im günstigen Falle nur als eine Ver-
theilung von Grund und Boden ex aequo et bono zu betrach-
ten sind.

Große Fretthümer bei der Bonitirung können nicht eintre-
ten, wenn den Taxatoren aus dem Bauern-Stande ein gebil-
deter Landwirth zugeordnet wird. Daher erfordert es das we-
sentliche Interesse, welches der Handwergende Landwirth bei ei-
ner richtigen und zweckmäßigen Ausföhrung der Gemeinheits-
Theilungen hat, daß ähnliche Fehler bei dem Bonitirungs-Ges-
chäfte in Zukunft möglichst vermieden werden, und zwar
dadurch, daß die Leitung dieses Geschäftes einem unpartei-
schen, wissenschaftlich und practisch gebildeten Landwirth

übertragen werde, welcher solche unter Zurathziehung mehrerer,
der Localität genau kundigen und erfahrenen Bauern, vollführe.

§. 8.

Die Entwurfung und Aufstellung des Theilungsplans, oder
die Ermittlung der künftig privativen Antheile an Grund und
Boden, welche jeder Theilnehmer zur Entschädigung und Abfin-
dung erhalten soll, versällt in die, auf die Vermessung, Boniti-
rung und den ausgemittelten Theilungs-Maßstab begründete,
Berechnung der Abfindungs-Quoten, und in die Ausführung
des Theilungsplans an Ort und Stelle selbst. Diese Ausföhr-
ung des Theilungsplans geschieht von den Landes-Deconomie-
Commiffarien, und sie wird hierauf dem Landes-Deconomie-
Collegio zur Genehmigung vorgelegt, die dann, nach vorgängi-
ger Prüfung an Ort und Stelle (so insofern in der Regel unter-
bleibt) ertheilt werden soll.

Zu einer zweckmäßigen Ausföhrung des Theilungsplans sind
vor allem gründliche landwirthschaftliche Kenntnisse erforderlich;
es kommen dabei die Anlage der zur Verbesserung der Cultur
vor allem so wichtigen Entwässerungsgräben, ferner die zweck-
mäßige Anlage der Wege, Weistheilen und Ärenken, in Be-
tracht; es muß eine zweckmäßige Lage und Form der Koppeln
ausgemittelt werden, um die künftige vortheilhafteste Benut-
zung des ganzen Areals dadurch möglichst zu erleichtern und
zu befördern. Häufig bietet das Local Gelegenheit zur Anle-
gung von Schwemmen oder Wässerungs-Wiesen dar, alsdann
müssen die dazu erforderlichen Haupts-, Zu- und Abtheilungs-
Gräben ausgemittelt, und überhaupt alles, was diesem für die
Verbesserung der Landwirthschaft so einflussreichen Zweige des
Landbaues förderlich seyn kann, ermittelt und festgesetzt werden.
Ferner ist zu erfordern, ob außerordentliche Hülfsmittel der
Düngung vorhanden und anwendbar sind, ob sich Mergel, Lehm,
Stein, Moder, Kalk, Gips und andere mineralische Düngungs-
mittel vorfinden, und sind in diesem Falle solche Einrichtungen
zu treffen, daß die großen Vortheile dieser Hülfsmittel zur Ver-
vollkommenung des Ackerbaues, möglichst allen Interessenten zu
Theil werden können, und deren ausschließlicher Besitz nicht et-
wa der Günst des Zufalles überlassen bleibe. Man sieht also,
daß, wenn durch die Gemeinheits-Theilungen und Verkoppelun-
gen eine recht gründliche Cultur-Verbesserung erleichtert werden
soll, die Ausführung des Theilungsplans vielfältige öconomische
Kenntnisse, und insbesondere gründliche Einsicht in allem, was
auf Cultur-Verbesserungen Bezug hat, erfordert werden. Diese
Kenntnisse sind wol nur zureichend und gründlich von wifsen-
schaftlich und practisch gebildeten, erfahrenen Landwirthern zu er-
warten, und daher möchte es zur Erreichung des Endzwecks der

Gemeinheitstheilungen sehr zweckmäßig seyn, wenn dem, die Entwurfung des Theilungsplans besorgenden Commissario, bei der Ausführung an Ort und Stelle, ein gehörig qualifizierter, practischer Landwirth beigeordnet würde, welcher sich dem öconomischen Theile der Ausführung des Theilungsplans ganz widmen könnte.

Wied dagegen bei der Ausführung des Theilungsplans hauptsächlich nur auf Regelmäßigkeit der Koppeln und den guten Effect, welchen solche etwa auf der, dem Landes-Deconomie Collegium vorgelegenden Charte hervorbringt, gesehen, wie der Ausführung der Theilungspläne wohl nicht immer ohne Grund zum Vorwurf gemacht ist, so wird dadurch der eigentliche Zweck der Gemeinheits-Auseinanderseetzungen nicht nur mehr oder weniger verfehlt, sondern es werden auch den wichtigsten landwirthschaftlichen Verbesserungen durch die Rechte des Privateigenthums veranlaßt, für immer unlösliche Hindernisse in den Weg gelegt.

§. 9.

Nach §. 146. der Landsgemeinheits-Theilungsordnung sollen Special-Theilungen der Forsten unter den einzelnen Mitglieðern einer Commune, weil solches mannichfaltige Nachtheile zur Folge haben soll (welche jedoch nicht weiter nachgewiesen werden), in der Regel nicht gestattet seyn. Gewöhnlich tritt bei Gemeinheitstheilungen und Verkoppelungen der Fall ein, daß die Beibehaltung sämmtlicher Forsten der gehörigen Aeron- dieur der ganzen Feldmark und einer zweckmäßigen Anlage der Koppeln im höchsten Grade hinderlich seyn würde. In diesem Falle setzt man die der Aeron dieur der Feldmark hinderlichen Forsten, nach eingeholter Genehmigung des Landes-Deconomie-Collegii ab und verwendet den Erlos gemeinlich zur Bezahlung der Theilungskosten. Da aber der Forstgrund in seiner Ausdehnung nicht verringert werden soll, so wird wieder eine gleiche Fläche in einer angemessenen Lage zu Gemeinde-Forstgrund bestimmt und nach Vorchrift und unter Aufsicht eines Forst-Officianten, welcher dafür von der Gemeinde bezahlt wird, zur Forst aptirt. Die Forstkultur und die Nutzung dieser Forst bleibt in Gemeinschaft, und sie soll nach dem angezogenen §. der Gemeinheits-Theilungsordnung kein Gegenstand gesellener Theilung seyn, mithin auch nicht in den Privatbesitz gelangen.

Diese Bestimmung muß aus einer Zeitperiode herkommen, in welcher richtige Begriffe über eine verbesserte Forstkultur noch nicht sehr verbreitet gewesen zu seyn scheinen, und wo der einst so allgemein angenommene Jammer über den bevorstehenden Holzman- gel noch nicht verschollen war; aus einer Zeit, in welcher man ein

solches imaginäres Unglück durch die Beibehaltung verfallener Gemeindeforsten verhindern zu können glaubte, und nicht einfaß, daß Anjucht des Holzes, insbesondere des Brennholzes, sobald die Preise nur dazu einladen, durch Anbau schnell wachsender Holzarten das Resultat weniger Jahre sey. Es liegt jener Bestimmung ohne Zweifel die Ansicht zum Grunde, der Bauer werde seinen privationen Theil der Forst beaufsichtigen, und man könne solches am besten dadurch verbinden, daß die Forst in Gemeinschaft verbleibe und unter Aufsicht eines Forst-Officianten gestellt werde. Diese Ansicht ist gerade der Gegensaß derjenigen, welche man für die Vortheile der Theilung der Gemeinweiden anföhrt, welche deswegen nachtheilig seyn sollen, und auch sind, weil der Landmann sie der Erfahrung nach nicht verbessert und schlecht benützt. Alle Gründe, welche für den Nutzen der Theilung der Gemeinweiden sprechen, finden aber noch im höchsten Grade bei Gemeindeforsten ihre Anwendung. Es ist ja bekannt genug, daß ein jeder Interessent der Gemeindeforsten nur auf deren möglichste Benützung für seine Person bedacht ist, daß kein Interessent sich ein Gewissen daraus macht, die im besten Wachsthum begriffenen Bäume zu ihrem unaussprechlichen Ruin ihrer Zweige zu berauben oder gar heimlich zu fällen, und dieses auch für keinen Diebstahl hält; daß solche Forsten weder in gehörige Schonung gelegt, noch zureichend entnothet werden, daß, was zu deren Cultur nach Vorchrift und Aufsicht der Forst-Officianten geschieht, als Zwang betrachtet, widerwillig, nachlässig und ungeschickt vollführt wird, und daher in der Regel den schlechtesten Erfolg hat.

Daß diesem so sey, davon habe ich täglich ein Beispiel vor Augen.

Wie kann der Staat aber überhaupt das Recht haben, dem Bauer die Theilung seiner gemeinschaftlichen Forsten zu verbieten, wenn die Theilhaber solche wünschen? Das Verbot einer solchen erlaubten Handlung müßte sich doch wohl auf Gründe stützen, welche Special-Forsttheilung als nachtheilig für das allgemeine Beste unbezweifelt darstellten. Glaubt man etwa, der Bauer kenne seinen Vortheil so wenig, daß er, in Besitz eines privationen Forsttheils gelangt, sofort über seine eigenen Bäume herfallen und alte, jung und alt, haubare und nicht haubare, mit Stumpf und Stiel ausröten werde? Oder fürchtet man etwa, die Aufsicht des Forst-Officianten werde unnöthig werden, wenn jeder Bauer für seinen privationen Forsttheil sein eigener bester Förster und Forstwächter würde? Diese letzte Befürchtung ist allerdings gegründet, und ich bin versucht, zu glauben, daß alsdann ein Aufseher über des Bauern Forst wohl eben so unnöthig seyn möchte, als ein Aufseher über seinen Ackerbau. Es ist indeß unendlich viel besser, daß dem

Bauer, anstatt daß er jetzt anderer Leute Forst-Officianten un-
nötiger Weise befohlen hilft, eine so einträgliche Benutzung
des Grund und Bodens, als für ihn aus dem privaten Bes-
itze seines Forstamtheils erwachsen kann, nicht entzogen werde.
Es leidet gar keinen Zweifel, daß, wenn man ihm nur erlau-
ben will, die Früchte seines auf die Verbesserung der Forst-
Cultur verwendeten Fleißes für sich selbst einzuernten, er sich
durch eine zweckmäßige Cultur seiner privaten Forsten ebenso
zu seinem Vortheile auszeichnen werde, als seine Gemeindefor-
sten sich jetzt als Muster einer schlechten Forstwirtschaft dar-
stellen. Den Beweis davon liefert durch die sprechendsten Bei-
spiele die Vergleichung des Zustandes privater und Gemeindefor-
sten der Bauern im Fürstenthum Lüneburg, wo beide häus-
sig neben einander bestehen.

Die Bestimmungen:

„die Forsten der Bauern sollen in Gemeinschaft ver-
bleiben“;

oder die Vorchrift:

„der Bauer soll seine Forsten bewässern und schlecht cul-
tiviren, damit er wenig Nutzen davon hat,“

sind sich in Hinsicht ihrer Wirkungen ganz gleich.

Der Hannoversche Landmann hat in der That die drin-
gendsten Gründe, zu verlangen, daß der Staat eine für ihn so
nachtheilige und ungerechte Beschränkung der Freiheit, seine
Gemeinheiten zu theilen, als wie der angezogene §. 146. der
Landesgemeintheits-Teilungsordnung enthält, aufhebe, damit
auch er der Vortheile theilhaftig werde, welche eine verbesserte
Forst-Cultur ihm gewähren kann. Deshalb würden die Be-
stimmungen jenes §. wenigstens dahin modificirt werden müssen,
daß bei Gemeinheits- und Forst-Teilungen zwar der complexus
des Forstgrundes in der Regel beibehalten werden solle, daß
jedoch der von einem jeden Interessenten formmäßig und nach
einem, erforderlichen Falls, die ganze Forst umfassenden Plane
zu cultivirende und zu benutzende Antheil ihm privatim anzu-
weisen sey.

Ich darf die Hoffnung hegen, daß es mir gelingen ist,
im Vorstehenden auf einige der wichtigsten Mängel der Ge-
meinheits-Teilungsordnung im Fürstenthum Lüneburg und der
ihr nachgebildeten in den anderen Provinzen des Königreichs
aufmerksam gemacht und die Ueberzeugung befördert zu haben,
daß diese für die Perfection der Landescultur so einfluß-
reiche Virodordnung einer gründlichen Berichtigung bedürfe, und
der Staat für den Nationalwohlstand kaum etwas Erspar-
nissreiches thun könne, als wenn er es seine angelegentlichste Sorge

seyn lasse, die bestehenden großen Mängel und Hindernisse,
welche einer gerechten und zweckmäßigen Ausführung der
Gemeintheits-theilungen und Verkoppelungen entgegenstehen, recht
bald zu beseitigen.

* 33 *

X.

Zur Militär-Verfassung Hannovers.

Bemerkungen zu den Artikeln 12. und 81. der Königl. Hannoverschen
Verordnung vom 14. Julius 1820 über die Verpflichtung der
Untertanen zum Militär-Dienste und die dabei eintretenden
rechtlichen Verhältnisse.

I.

Nach dem Aufhören der lehnrechtlichen Verbindlichkeit des ritter-
schaftlichen Adels zu persönlichen Kriegsdiensten gegen seinen
Lebens- und Landes-Herrn, die eigentliche Bedingung seiner
sämmlichen Prerogative, durch die Einrichtung der stehenden
Heere und der Soldeuppen, kannte man im gesammten Deutsch-
land keine allgemeine Verpflichtung der Landesuntertanen zu
persönlichen Kriegsdiensten, und wenn hier und da eine dem
ähnliche Verpflichtung vorkam, so war sie einestheils nur auf
gewisse untere Classen der Untertanen beschränkt, anderntheils
aber mehr ein Ausfluß willkürlich geübter Gewalt, als gesetzlich
feststehender Rechtsverhältnisse¹⁾. Vielmehr galt in dem ge-
sammtten Deutschland und den zu dem Reichsverbande gehören-
den Territorien als anerkanntes Reichsherkommen der Rechts-
grundsatz: daß kein Landesheer berechtigt sey, seine
Untertanen wider ihren Willen zum Militär-
Dienste zu zwingen²⁾, wenn nicht die höchste Noth, d. h.
zur Bildung des einberufenen Reichs-Contingents, ein solches
erfordere.

Schwerlich gab es einen Staat in Deutschland, der sorg-
fältiger in seinen Verpflichtungen gegen das deutsche Reich, so-
wohl in den unmittelbaren als den mittelbaren Beziehungen zu
demselben, z. B. in Aufrechterhaltung und Beobachtung der deut-

¹⁾ Vergl. Dohms Denkwürdigkeiten seiner Zeit über Friedrich
den Großen und dessen Contonskissen.

²⁾ Moser von der Landeshoheit in Militärsachen. Leist Lehrbuch
des teuffchen Staatsrechts §. 240.

schen Reiches, sich bewiesen hätte, als das Kurfürstenthum Hannover¹⁾, und so war denn auch in Hannover bis zu der westphälischen Usurpation im Jahre 1810 eine Verpflichtung der Landesunterthanen zu persönlichen Militair-Diensten völlig unbekannt, vielmehr wurde das besoldete Militair lediglich und allein durch Werbung im In- und Auslande erhalten.

Nur zwei Ausnahmen galten im Kurfürstenthum Hannover von dieser allgemeinen Regel, die aber kaum als eigentliche Ausnahmen betrachtet werden können. Die erste derselben betraf den sogenannten Ausschuss oder die Landmiliz, ein in seinen Principien sehr vackeres Institut, die Grundlage aller Nationalbewaffnung. Es hatte dieses Institut keinen andern Zweck, als die Wehrfähigkeit des Landmanns auszubilden, die junge Mannschaft zu Waffenübungen zusammenzurufen und sie in Regimenter und Compagnien zu diesem Zweck zu theilen. Für die Zeit der Zusammenziehung, die aber immer nur auf dem Lande und nicht außerhalb des Amtesbezirks Statt hatte, wurden den Ausschüssen, wie sie genannt wurden, überdem eine sehr reichliche Entschädigung, 4 gute Groschen Cassenmünze für den Tag, zu Theil²⁾, und so war die Erfüllung der dorfälligen Verpflichtung für den jungen Landmann mehr eine Last als eine Last. Nach und nach kam aber dieses schöne Institut immer mehr in Verfall, und als nach Ausbruch der französischen Revolution die französische National-Bewaffnung ins Leben trat, wurde es vollends, vielleicht weil es verächtlich wurde, erst im Jahre 1793 suspendirt und dann im Jahre 1800 ganz aufgehoben³⁾.

Die andere Ausnahme betraf den schon reichesgesetzlich in dieser Hinsicht begründeten Fall der Noth, in welchem es frei stand, durch Ausheben junger Mannschaft das stehende Kriegsheer zu completiren. Gesetzliche Bestimmungen existirten über die Art und Weise, wie eine solche Aushebung zu bewerkstelligen sey, nicht, und es scheint, zumal durch die in Zeiten

der Noth immer Statt habende Ueuehe begünstigt, dasselbe in einem, dem englischen Matrosenpreffen ähnlichen, gewaltsamen Zusammenrassen junger und auch recht alter Burschen, in den höchst seltenen Fällen, wo es eintrat (seit mehreren Jahrhunderten vielleicht nur zweimal, im Jahre 1762 und 1803) hauptsächlich bestanden zu haben. Wie es bei solchen regellosen Aushebungen immer der Fall ist, so wurde es auch hier leicht, durch kleine Vergünstigungen von der Presse sich frei zu machen, und das Geschick, zum wirklichen Militair-Dienste erzwingen zu werden, traf daher größtentheils nur Landläufer oder herrenloses Gesinde. Die Landstände hatten in dieser Beziehung nichts Anders gethan, als für sich und ihre Dependenzien Ausnahmen vom Aufgebot sowohl als von der Landmiliz zu erwirken, welche ihnen dann durch Landtags-Recess leicht bewilligt worden waren.

Sowohl es auf der einen Seite keinen deutschen Staat gab, der sich in seinen Institutionen und Verpflichtungen enger an das deutsche Reich anschloß, als das Kurfürstenthum Hannover, so hatte sich aber auch kein anderer Staat mit mehrer Eifer angelegen seyn lassen, sein wahres staatswirtschaftliches Interesse, trotz aller Neuerungen und von der Zeit nicht erprobter Theorien, aufrecht zu erhalten. Dieses wahre staatswissenschaftliche Interesse Hannovers beruht, seiner Lage und seinem Vohen nach, im Ackerbau und in der Viehzucht, und diese beiden wichtigsten Zweige des Gewerks der Unterthanen und ihres Wohlstandes zu befördern, dahin waren alle Bestrebungen der Regierung gerichtet. Deshalb waren denn nicht allein die Hauswirthe auf dem Lande und die Ackerer der Höfe, besonders die einzigen Söhne der Hauswirthe, von einer jeden Militair-Pflichtigkeit, sowohl vom Ausheben als vom Aufgebot, gänzlich befreit, sondern es war denselben auch nicht einmal erlaubt, freiwillig Kriegsdienste zu nehmen, und die Werbung solcher Personen zum einheimischen Militair bei schweren Strafen durchaus untersagt⁴⁾.

Dieses waren die Rechtsverhältnisse der Ackerbauern und Unterthanen in Betreff der Militair-Pflichtigkeit, als das Kurfürstenthum im Jahre 1810 mit dem ehemaligen Königreiche Westphalen vereinigt, und das Westphälische Conscriptiions-Gesetz vom 16. Novbr. 1809⁵⁾ auch hier in Kraft und Ausübung gesetzt wurde. Dieses Westphälische Conscriptiions-Gesetz ist fast nur eine Abschrift des noch in voller Gültigkeit

¹⁾ Dasselbe, was vom deutschen Reiche hinsichtlich Hannovers galt, gilt auch jetzt noch von dessen Verpflichtungen gegen den deutschen Bund, und ganz besonders in Betreff des Militair. Um bei weitem mehr in dieser Hinsicht zu leisten, als die Bundesgesetze erfordern, opfert Hannover alljährlich fast eine Million Thaler ganz unnütz auf, wie in einer in dieser Beziehung vortrefflichen Schrift: „die Militairverfassung des deutschen Bundes zunächst in ihrer Anwendung auf das Königreich Hannover. Hannover, Pagan 1831“ völlig klar dargelegt wird.

²⁾ Landesverordnung vom Jahre 1680. Corp. Const. Lüneburg. Cap. III.

³⁾ Regierungsausschreiben vom 21. Mai 1800 in Spangenberg's Sammlung Th. IV. S. 39.

⁴⁾ Verordnungen vom 8. Dec. 1688 und 29. Oct. 1705. C. L. Cap. III. Nr. 23.

⁵⁾ Code de la Conscription militaire pour le Royaume de Westphalie. Bulletin des lois 1809, Nr. 48.

wirkenden Französischen Gesetzes über denselben Gegenstand, und dieses wieder auf die Grundlage der zur Zeit der höchsten Fervenz der Französischen Revolution decretirten Gleichheit aller Stände und der allgemeinen National-Bewaffnung gestützt, und so stand es denn in dem vollkommensten Einklange mit den Grundgesetzen des Staats und den Hauptgrundsätzen dessen Verwaltung.

II.

Sofort nach der Restauration des rechtmäßigen Landesherren im Jahre 1813, nahmen, nebst allen früheren Institutionen, auch alle Classen der Landesunterthanen nach ihren früheren Unterscheidungen, ihre Stellungen gegen und unter einander, mit allen ihren Rechten wieder ein, und hiernach erlangte auch der Bürger und Landmann das Recht der Befreiung von persönlicher militärischer Dienstleistung zurück. Das Westphälische Conscriptions-Gesetz hatte seine Endschafe erreicht und der frühere Zustand war wieder eingetreten.

Doch dauerte dieser Zustand factisch nur wenige Tage, denn bereits unterm 29. November 1813 erschien eine, jenes Westphälische Conscriptions-Gesetz in seinen Grundsätzen enthaltende Verordnung wegen Einrichtung einer Landwehr *). Diese Verordnung fand, eben sowie die spätere, jedoch ephemerere Verordnung über die Bildung des Landsturms vom 10. Juni 1815, auch nach gegenseitigem Herkommen, in dem damaligen unverkennbaren Nothstande ihre Rechtfertigung, und, obwohl sie in vielen ihrer Bestimmungen, besonders was die schon gleich Anfangs angegebene Dauer der Kriegspflicht betraf, da sich diese ja gar nicht erweisen ließ, den Staatsgesetzen widersprach, auch dem landwirthschaftlichen Interesse einen bedeutenden Stoß versetzte, nicht allein hinsichtlich der Regierung, sondern auch bei der großen Mehrheit der damals im eifrigsten Patriotismus für König und Vaterland aufgeregten Nation.

Von dem Augenblicke an aber, wo der allgemeine Europäische Friede geschlossen, das Vaterland von jeder Gefahr befreit und in seiner Integrität wiederhergestellt war, verlor dieser durch die Landwehrverordnung gewundene Militair-Dienst seinen wahren innern rechtlichen Gehalt, und sein ferneres Bestehen konnte, von der Seite des Rechts betrachtet, nur allein als ein äußeres factisches betrachtet werden.

Dieser Zustand dauerte bis zum Jahre 1820, bis nach Publication der mit allen gesetzlichen Formen gegebenen Verordnung vom 14. Juli 1820 über die Militair-Pflichtigkeit

der Unterthanen, und die dabei eintretenden rechtlichen Verhältnisse⁹⁾. Es ist diese Verordnung in ihren Grundlagen und in ihren wesentlichsten Bestimmungen nur eine Wiederholung des Westphälischen Conscriptions-Gesetzes vom Jahre 1809, und folglich auch des Französischen Recrutierungs-Gesetzes aus den Zeiten der Revolution, wo die höchste Aufregung der Gemüther eine National-Bewaffnung und die rücksichtslose Anwendung phantastischer Theorien für Wohltathen annahm.

In Frankreich war dieses Gesetz ganz an seiner Stelle, denn es stand, sowie in Westphalen, mit den Grundgesetzen des Staats und allen organischen Institutionen desselben in dem vollkommensten Einklange. Alle Staatsbürger waren gleich vor dem Gesetze, es gab keinen gebornen Herrn, keinen gebornen Untergebenen, und jeder zu den Fahnen Einberufene stand in den Reihen für sein eigenes Recht, für seine eigne Freiheit; es war nicht von einer Dienstpflicht die Rede, sondern von einer Ehrenpflicht gegen das Vaterland.

In Hannover hingegen steht es in dem greiflichsten Widerspruche mit den bisherigen Staats-Institutionen und den durch die Restauration des Jahres 1813 wieder erweckten Verhältnissen der Unterthanen unter einander. Nicht mehr von Gleichheit der Unterthanen vor dem Gesetze ist bisher die Rede gewesen, sondern von Unterthanen als gebornen Herren und von Unterthanen als gebornen Untergebenen anderer Unterthanen; die Mehrheit der Landesunterthanen ist bis jetzt nicht für ihre eigene selbstständige staatsbürgerliche Existenz in den Reichen der vaterländischen Krieger getreten, sondern für ihre Herren und für die Rechte ihrer Herren, und so ist bis jetzt die Militair-pflichtigkeit, aller äußern Verheißungen und des prunkenden Scheins ungeachtet, durchaus im Gegensatz mit der Grundlage des Gesetzes selbst und dessen lebendigem Wicken in Frankreich, woher es entnommen, nur als eine lösende Dienstpflicht, als ein Landfolgedienst, wie man in frühern Zeiten sie genannt haben würde, nicht als eine Ehrenpflicht gegen König und Vaterland, ihrem innern Wesen nach, zu betrachten.

Bei der Annahme des Grundgesetzes, daß man sich der persönlichen Dienstleistung durch Stellvertreter entziehen könne, und bei der leichten Nähe, während eines langjährigen Friedens einen Stellvertreter zu erlangen¹⁰⁾, ist dieser militärische

⁹⁾ Gesetzsammlung vom Jahre 1820. I. Abtheilung. Heft 18. Nr. 28.

¹⁰⁾ Humbert Thaler war der Preis, wofür die Militair-Behörde selbst einen Stellvertreter besorgte. Zuweilen war ein solcher für 50, ja für 30 Thlr. zu haben.

^{*)} Sagemann's Sammlung pro 1818, Nr. 150, S. 146 u.

Landesfolgendienst nur allein der Classe des pflichtigen Landmanns und den ärmern Ständen zur Last gefallen, da der Wohlhabendere und der Adel und der reiche Bauerstand sich leicht durch ein ihm kleines Geldopfer von demselben lösmacht, oder durch freiwilligen Eintritt seiner Söhne die Bahn zu Officierstellen eröffnet.

Es giebt keinen seines Namens würdigen Hannoveraner, der nicht mit Grauen auf das Westphälische Conscriptiions-Gesetz zurückblickt, auf die Schmach des Vaterlandes, das gezwungen war, seine eignen Söhne gegen den rechtmäßigen allgeliebten Landesherren zu bewaffnen, keinen Hannoveraner, der nicht freudig sein kostbares Gut für König und Vaterland hingeben würde, wenn die Noth es erforderte; aber nach rein factischen und rechtlichen Verhältnissen ist das Hannoversche Gesetz ungleich härter und drückender in vielen seiner Bestimmungen, als das Westphälische, hauptsächlich zwar dadurch, daß es der diesem nicht gefehlte habenden Grundlage des Staatsbürgerthums ermangelte und die National-Verwaffnung zum Landesfolgendienste gemacht hat, aber insbesondere auch in dieser Beziehung durch eine hier ganz unannehbare gleiche Ausdehnung der Pflichtigkeit, durch die gesetzliche Sanction, die Zwietracht in den Grundlagen der Verordnung bis zur Verzerrung vernehmender, fürpersichtlicher Züchtigungsmittel, und durch den Mangel kräftiger auf größtmöglicher Deffensivität beruhender Formen, gegen willkürliche oder irthümliche Uebertretung des Gesetzes.

III.

Die ganze Last aller dieser Uebel, der ganze Druck, liegt aber hauptsächlich auf dem Landmann, und deshalb, weil man, fremden Theorien zu Gefallen, und um eine fremde Pflanze dem einheimischen Boden, auf welchem sie nie Wurzel schlagen, nie zum lebenskräftigen Gedeihen erblühen wird, einzuverleiben, das seit Jahrhunderten mit dem größten Erfolge erprobt, mit den größten Erfolgen gekrönt, von der Natur selbst dem Lande gebotene, staatswirtschaftliche Princip, die landwirtschaftlichen Interessen vor allen heilig zu halten, zum Opfer gebracht und dabei überdem die bürgerliche Lage des Landmanns und dessen Grundeigentums durchaus verkannt hat.

Da, wo die Grundstücke des Landmanns dem gänzlich freien Verkehr offen stehen und der Eigentümer uneingeschränkte freie Disposition über dieselben hat, da begründet die Erbsfolge in dieselben keine andere allgemeine rechtliche und politische Interessen, als die Erbfolge in alles andere Privateigentum. Wo aber, wie im Hannoverschen, dem Landmann, sep er Lehnsmann oder Colonat, keine Dispositionsbefugniß über sein

Grundeigentum zusiehet, sondern er nur als Nutznießer zu betrachten ist, wo das gesetzliche Erbsolgerrecht in den Grundstücken durchaus ohne alle willkürliche Abänderung feststeht, und der Staat durchaus wesentlich dabei interessiert ist, daß der künftige Besitzer der Güter zum guten Landwirth reife, da ist dieser gesetzliche Nachfolger, bei Colonaten und der Aneerbe des Hofes, schon als geborner Hauswirth zu betrachten, und in staatswirtschaftlicher Beziehung macht es fast durchaus keinen Unterschied, ob dieser schon als rechtlicher Eigentümer, unter Verwaltung von Vormündern, oder als künftiger Eigentümer, unter Verwaltung des Vaters, angesehen werden muß.

Es ist demnach nicht allein dem landwirtschaftlichen Interesse und der ganzen Stellung des Landmanns zu seinen Grundstücken durchaus entgegen, daß die Aneerben der Höfe zum Militair-Dienste gezogen, und so der Landwirtschaft entfremdet werden, sondern es führt auch der Umstand, daß der Aneerbe eines Hofes, selbst wenn er der einzige Sohn seines Vaters ist, vom Militair-Dienste nicht befreit ist, eine Härte mit sich, die in dem letzten Jahrzehende des vorigen Jahrhunderts in Frankreich, woher wir dieses Gesetz entlehnt haben, bei der allgemeinen Aufregung und Begeisterung der Nation, niemals aber bei und in unsern Verhältnissen, irgend eine, auch nur einigermaßen begründete, Entschuldigung finden kann — und die traurigsten Folgen für den Bestand der Höfe im ganzen Umfange des Königreichs nach sich gezogen hat.

Vergleichen wir die Lage des pflichtigen Landmanns in den drei Perioden, in der Zeit vor der Westphälischen Usurpation, während derselben und nach der Restauration, miteinander, so finden wir ihn in der ersten in einem unsreien Zustande, ohne erbliche politische Rechte, einen guten Theil dinglicher Lasten tragend, aber völlig frei und geschützt vor allem persönlichen Militair-Dienste; in der zweiten, von denselben dinglichen Lasten, vermehrt durch die vom Staate geforderten Beisessuren, niedergebregt, dem Militair-Dienstzwange unterworfen, aber als einen völlig freien Staatsbürger, gleicher Rechte wie jeder andere Unterthan, selbst der höchsten Classe der bürgerlichen Gesellschaft genießend; in der dritten hingegen, aller Lasten der zweiten Periode in erhöhter Maße entliegend, ohne daß auch nur eine einzige ihm erleichtert wäre, dem früher nicht erkannten Militair-Dienstzwange unterworfen, und aller politischen Rechte beraubt, in demselben unsreien Zustande, welchen die erste Periode bezeugt. — Und so sehen wir denn, daß der pflichtige Landmann Hannovers der einzige ist, der nach der Restauration im Jahre 1813 nicht einmal seine früheren Rechte vor der feindseligen Usurpation zurückverlangt und wahrhaft an seinen Gütern und seinen Rechten verloren hat. Das-

selbe ist der Fall hinsichtlich der Bürger in den Städten, die neben ungleich vermehrten Lasten durch die Restauration eben auch dieses wichtige Recht der Freiheit vom Militair-Zwange eingebüßt haben, ohne dafür durch irgend eine andere Vergünstigung auch nur einigermaßen entschädigt worden zu seyn.

IV.

Drückender und unheilvoller wird dieses unglückliche Verhältniß noch dadurch, daß man, vielleicht durch den Einfluß in der englischen Armee ergrauter Officiere im Rathe der Fürsten und der Ständeversammlung dazu bewogen, das fremde hochsinnige Institut, dem der höchste Sinn der alle Classen der Staatsbürger durchdringenden Nationalität nur das tiefste Gefühl für Ehre, und allein lebendiges Leben und volkstümliche Kraft verleihen konnte, durch einen alten mittelalterlichen Fict verunsaltete, der ihm auch das für den Militair-Pflichtigen entziet, was ihn allein aufrecht zu erhalten vermag, die Ehre. Dieser Fict, ich nenne ihn mit Recht einen Schandfleck, ist die beibehaltene Strafe der körperlichen Züchtigung, die nur unter einem neuen Namen, dem englischen des Stripsens (*), das sonstige Gassenlaufen vielleicht in einem härtern Grade erneuert hat.

Man wird einwenden wollen, daß die Strafe nur den Schuldigen treffe, der Unschuldige und nicht der Strafe Verfallene also durch dieselbe nicht selbe. Eitler Einwand! Wenn heute ein Gefes gegeben würde, nach welchem auch das Officier-Corps der Strafe des Stripsens unterliegen sollte, würde nicht das ganze Officier-Corps, als auf das Tiefste in seiner Ehre gekränkt, seinen Abschied nehmen, würde nicht der für einen Ehrlösen gehalten werden, der dieses auch nur einen Augenblick bezweifeln wollte? Ich frage die Herren Officiere: erdöthen sie nicht in edler Ignoranz über die Frage selbst? Welcher erfindliche Grund könnte aber vorhanden seyn, um das Gegentheil bei dem gemeinen Soldaten vorauszusetzen? Ist er nicht eben so ein Mensch, nicht eben so ein Kind seines Vaterlandes, nicht eben so nothwendig, so unentbehrlich? Oder will man annehmen, daß ihm und seinen Angehörigen das Gefühl für Ehre fremd sey; will man annehmen, daß Liebe zum Vaterlande, Ausdauer im Kriege und Tapferkeit bestehen könne ohne Ehre?

Nun wohl, dann geröhet man auch den letzten Pfeiler der erhabenen Grundlage des hieser verplanten Französischen

Gefeges, den es zur Ehre der deutschen Nation mit derselben gemein hat.

Betrachte man aber die Lage eines Vaters aus dem Bürger- und Bauern-Stande, der nicht vermögend ist, für seinen einzigen Sohn, für sein einziges Kind, einen Stellvertreter zu erkaufen, und der nun diese einzige Stütze seines Alters, das einzige Band vielleicht, welches bei seiner drückenden Lage ihn noch an die Erde fesselt, dem Vaterlande, o nicht doch, für jetzt nur noch seinen Herren, opfern, sich seines Verstandes, seiner tröstenden Gegenwart entziehen, sich selbst der Gefahr, kinderlos dem Grabe zuzugehen, sein Liebles auf Erden aber der Gefahr preisgeben soll, für nicht gekannte, nicht begriffne Vergehungen die schmachvollste Strafe zu erleiden, und seiner Gesundheit und seiner Ehre beraubt, in's Vaterhaus zurückzu kehren, aus welchem er als blühender, schulbloser Jüngling hervorgegangen; und wer wird es seyn, der ihm eine Thräne des Mitgeföhls versagt?

Daß die ganze Militair-Verordnung einer scharfen Revision bedarf, und die Zeit auch eine solche herbeiföhren wird, das leidet gar keinen Zweifel, aber Eile erfordert es, daß die beiden Fleden, welche sie verunsalteten, und die, wenn der Bürger und Landmann dabei gehört worden wäre, niemals zur geseglichen Sanction gekommen seyn würden, nämlich

die Militair-Pflichtigkeit einziger Söhne
und

die Zulässigkeit körperlicher Züchtigungen, schnellig abgewaschen werden, und in der That ist es vielfeltig schon erwartet, daß in der Ständeversammlung, auf deren wahrhaft edeles und segensreiches Wirken die ganze Nation mit Liebe und Ehrfurcht hindrückt, deshalb ein Antrag gemacht, und an die Regierung gebracht werde, damit noch vor einem ewigen Ausmarsche der Hannöverschen Truppen hierunter eine gesetzliche Abänderung eintreten könne.

* 27 *

XI.

Vortrag, gehalten in der zweiten Kammer der all gemeinen Ständeversammlung in Hannover

von

Dr. Freudentheil,
Deputirten der Stadt Stade.

Wir stehen an einem entscheidenden Wendepunkte des bürgerlichen Lebens; — von diesem Augenblick, diesen Verathum-

*) Mit dem eckhaftesten Detail, wie diese Strafe vollzogen wird, bleibe der Leser mit Recht versichert.

gen, dem Resultat, dem Erfolg derselben wird es abhängen, welches Loos das Vaterland aus der dunkeln Ueme des Schicksals ziehen wird. Daß wir Alle das Augenblicke ernste, tiefe Bedeutung ergreifen und mit dem ganzen Ernst an das Werk gehen möchten, den es fordert! — Ich werde daher die nachsichtigevolle Aufmerksamkeit des Hauses in Anspruch nehmen dürfen, wenn ich in dieser wichtigen Angelegenheit meine der Geschiedte und dem Leben entnommenen Erfahrungen vortrage.

Freiheit der Meinungen und der Presse, Genuß des Rechtes zu allen Graden des Staatsdienstes ohne Rücksicht auf die Zufälligkeit der Geburt, Unverletzlichkeit des Eigenthums, eine zeitgemäße Volks-, nicht bloß Standes-Vertretung, Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Volksvertreter, Oeffentlichkeit der Criminal-Justizpflege nebst einem besondern Wächter über das Gesetz in dem ministrierte public, ein Geschworenengericht über Pressvergehen, eine freie selbständige, der Individualität der Communen anpassende Communal-Verfassung sind die wesentlichsten Grundzüge einer freisinnigen, den Bedürfnissen der Zeit, den Wünschen der Bürger entsprechenden Verfassung.

Ich theile vollständig die Ansicht des geehrten Herrn Redners aus Münden, daß der historische Boden beim Entwurfe eines Staatsgrundgesetzes nicht anders verlassen werden darf, als wenn er vermodert; ich theile die Ansicht des geehrten Herrn aus Münden, daß unsere Zeit ein doppelter Vorwurf triffe, einmal der, daß sie sich die alten Freiheitsbriefe hat durchlöchern lassen; zweitens der, daß sie diese Freiheitsbriefe nicht den Bedürfnissen der Zeit gemäß aus- und fortgebildet hat. Der Standpunkt der Geschichte darf nicht verlassen werden, weil die vergangene Zeit den Keim zu den Begebenheiten gelegt, die sich in der Gegenwart entwickeln, und ein Jeder, der ausschließlich nur für die Zukunft arbeiten wollte, den Baum von der Wurzel trennen würde. Aber auch die Philosophie soll Den leiten, der da arbeiten will für ein neues Staatsgrundgesetz. Er soll ihre Grundzüge befragen, wenn die Zeichen der Zeit auf Aenderung deuten; denn daraus, daß die Freiheit mit der Vernunft in gleicher Richtung fortschreitet, entsteht in jeder Entwicklungsperiode ein Streben der Völker, welches die Regierung unterstützen muß, um gewaltsamen Umwälzungen vorzubeugen. Auf solche Weise wird die Geschichte uns gegen lustige Theorien, gegen den Einfluß fremder Doctrinates sichern stellen; sie wird uns überzeugen, daß Dasjenige, was einem leichsinnigen Volke fremdt, nicht wohl thut einem Volke, das da ist voll Ernst und tiefen Gemüths. Die Philosophie soll uns bewahren gegen das nicht minder schädliche Stabilitäts-Princip, und erst dann, wenn beide, Geschichte und eine gesunde Philosophie, Erfahrung und Theorie, sich wechselseitig be-

leben und ergänzen, wird eine zeitgemäße Verfassung als ein neuer Phönix erstehn.

Da der historische Boden nicht ohne Grund verlassen werden darf, da ferner der Gegenstand von der größten Wichtigkeit ist: so halte ich es für nothwendig, nicht allein, daß eine Commission niedergesetzt, sondern auch, daß aus jeder Provinz ein Mitglied zugezogen werde, weil eine jede Provinz gewisse Nuancen nothwendig macht und es nur zu den bedenklichsten Folgen führen würde, wenn man das Charakteristische und Individuelle, was Klima, Sitte und andere Verhältnisse herbeigeführt und was sich in das Volksleben gänzlich verwebt hat, gewaltsam unterdrücken und diesem Leben einen völlig fremden Stempel aufdrücken wollte. Ein solches unheilbringendes Generalisirren untergräbt den Charakter, wovon die Fremdherrschaft Belege geliefert. Würde sie fortgebauert haben, so würde der Deutsche Charakter in dem Französischen untergegangen sein, und was kann man von dem Staat, von dem schmieglamen, gefügigen Manne hoffen, der nicht festen, nicht einsfarbigen, der spiel-farbigen Charakters ist und einem Proteus gleich jede Gestalt annehmen kann? Solche Folgen würde es haben, wenn man dem Disfieren die Natur des Calenbergers aufdrücken, und diesem das Eigenthümliche des Bremens einimpfen wollte. — Die Verfassung ist das Kleid; das Kleid soll sich dem Manne, nicht der Mann sich dem Kleide anpassen.

Das ist mein politisches Glaubensbekenntniß.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, den Gesichtspunkt anzudeuten, welcher beim Entwurf einer Verfassungsurkunde nicht verlassen werden darf, und die Ueberzeugung auszusprechen, welche die Frucht mehrjähriger Forschungen und Erfahrungen ist, auch, wie es mir scheint, durch die letzten Zeiten bestätigt wird; denn sie haben nur zu sehr jeden redlichen Forscher, der dem Gang der Begebenheiten gefolgt ist, gelehrt, wohin lustige Theorien führen, wohin das heillose Stabilitäts-Princip führt. Ihr Weg geht in's Verderben. Daß wir nie auf diesen Weg uns verirren mögen!

Ich erlaube mir den Verbesserungsantrag:

„Daß Behufs Entwurf eines Staatsgrundgesetzes nicht allein eine Commission niedergesetzt, sondern auch, daß zu dieser Commission aus jeder Provinz ein Mitglied zugezogen werde.“

XII.

Ueber das Denuncianten-Wesen in Steuer-Defraudations-Sachen.

Im Artikel 198. der königlichen Verordnung vom 22. Juli 1817, über die Consumtions- und Eingangs-Steuern, ist bestimmt worden, daß den Denuncianten einer Steuer-Defraude jedesmal die Ordnungstrafen, nach Abzug der etwaigen Kosten, ganz, von den confiscirten Gegenständen oder deren Werth aber, sowie auch von den Geldstrafen in Defraudations-Fällen die Hälfte zufallen solle. Eine spätere Verordnung vom 26. Juli 1826 erweitert noch die den Denuncianten zugewilligten Vortheile, bezeugt, daß letzteren bei versuchten Einschmuggungen von Weie und Brannwein der ganze confiscirte Gegenstand, oder dessen Werth, zuerkannt werden solle.

So sehr indessen die Nothwendigkeit es gebietet, daß der Staat, um seine Einnahmen zu sichern und um die Gleichheit in der Besteuerung zu beobachten, Conventationen gegen Steuer-gesetze und Defraudationen mit Strafen bedrohe; so wenig lassen sich die Nachtheile verkennen, welche jene legislative Begünstigung der Denuncianten in ihrem Gefolge hat, und die Gefahren, denen dadurch die Unterthanen Preis gegeben werden.

Diese Nachtheile äußern nicht sowohl ihren schädlichen Einfluß auf das rechtliche Verfahren und die rechtliche Beurtheilung der Steuer-Conventationen, als auch auf den Charakter und den moralischen Werth derjenigen Steuer-Officianten, welche ihrer Stellung nach mit Denuncianten sich befassen müssen und können.

Um in ersterer Beziehung sie zu erkennen, ist zuoberst zu erwähnen, daß das Verfahren in Steuersachen nicht an die gewöhnlichen processualischen Vorschriften geknüpft ist, sondern daß es nach der Verordnung vom 20. Decbr. 1825 ein summarisches Untersuchungsverfahren seyn soll, und demgemäß der Beweis auch nicht nach gemeinrechtlichen Grundsätzen beurtheilt wird. Der richterlichen Willkür ist hier daher ein weites Feld eröffnet, in welchem er sich um so freier bewegen kann, als die Zulassung von Rechtsbeiständen gesetzlich untersagt ist.

Jede Unregelmäßigkeit, welche sich die Steuerpflichtigen zu Schulden kommen lassen, wird natürlich in der Regel von den Denuncianten in das ungünstigste Licht dargestellt werden, denn je größer die Strafbarkeit, je größer ist der ihnen davon zu Theil werdende Gewinn. Der Richter, welcher unter andern Verhältnissen Denuncianten, welche den eigenen Vortheil bezwecken, mit dem denselben gebührenden Mißtrauen betrachtet

würde, ist oft genöthigt, in dem denuncirenden Steuer-Officianten auch Demjenigen zu sehen, welchen der Staat mit einem amtlichen Charakter bekleidet und eine gewisse fides publica beizumessen hat. Wenn auch bei einigen Gerichten diese Collision des Interesses mit der amtlichen Glaubwürdigkeit dadurch und gewiss am besten beseitigt wird, daß man beiden Verhältnissen keinen Einfluß auf die rechtliche Entscheidung einräumt; so prevalirt jedoch bei den meisten Gerichten der amtliche Charakter des Denuncianten, und der halbe Sieg ist ihm im Voraus gesichert.

Die Denuncianten werden aber auch als Zeugen abgehört und ihnen volle Glaubwürdigkeit beigelegt; oft genügt sogar ihre Versicherung auf den Dienst Eid, um die Denuncianten zu verurtheilen.

Weber mit der Gerechtigkeit noch mit dem Rechtsgeföhle verträglich es sich jedoch, daß man Leuten volle Glaubwürdigkeit zugesichert, welche bei dem Ausgange des Verfahrens so sehr interessiert sind, daß man Officianten, welche zum Theil hinsichtlich ihrer Subsistenz-Mittel auf Steuerstrafen hingewiesen sind, gebraucht, um Thatfachen zu constatiren, welche ihnen nur wünschenswerth seyn können. Daß auf diese Weise der Wohlstand und das ganze zeitliche Glück der Unterthanen in einem hohen Grade gefährdet ist, wird man gewiß zugeben müssen, zumal wenn man bedenkt, daß Jemand in die Strafen der Defraudation verurtheilt werden kann, ohne erweislich jemals eine Defraudation beabsichtigt zu haben. Es haben nämlich unsere höhern Landesgerichte, an die Worte des Gesetzes sich haltend, das strenge Princip aufgestellt, daß die Nichtbeachtung der gesetzlichen Formalitäten hinreichend sey, um die Strafe der Defraudation zuzuerkennen und der erweislich zu machende Irrthum oder das Nichtvorhandenseyn jeder fraudulösen Absicht nicht zu schützen vermöge. Hierdurch ist aber Vermögen und Reputation fast ganz in die Hände der Steuer-Officianten gegeben. Denn wenn Letztere behaupten, daß ihnen z. B. eine Declaration über einzuführende steuerbare Gegenstände nicht eingehändigt worden sey, und der Steuerpflichtige zwar nicht im Stande ist, die Uebergabe nachzuweisen, wohl aber so glücklich, seine Unschuld auf eine andere Weise darthun zu können; so wird er dennoch als Defraudant bestraft, und nicht berücksichtigt, daß der denuncirende Officiant von seiner Behauptung Vortheil zieht.

Diese Begünstigung der Denuncianten muß aber auch den schädlichsten Einfluß auf den Charakter der Steuer-Officianten äußern und die Moralität untergraben, besonders derjenigen Officianten, welche der Steuerstrafen zu ihrer Existenz bedürftig sind.

Durch das Gesetz wird ihre Eigennützigkeit aufgereizt, und das wohl in jedem Menschen vorhandene Begehren nach irdischen Gütern, indem es fast täglich neue Nahrung und Aufmunterung erhält, in Habguth umgewandelt. Wer nur einige Erfahrung gemacht hat, wird gern einräumen, daß selbst bei Leuten, welche eine sorgfältige Erziehung genossen haben und zu der sogenannten gebildeten Classe gehören, die Aussicht auf Gewinn, zumal auf einen geleglich erlaubten, eine so große Macht ausübt, daß nur Wenige widerstehen, wenn auch das feinerer Rechtsgesühl ihnen den Gewinn als anstößig bezeichnen sollte. Daher sieht man nicht bloß die unteren Officianten als Denuncianten auftreten, sondern auch aus der mittlern Sphäre der Steuerverwaltung drängen die Officianten sich zu Denunciationen, und sind voller Freude, wenn sie etwas erhaschen können. Daher ist es ferner nicht zu verwundern, wenn man von Mißbräuchen aller Art hört, die nicht selten in wahrhafte Niederträchtigkeiten ausarten; wenn man hört, daß Officianten unter fremden Namen in das Vertrauen der Leute sich einschleichen haben, um hinterher die gemachten Entdeckungen zu Denunciationen zu benutzen; wenn man ferner wahrnimmt, daß oft bei unbedeutenden Contraventionen ein Auge zugedrückt wird, um die Leute zu größeren und einschläglicheren Defraudationen zu verlocken. Daß auch hin und wieder, wie schon erwähnt worden, die Vorfälle nicht treu angegeben, wenigstens in ein ungünstiges Licht gestellt werden, kann noch weniger auffallen, da die Denunciations-Protokolle von der Gewinnsucht dictirt und Zeugnisse in der angenehmen Hoffnung auf Beute abgelegt werden.

Unrecht würde man thun, wenn man die Steuer-Officianten, welche sich des Vortheils wegen zu Unredfertigkeiten verleiten lassen, allein verdammen wollte. Das Gesetz ist es, welches den Keim des Lasters in ihre Brust pflanzt und zur Entwicklung bringt; der Staat ist es, welcher alles Ergesühl in ihnen dämpft und sie moralisch verschlechtert, indem er Anweisungen ertheilt, wie man seinen Vortheil in dem Unglücke Anderer finden könne.

Den Officianten selbst, wenigstens dem bessern Theile unter ihnen, muß die besprochene gesetzliche Anordnung sehr unangenehm seyn; denn einerseits wird ihnen von der gleich andern Staatsbedienten gebührenden, vollen, öffentlichen Achtung dadurch wieder etwas entzogen, daß der Staat, zur Sicherung seiner Einkünfte, es für notwendig erachtet, ihre Pflichterfüllung noch besonders zu belohnen. Die gesetzliche Bestimmung involvirt gewissermaßen einen Zweifel an ihre völlige Ergebenheit, einen Mangel an Vertrauen, indem sie ausspricht, daß es noch eines Impulses bedürfe, um diese Officianten zu ver-

mögen, ihre Pflicht vollkommen zu erfüllen. Andernteils wird die Stellung der Besseren und Rechtlichen unangenehmer und schwieriger. An und für sich ist diese schon nicht geeignet, um ihnen die Liebe und Achtung der Menge zu erwerben, weil ihre Pflicht sie zu manchen Spärrereien nöthigt. Der Rechtliche und Zartfühlende wird freilich dabei einen gewissen Tact zu beobachten wissen, der ihm nicht nur das Bewußtseyn der Ehre erhält, sondern ihm auch die Achtung der Vernünftigen sichern wird. Schwieriger ist aber die Lage des Officianten, wenn seine Existenz an die Steuerstrafen geknüpft wird und das Gesetz selbst den Unterthanen die Meinung aufdringt, daß die Spärrereien mehr des eigenen Vortheils wegen als aus Pflicht unternommen werden.

Endlich wird jene gesetzliche Bestimmung auch nicht immer ihrem Zwecke, Sicherung der Einnahmen, entsprechen, denn wenn auch die Gewinnsuche die meisten niederen Officianten wachsam machen dürfte, so wird gerade der bessere Theil derselben so viel als möglich von Denunciationen sich fern halten, um selbst den Schein der Eigennützigkeit nicht auf sich zu laden. Abgesehen davon, daß das Schaffische des Denunciations-Wesens zum Theil auf die Staatsregierung zurückfällt und bei dem minder einsichtsvollen Theile der Unterthanen, die Liebe und das Vertrauen zu derselben schwächt; so ist es also jedenfalls kein sehr bedeutender pecuniärer Gewinn, welcher dem Staate durch die Begünstigungen der Denunciationen erwächst, während die großen Nachtheile dieser Einrichtung, welche auch bei den Bösen Statt findet, nicht zu verkennen sind.

Eine schwere Aufgabe ist es allerdings, Anordnungen zu treffen, durch welche der Eingang der Steuern und Bölle möglichst gesichert wird, ohne daß sie wiederum von Uebeln begleitet sind. Allein die Begünstigung der Denunciationen wenigstens dürfte völlig überflüssig seyn, wenn Defraudationen dadurch vermindert werden, daß man

1) den Keim dazu verringert und Gegenstände, welche der Confumtion und nicht auch der Defraudation am stärksten unterliegen, mit geringen Steuern belegt;

2) die Steuer-Officianten, vorzüglich diejenigen, welche in unmittelbare Berührung mit dem Publikum kommen, dereinst befehlet, daß sie jener Nebenverdienste zu ihrer Existenz nicht bedürfen, und endlich

3) Saumseligkeit im Dienste und Pflichtverletzung von Seiten der Officianten mit Strenge bestraft.

XIII.

I. Zusatz

zu Nr. IV. des ersten Hefes.

Das Steuersystem der fremden Gerichte fand bei der Wiederherstellung der früheren Regierung ungemässen Beifall, nicht aber die freien, den National-Erwerb belebenden Institutionen dieser Zeitperiode.

Gläubte man etwa, jene schwere Steuerlast könne getragen werden, auch ohne Freiheit der Entwicklung aller Kraft der Nation zum höhern Erwerbe? Belastungswertiger Irrthum! Das treue Volk, unermüdet an gutem Willen, aber nicht unersphöpflich an Kraft, fand unter seiner Last danieder, ein Opfer der Ungerechtigkeit und Ueberlastung.

II. Zusatz.

Man hat zwar versucht, Gründe dagegen vorzubringen, allein sie sind nicht haltbar, namentlich führt die königliche Grundsteuer-Commission in ihrem Bericht vom 19. Februar 1830 dagegen an:

„Die Rente schmälert nicht an und durch sich selbst den Ertrag des Grundeigentums, worauf sie basiert; sie bedingt nicht dessen Gröszen und Benützung, wie z. B. die Wasserentlosten.“ Wie? hat man denn ganz vergessen, daß der Seibente und die Dienstpflicht die verberlichsten Grundabgaben für die Industrie des Landmannes sind, daß sie den Ertrag des Grund und Bodens direct und indirect, und mehr wie alle übrigen Real-Kosten nicht etwa schmälern und beeinträchtigen? Folgen diese Real-Kosten nicht etwa unbedingt dem Grundeigthum? Es scheint, als sähe man den Wald vor lauter Bäumen nicht! —

Kerner meint die Commission:

„Ohne Unbilligkeit gegen alle übrigen Grundeigenthümer würde auf die Real-Kosten, welche auf dem Grundbesitz der Pflichten lasten, keine Rücksicht genommen werden können, weil die durch Grundsteuer aufzubringende Summe einmal feststeht.“

Die Billigkeit betreffend, so find wir überhaupt noch allzuweit von ihr entfernt, um sie zur Milderung unserer Gesehe nehmen zu können. Erst müssen wir gerecht, und dann erst können wir billig sein. Die Grundsteuer wird nicht vom rohen, sondern vom reinen Ertrage des Grundeigenthums entrichtet; dem gemäss werden Einsätze, Erzielungen und Gewinnungen, Kosten vom Nothvertrage abgerechnet, diese schmälern auch nicht an und durch sich selbst die Production oder den Nothvertrag des Aders, sondern indirect den Reinertrag, als unvernünftliche Ausgaben, welche auf den Grund und Boden lastenden Real-Kosten sind die Rente. Der ganze Unterschied beruht in Worten es handelt sich hier aber um Wahrheit, um Gerechtigkeit, dem Wesen der Dinge, und nicht um Worte.

Der Gesamtertrag der Steuern braucht, durch die Abrechnung der Real-Kosten vom Steuer-Capitale des pflichtigen Grundeigenthums, auch nicht zu leiden, und die Grundsteuer braucht deshalb nicht erhöht zu werden: wenn der Staat den Ausfall an der Steuereinnahme, welchen ein solcher Abzug verursachen würde, wirklich auf keine Weise entbehren kann, so ist es ihm ein Leichtes, die Besteuerung des Einkommens vom Grund und Boden, so die in Abzug ge-

brachte Rente gewährt, zu veranlassen und solche von den Inhabern dieser Rente zu verlangen. Auf keinen Fall ist jedoch der Staat, wie geschieht, berechtigt, vom Denjenigen, welcher die Rente zahlt, die Steuer dieses Theils des Reinertrags vom Grund und Boden zu verlangen, sondern er muß die Steuer von Denjenigen fordern, welcher die Rente bestammt.

Kerner führt derselbe commissarische Bericht an:

„wenn die Rente, namentlich die der Moyerpflicht, zum Abzuge vom Grundsteuer-Capitale gelangen sollte, so würden gleiche Ansprüche auch alle Diejenigen zu machen haben, welche Anpangen oder Abfindungs-Vergütungen aus Erbtheilungen oder Zinsen von auf dem Grund und Boden lastenden Schulden zu entrichten hätten, da deren Leistung mehrtheils das Grundeigenthum schwerer belasteten als der Moyerzins.“

Es ist in der That kaum begreiflich, wie man die in Rede stehende gerechte Forderung der verpfändeten Grundbesitzer durch solche unbillbare Grundveränderungen von der Hand weisen zu können glauben mochte. Anpangen und Abfindungen vom Grundeigenthume, welche aus Erbtheilungen entstehen, theilen ja den reinen Ertrag der Grundstücke, sie haben also die Grundsteuerlast schon befreit, und der Besitzer des Grund und Bodens hat somit, bei Uebernahme desselben, seine gehörige Entschädigung für die zu übernehmende Last der Grundsteuer gegen die Mittheilen liquidirt und von ihnen erhalten, welche Ansprüche konnte er daher am Staate auf Abzug der Anpangen vom Steuer-Capitale noch machen? Ein ähnliches Verhältniß findet bei der im commissarischen Berichte namentlich angeführten Einzahlung und allen verberlichen und zufälligen Abgaben vom Grundeigenthume, welche nicht den Charakter der Rente tragen, und welche derselbe Bericht wasserhentlich unter den et cetera begriff, statt.

Das Rechtsverhältniß des Darlehns hat aber mit der Verpfändung Grundsteuer zu bezöhlen gar nichts gemein: der Debitör zahlt ja nicht etwa die Zinsen für den Besitz von Grund und Boden, sondern für den Besitz eines dargelegten erhaltenen Capitals und für die Befugnis, solches in seinem Augen zu verwenden. Die hypothekarische Verpfändung soll ja nicht etwa eines Grundeigenthums constituiren, sondern nur die nöthige Sicherheit gewähren. Sie kann man überhaupt die Rente vom Grund und Boden mit anderen zufälligen, temporären und geschwindlichen Ausgaben, welche einem Grundeigenthum nur obliegen können, verwechseln? Der Charakter der Rente ist doch wohl nicht etwa so unbestimmt, daß sie sich nicht von anderen Ausgaben gebrüch unterscheiden ließe: es ist ja bekannt, daß sie eine Abgabe ist, welche mit dem Grund und Boden unzerrenzlich verbunden und unzerrenzlich feststehend in ihrem Umfange ist, daß sie mit dem Grundstücke, worauf sie basiert, baper auf jeden Besitzer übergeht, und in der Regel für Vererbung von Grund und Boden und dessen Abtheilung entrichtet wird; daß die Entstehung der Rente aus allen Verhältnissen und unter allen Umständen zu schmälern, unbedingt befin Capital, Reinertrags und Vortheil-Werth zu verringern und eben deshalb unabhängig einem Theil des Reinertrags oder des Steuer-Capitals zu consumiren. Gerade in diesem festen Zusammenhange, in dieser unzerrenzlichen Verknüpfung mit dem Grundbesitz, in dieser Ständigkeit, in dieser Unveränderlichkeit der Last und der Verpfändung liegt der Charakter der Rente, und deshalb darf der Staat dieses längst bestehende Rechtsverhältniß, so lange bis solches nicht wirklich durch Capital oder Land abgelöst ist, bei einer Grundsteuer, welche den reinen Ertrag besteuert, nicht unberücksichtigt lassen.

Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten

des
Königreiches Hannover
und des
Herzogthums Braunschweig.

In zwanglosen Heften herausgegeben
von

E. P. Gans,
Advocaten in Celle.

Drittes Heft.

Braunschweig, Verlag von Friedrich Vieweg. 1831.

Inhalt: VIII. Darstellung der Verhandlungen der zweiten Kammer der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs Hannover vom Jahre 1831. (Fortsetzung.)

VIII.

Darstellung

der Verhandlungen der zweiten Kammer der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs Hannover vom Jahre 1831.

(Fortsetzung.)

IX. Die neunte Sitzung der zweiten Kammer am 17. März sollte durch die zweite Abstimmung über das zweite Postscript, den Wahl- und Schlacht-Licent betreffend, eröffnet werden; indessen wurde solche Abstimmung auf den Antrag des Herrn Stände einsperrt ausgelegt, damit die Deputirten die Ansichten ihrer resp. Committenten über diesen Gegenstand zuvor einholen könnten.

Die Tagesordnung führte sodann zur ersten Berathung über den Antrag des Herrn Dr. Geisthahn auf Einziehung sämtlicher Mannsstiftungen zu Gunsten der Kirche und ihrer Diener unter Entschädigung der bereits Berechtigten.

Die Rede, durch welche der Herr Proponent seinen Antrag motivirte, lautete wörtlich wie folgt:

„Wenn es mir gestattet ist, meinen Antrag zu emendiren, so beschränke ich ihn auf die Aufhebung

1. des Stiffts St. Bonifacii zu Hameln,
2. „ „ „ Cosmae et Damiani zu Wunstorf,
3. „ „ „ Alexandri zu Einbeck,
4. „ „ „ Beatae Mariae Virginis daselbst,
5. „ „ „ Bardowick,
6. „ „ „ Ramelsloh,

sowie auf sämtliche vereinzelte, von diesen Stifteen getrennte Vicarien. Dagegen schliesse ich das Kloster Voeum aus, welches, wenn es auch seinen ursprünglichen Zweck nicht erfüllt, doch unendlich viel Gutes bewirkt für Kirchen und Schulen, und dessen Erhaltung wohl selbst der Wunsch des Landes ist.“

„Ich übergehe das Kloster St. Michaelis zu Lüneburg, welches wenigstens einen Theil seiner großen Einnahmen auf die Erziehung einer, dem Volke zwar entfremdeten Jugend verwendet.“

„Was sodann erstlich den Rechtspunkt der Aufhebung im Allgemeinen betrifft, so genügt hoffentlich eine Hinweisung

auf den Reichsdeputations-Hauptschluß vom Jahre 1803, und ich hätte folglich jetzt nur noch die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Aushebung anderwärts zu motiviren."

"Ich gestehe, daß ich dabei aus dem sehr eigenen Grunde in Verlegenheit bin, daß die Sache schon zu sehr für sich zu sprechen scheint und Gemeinplätze daher kaum zu umgehen seyn werden."

"Diese Stifter sind zu einer Zeit fundirt, als mit ihren reichen Dotationen die Verehrung und Festigung des Christenthums, die Förderung eines sitzlichen und frommen Wandels, im Volke beabsichtigt wurde."

"Der Pffindner Beruf war zu jener Zeit kein leichter. Damals unergöbliche Kenntnisse und ein festes Ausdauern bei mannigfachen Beschwerden und Entbehrungen des Lebens auf den Missionen war ihrer Pflichterfüllung unerlässlich, und ihre Wirksamkeit ist gewiß von den segensreichsten Folgen für die Kirche, wie für den Staat gewesen, in deren Anerkennung man sich nicht irre machen lassen darf durch einen Hinblick auf die furchtbare Entstellung des geistlichen Standes in der Zeit, welche der Reformation zunächst voranging."

"Aber im Laufe der Jahrhunderte änderten sich die Dinge, und unserer Landesherren, anständige Führer bei Gott," wie sich die Herren Kanonici nennen, standen schon längst mit der Kirche nur in einem sehr lockern spirituellen Verbande."

"Von ihrer Bildung, von ihrem Wissen, von ihrer Thatkraft wird weiter nichts verlangt, als daß sie eine gute Einnahme nach Belieben mit oder ohne Anstand verzeihen und sich der ergeblichen Mühe, eine Duitung auszustellen, nicht entziehen. — es wäre denn, daß sie Schreyens umkundig seyn sollten, ein Fall, der, wenn er gleich der schlimmste ist, auch wiederum der beste zu nennen wäre, da sich hinter einer Kanonici's-Duitung nichts Besseres machen läßt, als + + +."

"Dabei ist nicht zu verkennen, daß, wenn man den Eintritt in diese ruhmvolle Laufbahn während der Jahre der Unmündigkeit nicht durch die weisse Fürsorge eines Patrioten gewonnen, er nur zu erreichen steht durch ein tiefes Studium des ehrwürdigen Connerions-Wesens, einer Wissenschaft, die bekanntlich alle andern hier zu Lande überflügelt und unsre politische Bildung zu einer so eminenten, fast Schwindel erzeugenden Höhe hinangetrieben hat."

"Während nun so das der Kirche ursprünglich bestimmte Gut leblich dazu angewandt wird, der Müßigkeit und der Trägheit die weichen Polster zurecht zu legen, sehen wir die

Tempel des Herrn selbst verfallen und versinken, und die armen Gemeinden sind nicht im Stande, den moschen Bau zu halten, vielmehr dürfen die alten Gewölbe wohl noch von ihren gerechten Klagen erzittern, in welche einzustimmen die Diener der Kirche nur abgehalten werden durch die fromme Pflicht des Dubdens."

"Indessen findet nun eine solche Corporation von Prälaten, bieweil nur aus drei Personen bestehend, gleich einer Stadt von 25,000 Einwohnern, einen Deputierten zum allgemeinen Landtage, — eine Bestimmung, die, wie der Friede Gottes, das Ziel, wonach jene zu streben haben, hoch über alle Vernunft erhaben ist."

"Solchen Mißverhältnissen, solcher Ungebühr Einhalt zu thun, wies es nun wohl endlich an der Zeit seyn! An der Zeit wies es seyn, der Kirche ihr altes Gut wieder zu bringen und die Volksvertretung vor dem Einfluß der Pffindner sicher zu stellen! Schlimm genug, daß kein Weg offen liegt, um die einmal Genießenden und Expectativen ihrer Verleitzte Schattten aus der Zeit der Finsterniß, dürfen sie nicht fürder sich mehren in einem Reiche, das ohne Aufschub einer beglückenden Verjüngung sich erheuen muß."

"Daß man durch eine Commission die Sache erst prüfen lassen werde, erwarte ich nicht, sondern ich hoffe, das Haus wird sich für die Sache selbst gleich aussprechen. Das Wie der Ausführung wird auf den Fall der Genehmigung von Oben aus dem Gesezgehwurf demnächt zu erwarten seyn."

"Aufschub leidet die Sache aber leider so wenig, als hundert andre. Man hat bei unsren Verhandlungen Ruhe verheißten; an ihr hat es uns gefehlt; — aber sie wird diesmal einen eignen Charakter annehmen, es wird die Ruhe des Leidenden in der Schlacht seyn, wo der Worthell, den er in diesem Augenblick nicht ergreift, im nächsten für immer verloren ist und dadurch namenloses Elend über gegenwärtige wie kommende Geschlechter gebracht wird. Haben wir dem Herrn die Ruhe verheißten, so haben wir dagegen dem Volke Energie, Gehung der Spamm- und Schnell-Kraft zu verheißten. Sie ist uns vor allen Dingen nöthig, denn gedrängt von unerlässlichen Forderungen, die man seit 17 Jahren weniger über die Seite geschoben, als fast gänzlich zu ignoriren die Miene angenommen hat, sehen wir jetzt Antrag auf Antrag sich häufen, wechsbegründet in der Zeit, die uns treibt mit ihren mächtigen Ereignissen, mit ihrer unübersehblichen Gewalt. Mögen wir ja nicht wännen, daß uns die Sturmen zu Gebote stehen, die vor 17 Jahren hätten genützt werden sollen. Schön wäre es, wenn sie uns würden, aber

sie können uns nicht werden, sie sind verloren! Leider müssen wir eilen! Wer den Fluch auf uns geladen hat, daß wir uns beeilen müssen, mag ihn tragen! Ich schiebe ihn auf die Coalition, auf die Kluge von Denjenigen, die ohne Ansehen der Geburt befangen theils im Aristocratismus, theils im Socialismus, von jeder allem Vorwärtschreiten sich entgegenstemmt haben, und an Roy's Worte mahnen: Sie wollen vergehen ohne hervorbringen, sehen ohne zu arbeiten, Alles wissen ohne Etwas gelernt zu haben, alle Stellen einnehmen ohne ihnen versehen zu können!"

„Aber ihre Zeit ist um! Von Albions Thron wehet der Odem der Freiheit zu uns herüber! Ein neuer Morgen geht auf über dieses Land! Schon graut der Tag! — Das Licht, das heilige Licht der Freiheit und der Wahrheit, bricht ein! — Gott lenke die Sonne, und ihr Lauf ist unaufhaltsam!"

Nachdem Herr Künkel diese ergreifende Rede durch einen begeisterten Vortrag, in welchem er das vorwärtsfürwärtende weiße Roß und das „nunquam retrorsum“ unsers Wappens als mahnende Zeichen für unser politisches Fortschreiten aufstellte, unterstützte hatte, erinnerte Herr Schlegel an die Stürme zur Zeit der Reformation, unter Kaiser Joseph II. und der französischen Revolution, welchen die jetzt nur noch übrigen wenigen Mannstiftster glücklich entgangen seyen. Es müßte, meinte er, dem Gouvernement ein Mittel bleiben, verdiente Väter durch Versorgung ihrer Söhne zu belohnen, welche übrigens nicht sowohl eine Versorgung, als vielmehr nur ein agement genannt werden dürften. Selbst England habe eine Menge von Sinecuren, und einige müßte doch Hannover wohl um so mehr behalten, als sie mit der Provinzial-Landtagsversammlung wesentlich zusammenhängen, und auch auf dem allgemeinen Landtage durch die Klosterdeputirten nicht die einzelnen Stifter, sondern die gesammte Geistlichkeit vertreten würde.

Herr Lampe versicherte, die Mannstiftster auch schon längst aufs Korn genommen zu haben. Die katholischen Mönche müßten doch noch beten, fasten und das Gelübde der Keuschheit ablegen; die protestantischen Canonici aber thäten nichts von dem Allem. Von den 81 Pfündnern, die er im Staats-Calender zusammen gezählt habe, seyen etwa 10 der Pfünde bedürftig, die andern aber schon übrigens reichlich versorgt.

Auch die Herren Keuffel, Rumann und Kern stimmten dem Antrage bei, letzterer als Verbesserungsantrag den Wunsch äußernd, daß die Einziehung nicht bloß zu Gunsten der Kirchen, sondern auch zu Gunsten der Schulen geschehen möge.

Des Herrn Vogel Behdenken über die Competenz der Stände in einer Privatrechte betreffenden Angelegenheit, solange nicht deren Gemeinshädlichkeit nachzuweisen seye, wurden vom Herrn

Stübe widerlegt, welcher die rechtliche Möglichkeit der Aufhebung der nur noch der Gnade des Königs ihr Bestehen verdankenden Klöster aus dem erwähnten Reichs-Deputations-Hauptschluß deducirte und versicherte, daß das Wegfallen der Prälaten-Curie in den Provinzial-Landschaften da, wo eine Bauern-Curie an ihre Stelle getreten sey, nur die ersprießlichsten Folgen geige habe. Sollten übrigens die Klöster zur Verlohnung verbitterter Staatsmänner beibehalten werden, so erspäre die Billigkeit, auch diejenigen Provinzen, welche keine besäßen, an solchen Vortheilen, wovon sie bis jetzt noch immer ausgeschlossen worden, Theil nehmen zu lassen.

Nachdem auch Herr Blumenbach und die später erst in die Versammlung getretenen Herren Kose und Wedemeyer vor dem Niederreizen des Bestehenden gewarnt hatten, dagegen aber von den Herren Stübe und Christiani auf die noch größere Gefährlichkeit eines übertriebenen politischen Stabilismus aufmerksam gemacht waren, und Herr Wedemeyer darauf zu erwidern anfang, fand der Herr General-Syndicus, welcher den Präsidentenstuhl inne hatte, zur Debnung zu rufen sich veranlaßt, worauf denn der Königlich Verlesungsantrag sowohl als der Hauptantrag bei der ersten Abstimmung von 36 gegen 20 Stimmen angenommen wurde.

Hierdurch nahm die erste Berathung über das zwölfte Postscript, die Anlegung der Chaussee von Lüneburg nach Cella betreffend, wie zugleich über die dasselbige Mittheilung erster Kammer am 16. d. M. und über den Keussel'schen Antrag ihren Anfang.

Nachdem Herr Keuffel seinen Antrag auf vorgängige Mittheilung sämtlicher betreffenden Acten durch die Nothwendigkeit motivirt hatte, daß Stände in einer so wichtigen Angelegenheit sowohl über die beabsichtigte Direction der Chaussee, worüber sehr verschiedenartige Wünsche laut geworden seyen, als über die Nothwendigkeit der dazu in Antrag gebrachten Kosten gründliche Aufklärung erhalten müßten, schilderte Herr Meyer unter dankbarer Anerkennung, daß die verschiedenartigen Witten der Erbstat des Reichs beim Gouvernement endlich eine geneigte Berücksichtigung gefunden, den traurigen Zustand der Stadt Lüneburg im Vergleich zu ihrer früheren Herrlichkeit umständlich und zeigte mit Hinweisung auf die Ursachen solchen Verfalls, die Nothwendigkeit schneller Hülfe durch den möglichst schnellen Bau einer Chaussee in der vom Gouvernement beabsichtigten Direction.

Er suchte aus den bekannten Geinden die großen Vortheile zu deduciren, wach einer solche Chaussee nicht nur für die Stadt Lüneburg, sondern auch für die Provinz und für das ganze Königreich herbeiführen werde, und machte nicht min-

der auf die wesentlichen Nachtheile aufmerksam, welche mit jeder andern Direction der Chaussee, namentlich mit der über Ulzen, unausbleiblich verbunden seyn würden.]

Indem er schließlich dem Keussfelsen Antrage auf Vorlegung sämtlicher Acten wegen der großen Weitläufigkeit ihrer gründlichen Durchsicht sich opponirte, glaubte er, daß die den Ständen nöthigen Aufklärungen aus den von erster Kammer erbetenen Actenstücken genügend geschöpft werden könnten, und trug daher darauf an, dem Wunsche erster Kammer sich lediglich zu accommodiren.

Die Herren Christiani, Freudentheil und Selwe unterstützten diesen Antrag sehr lebhaft und wünschten, daß in einer so wichtigen Angelegenheit nur der größere Nutzen im Auge behalten, und etwa größerer Kostenaufwand weniger berücksichtigt werde.

Dagegen bewieselten die Herren Lünkel, v. Werthof und Dommes, so sehr sie auch die Hebung der in aller Hinsicht so höchst achtungswerthen Stadt Lüneburg wünschten, daß durch solche Chaussee ihr in gehoffter Maße werde geholfen werden und traten dem Antrage auf Vorlegung sämtlicher Acten bei, während Herr Hausmann speciell die Direction über Ulzen, Behufs Verbindung auch letzterer Stadt mit der Residenz, wünschsen zu müssen glaubte, von welcher Herr Keussel versicherte, daß sie der Stadt Ulzen vom Königl. Cabinets-Ministerio früher ausdrücklich versprochen sey.

Herr Rose gab zu, daß es ursprünglich die Absicht der Regierung gewesen sey, nachdem zunächst der für unser Land so hochwichtige Transit-Handel durch die Braunschweiger und Harburger Chausseen gesichert worden, sodann auch Lüneburg mit Celle und zwar in der Direction über Ulzen in Verbindung zu setzen. Erst vor etwa 2 Jahren habe aber die Stadt Lüneburg geglaubt, die jetzt vom Gouvernement gebilligte Direction als zu ihrer Aufhülse dringend und ausschließlich erforderlich vorschlagen zu müssen, und gerade auf diese Direction einen unbeschreiblich großen Werth gelegt. Daß Letzteres als ein sehr bedeutendes Gewicht habe in die Schale fallen müssen, sey um so natürlicher, als das Gouvernement der Erhaltung der Stadt Lüneburg seine lebhafteste Theilnahme schuldig sey. Die Kosten der einen oder andern Direction machten eben so wenig eine sonderliche Differenz, als die Weite des Weges. Uebrigens habe Lüneburg durch seine älttern und bedeutenderen kaufmännischen Verbindungen, durch seine Erfahrung und durch seine größeren Capitalien einen ansehnlichen Vorzug vor Harburg, weshalb er die oben gedauerten Besorgnisse nicht theile.

Deshalb nun auch vom Herrn Christiani sowohl als von Herrn Meyer die vorgekommenen Bedenken nach Möglichkeit widerlegt wurden, so ward doch bei der ersten Abstimmung der

Keussfelsen Antrag auf Vorlegung sämtlicher Acten und der Antrag erster Kammer per majora angenommen.

X. In der zehnten Sitzung am 18. März machte zunächst Herr Westerhausen den Antrag auf Erwählung einer Commission zur Prüfung der Weidgerechtsame auf fremden Grundstücken, und Herr Kern trug auf Abänderung des §. 33. der Untergerichts-Ordnung, die Contumacial-Stunde betreffend, an.

Sodann wurde die Berathung des Rumannschen Antrages in Betreff der Domainen beschloffen und solche daher von dem Herrn Proponenten etwa folgendermaßen entwickelt:

Der Druck der Steuern und sonstigen Lasten werde jetzt besonders lebhaft gefühlt und eben so lebhaft sey die allgemeine Meinung, daß ein so schwerer Druck bei dem Zustande der königlichen Cassen nicht notwendig sey. Ein Jeder wünschse den darüber verbreiteten undurchbringlichen Schleiern gelüftet zu sehen, und dieser Wunsch sey gewiß nicht unbillig, da das beste Markt des Landes das diene, jene Cassen zu füllen. Vielleicht sey die darüber gehegte Meinung übertrieben; aber es komme darauf an, das gänzlich erschütterte Vertrauen des Volks zum Gouvernement durch Offenheit wieder herzustellen, ohne welches der Staat nicht bestehen könne. Die „actenmäßige Würdigung“, durch welche man diesen Zweck zu erreichen versucht habe, sey von der Kritik eine actenmäßige Verdunkelung genannt, und so spreche noch immer die allgemeine Volksstimme: „Wir können, wir wollen Euch nicht trauen! das Beste verschweigt Ihr uns! Wir wollen ganz wissen, was jene Cassen enthalten!“

Stumm, lauttlos und unbeweglich wie eine Statue stehe das Gouvernement. Es wolle nicht begreifen, daß einiges Entgegenkommen unendlich viel Gutes wirken könne, daß aber, wenn die öffentliche Meinung an Stärke gewinne, das, was man heute mit dankbarer Freude empfangen werde, morgen vielleicht als Ausgeburt einer bitteren Nothwendigkeit erscheinen möge.

Die Stände fühlten die Folgen dieses unglücklichen Benehmens am tiefsten. Wir haben guten Willen, aber keine feste Richtung, und zerspalten uns in vielfachen Anträgen. Deshalb sey eine schleunige Vorlegung des vollständigen Etats der königlichen Cassen, mit überzeugenden Belegen versehen, zu begehren, und der müsse anders ausfallen als im Jahre 1820, wo man schon ein beneficium in dieser Hinsicht erlangt zu haben geglaubt habe.

Obige Maßregel könne indessen nur provisorisch seyn zur einstweiligen Beruhigung der Gemüther. Eine definitive Vereinigung der königlichen Cassen mit der Landescasse sey allge-

meiner Wunsch und notwendig zu einem guten Staatshaus halte. Man habe diesen Punkt höchst delicat genannt, — was der Proponent auf seinem niedrigen Standpunkt nicht zu beurtheilen vermöge. Aber man möge nur nicht zur Abweisung dieses Wunsches auf veraltete Principien und Theorien recurriren. Die alten Landesherren haben erst, wenn ihre gewöhnlichen Einkünfte nicht mehr ausgereicht, zu Subsidien der Stände ihre Zuflucht genommen.

Die Sache sey übrigens so verwickelt, daß er wünschen müßte, das Gouvernement möge seine Intentionen und Ansichten darüber vorlegen. —

Er habe endlich noch speciell auf die neuern Provinzen hingewiesen, da auf sie wenigstens die etwaigen Oppositions-Gründe keine Anwendung finden könnten; denn sie seyen nicht der königlichen Familie, sondern dem gesammten Vaterlande acquirit. — Welches Schiffal auch sein Antrag in den Kammern erfahren werde, — der König werde gewiß dafür sehn! —

Herr Keen machte zunächst einen Verbesserungsantrag dahin: daß Sr. Majestät gegen eine angemessene reichliche Civilliste das domanium mit der Landescaße zu vereinigen geruhen möge.

Herr Kängel glaubte gleichfalls, daß das so notwendige Vertrauen des Volkes zur Regierung ohne die gewünschte Vereinigung nicht leicht wieder herzustellen seyn werde und machte auf die übrigen nachtheiligen Folgen des bisherigen Systems, auf den Mangel an Einheit, der vielfältige Reibungen veranlasse und die Ausführung so manches Guten hindere, auf die Kostbarkeit der Verwaltung aufmerksam, eine demnächstige dreimalige Abstimmung wünschend.

Herr Wedemeyer hielt eine Vereinigung der Cassen für erforderlich, um das Vertrauen wieder herzustellen und die übrigen beschädigten Reformen, da solche Geld kosteten, zu fördern. Wenn das hohe Guesenhaus eine solche Vereinigung bis jetzt noch nicht für gut befunden habe, so müßten wohl wichtige Gründe dafür vorhanden seyn. — Aber der Miththeilung einer vorläufigen Uebersicht müßte er sich widersetzen, denn solche würde kein Vertrauen erwecken, vielmehr allgemein verdächtig werden.

Dem Kernschen Verbesserungsantrage stimme er bei. Die Bestimmung einer Civilliste müßte der Abtretung vorangehen, weil das Interesse jedes einzelnen Gliedes der königlichen Familie dabei in Frage komme. Uebrigens werde gerade unter dem jetzigen Könige die Vereinigung am wenigsten Schwierigkeit haben.

Herr Stille: Hätten alle Anwesenden so genaue Kenntniß von dem Zustande der königlichen Cassen, wie der vorige Red-

ner, so würde dieses Verlangen angemessen seyn; so aber nicht. Die Bestimmung einer Civilliste sey allerdings ein notwendiges Erforderniß, aber sie könne bei dem allgemeinen Mißtrauen nicht von den Ständen behandelt werden, brove sie nicht die gehörige Kenntniß von dem Zustande der königlichen Cassen besäßen. Die fortdauernde Verschlossenheit der Regierung gegen die Stände habe ganz allgemein einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. Es drohe jetzt wieder ein ungünstiges Jahr, und es sey höchst nöthig, alle Kräfte anzustrengen, um für solchen Fall die Ruhe des Landes zu erhalten. Nur Offenheit des Gouvernements könne zu diesem Ziele führen. Wenn den Ständen eine Uebersicht vorgelegt und von Männern, die allgemeines Vertrauen besäßen, als wahr beglaubigt würde, so würden die Stände einwilligen überzeugt und auch das Land würde beruhigt werden.

Was übrigens die Rechte des Landes an den Domainen betreffe, so wolle er nur auf eine Bemerkung von Spittler hinweisen, nach welcher der Glanz der Domainen gerade von der Zeit des dreißigjährigen Krieges sich datire, einer Zeit, zu welcher das ganze Land im traurigsten Zustande sich befinden habe. Diese Thatsache lasse sich nur daraus erklären, daß eine Menge von Kosten, welche früher auf den Domainen gelegen, seitdem auf die Unterthanen gewälzt seyen. — Nach jener Zeit und hauptsächlich gegen das Ende des siebenzehnten Jahrhunderts hätten, wie derselbe Geschichtschreiber bezeuge, die einzelnen Landschaften so bedeutende Schulden des Landesherren übernommen, daß dadurch die Domainen jener Zeit gewiß vollkommen bezahlt seyen. Wäre gleich das Guesenhaus reich gewesen, so seyen doch auch sehr bedeutende Bälle, Dienste und kleine Hoheitsgefälle, welche früher den Charakter von Landesabgaben gehabt, und viele Güter, die als Lehen erworben worden, hernach zu den Domainen geschlagen.

Er wünsche, daß der Schlusssatz des Antrages, welcher einen Unterschied zwischen den alten und neuen Provinzen mache, wegfalle.

Herr Christiani: die Guesen möchten wohl Gründe gehabt haben, über den Betrag ihrer Domainen ein Dunkel zu erhalten; aber ihre Rätze hätten gewiß noch viel triftigere Gründe dazu gehabt, da das Interesse der Letztern aufs Ge- naueste damit zusammenhänge.

Herr Kängel wünschte eine großartige Behandlung dieser großen und folgenreichen Sache. Sie müßte auf gegenseitiges Vertrauen basirt werden, weshalb er als Verbesserungsantrag vorschlug: daß Sr. Majestät geruhen möge, eine Civilliste für das König. Haus zu bestimmen und die General- und Domainen-Casse mit der Landes-Casse zu vereinigen.

Herr von Werthof pflichtete diesem Verbesserungsantrage bei. Ueber das Ob seyen Alle einig; nur das Wie sey zweifelhaft. Stände müssen zuerst die Civilliste bewilligen.

Als Herr Christiani sich dem widersetzte, meinte Herr Wedemeyer: die Civilliste solle nicht bewilligt werden, sondern Stände sollen nur ihre Bereitwilligkeit erklären, mit dem Landesherren sich darüber zu einigen.

Herr Hofe: die Mittheilung eines Etats könne finanziell betrachtet kein Bedenken haben, - da die Verwaltung in der besten Ordnung sey. Aber sie werde den gewünschten Zweck nicht erfüllen, die Hauptschwierigkeit liege in den Folgen. Das Recht an den Domainen besitze nicht bloß in dem Unterhalte der königlichen Familie, welcher, wenn sie im Lande regiere, gänzlich daraus bestraften werden müsse, sondern es besitze auch in sehr bedeutenden Regierungsgerechten; und darüber müsse man sich erst verständigen.

Die Civilliste bilde eine wesentliche Schwierigkeit. Das Regentenhause habe sein Recht an den Domainen und diese solches nicht dem Zufalle überlassen. Er glaube, daß die Möglichkeit der Erlangung des gewünschten Zweckes nur auf dem unbedingtesten Vertrauen beruhe. Jeder andere Weg, wobei arriérés pécuniés zu besorgen seyen, werde nicht so schnell zum Ziele führen.

Herr Rumann: Eine Uebersicht müsse vorangehen. Wo kein erblicher Wille einerseits sey, dürfe auch kein erblicher Glaube andererseits erwartet werden. Der König von Sachsen habe sich seine Civilliste reservirt.

Bei der darauf erfolgten ersten Abstimmung wurde der kaiserliche Verbesserungsantrag von 49 gegen 2 Stimmen abgelehnt, der künftige Verbesserungsantrag aber von 49 gegen 2 Stimmen angenommen, und der Hauptantrag, die Mittheilung eines Etats noch in dieser Diät betreffend, von 35 gegen 16 Stimmen gleichfalls angenommen.

XI. Die übrige Zeit der zehnten Sitzung, wie der größte Theil der elften am 19. März, in welcher von Herrn Wieders zwei das Land Wustten betreffende, dem Berichterstatter unverständlich gebliebene Anträge gemacht wurden, war der ersten Berathung über Nr. 5. das Schreiben des königlichen Cabinets-Ministeri in Betreff der Wahl der Deputirten der Städte gewidmet.

Die Debatten, an welchen die Herren Heitiger, Hofe, Rumann, Einzel, Stäwe, Christiani, Wedemeyer, Keuffel, Freudenthal, Kern, Kettler, Cernies, Blumenbach und Meyer lebhaften Theil nahmen, hatten zum Resultat, daß die Artikel 1., 2., 3. einstimmig gut geheißen wurden.

ad 4. ging, damit keine Aristokratie der Erbgesessenheit entspreche und kein Zusammenwachsen von Verschöberrnarrigkeiten Statt finde, sondern einer jeden Stadt Eigenthümlichkeit möglichst conservirt werde, der Verbesserungsantrag durch: daß die Wahlmänner von denjenigen Bürgern, welchen verfassungsmäßig ein Wahlrecht in Communal-Angelegenheiten zustehe, gewählt würden.

ad 5. fand der vorgeschlagene Wahl-Census den größten Widerspruch und wurde derselbe als höchst ungewöhnlich und in vielen Städten unausführbar bezeichnet. Zwar wurde ein künftiger Verbesserungsantrag, daß jeder stimmungsfähige Bürger eine passive Wahlfähigkeit haben solle, per majora abgelehnt; dagegen wurde aber der Ständische Verbesserungsantrag, daß Jedem, welcher fähig sey, zum Bürgervorsteher gewählt zu werden, auch die passive Wahlfähigkeit zum Wahlmanne beilegt werde, bei der ersten Abstimmung angenommen. Der Herren Christiani und Meyer Bemerkung, daß dieser Verbesserungsantrag in der Stadt Lüneburg, so lange die altverfassungsmäßige Bürger-Repräsentation bestände, durchaus unausführbar sey, wurde durch den dem Beschlusse ausdrücklich angehängten Vorbehalt, daß für die noch nicht organisirten Städte eine provisorische Verfügung im Wege der Administration ergehen solle, beseitigt und übrigens von dem Herrn geheimen Censur-Rath Blumenbach privatim zugesichert, daß er die Vollendung der Lüneburger Organisation sich möglichst ansetzen lassen wolle.

Die Artikel 6. und 7. wurden angenommen, die Berathung über den zweiten Theil dieses Schreibens aber, die Repräsentation des Bauernstandes betreffend, bis dahin ausgesetzt, daß der Entwurf des Ablösungsgesetzes zuvor werde vorgelegt seyn.

Hierdurch führte die Tagesordnung zur ersten Berathung über den Preussischen Antrag auf Erhöhung einer Commission zur Revision unseres Münzwesens. Der Herr Proponent entwickelte die großen Nachteile unseres jetzigen Münzfußes, welche eine starke indirecte Besteuerung zu Gunsten des Nachbarlandes involvire, und sey kein anderes Mittel dagegen, als die ungekäuften Annahmen des preussischen Münzfußes.

Die Herren Stäwe, Künzel und Kern sprachen in gleichem Sinne.

Die Herren Hupeden, Hofe und Wedemeyer erkannten gleichfalls die Nothwendigkeit dieses Mittels an, machten aber auf die großen Schwierigkeiten dabei aufmerksam. Bei den Steuereinnahmen allein handle es sich um eine Differenz von jährlich 180,000 Reichs. Daneben mache die Veränderung des Münzfußes bei der ersten Einrichtung ungemein große Mühe

und Kosten. Wenn Hannover den Preussischen Münzfuß annehme, würden auch andere kleine Nachbarrstaaten ihm folgen, und da könne möglicher Weise Preußen, um nicht an seinem Münzregal geschmälert zu werden, unsern Münzen den Eingang verwehren, woraus denn gleich wieder eine Differenz der Agio entstehen würde. Hesse präge schlechtere Münzen und könne uns damit überschwemmen. Auch die jetzige Zeit, die Krieg drohe, müsse Bedenken erregen. Eine Commission übrigens werde schwerlich im Besitz der zur gründlichen Prüfung der Sache erforderlichen Hülfsmittel seyn, wozogen ein Antrag an Königlichs Cabinets-Ministerium auf baldigste Vorlegung eines desfallsigen Gesekentwurfs am schnellsten zum Ziele führen werde. Per majora wurde darauf letzterer Antrag beschlossen.

XII. Die zwölfte Sitzung der zweiten Kammer am 21. März eröffnete Herr Stüve durch einen Antrag des Inhalts: „daß das den kleinen Städten zustehende Recht zur Wahl eines landständischen Deputirten nicht ferner wie bisher nach einer unter ihnen wechselnde Reihenfolge, sondern durch einen aus ihnen zu bildenden Wahl-Convenc aus-
gelöst werden möge.“

Sodann wurde das vierzehnte Postscript des Königlichs Cabinets-Ministerii, die projectirte Gewerbeordnung betreffend, zum ersten Male in Beratung gezogen.

Herr Blumenbach, der Verfasser desselben, machte auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, welche einer allgemeinen Gewerbeordnung im Wege stehen. Während in Preussienland, wie zum Theil auch im Donaukreische, fast völlige Gewerbe-
freiheit bestehe, deren Abschaffung für die erstere Provinz nach ihrer Lage und innern Verhältnissen unzulässig erscheine, seyen für die alten Provinzen in früheren Zeiten Gesetze erlassen, die bald nach ihrem Erscheinen erweiternde Declarationen erlitten hätten und seit mehreren Jahren als gar nicht mehr geltend allgemein angesehen würden. Das Patentwesen der feanzösischen Zeit habe eine Menge von Gewerben auf das platte Land verpflanzt und letzteres demnach dadurch verdoht, daß ohne die größte Härte dieselben nicht ganz wieder davon hätten entfernt werden können. So habe man zu Concessions-Ertheilungen seine Zuflucht genommen, welche zwar in einigen Provinzen zu sehr vervielfacht seyn möchten, andererseits aber auch in dem bestehenden Mißwesen, durch welches die jüngeren Söhne des Wirtsch unversorgt blieben, wie in den so sehr gestrigen Wehrnissen des Landmanns, in der Uebersättigung u. ihre Nothfertigung ständen.

Bei diesen mannichfaltigen Schwierigkeiten schlug er vor, die in dem Postscripte ausgesprochenen Ansichten des Cabinets-

Ministerii zu billigen und demselben die baldige Erlassung einer Gewerbeordnung anzurathen.

Herr Kinkel fand in der Bereitwilligkeit Deutschlands, das durch feindselige Zoll- und Steuer-Linien allen innern Verkehr hemme, den freundschaftlichen Krebs für unsern gewerblichen Wohlstand und wünsche daher allgemeine, vom Bundestage ausgehende Maßregeln für ganz Deutschland. Obwohl nur durch völlige Freiheit der Gewerbe die größte Hervollkommenung derselben zu erreichen sey, so verkenne er doch nicht die großen Bedenken, welche deren Einführung in unserm Lande entgegen stehen. Aber der jetzige Zustand müsse aufhören, nach welchem die Zunftverfassung nur Lasten und Kosten auf ihre Mitglieder wälze, ohne ihnen im Mindesten Schutz zu gewähren.

Herr Edell führte als Beispiel des Concessions-Anstalts an, daß, während in der Stadt Göttingen 32 Tischlermeister wohnen, das platte Land innerhalb einer Stunde um Göttingen 53 Concessionirte enthalte, welche zum Theil mit Gesellen und Lehrlingen arbeiten, und schlug vor, daß bis zur Erlassung der neuen Gewerbeordnung Königlichs Cabinets-Ministerium den Landdrostien die Vermehrung der Concessionen, insofern sie den Berechtigungen der Städte entgegenständen, zu untersagen ersucht werden möge.

Diesem Verbesserungsantage schlossen sich die Herren Freudenreich, Preussing, Christiani und Meyer an. Letzterer wünschte jedoch, daß der vorgeschlagene Erlaß des Königlichs Cabinets-Ministerii zur Beruhigung der höchst unzufriedenen städtischen Gewerbetreibenden, welche auch in dieser Hinsicht schleunige Hilfe erwarteten, durch den Druck bekannt gemacht werde.

Uebrigens greife diese Angelegenheit so tief in das ganze Verfassungswesen ein, daß eine specielle Feststellung der neuen Gewerbeordnung unterzuliegenden Grundsätze von der demnächstigen Beathung über ein neues Staats-Grundgesetz nicht wohl getrennt werden dürfe. Verlange man von den Städten, daß sie ihre wohlverwahrten Gerechtsame in dieser Beziehung ganz oder theilweise aufgeben sollen, so müssen gleichzeitig auch andere dem Geiste unserer Zeit fremd gewordene Privilegien von anderen Corporationen aufgegeben werden.

Herr Rumann meinte, die Discussion über diesen Gegenstand sey zwecklos. Es sey schon oft behauptet, daß das Gouvernement kein Herz für die Städte habe. Jetzt habe es aber in dem Postscripte versprochen, die schwere Aufgabe zu lösen und sowohl die städtischen Gewerbetreibenden, als auch den Landmann und das gesammte Publicum unsehlbar zufrieden zu stellen. Er schlug vor, das Postscript lediglich ad acta zu nehmen.

Obwohl die Herren Kern, Mammen und Kettler, Letzterer für Preussienland, völlige Gewerbefreiheit reservierend, — sich

dem anschlossen, so fanden doch Herr Christiani, Ebelt und Meyer solches höchst bedenklich, da die Städte eine schleunige provisorische Maasregel erwarten.

Nachdem nun noch die Herren Serries und von Pape sich lehterer widersetzt hatten und eine noch größere Gewerksfreiheit als die bisherige verlangten, so wurde nach mehrseitigen Discussionen bei der ersten Abstimmung der Blumenbach'sche Antrag per majora abgelehnt, der Ebelt'sche jedoch angenommen, der Meyersche Verbesserungsantrag aber auf eine gedruckte Bekanntmachung von der Mehrheit verworfen.

XIII. In der dreizehnten Sitzung am 22. März wurde die zweite Beratung über die Domainen-Frage eröffnet.

Niemlich allgemein fand man, daß der in der zehnten Sitzung gefasste Beschluß mehr vom Gefühle eingegeben, als von ruhiger Ueberlegung gerechtfertigt sey; indessen meinten die Herren Rumann, Kinkel, und Keitler, daß die Kammer, was sie damals beschloffen habe, heute nicht wohl verändern könne, ohne sich vor der Welt zu compromittiren.

Dagegen behaupteten die Herren Wammen, Breusing, Serries, Freudentheil, Christiani, Stüve und Meyer, daß man von jener Uebereinkunft nothwendig zurückgehen müsse; die Sache sey zu wichtig, als daß man sich darin allein vom Gefühle leiten lassen dürfe. Ob die Fassung des vorigen Beschlusses eine Discussion über die vom Könige bestimmte Civilliste zulasse, sey mindestens höchst zweifelhaft, und welsch unbedingtes Vertrauen man auch zu den hochherzigen Gesinnungen Seiner jetzt regierenden Majestät hege, so müsse man sich doch auch den möglichen Fall denken, daß man mit entfremdeten Agnaten des jetzigen Königs darüber zu rechten habe, und könne es keinesfalls vor dem Volke verantworten, daß man in einer so wichtigen Angelegenheit sich einzig und allein der Discretion des Monarchen ergebe.

Aus diesen Gründen machte Herr Meyer den Verbesserungsantrag, den neulich gefassten Beschluß dahin zu ändern: „daß Se. Maj. geruhen möge, eine angemessene Civilliste für das königliche Haus zu bestimmen“ etc. indem das Prädict „angemessen“ die Sache zu einer Quæstio facti machen würde und eine Prüfung der vom Könige zu treffenden Bestimmung auf Seiten der Stände dadurch förmlich vordahalten bliebe.

Zwar glaubten Mehrere, daß auch der neulich gefasste Beschluß im unverhofften Falle, wenn der König eine zu große Civilliste bestimmen sollte, eine Remonstration der Stände zulasse, daß im schlimmsten Falle bei jedem neuen Regierungsantritte auch eine neue Civilliste votirt werde, und daß der Kö-

nig es übel nehmen könne, wenn man ihm nicht eine angemessene Bestimmung zutraue. Allein Herr Stüve erklärte, ein scheinbar unbedingtes Vertrauen mit dem geheimen Rückhalte demnachstiger Discussion für verwerflich und der Stände, von welchen der König offene Darlegung ihrer Wünsche erwarten könne, unwürdig, weshalb er sich dem Meyerschen Verbesserungsantrage anschloß.

Herr Serries fand denselben zu beschränkt und wünschte die Worte: „den Kräften des Landes angemessen,“ wogegen Herr Kose, unterstützte vom Herrn Kern, dann auch den Zusatz „und der Würde der Krone angemessen“ verlangte.

Indessen überzeugten sie sich demnachst mit dem Herrn Wedemeyer, daß die Würde der Krone mit den Kräften des Landes in dem genauesten Zusammenhange stehe, und daß das Wort „angemessen“ ohne allen Zusatz Weides in sich schliesse, weshalb sie späterhin ihre Verbesserungsanträge aufgaben und dem Vorkommereisen sich anschlossen.

Ein späterer Verbesserungsantrag des Herrn Christiani dahin:

„daß Se. Maj. geruhen möge, nach vorgängiger in Folge Breathung mit den Ständen getroffener Bestimmung einer Civilliste“ etc.

fand Bedenken, und man bewieselte, daß diese Fassung zum gewünschten Ziele führen werde.

Nachdem endlich noch Herr Lampe weitläufig deducirt hatte, daß er in dem Jahre des Regierungsantritts Georgs III. geboren sey und daher eine unersiegbare Vorliebe für die von selbigem überkommenen Institutionen hege, weshalb er auch weder von einem neuen Staatsgegründungsge, noch von einer Vereinigung der königlichen Cassen mit den Landescassen irgend mehr Heil erwarte, als was wir bereits in voller Maas besäßen, so wurde bei der darauf erfolgten zweiten Abstimmung der oben bemerkte Verbesserungsantrag des Herrn Meyer von 50 gegen 5 Stimmen und der folchergegestalt verbesserte Hauptantrag einstimmig angenommen, der zweite Hauptantrag aber, die schleunige Vorlegung eines Etats betreffend, von 47 gegen 8 Stimmen ohne weitere Verathung bestätigt.

Hierauf wurde noch das Schreiben des königlichen Cabinets-Ministerii in Betreff der Wahl der Deputirten der Städte zur zweiten Verathung gezogen, an welcher die Herren Stüve, Rumann, Jacobi, Breusing, Kern, Keuffel, Kose, Wedemeyer, Christiani, Freudentheil und Meyer Antheil nahmen. Das Resultat davon war, daß auf den Antrag des Herrn Rumann die Worte des Art. 4., „welche nach der Zahl der Wahlmänner sich richten würde“ gestrichen, vielmehr die daselbst bestimmte Eintheilung der Städte in Districte der Local-Verfassung einer

jeden Stadt überlassen würde, und daß auf den Meyerschen Antrag der für die nicht organisirten Städte neulich beschlossene Vorbehalt einer im Wege der Administration zu erlassenden provisorischen Verfügung genauer dahin bezeichnet würde, daß solche Verfügung von der betreffenden Königlichen Landdrostei erlassen werden solle.

XIV. In der vierzehnten Sitzung am 23. März beschloß die zweite Kammer, zunächst auf den Antrag des Herrn General-Synicus, wegen des bevorstehenden Pfingstfestes für die Zeit vom 31. März bis 6. April incl. sich zu vertagen.

Sodann wurde der Antrag des Herrn Breusing, daß Königliches Cabinets-Ministerium den Gewerbeverein veranlassen möge, über seine bisherige Wirksamkeit den Ständen Mittheilung zu machen, zum ersten Male in Berathung gezogen, welchen Antrag der Herr Proponent durch die Nothwendigkeit unterstützte, daß Stände bei ihren Berathungen über die wichtigsten Angelegenheiten des vaterländischen Gewerbetreibers auch der Kenntnisse sich bedienen könnten, welche der Gewerbeverein, von dessen Früchten das Land noch leider gar nichts gesehen habe, sich verschafft haben werde.

Herr Dommes suchte zwar letztem Vorwurf durch Hinweisung auf die durch die Bemühungen des Gewerbevereins in's Leben gerufenen Gewerbe- und Real-Schulen abzulehnen, und Herr Rose hielt den Antrag für unsatthast, weil man von einem Privatvereine nicht wohl verlangen könne, daß er die ihm gemachten, leider bis jetzt nur noch sehr spärlichen Privatmittheilungen zur Publikaat bringe; indessen wurde denn doch, nachdem auch die Herren Lünkel und Stüwe an der Discussion Theil genommen hatten, per Majora beschloßen, Königliches Cabinets-Ministerium um beifügige Mittheilung der ihm bekannt gewordenen Resultate zu ersuchen.

Die übrige Zeit der Session beschäftigte eine höchst uninteressante Discussion über den Antrag des Herrn Wides, die Aufhebung einer im alten Lande Wursten noch bestehenden, die Natur einer Grundsteuer tragenden Geldabgabe betreffend, welche von den Herren Stüwe, Freubenthal, Lünkel, Rose, Wemeyer und Blumenbach geführt wurde und deren Resultat die Verweisung dieses Antrags an eine Commission war.

XV. Die funfzehnte Sitzung der zweiten Kammer am 24. März beschäftigte zunächst der zweite Theil des vom Herrn Wides gemachten Antrages, daß eine im neuen Lande Wursten amnoch bestehende, an die Königliche Domainen-Kammer zu leistende Geld- und Korn-Abgabe, unter Entschädigung des Domainii aus der Landcasse, aufgehoben werden möge.

Indessen überzeugte man sich aus den früheren ständischen Verhandlungen, daß nach der schon vor einigen Jahren vorgenommenen Prüfung der desfalligen Verhältnisse diese Abgabe die Natur einer Grundsteuer nie gehabt habe und wurde daher dieser Theil des Antrages von einer großen Majorität verworfen.

Bei der dritten Abstimmung über die Domainen-Frage wurden die in der dreizehnten Sitzung gefaßten Beschlüsse resp. einstimmig und von 43 gegen 10 Stimmen ohne weitere Berathung bestätigt.

Hierauf führte die Tagesordnung zur ersten Berathung über den Antrag des Herrn Stüwe, daß diejenigen Deputirten, welche bis jetzt von mehreren kleinen Städten nach einer unter ihnen wechselnden Reihenfolge gewählt seien, in Zukunft durch von solchen Städten zu einem gemeinschaftlichen Wahl-Convente abzuwählende Wahlmänner gewählt werden mögen.

Der Herr Proponent motivirte diesen Antrag, indem er zu zeigen suchte, daß eine solche Aenderung des bisherigen Wahl-Modus an sich zweckmäßig sey, denn der Deputirte solle nicht die einzelne Stadt, die ihn gerade gewählt, sondern sämmtliche, an solchem Wahlrechte partizipirenden kleinen Städte vertreten. Sie sey aber auch für die kleinen Städte überhaupt wünschenswerth, da die einzelne, welche gerade der Wahl-Turnus treffen sollte, nicht immer die Mittel habe, die erforderlichen Kosten aufzubringen, und es daher vom Zufall abhängt, ob sie einen tüchtigen Deputirten bekomme. Die übrigen kleinen Städte wüßten kaum, wer gewählt sey, hätten kein Mittel, von der Tüchtigkeit des Deputirten sich zu überzeugen und verlorien alles Interesse, wie denn z. B. unter den 9 kleinen Calenberg'schen Städten der Wahl-Turnus erst nach 54 Jahren herauskomme.

Dadurch entstehe aber auch für die ganze Ständeversammlung die Unannehmlichkeit, daß sie auf die Wiedererwählung eines erfahrenen und tüchtigen Deputirten nicht rechnen dürfe.

Die Herren Lünkel und Sermes stimmten diesem Antrage auch noch aus dem Grunde bei, weil eine einzelne kleine Stadt fremdem Einflusse sich leichter anschließen könne, als ein größerer Wahl-Convent. Zwar machte Herr Heiliger den Verbesserungsantrag, daß die unter mehreren kleinen Städten in der Mitte liegende als diejenige bestimmt werde, in welcher der Wahl-Convent zusammenkomme; indessen bemerkte Herr Rose, daß bei zwei Städten eine in der Mitte liegende nicht denkbar sey; übrigens wurde die Besorgniß, daß es der einzelnen Stadt an Geldmitteln fehle, einen Deputirten zu unterhalten, durch den bereits gemachten Antrag, daß in Zukunft die Kosten aus der Landcasse bezahlt werden sollen, beseitigt; frem-

dem Einflusse sey ein Wahl-Convent so gut ausgesetzt, als die einzelne kleinere Stadt.

Bei der Wichtigkeit der Sache und ihrem Zusammenhange mit andern schon zur Sprache gekommenen Anträgen wünschte er, sie an die zur Prüfung des Ditten-Punkts 1c. angeordnete Commission verwiesen zu sehen.

Herr Wedemeyer hielt es gleichfalls für unangemessen, daß einzelne Punkte aus der Verfassung herausgerissen und abgefordert berathen würden, wovon nur Rückwerk zu erwarten sey, und unterlegte deshalb den vorigen Antrag, wogegen Herr Freudentheil gänzliche Aussetzung dieses Gegenstandes bis zur Berathung über ein Staatsgrundgesetz verlangte.

Allein die Herren Stüve, Christiansi und Meyer behaupteten, daß die Nützlichkeit des Antrags einer commissarischen Prüfung nicht zu bedürfen scheine, daß die Verweisung an Commissionen offenbar nur den Zweck habe, einen Gegenstand in die Länge zu ziehen, der größter Beilegung bedürfe. Hätte das Gouvernement der allgemeinen Erwartung gemäß sogleich den Entwurf zu einem neuen Staatsgrundgesetze vorgelegt, so wäre damit die Hoffnung zu dessen baldigem Erscheinen gegeben. Wie aber jetzt die Sachen ständen, wäre es ganz unverkenntbar der Wunsch vieler, daß Stände durch vielfältige Anträge sich zersplittern und verwirren mögen, damit nichts Dringentliches geschehe. So sey denn noch nicht abzusehen, ob und welches Staatsgrundgesetz bereits von dieser Ständerversammlung werde beschlossen werden, deshalb aber auch um so dringenderes Bedürfnis, daß wenigstens das Wahlwesen, wie in den größten Städten, so auch in den kleineren schleunigst verbessert werde, damit wenigstens die nächste Ständerversammlung aus einem bessern Wahlgesetz hervorgehe und sich des allgemeinen Vertrauens erfreuen könne, dessen die jetzige noch entbehre.

Nachdem nun noch die Herren Rose, Wedemeyer, Blumenbach, v. Weichsel und Hülpden für die Verweisung an eine Commission, die Herren Stüve, Christiansi, Sermes, Kern, Breusing, Mammen und Böttcher aber dagegen gesprochen hatten, wurde bei der Abstimmung sowohl der Heiligsche als der Mosesche Verbesserungsantrag von einer großen Majorität abgelehnt, dagegen aber der Freudentheilsche Antrag auf Aussetzung bis zur Berathung über das Staatsgrundgesetz — da bei eingetretener Stimmengleichheit der Herr Präsident dasur entschied — per Majora angenommen, wodurch denn die Abstimmung über den Hauptantrag von selbst wegfiel.

XVI. In der sechsgehten Sitzung am 25. März kam zunächst das Schreiben des königlichen Cabinets-Ministerii,

in Betreff der Wahl der Deputirten der Städte zur dritten Verathung. Verbesserungsanträge

- a. des Herrn Keuffel: daß ad 3., wenn nach dreimaliger Abstimmung eine absolute Majorität nicht erreicht sey, das Loos als Ausfallsmittel bestimmt werde;
- b. des Herrn Freudentheil: daß ad 4. Zwangsmittel vorgeschrieben werden, um die erforderlichen $\frac{2}{3}$ der stimmsfähigen Bürgerschaft zur Wahlversammlung zusammen zu bringen;
- c. von Herrn Meyer: daß ad 4. die zur activen Wahlsfähigkeit neulich beschlossene Qualifikation eines „verfassungsmäßigen Stimmrechtes“ genauer dahin, daß es mit dem Stimmrecht bei der Wahl der Bürgervorsteher zusammenfalle, bestimmt werde;
- d. des Herrn Keuffel: daß ad 5. die passive Wahlsfähigkeit nicht bloß auf die Bürgervorsteher-Qualifikation beschränkt, sondern völlig freigegeben werde;
- e. des Herrn Ahles: daß ad 5. die passive Wahlsfähigkeit allen denen beigelegt werde, welche ein Haus in der Stadt besitzen oder in der ersten Classe zu den Communal-Abgaben steuern,

gaben zu beschaffen Debatten Veranlassung, woran die Herren Blumenbach, Rumann, Sermes, Christiansi, Breusing, Lünkel, Wedemeyer, Rose und Stüve Theil nahmen, wurden indeß bei der Abstimmung sämmtlich abgelehnt und das Schreiben selbst mit den früher beschlossenen Verbesserungen zum dritten Male von großer Majorität angenommen.

Sodann ging man zur zweiten Verathung über die Aufhebung der Mannslisten über.

Herr Schlegel verwies in einem weitläufigen Vortrage auf das Beispiel Englands, welches so viele und bedeutende Klüster conservirt habe, und meinte, daß Keiner der Anwesenden die Früchte der Einziehung erleben werde, da Expectanzen auf sehr viele Jahre bereits ertheilt seyen.

Herr Blumenbach hielt die Einziehung für unnöthig, da eine zweckmäßigere Verwendung auch ohne völlige Aufhebung der Stifter geschehen könne; es sey ferner unnüßig, um der gewünschten Purification der zweiten Kammer willen, die übrigen Rechte der Stifter überhaupt umzustößen; es sey inconsequent, denn da die Ständerversammlung aus den Elementen der verschiedenen Provinzial-Landschaften zusammengesetzt sey, so würde die Consequenz erfordern, daß man auch die übrigen Elemente, die Ritterschaft und die Städte, bekämpfe; es sey endlich höchst gefährlich, wenn man einer Majorität der Kammer das Recht einkräume, die ihr nicht zugehörige Minorität zum Hause hinaus zu votiren.

Die Herren Christiani und Kern bedauerten, das Beispiel Englands in einer Angelegenheit citirt zu sehen, wo England, wie es allgemein anerkannt sey, keine Nachahmung verdiene.

Es sey kein Recht zu schätzen, was nicht mit dem Vortheil Aller vereinbar sey. Uebrigens wolle man nicht einzelne Personen zum Hause hinaus votiren, sondern nur die von ihnen vertretenen Körperschaften.

Herr Rampe wünschte die Aufhebung, damit die leeren Cassen wieder zu Gelde kämen und erklärte die Stifter für Unrath.

Herr Hapden: durch die Aufhebung sey hauptsächlich eine Veränderung in der Repräsentation beabsichtigt. Wolle man in dieser Hinsicht nicht Stückwerk zu Stande bringen, so dürfe man nicht einzelne Theile aus der Verfassung herausheben. Er wünschte die Verweisung dieser Sache an eine Commission um so mehr, als sie höchst wichtig und doch auch der Fall denkbar sey, daß der König von seinem Rechte, die Stifter zu setzen Finanzen zu schlagen, Gebrauch mache, den Antrag der Stände aber, letztere mit der Landcasse zu vereinigen, ablehne.

Herr Baring wünschte im schlimmsten Falle wenigstens eine Verwindung der Mannstifter in Damenstifter. Dem trat auch der Herr Wedemeyer bei, die gänzliche Einschubung für bedenklich erklärend, da diese Stifter, deren Einkünfte übrigens so besonders bedeutend nicht seyen, doch dem zweiten Stande eine sichere Stütze für ihre Familien gewähren und unser Königreich keinen Ueberfluß an Unterstützungsanstalten habe. — Wenn man übrigens Sinecuren abschaffen wolle, so dürfe man consequenter Weise auch das Kloster St. Michaelis nicht übergehen, dessen Abt allein mehr Einkünfte genieße, als zwei der übrigen Stifter zusammen. — In Beziehung auf die Repräsentation sey es höchst gefährlich, ein Element anzuschaffen, welches bis jetzt doch noch unter den beiden übrigen entgegengesetzten Elementen der Städte und des Grundbesitzes einen heilsamen Ausgleich habe geben können. Auch Hessen und Sachsen haben die Stifter in ihrer neuen Repräsentation beibehalten.

Herr Lünkel: die wahren Elemente des Staats müßten vertreten werden, und dazu seyen die Stifter in ihrer jetzigen Gestalt nicht tauglich.

Herr Stüve: es sey von der Gegenpartei deutlich genug ausgesprochen, daß die Erhaltung der Stifter eigentlich nur eine Angelegenheit der Staatsbienschaft sey, ganz besonders der hiesigen. Der letztern aber eine besondere Repräsentation zu gestatten, möchte höchst bedenklich seyn, zumal da die Erstzuzug ganz allein auf der Gnade des Königs beruhe. Nicht Zuzug, sondern die Grundverhältnisse des Staats müssen repräsentirt werden, und die Regierung müsse ihrer innern

Tüchtigkeit die Majorität in der Kammer verdanken, damit sie auch Majorität im Lande sey. Die vorgeschlagene Maßregel, Alles an Commissionen zu verwiesen, sey höchst gefährlich und könne Alles verderben.

In gleichem Sinne sprachen auch noch die Herren Rummann und Christiani, gegen die Verweisung an eine Commission sich opponirend. Herr Rose aber machte auf die Gefährlichkeit aufmerksam, welche aus dem Erschlütern eines Grundbestandes theils der bestehenden Verfassung dem Uebrigen und namentlich der Corporation der Grundbesitzer drohen würde.

Bei der darauf erfolgten zweiten Abstimmung wurde der Verbesserungsantrag auf Verweisung dieser Sache an eine Commission von 43 gegen 14 Stimmen abgelehnt und der Hauptantrag von 35 gegen 22 Stimmen angenommen.

XVII. In der siebzehnten Sitzung am 26. März veranlaßte zuvörderst ein vor der Thüre der zweiten Kammer gefundener, an den Herrn geheimen Cabinets-Rath Rose gerichteter anonymes Brief, welcher nicht nur Legtern, sondern auch sämtliche Mitglieder der zweiten Kammer auf das Niederträchtigste verunglimpfte, theils die laute Aeußerung allgemeiner Insignanzen über einen die Freiheit der Discussion zu gefährdenden beschränkenden Frevel, theils eine vorläufige Untersuchung, in Folge deren beschlossen wurde, jenen Brief dem Königlichem Cabinets-Ministerio mit der Bitte zu übergeben, daß solcher der competenten Behörde zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung zugefertigt werden möge.

Nachdem hierüber 1½ Stunde vergangen waren, übergab Herr Schlegel eine Petition der hiesigen Juden, in welcher dieselben staatsbürgerliche Rechte, gleich den andern Unterthanen des Landes, in Anspruch nehmen, und unterstützte solchen Antrag durch eine gründliche Rede mit vieler Wärme.

Hierauf führte die Tagesordnung zu dem Antrage des Herrn Christiani, die St. Königl. Hoh. dem Bizekönig übertragene Gewalt betreffend.

Vor der vorchriftsmäßige Abstimmung darüber: ob dieser Antrag in Verathung gezogen werden solle oder nicht? vorgenommen wurde, glaubte Herr Christiani einem im Publicum verbreiteten irigen Gerüchte begegnen zu müssen, als sey der Zweck des Antrags ein indiscretes Verlangen nach Vorsehung der dem Bizekönig erteilten Vollmachten, und suchte sodann, nachdem er nochmals an die Worte seines Antrages dahin:

*) Es ist diesbezügliche in der Hapschen Gesuchhandlung in Hannover besonders im Drucke erschienen.

„daß Se. Königl. Hoheit ersucht werden möge, das Hannover'sche Volk genau und halbtunlichst darüber in Kenntniß zu setzen, welchen Umfang die von des Königs Majestät dem Vicekönige Königl. Hoheit übertragene Gewalt habe“.

erinnert hatte, denselben folgendergestalt zu begründen:

„Von allen Regierungshandlungen unsers großen und freisinnigen Königs hat keine so sehr, so allgemein den lebendigen Ausdruck des Dankes und der Freude im ganzen Lande hervorgerufen, als die Ernennung unsers edeln Herzogs zum Vicekönig des Reichs“.

„Er, der in den glücklichen Jahren der Jugend auf unserer damals hochberühmten Universität deutsche Bildung, deutsche Art und Sitte lieb und sich zu eigen gewonnen, hatte später auf dem hohen Standpunkte, den Er einzunehmen berufen war, das Wohl des Landes stets im Herzen getragen; in Leid und Noth war Er in unserer Mitte gewesen, und Seinen Gesinnungen nach war Er dem Volke von jeher ein gnädiger Herr, ein treuer, guter und liebender Vater gewesen“.

„Wenn aber das umfassende Mandat, welches König Georg I. seinen daheim gebliebenen geheimen Räten hinterließ, dessen Kraft und Anwendbarkeit selbst in der neuesten Zeit unter gänzlich veränderten Umständen und Verhältnissen wenig in Zweifel gezogen ist; — wenn dieses Mandat die Ueberzeugung begründete, daß dem edlen Prinzen die äußere Gewalt nicht zustand, welche doch alle Welt Ihm wünschte, — so regte sich doch besonders in der letzten Sturmbeuge, von manchen Mitregierenden wenig begriffenen Zeit bei allen Bürgern das lebhafteste Verlangen, daß die Gewalt, welche bisher zwischen dem Herzoge und mehreren hochgestellten Unterthanen vertheilt gehalten worden, sich einigen möge in einer treuen, dem Volke gern Segen spendenden Hand; ja daß diese Hand so viele Gewalt fassen möchte, wie König Wilhelm dieselbe auf einen Unterthan zu übertragen für gut finden dürfte“.

„Es war von jeher schmerzlich gefühlt, daß der Herr des Landes nicht im Lande residiren konnte, und daß Er, ohne unmittelbare Kenntniß der Menschen und Verhältnisse, Seine Entschlüsse, selbst in den wichtigsten Sachen, lediglich auf die Relation eines befindlich in Großbritannien sich aufhaltenden Dieners gründen mußte. Es war schmerzlich gefühlt, daß es für den Unterthan mit fast unübersehblichen Hindernissen verknüpft war, seine Bitten, seine Klagen und seine Wünsche unmittelbar vor den Landesvater zu bringen, — denn im fernen Lande mußte er seinen Herrn suchen, in

dessen Palast das deutsche Wort ein fremder Laut war, wie ein leerer Schall am Ohe der Hespinge vorüberzog und an den goldenen Wänden von Carlton-House verklang“.

„Bis zum letzten Decennium sah fast kein Hannoveraner das Anstich seines Monarchen, und selbst unter den wichtigsten Gelegenheiten war nicht der theuere, heilige Namenszug des Königs, sondern die Unterschrift seiner Diener zu finden“.

„Wenn nun nach längerem Verbalten, stetem Vorbeugen und hartnäckigem Abweisen endlich die neue Zeit sich auch bei uns geltend machte und einsehen ließ, daß bei so gesteigerter Regsamkeit der bürgerlichen Intelligenz, bei so wachsender Gewalt der öffentlichen Meinung, bei so gebietenden Nachsprüchen der Alles beherrschenden materiellen Interessen das alte Räderwerk des Staats den Zeiger zu treiben fürder nicht mehr im Stande war, und daß vor allen Dingen soviel wie möglich alle Hoheitsgewalt in einer Person in der Mitte des Landes vereinigt werden müsse, um den Menschen ihre Schranken zu erweitern und zu schließen, und um den Dingen ihre Richtung zu geben, so war König Wilhelm der Mann, dessen heller Geist das Nothwendige begriff und die rechte Bahn mit des Herrschers festem Gange zu betreten verstand“.

„Die Ernennung des Vicekönigs erfolgte“.

„Ein Monat ist dahin, seit unser König Seinem vielgeliebten Bruder diese Würde übertrug, aber bis jetzt ist dem Unterthan der Umfang der übertragenen Gewalt unbekannt. Unbekannt ist ihm, ob in der einzigen Person des Herzogs die Gewalt vereinigt sey, welche früher zwischen dem General-Gouverneur und dem Ministerium vertheilt worden, oder ob König Wilhelm, indem Er die Krone mit ihren unveräußerlichen Rechten vorbehielt, das Scepter unter steter Verantwortlichkeit in die Hand des Vicekönigs niederlegte, und jeder Unterthan frage sich, ob, wenn ihm vom Ministerium, welches nach den Worten des ad Mandatum erlassenen Patents unter dem Vorfisse des Vicekönigs stehe, — wenn ihm, sage ich, vom Ministerium keine Hülfe geworden, er sich dann an den Bruder seines Königs wenden könne, oder ob der Spruch des Monarchen ihm erst Heil bringen kann“.

„Wenn aber schon jeder Unterthan diese Fragen an sich richtet und sehnlich ihrer Beantwortung entgegenfiehet, — wie viel mehr haben denn wir sie an uns zu richten und auf ihre Beantwortung zu dringen, einmal, um jene Wünsche Aller zu vertreten, dann aber auch in der Erwägung, daß so mancher tief in die Verfassung einschneidende Antrag hier laut geworden ist und noch laut werden wird, über welchen schließlich ein endlicher Beschluß mag gefaßt werden können,

ehe wir wissen, welche Gewalt der König sich vorbehalten, und welche Macht er dem Vizekönig übertragen, ob das Ministerium nach dem unmittelbaren Ausfluß königliche Gewalt hält, oder ob dasselbe mediatisirt ist und sich gewisser Thätigkeit überhoben sieht. Wünschen muß es endlich das ganze, durch jene Ernennung beruhigte, aber darum nicht weniger gespannte Land, zu wissen, welche Gewalt denn demjenigen übertragen worden, in dessen Hand alle Bürger so gern ihre Interessen niederlegen, dessen Name von Segenswünschen begleitet über alle Lippen strömt, den das Volk im Herzen trägt und der auch für das Volk ein Herz hat, an dem wir alle mit inniger Liebe und unverthigbar hoher Verehrung hängen“.

Unter Seinem Schutze werden wir muthig vorwärts schreiten auf der betretenen Bahn, wir werden es erlangen für das Volk, den täglichen Bedarf, die gesellige Freiheit, das schließliche Recht — und Er, wenn Ihm die Gewalt verbleiben ist, Er wird es uns geben, gewiß der Einwilligung Seines erhabenen Vaders, unsers großen Königs, der Seinem Volke kein Glück darbringen will, als geschmückt mit dem drei Kennen des Rechts, der Freiheit und des Friedens.“

Diegliche diese Rede allgemein einen sehr günstigen Eindruck zu machen schien, so meinte doch Herr Schlegel, es sey unbedeutend, in die Staats- und Familien-Verhältnisse des Monarchen eindringen zu wollen, und bat deshalb den Herrn Proponenten um Zurücknahme seines Antrags.

Herr Längel zeigte in einer längeren Rede, daß jede Monarchie eines Fürsten als Schlafstein bedürfe und daß man dessen längst beklagte Entfernung, wo solches Bedürfnis tiefer empfunden sey, schmerzlich gefühlt habe. Die Ernennung Sr. Königl. Hoheit zum Vizekönig habe das ganze Land mit dem lauteften Jubel erfüllt. Sollte aber diese Ernennung kein leerer Schall seyn, so müssen große Rechte damit verbunden werden. Der Unterthan müsse sie kennen lernen, wenn der Organismus des Staats bestehen solle, und es würde Gleichgültigkeit betreiben, wenn man nicht darnach fragte.

Die bisherige Regierung könne, da sie nur aus Unterthanen bestehe, nie auf ein so allgemeines Vertrauen rechnen, als die Herrscherfamilie besitze.

Nichts desto weniger scheint ihm bei jetziger Lage der Sache Auslegung des Antrags rathsam.

Herr Wedemeyer machte auf die Schwierigkeit aufmerksam, die betreffenden Verhältnisse gleich so zu ordnen, daß sie öffentlich vorgelegt werden könnten. Je größer unsere Berech-

tigung für den Herzog sey, um so größer sey unsere Verpflchtung, die demnächstige Bekanntmachung zu erwarten, und dies sey besonders rathsam, da der Antrag in erster Kammer schwerlich durchgehen werde, und zweite Kammer nichts weiter dadurch erreiche, als den Schein einer Indiscretion auf sich geladen zu haben.

Herr Meyer theilte ganz die Meinung des vorigen Redners, daß wir nach unserer persönlichen Ansicht die demnächstige Mittheilung der Regierung mit Ruhe erwarten könnten. Ganz anders aber sey die Meinung des Landes. An die Stelle des durch die Ernennung Sr. Königl. Hoheit allgemein verbreiteten Jubels und des ziemlich wieder hergestellten Vertrauens reete allmählig wieder Unzufriedenheit über die fortdauernde Verheimlichung, und der Argwohn, daß man das Volk habe täuschen wollen und die wirkliche Realisirung der frohen Hoffnung hintertreiben. Dieser Argwohn, noch länger genährt, drohe Gefahren, deren Folgen sich nicht übersehen ließen, und deshalb erscheine es als dringende Pflicht, einen Antrag, der solchen Gefahren vorzubeugen bezwecke, möglichst zu unterstützen.

Herr Rumann hielt dafür, daß der Antrag das Vertrauen des Landes nicht mindern, sondern noch erhöhen werde. Das Volk wie das Gouvernement sähen mit gespannter Erwartung auf die Stände, deren Stellung daher höchst schwierig sey. Nur wenn gegenseitiges Vertrauen und mit dem Gouvernement verbinde, könne der Vizekönig Gutes wirken. Jedenfalls scheine es ihm Treue gegen den Thron, vom Könige Rechenschaft über seine Handlungen zu verlangen.

Herr Kern behauptete, aus sicherer Quelle vernommen zu haben, daß eben jetzt an den Vollmachten des Vizekönigs in London gearbeitet werde und wünschte daher gleichfalls Zurücknahme des Antrags.

Herr Kneiff meinte, daß der Hauptzweck des Antrages, diese Sache in Anregung zu bringen, jetzt erreicht sey und schloß sich daher den früheren Wünschen an.

Herr Stübe: der Antrag selbst sey von der allergrößten Wichtigkeit: des äheln Einbruchs wegen, den das lange Schweigen der Regierung gemacht, habe in der Kammer davon gesprochen werden müssen; das sey jetzt geschehen, und so scheine es auch ihm gerade wegen der großen Wichtigkeit der Sache besonders wünschenswerth, daß uns die Frage für eine Zeit offen bleibe, wo sie noch dringlicher erscheinen möchte, weshalb auch er um Zurücknahme bat.

Nach diesem Allen erklärte Herr Christiani, in der Erwägung, daß es ihm freistehende, den Antrag zu jeder beliebigen Zeit wieder aufzunehmen, für heute davon abstrahiren zu wollen, und wurde darauf, nachdem noch das funfzehnte Postscript, die

Büksamkeit des Landes-Deconomie-Collegii betreffend, verlesen und ad acta genommen war, die Sitzung geschlossen.

XVIII. Die achtzehnte Sitzung der zweiten Kammer am 28. März beschäftigte ganz allein die erste Discussion über den Antrag des Herrn Kern:

„daß Sr. Königl. Hoheit der Vicekönig ersucht werden möge, dem Lande eine zeitgemäße Verfassung als Staatsgrundgesetz zu verleihen, zu deren Ausarbeitung die nöthige Anordnung zu treffen und selbiges den Ständen, wenn irgend möglich, während gegenwärtigen Zusammensens zur Berathung vorzulegen.“

Nachdem die Berathung dieses Antrags einstimmig beschlossen war, und Herr Kern denselben entwickelt hatte, las Herr Keusfel sein Votum folgendermaßen ab:

„Wohin wir blicken, da hat der große Kampf zwischen der unbeschränkten Herrschaft des Staatsoberhauptes (der unbeschränkten Monarchie) und der Herrschaft des Gesetzes (der beschränkten Monarchie) begonnen.“

„Dieser fast über ganz Europa verbreitete Kampf ist hervorgegangen durch unglückseliges Festhalten an nicht mehr zeitgemäßen Principien und Institutionen, durch Fesseln aller Art, die einer aufgeklärteren Generation unerträglich sind, durch gesessene, oft übermächtige, oft grausame Willkür, durch unerschwingliche auf die Unterthanen gewälzte Lasten.“

„Dieser Kampf ist in mehreren Staaten offen hervorgetreten, er hat Ströme von Blut gekostet, er hat Jammer und das schrecklichste Elend über die schönsten Länder gebracht, er hat Throne umgestürzt und neue Regierungsverfassungen ins Leben gerufen.“

„Da, wo dieser Kampf noch nicht mit allen seinen Furien gewüthet hat oder wüthet, da glimmt es unter der Asche, da kann ein geringer Umstand den Funken zur fordernden verwüthenden Flamme anfachen.“

„Der Ausbruch eines solchen verheerenden Ungewitters abzuwenden, ist heilige und weise Pflicht der Regenten und ihrer Rathgeber. Das Mittel dazu ist das Gegentheil von dem, wodurch der allgemeine Kampf erzeugt ist, Aufgabe des unbeschränkten monarchischen Systems und Einführung einer freisinnigen Regierungsverfassung, einer durch Gesetze bedingten und beschränkten Herrschaft, wodurch die Fesseln gelöst werden, die den Geist und die Kraft der Nationen in eheernen Banden halten, wodurch der Willkür ein Ziel gesetzt wird, wodurch ein verhältnißmäßiges und so wenig als möglich drückendes Steuersystem eingeführt wird.“

„Solche Maaßregeln dringend anzuathen und so schnell

als möglich ins Leben zu rufen, ist die unerlässliche und heilige Pflicht der Diener der Fürsten, der Vertreter der Völker, denen das Heil ihres Fürstenhauses, denen das Wohl der Nationen wahrhaft am Herzen liegt. Wer solchen Ansichten nicht Raum giebt, wer durch Anrathung und Beförderung derselben die Rechte seines Fürsten zu verletzen glaube und fürchtet, der mag wohl ein treuer Diener seines Herrn seyn, aber er ist ein verblendeter, ein unweiser Rathgeber desselben, er dient durch seine blinde Ergebenheit seinem Herrn und dem Staate am schlechtesten.“

„Jener bekannte französische Premier-Minister mag wohl ein treugebender Diener seines Königs gewesen seyn, aber Klugheit und Weisheit mangelten ihm, und so führte er ein ganzes hohes Fürstenhaus ins Verderben. Die Vorsehung möge jedes Land und jeden guten Fürsten vor solchen wohl treuen aber blinden Dienern, vor solchen unweisen Rathgebern bewahren.“

„Die guten, die weisen Fürsten werden aber gewiß zeitgemäßen, freisinnigen Rathschlägen ihr Ohr nicht verschließen, sie werden den zeitgemäßen, auf gebührendem Wege vorgetragenen Wünschen und Bitten ihrer Völker entgegen kommen, sie werden mit zeitgemäßen, billigen Gewährungen nicht Anstand nehmen, bis das allgemeine Verlangen darnach dringlicher, factisch an den Tag gelegt wird, sie werden zum Wohle ihrer Völker, zu ihrem eigenen Heile gern einige Opfer bringen, sie werden, um alle ihre Privilegien zu erhalten, nicht alle aufs Spiel setzen wollen.“

„Auch uns, meine verehrten Mitstände, liegt die Pflicht ob, die allgemeinen Wünsche des hannoverschen Volkes nach einer zeitgemäßen Verfassung unsern allerersten, unsern allergnädigsten Könige vorzutragen, dem desfallsigen sehnsüchtigen Verlangen, den fast neidisch umherschweifenden Blicken Worte zu leihen.“

„Und was könnte uns abhalten, diese hohe Pflicht freimüthig und ohne Zögern zu erfüllen?“

„Kennt nicht jeder mit unwandelbarer Treue seinem erhabenen Fürstenhause ergebene Hannoveraner die freisinnigen Grundsätze, die sogenante Mitte und die hohe Weisheit unsers allergnädigsten Königs und seines verehrtesten, geliebtesten, gnädigsten Stellvertreters in unserer Mitte? Dürfen wir fürchten, daß unsere zeitgemäßen Wünsche und billigen Bitten von einem Fürsten ungünstig aufgenommen werden, der auch über Reiche regiert, wo das, was wir wünschen und bitten, mit seinen segnerischen Folgen schon lange besteht?“

„So werde denn mit kleinliche Rücksichten zurückget-

sende Freimüthigkeit und mit dem Vertrauen, was den Fürsten und das Volk ehet, der Wunsch und die Bitte von uns ausgesprochen:

„daß Se. Majestät allergnädigst geruhen wolle, unter Mitwirkung landständischer Commissarien, und zwar von sieben Mitgliedern aus jeder Kammer, eine zeitgemäße Verfassungsurkunde für das Königreich Hannover entwerfen und den treuergebenen Ständen des Reichs baldthunlichst vorlegen zu lassen.“

Sodann sprach sich Herr von Bodungen in einer kräftigen Rede dahin aus:

„Verfassung! Staatsgrundgesetz! Constitution! ist der Ruf, der aus allen Gegenden des Königreichs erschallt, — ist die Bitte, welche jeder Familienvater, welche Frau und Kind täglich in ihr Gebet mit aufzunehmen“. —

„Der Hannoveraner fühlt sich verwaist, — wähnt sich unter Fremdhänden, welcher keinen sorgsamten Familiencath zu scheuen hat, und erblickt einzig und allein einen solchen in einem Staatsgrundgesetze. Bürger und Handwerker, Bauer und Tagelöhner sind erwacht von dem politischen Schlafe! — Das Volk ist mündig geworden! Jeder will wissen, welche Rechte der Fürst, — der Staat, — der Staatsbürger hat? Jeder verlangt Sicherstellung und Garantie für die Zukunft, damit diese Rechte von Niemandem ohne Verantwortlichkeit geschmälert werden können“. —

„Es ist wahrlich ein billiger Wunsch, und man fühlt seine Bedeutung gar, wenn man mit der Geschichte des Vaterlandes nur einigermaßen vertraut ist, wenn man weiß, daß unsere für politische Freiheit so sorgsamten Vorfahren Rechte mit Gut und Blut errungen haben, welche man Regierungsseitig ignoriert, — verkennt hat, — welche die Vertreter des Volks gar oft aus Unbekanntheit oder Scheu nicht bei Kräften zu erhalten suchten, — wenn man weiß, und die tägliche Erfahrung es bestätigt, — wie Jeder nur nach Willkür strebt, wie Niemand nach Freiheit bei ihren Handlungen mehr strebt als Minister und Räte, sey es auch nur aus irriger Aetheoz — wenn man selbst in unsern Tagen ungeschert es wagen zu können glaubt — Menschen, wenn auch vom Irwahn geleitet, doch zum großen Theile mit wahrer Vaterlandsliebe besetzt, ihrem ordentlichen Richter zu entziehen, sie von einem Ende des Königreichs mit Pomp gefänglich nach dem andern zu führen und fremden, nach Willkür gewählten Richtern zu überantworten“. —

„Aber, meine Herren! so gewiß es ist, daß der Wunsch nach einem Staatsgrundgesetze allgemein ist, und so einleuchtend Jedem, welcher nicht ganz verblendet ist, die Gründe,

welche dafür sprechen, seyn müssen, so gewiß es ferner ist, daß mit Beseitigung aller andern jetzt gar nicht in Betracht kommenden Gegenstände forderfamst die Vermählungen Aller, welche König und Vaterland wirklich lieb haben, auf den Entwurf und die baldigste Einführung eines Staatsgrundgesetzes gerichtet seyn müssen, damit dem Volke Verhigung werde, damit es erfährt, daß allen Reactionen ein fester Damm entgegengesetzt, wirklich ernstlich eine Reformation beabsichtigt wird: so gewiß liegt doch auf der einen Seite bei denen, welche mit unsern staatsrechtlichen Verhältnissen vertraut sind, nichts weiter als ein Vorwurf in diesem Wunsche, der: daß die Organe des Volks bisher zum großen Theile ihre Stellung verkannt, nicht mit Kraft und Sorgfalt dahin gewirkt haben, daß wohlverordnete Rechte des Volks zur Ausführung kamen. Bei Andern und zwar dem größten Theile des Volks ist aber der Wahn vorherrschend, als fehle es uns überall an Staats-Grundgesetzen“. —

„Meine hochgeehrtesten Herren! an Staats-Grundgesetzen, an wirklich kostbaren Bestimmungen für Freiheit und Wahrung der Rechte des Volks fehlt es wahrlich nicht. Wären wie hinein in die verschiednen Landtagsabschiede, Recesss und Vergleiche zwischen Fürst und Volk, und wir, wir Hannoveraner, die wir uns so verwaist wähnen, finden darin solche Volksfreiheiten und Rechte aufgeführt, die manchem Staate, ja vielen, welche neuerdings Constitutionen erhalten haben, abgehen oder nur mit Blut haben errungen werden können“. —

„Aber das Leben fehlt, sie liegen zerstückt herum, sie sind von den Vertretern des Volks entweder absichtlich oder aus wirklicher Unbekanntheit unberücksichtigt gelassen, nicht zur Anschauung, seit langer Zeit nicht zur Ausführung gebracht worden, was feilich unverkennbar zum Theil seinen großen Grund in der Vereinigung der einzelnen Provinzen zu einem Ganzen hat“. —

„Sollen wir denn nun aber, meine Herren, diese Rechte so blindlings aufgeben? Sollen wir z. B. von dem Rechte der Landstände, im Falle der Minderjährigkeit oder Geisteschwäche des Fürsten einen Regenschafsrath zu bestimmen, sich ver sammeln zu dürfen, wenn Fürst und Regierung wohlverordnete Rechte zu schmälern sucht, das Land gegen Druck der Behörden zu sichern, und diese deshalb anklagen zu können, abstrahiren und um allergnädigste Bewilligung dessen bitten, was wir schon haben? Wollen wir lieber Gnade ersehen, als wohlverordnete Rechte erreichen? Sollen wir das einmal bei uns feststehende Grundprincip aller repräsentativen

Verfassungen, den Grundsatz unserer Vorfahren: „wo wir nicht mit rathen, da sollen wir auch nicht thaten“ vielleicht deshalb aufgeben, um ihn uns in moderner Form zu ersetzen?“

„Meine Herren! lassen Sie uns den Sinn hineinlegen, den unsere Vorfahren dabei hatten und erzielten; statt modernisiren, lassen Sie uns ihn im gleicher Maasse ausüben, denn schon zu lange ist leider mehr von zu Rathe ziehen als von Bewilligen der Stände die Rede.“

„Lassen Sie uns uns Himmelswillen nicht wohlverordnete Rechte gegen Gnadenbewilligungen aufgeben, lassen Sie uns vielmehr alle unsere Kräfte anwenden, um aus den verschiedenen provincial-staatsrechtlichen Grundsätzen diejenigen Principien auszuheben, welche in ein Staatsgrundgesetz gehören, und lassen Sie uns so ein Ganzes aus demjenigen bilden, was jetzt zerstreut nicht zu Guberniums Anschauung vorliegt. Wie werden Diamanten finden und dem Vaterlande den größten Dienst erweisen, welchen es von uns verlangen kann und laut und dringend verlangt.“

„Wir sind nicht dazu erwählt, wohlverordnete, mit dem Bedürfnisse und dem Geiste der Zeit jetzt noch harmonisirende Rechte auszugeben, sondern sie zu erhalten.“

„Einverstanden mit dem geehrten Herrn Proponenten über die dringende Nothwendigkeit der baldigsten Verfassung eines dem Geiste der Zeit und den Bedürfnissen des Vaterlandes angemessenen Staatsgrundgesetzes erlaube ich mir daher einen Verbesserungsantrag dahin:

„daß es Ständen gefallen möge, Sr. Königl. Hoheit dem Vizekönige die unterthänigste Bitte vorzulegen, baldmöglichst aus Mitten der Regierung Einlage zu committiren, welche mit einer gleichfalls forderksam von den Ständen soviel als thunlich aus den Mitgliedern der verschiedenen Provinzen zu erwählenden Commission die jetzt bestehenden Staatsrechts-Principien oder Staatsgrundgesetze der einzelnen Provinzen des Königreichs aufzulesen, die darin sich vorfindenden, allgemein geltenden Principien als Fundament eines zu bildenden Staatsgrundgesetzes auszuheben, die billigen Wünsche des Volks und den Geist der Zeit dabei zu berücksichtigen und den Entwurf zu einem Staatsgrundgesetze zur Beratung noch in dieser Diät der Ständerversammlung vorzulegen haben.“

Herr Lünkel schloß sich diesem Antrage mit folgenden Worten an:

„Bei der Erörterung über das Staatsgrundgesetz bedarf es zunächst eines Hinblicks auf die historischen Verhältnisse der Staaten, soann auf deren rechtliche Verhältnisse, na-

mentlich auf die Verhältnisse unseres Staats, und endlich auf das, was die Politik in dieser Beziehung gebietet.“

„Nur in flüchtigen Umrissen vermögen obige Andeutungen behandelt zu werden.“

„Das Alter der Kindheit der Staaten gewährt nur aus dunkler Ferns der Beobachtung einigen Spielraum. In ein Staatsgrundgesetz dachte Niemand. Emir, Gaziz oder Herzog, wie auch die Führer der Völker heißen mochten, sie herrschten ohne einen ausgebildeten Staatsorganismus. Höchst einfach und bald militärisch, bald patriarchalisch war die Tendenz der Herrschergewalt. Leicht entbehrte man das geschriebene Recht.“

„Die absolute Gewalt so wenig als die beschränkte kannte das Bedürfnis von sorgfältig geregelten Formen, worin sich der Organismus des Staats bewegte.“

„Doch nach und nach verändert sich die Scene.“

„Die Staatsverhältnisse wurden verwickelter, die Verfassung bildete sich aus.“

„Die Landstänkschaft entstand, Adel, Geistlichkeit und Städte nahmen ihren Rang ein, und Landtagsabschiede, Grundverträge, Kieverfalen bestimmten die Grenzen der verschiedenen Rechtsverhältnisse, welche dem Staate zur Basis dienten.“

„Auch diese sind zum Theil vergessen, zum Theil angefochten, zum Theil untergegangen.“

„In Deutschland besetzte der Reichsverband den Zusammenhang der verschiedenen Staaten, gab der Sache der Fürsten und Völker Anhaltspunkte, und die Reichsgerichte stellten das Ideal einer auf Gerechtigkeit gestützten Staatsverfassung dar und begründeten die oft blöthe deutsche Freiheit.“

„Im Jahre 1806 verschwand der in gothischer Pracht emporgewachsene deutsche Staatskörper. Die Zeit zerrümmerte die Institutionen, welche Jahrhunderte hindurch dem Zahne derselben trogten. Kriegerische Ereignisse warfen Alles durch einander. Die Völker zu beglücken, dazu fehlte Friede, Ruhe und Eintracht; die Abgaben zu erheischen und zu erschwingen war, die Hauptbeschäftigung und mußte es seyn.“

„Der Befreiungskrieg, ruhmvoll beendet, erregte große Erwartungen, ohne sie zu befriedigen; die Völker Deutschlands drängten sich unter den Zeitverhältnissen, unter auswärtigem Einflusse; das politische Leben erstarb, die heilige Allianz, der Congreß zu Carlsbad und andere Staatsverträge, geschaffen, um den ewigen Frieden herbeizuführen, versenkten jede heilsame Bewegung in einen

lethargischen Schlummer; der Druck, worin die Freiheit der Presse schmachtete, fesselte die Geister, verwies die besten Köpfe zur Unthätigkeit; der Geist für die öffentliche Eedertung von Staatsangelegenheiten verschwand, mit ihm jede Theilnahme daran; das Vertrauen erlosch, und rückwärts ging die Bewegung der Staaten, zurück zu tiefer aber bedenklicher Ruhe."

"Dies das Bild eines Theils von Deutschland, worin der lockere Zusammenhang der verschiedenen Länder die Nationalität verminderte, indem er auf jeder Grenze andere Gesetze und andere Einrichtungen schuf und den deutschen Geist zu vertilgen drohete."

"Nachtheilig wirkte hierbei:

das Ausschreiten der höchsten Gewalt,

das Verkennen des Geistes der Zeit,

das Nichtentgegenkommen den Wünschen der Völker,

der vielfach herrschende Geistesdruck und Preßzwang."

"Nach Jahren der Erschlaffung war die herrschende Ruhe nur der Vorbote des nahenden Sturmes und der gewaltsam sich Luft machenden Beschwerden."

"Gleich einem Vulkanen entladden sich die unheilschwangern Stoffe."

"Frankreich gab durch eine Handlung der größten Willkür und der mißbrauchten Gewalt das Zeichen zur allgemeinen Aufregung, und der Stoß, der dort Alles erschütterte, verbreitete seine Schwingungen über ganz Europa."

"Die Willkür und die Furcht vor derselben veranlaßte nicht selten, daß die Grenzen der Gesetze überschritten werden, der Strom verläßt das alte Bett und verlangt neue Grenzen."

"Eine Revolution, vorgegangen in den Ideen, in den Bedürfnissen, in dem Geschmacke, in den Ansichten, hat Alles umgestaltet; die Elemente, worauf die Staatsverhältnisse ehemals ruhten, erschüttert und die soliden Grundlagen der Staatseinigungen und geselligen Verbindungen außer Zusammenhang mit der öffentlichen Meinung gesetzt."

"Reformen sind es daher, welche Noth thun; ein Uebergang aus der alten Zeit in die neue ist Bedürfnis; der brausende Strom, welcher über sein Ufer getreten ist, findet nicht Raum in dem alten Bette, neue und feste Grenzen sind ihm anzuweisen."

"Diese Grenzen werden hauptsächlich gebildet durch das Staatsgrundgesetz, welches die Rechte der Regierung und der Regierten feststellt."

"Das Streben nach gesetzlichen Bestimmungen ist ein geheiligtes, wohlthätiges; es ist zu befördern auf alle Weise."

"Tausende von Stimmen fordern in dieser Beziehung Brachung."

"Der Ruf nach einer grundgesetzlichen Verfassung ist laut und allgemein, ihn verkünden die Petitionen, ihn verkünden die Volksstimme; kürzerliche Eintracht, Friede und Glück stehen damit im nächsten Zusammenhange, und die Herrschaft der Gesetze ist die Hauptstütze der Staaten."

"Liegt es unverkennbar in der Beschaffenheit und Natur der Macht, daß solche leicht die Grenzen überschreitet; so sind diese vor Allem gesetzlich zu bestimmen."

"Das allgemeine Streben nach Souverainetät hat Kunde von dem Verlangen nach der süßen, aber gefährlichen Frucht der absoluten Macht gegeben."

"Benachtheilgte Staaten zeigten unlängst die Folgen des — Mißbrauchs derselben."

"Umwälzung war ihr Loos."

"Auch die politische Bewegung, welche in unserm Staate stattgehabt hat, war in den Ideen der Masse der Bevölkerung gebündelt."

"Denen, welche dabei über die Grenze des Rechts schritten, ging der Gang der Reformen zu matt und zu langsam. Sie wollten erzwingen, was nicht gewöhnt wurde, die verhaltene Klage ertönte endlich mit der Stimme des Donnercs."

"Die Masse des Volks war völlig einverstanden, in Beziehung auf einen Theil der laut gewordenen Ansichten; nur nicht in der Wahl der Mittel, diese geltend zu machen."

"Die Bevölkerung hat es laut ausgesprochen, daß eine Reform unerlässlich sey."

"Das Princip der Ruhe und Stetigkeit ist mit dem Principe der Bewegung angemessen zu verschmelzen."

"Rückgängige Bewegungen erlaubt der Zustand des Staates nicht. Wir haben solche gemacht. Institutionen, woran der Rost der Zeit klebt, die die Intelligenz verwirft, Leibeigenschaft, Hörigkeit müssen beseitigt werden. Desfentlichkeit, geregelte Preßfreiheit, Ablösbarkeit, Beseitigung verjährter Vorurtheile wird verlangt, verlangt Verminderung der Lasten, Belebung der Industrie, Feststellung und Verbesserung des Rechtszustandes."

"Die Aristokratie des Verdienstes stellt sich neben die der Ähnen."

„Die Fendal-Verfassung bedarf der Mobilisation.“

„Das Mittelalter kämpft mit der Gegenwart. Das historische Recht mit dem höhern. Der Staub veralteter Pergamente mit der That-sache.“

„Die Nationen haben schwere Pflichten, diese bedingen große Rechte, sie wollen deren Feststellung, denn ohne sie sind sie geworden durch die Erschütterungen, welche die Staaten ertitten; Hand in Hand sollen Lasten und Vorzüge gehen.“

„Frankreichs, Polens, so vieler anderer Staaten Beispiele mahnen zur Vorsicht, und jede Verdunkelung der Rechte strafe die rächende Nemesis.“

„Nach Leibniz ist die Gegenwart mit der Zukunft schwanger; dieß soll der Staatsmann wissen, er muß Divinationsgabe besitzen, den Schleier, der die Zukunft verbirgt, lüften, wenn auch nicht zerreißn können, und heilsame Staats-einrichtungen sollen die Ergebnisse der Folgezeit regeln.“

„Das gegenwärtige Jahrhundert ist das constitutionnelle, achtzig vorhandene Constitutionen, dreißig untergegangene bezeugen dieß. Baierns König will nicht absoluter König seyn. Jede Stadt hat ihre Constitution, auch das Reich bedarf sie. Der die Gesetzmäßigkeit liebende Volkscharakter erzieht solche.“

„Se. Majestät der König erkennt die Wohlthat einer Verfassung nicht; diese trägt zur Befestigung der Staatsverhältnisse bei. Gesetzmäßigkeit und Ruhe gehen Hand in Hand, und der auswärtige Einfluß wirkt. Wir vermögen den herrschenden Geist nicht zu bannen, es giebt hiesür keine Bau-bernermet. Auf eine billige Weise ist den Wünschen der Völker entgegen zu kommen, und die geistige Suprematie größerer und kleinerer Staaten abzuweisen; ihr muß man sich entziehen; ohne völlige Entfaltung der Würden des Geistes giebt es kein Heil. Erstarend und eilig wirkt der Winter des Nordens mit seiner kalten Politik auf die vorgeschrittenen Cultur höherer geistiger Naturen in den übrigen Ländern.“

„Wie schmerzlich ist der Untergang deutscher Kraft, deutscher Nationalität, deutscher Würde! Die Stände zu verschmelzen, den Gemeinfinn, die Vaterlandsliebe zu heben, zu wecken, sey unser Beruf. Jeder Hannoveraner fühle sich auch als Deutscher. Nur im Hinblick auf eine große Nation liegt Kraft, Wohlfahrt, Glück. Aber das morsche deutsche Staatsgebäude, dessen vormalige Riesenkraft dahingeschwunden ist, wankt; es wanken andere Staaten. Die vor-malige jugendliche Kraft ist dahin, das Alter drückt. Ver-jüngung, Leben sey die Lösung, Fortschreiten der Wahlspruch; das Vaterland erhebe neu gleich dem

Phönix aus der Asche. Nur dann vermag es den Stürmen zu widerstehen, welche die Grundfesten der europäischen Staaten erschüttern.“

„Die Erlassung eines Staats-Grundgesetzes sey für Hannover die Bevölkerung eine Bürgschaft der Ruhe, der Wohlfahrt und des Glücks, und die Muse der Geschichte überle-bere den spätesten Nachkommen die Kunde, daß es den hohen Herrschertugenden Wilhelm IV. vorgehalten war, diese Wohlthat zu spenden.“

Der Kettler zeigte die Nothwendigkeit eines Staats-Grundgesetzes in Beziehung auf Ostpreußen, indem er die hauptsäch-lichsten dieser Provinz vom Gouvernement widererfahrenen Unbil-den weitläufig aufzählte.

Herr Freudenthal wünschte eine Verfassung, die nicht auf luftigen Theorien beruhe, sondern die verschiedenen Charaktere der verschiedenen Provinzen in sich vereinige.

Herr Jacobi meinte, man müsse nur nicht Verfassung und Verfassungsurkunde verwechseln. Eine Verfassung fehle uns nicht, die Rechte der einzelnen Landschaften seyen die Quel-len, aus denen das Staatsrecht des Königreichs geschöpft werde. Wollten wir aber Veränderungen in der Verfassung, so müs-sen wir vor allen Dingen darüber in's Klare kommen, welche und warum wir sie wünschen. Der Antrag dürfe nicht durch eine Rhetorik, die sich in Gemeinplätzen bewege, motivirt wer-den. — Auf Dauer und Festigkeit der Verfassung komme es hauptsächlich an, und diese Garantie habe unsre Verfassung, weil sie aus dem Bestehenden sich herausgebildet habe und durch heilige Scheu vor dem Rechte. Die Commission werde haupt-sächlich zu untersuchen haben, ob und welche Mängel, Lücken und Dunkelheiten in unsrer Verfassung vorhanden seyen, und darnach werde es sich erst zeigen, ob und wie der Antrag zu motiviren seye.

Herr Christiani: Wenn es nicht anders würde mit der Handhabung der Gesetze, als es bisher damit gehalten sey, so würde er ganz gegen die Erlassung eines Staats-Grundgesetzes seyn; aber er wolle hoffen, daß es damit wie mit Vielem an-deres würde und daß die Verordnung endlich erscheine, die das Gebot enthalte, daß die andern befolgt werden sollen. — Ueber die Nothwendigkeit einer Verfassungsurkunde sey die ganze in-telektuelle Welt einig; dem Negenten die Gründe darüber erst vorzulegen, erscheine überflüssig. Was über das Vorhandenseyn einer Verfassung gesagt sey, müsse er in Abrede stellen. Eine Verfassung haben wir allerdings, das heiße: einmal eine be-kannte Verfassung, dann eine unbekannte, und endlich gar keine. — Bekannt sey z. B. die Verfassung der allgemeinen Stän-deversammlung und der Justiz, vielleicht trotz ihrer Mängel der

ausgebildete Theil unsrer Administration, obgleich das Oberappellationsgericht ungeachtet der Vorchrift, daß es alle zehn Jahre visitirt werden solle, noch nicht ein einziges Mal visitirt sey. — Die unbekannte Verfassung betreffe namentlich das wichtige königliche Hausgesetz.

Ueber die persönlichen allgemeinen Rechte der Unterthanen und in hundert andern Beziehungen haben wir gar keine Verfassung. — Er stimme für eine Commission und wolle dabei hier laut den Wunsch äußern, daß die Regierung dazu die rechten Männer erwählen möge, welche ihrer Aufgabe gewachsen seyen, die Formen achten nach ihrem Werth, ihnen aber nicht slavisch dienen, die sich Leben, Muth und Kraft bewahrt haben und im Stande seyen, die Ansprüche der Zeit mit der Person zu bezähnen.

Herr Weidmeyer erkannte das Bedürfniß eines Staatsgrundgesetzes und wünschte, dasselbe baldigt entworfen zu sehn. Aber es dürfe sich nur mit den Grund-Principien befassen und müsse das Einzelne besonders Edicten überlassen, wie solches auch in Württemberg, Baiern, Hessen u. geschehen sey.

Vor Allem wünschte er uns Ruhe und Besonnenheit. Es sey ja der alte Kampf zwischen dem historischen und natürlichen Rechte, und wenn da die Extreme feindlich aneinanderstoßen, so erfolge nichts Gutes.

Herr Lünzel: Besonnenheit und Ruhe sey allerdings nöthig, aber auch Wärme und Feuer bei dieser vaterländischen Angelegenheit.

Herr Stäube: Uns zwinge allerdings ein starker Trieb des Volkes. Gleichwohl gezieme uns, von klaren Grundbegriffen auszugehen; kühle Erwägung sey nöthig und stetige Kraft.

Die Nothwendigkeit eines neuen Staats-Grundgesetzes sey groß, und die Gründe dafür nicht weit zu suchen. — Das Bestehende sey zum Grunde zu legen. Es beruhe auf den ursprünglichen Verfassungen der Provinzen, meistens aus dem funfzehnten und sechzehnten Jahrhundert. Seitdem aber sey die Verfassung Deutschlands gänzlich geändert. Das heilige römische Reich, mit dem sie in Verbindung gestanden, sey zertrümmert, und die Reichsgerichte, welche die Rechte geschützt, existiren nicht mehr.

Durch die Zusammenberufung der preussischen Ständeversammlung im Jahre 1814 habe die größte Umgestaltung unsrer Handoverschen Verfassung begonnen; aber man sey auf halbem Wege stehen geblieben. Fortgebildet habe man daran bis 1819, dann aber sich gänzlich der Ruhe überlassen. Jetzt müßten wir fortstreiten und das erst angefangene Haus ausbauen.

Die Mängel in unsrer bestehenden Verfassung seyen aller-

dings sehr groß. Das schon erwähnte Hausgesetz solle auf einem Testamente Ernst Augusts beruhen, aber es sey nie bekannt geworden.

Was die Gesetzgebung betreffe, so folte nach der alten Verfassung der Landesherr wegen eines Gesetzes sich mit den Ständen vergleichen. Jetzt sey Zurathziehung die Praxis und führe den schwankendsten Zustand herbei. — Die Rechte der Einzelnen gegen das Gouvernement seyen durch das Wegfallen der Reichsgerichte gefährdet. Auf Grundprincipien werde man allerdings sich beschränken müssen, aber sie müssen in anwendbaren Sätzen und in bestimmten Formen aufgestellt werden.

Wie die Sache jetzt zu behandeln sey, darauf komme es hauptsächlich an.

Leider habe die Regierung in Folge des unglücklichen Schwankens, worin sie sich befinde, nichts vorgelegt, weshalb eine Commission zur Bearbeitung des Entwurfs ihm nöthig erscheine. Landesgerichtliche Commissarien müßten dabei seyn, um bei jedem Punkt über die Ansichten der Regierung sogleich sich auszusprechen zu können.

Ein sehr großes Unglück würde es seyn, wenn die Regierung dem zu beschließenden Staatsgrundgesetz ihre Bestätigung versagte; ein solcher Schritt würde das ganze Land in Aufruhr bringen können. Aber er besorge solches eben so wenig, als eine Verwerfung von Seiten erster Kammer. Träte letzterer Fall ein, so würde die von ihm sonst nicht erkannte Nothwendigkeit, daß nur eine Kammer in Zukunft sey, gerechtfertigt erscheinen.

So schwierig es sey, in kurzer Zeit etwas Gründliches zu Stande zu bringen, so rathsam halte er es doch, daß noch dieser Ständeversammlung der Verfassungsentwurf vorgelegt werde, da das Land die Sache bereit zu sehn wünsche und im entgegen gesetzten Falle vor allen Dingen erst die Wahlgesetze verbessert werden müßten, auch eine Commission nicht wohl der künftigen Ständeversammlung, von welcher sie nicht gewählt sey, Berichte abstaten könnte. Indessen würde für die Zeit, welche die Commission zu ihren Arbeiten bedürfe, eine Vertagung der Ständeversammlung nöthwendig seyn.

Herr Hüpeden: Mehr Feuer für diese Angelegenheit brauche man nicht zu wünschen; das sey genügend vorhanden. Die Nothwendigkeit einer neuen Verfassung sey ihm nicht zweifelhaft. Die Ereignisse in den Nachbartsstaaten und einzelne schon gefasste Beschlüsse, deren Ausführung wesentliche Veränderungen in der bestehenden Verfassung herbeiführen, machten solche Nothwendigkeit noch dringender.

Herr Hofe: Der Antrag auf eine neue Verfassung sey ihm angenehm gewesen, theils weil durch so manche Verände-

rungen im Innern unsers Landes und nach dem Aufhören der deutschen Reichsverfassung manche Verhältnisse unklar geworden seyen, theils weil der Wunsch in so vielen Petitionen ausgesprochen worden.

Bei den früher in Vorschlag gebrachten Veränderungen einzelner Theile der Verfassung habe man vielleicht geglaubt, daß er dem Verfassungsantrage sich widersetzen wolle und deshalb eine commissarische Prüfung jener Gegenstände gewünscht habe. Das sey aber nicht der Grund gewesen; er habe nur gewünscht, daß das Zusammengehörende vereinigt werde, zumal es sehr schwer seyn möchte, mit der ersten Kammer in Harmonie zu kommen, wenn man einzelne Theile der bestehenden Verfassung herausreißte.

Die Regierung habe nicht geschwankt, sondern nicht anders handeln können. In den verschiedenen Petitionen sey theils der Wunsch nach einer neuen Verfassung nur sehr allgemein ausgedrückt, theils seyen namentlich in Beziehung auf die Ausdehnung derselben über das ganze Land oder über nur einzelne Provinzen sehr widersprechende Wünsche ausgesprochen, deshalb habe die Regierung vor allen Dingen erst die Ansicht der allgemeinen Ständeversammlung kennen lernen zu müssen geglaubt.

Daß nicht weiter gegangen werden solle, als die Nothwendigkeit fordere, habe er fast aus allen Votis zu seiner Freude vernommen. Wie man sich einerseits an das Bestehende werde halten müssen, dürfe man anderseits das Veraltete, wenigstens vor Jahrhunderten rechtlich begründete, nicht conserviren wollen, sondern nur das, was mit dem Wohl des Ganzen verträglich sey. Eben so wenig dürfe man auf Beibehaltung des Provinziellen ängstlich bestehen, wenn man nicht statt einer, mehr als zwanzig neue Verfassungen haben wolle.

Herr Rummann: Stände dürfen nur die höchste Stufe ihres Petitionsrechts beschreiten, die Nothwendigkeit einer neuen Verfassung schildern, die Initiative aber lediglich dem Gouvernement in der Masse überlassen, daß selbiges einen ausgearbeiteten Entwurf vorlege.

Nachdem hierauf die Proponenten des Hauptantrags und der verschiedenen Verbesserungsanträge sich dahin vereinigt hatten, „daß Sr. Majestät geruhen möge, unter Mitwirkung landständischer Commissarien, und zwar von 7 Mitgliedern jeder Kammer, eine zeitgemäße Verfassungsurkunde für das Königreich entwerfen und den Ständen baldmöglichst vorlegen zu lassen,“

wurde dieser Antrag bei der ersten Abstimmung von 45 gegen 8 Stimmen angenommen.

XIX. In der neunzehnten Sitzung am 29. März kam es zunächst zur zweiten Berathung über denselben Gegenstand.

Herr Stüve fand, daß der gestern beschlossene Antrag zu allgemein und unbestimmt laute. Er wünsche theils, daß in dem Antrage mit Bestimmtheit ausgedrückt werde, daß man das Bessere auf das Bestehende zu gründen beabsichtige, theils den Ausdruck größerer Entschiedenheit. Wie wollen unferstig etwas sehr Wichtiges und dürfen uns nicht verhehlen, daß wir gewichtsvolle Gegner haben. Die zweite Kammer dürfe sich deshalb jetzt nicht schwach zeigen, sondern müsse ihren Beschluß mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft durchsetzen. Durch Temporisiren können wir Alles verlieren. Jetzt seyen wir noch in der Lage, ruhig erwägen zu können. Wie werden Widerstand finden, aber wenn wir nur mit Festigkeit fortschreiten, werden wir ihn besiegen. Viele glauben vielleicht, wenn nur erst der Westwind aufhöre, und der Wind stärker aus Osten wehe, könne man wohl noch das Alte aufrecht erhalten. Einige Jahre möchte dies vielleicht gehen, aber es würde ein speerdtliches Ende nehmen. Bis jetzt habe man dieses zu erkennen versäumt. Man habe geglaubt, auf festem Boden zu stehen, und stehe doch in der That auf einem Vulkan. — Würden wir unsern Entschluß nicht durchlegen, so sey unsere Stellung auf's Höchste gefährdet, denn das ganze Volk erwarte es und fürchte, daß in Commissionen jede gute Sache zur Ruhe gebracht werde.

Diese Ansicht dürfe nicht auskommen. Deshalb müssen wir wissen, was wir thun wollen, wenn unser Beschluß Widerstand finde.

Von der Regierung dürfen wir Unterstützung erwarten, und so müssen wir uns darauf setzen, nicht eher Steuern zu bewilligen, bevor nicht unfre Anträge wegen der Domainen und wegen der Essentialität der Verhandlungen an den König abgegangen sind.

Es sey oft leichtsinnig von Verweigerung der Steuern gesprochen. Jetzt aber komme es darauf an, das Höchste zu erreichen, und daran müsse man auch das Höchste setzen.

Von diesem Standpunkte aus betrachtet, erscheine die gestern beschlossene Fassung des Antrages etwas schwankend, weshalb er als Verbesserungsantrag folgende Fassung vorschlage:

„Stände erkennen in dem Zustande der gegenwärtigen Grundgesetze des Königreichs, die theils durch Aufhebung der Reichsverfassung, theils durch Vereinigung des Landes in ein Ganzes ihren Zusammenhang und ihre alte Bedeutung verloren haben, und in den Verhältnissen der gegenwärtigen Zeit die unabänderliche Nothwendigkeit, noch

vor dem Schluß dieses Landtags ein Grundgesetz zu Stände zu bringen, das, auf dem bestehenden Rechte beruhend, solches ergänze, zeitgemäß verbessere und vorzüglich durch klare Gesetzesworte die Verfassung vor Zweifel und Angriff schütze. — Wie nun Stände der Ansicht sind, daß ein solches Werk — das wichtigste, das ihnen obliegen kann, — nur durch einseitiges Zusammenwirken Sr. Majestät des Königs und der getreuen Stände gelingen könne; so haben sie beschloffen, Sr. Königliche Hoheit den Weiskönig zu ersuchen: daß Höchsterseits geruhen wolle, kraft der Ihm übertragenen Gewalt, oder nach zuvor eingeholter Allerhöchster Genehmigung, Königliche Commissarien zu ernennen, um gemeinschaftlich mit ständischen Commissarien, ohne einigen Verzug, ein Staatsgrundgesetz zu entwerfen und diesen Entwurf noch dem gegenwärtigen Landtage zeitig vorlegen zu lassen. Zugleich haben Stände beschloffen, ihrerseits jenen Königlichen Commissarien 7 Mitglieder aus jeder Kammer als ständische Commissarien beizugeben.“

Im Allgemeinen fand man zwar gegen diese Fassung des Antrages nichts zu erinnern, insofern erregte der darin enthaltene Ausdruck: „auf dem bestehenden Rechte beruhend,“ lebhaften Widerspruch.

Herr Lünkel meinte, es werde damit viel zuviel gesagt. Zeitgemäße Fortschritte können nicht statthaben, wenn man auf das Bestehende basire. Der Ausdruck müsse gemildert werden.

Herr Christiani begreift nicht, wie man die Verfassung auf dem bestehenden Rechte beruhen lassen könne, wenn man ganze Institutionen verwerfen wolle, wie namentlich die Leibeigenschaft, den Preßzwang und die Nichtverantwortlichkeit der Minister. Er schlug daher vor, statt jener anstößigen Worte „unter möglichster Berücksichtigung des bestehenden Rechts, in so fern es noch zeitgemäß sei,“ zu setzen.

Herr Stüve: Die Grundlage der neuen Verfassung müsse das bestehende Recht sein. Wie wollen kein Recht umstoßen, sondern nur was dem Gemeinwohl schädlich, verbessern. Verbesserungen haben zu ihrem Maßstabe das Bedürfniß der Zeit; wie weit sie gehen würden, könne jetzt noch nicht bestimmt werden. Die Worte seien ihm gleichgültig, aber die Basis müsse das Bestehende sein. Der Ausdruck „Berücksichtigung“ scheine ihm höchst schwankend und willkürlich. Entweder auf das Bestehende, oder auf Theorien müssen wir gründen; das Letztere aber wollen wir Alle nicht. — Was es denn sei, worauf unsere bestehende Verfassung beruhe? — Leibeigenschaft, Preßzwang, Unverantwortlichkeit der Minister? — das seien nur zufällige Anwüchse. Die rechten Grundlagen seien: das Königthum,

die Vertretung des Volks und die mit dieser Vertretung verbundenen Rechte.

Die Herren Christiani, Lünkel, Freudentheil, Serres und Heitger behaupteten dagegen, die obgenannten Institutionen seien keine Zufälligkeiten, sondern historisch begründet und aus der entwickelten Gewalt der Monarchie hervorgegangen. — Die Beurtheilung des Zeitgemäßen beruhe eben sowohl auf individueller Ansicht und sey nicht weniger schwankend als die Berücksichtigung.

Herr Rose hielt die Fassung des Stüveschen Verbesserungsantrages für unbedenklich und genügend. Durch unsern Antrag werde eine bedeutende Widerstandskraft hervorgerufen und man müsse deshalb sehr vorsichtig sein und nicht die Beforgniß rege machen, als wolle man alles Bestehende ohne Noth über den Haufen werfen, was höchst gefährlich sein möchte.

Es scheint ihm übrigens nicht zweckmäßig, jetzt zu drohen und von Steuerverweigerung zu sprechen, und er hoffe zu Gott, daß es dahin in unserm Lande nie kommen werde.

Herr Rumann hielt gleichfalls dafür, daß wie durch die Fassung der Worte der Gegenpartei keinen Anstoß geben dürfen. Wie haben nicht bloß mit der ersten Kammer, sondern auch mit dem Souveränement zu thun, und letzteres schweize.

Nachdem nun noch die Herren Breusing, Schlesig, Kettler, Reußel und Meyer für den Stüveschen Antrag gesprochen hatten, da derselbe die Absicht zeitgemäßer Verbesserung und Ergänzung bestimmt ausdrücke, und daher die Beforgniß von Mißdeutungen ausschliesse, wurde derselbe, nach Ablehnung des Christianischen Verbesserungsantrages durch 44 gegen 11 Stimmen, von 46 gegen 9 Stimmen angenommen.

Bei der dann folgenden zweiten Abstimmung über die Proposition des Königlichen Cabinets-Ministerii, den Wahl- und Schlichte-Ricent betreffend, wurde letztere, nachdem Einzelne auf Vereinerung des Roggennechts, auf Bestimmung eines verschiedenen Ricenttages für Dshen, Kabe und Käber, auf Ermäßigung des Ricents für die Grenzorte, auf Ausdehnung desselben auch auf kleinere Städte u. s. w. gerichtete Verbesserungsanträge abgelehnt waren, einstimmig angenommen.

XX. In der zwanzigsten Sitzung am 30. März erstattete Herr Stüve Namens der gemeinschaftlichen Commission mündlichen Bericht über das Resultat ihrer Prüfung der Frage über die Verantwortlichkeit der ständischen Verhandlungen, einer Frage, welche die Commission von den übrigen ihr aufgetragenen, erst auf die künftige Ständeversammlung sich beziehenden Fragen über Diäten und Regierungs-Commissarien

wegen der gewünschten Beschleunigung zu trennen sich verpflichtet gehalten habe.

In der Commission sey man darin einverstanden gewesen, daß eine mehrere Publicität, als bisher, notwendig und zweckmäßig sey; und wenigleich Zweifel darüber geäußert worden, ob schon jetzt die Zulassung von Zuhörern rathsam sey, so habe man doch erkannt, daß eine Oeffentlichkeit durch den Abdruck der Protocolle nicht genüge, weil in die Protocolle nicht alle vota ausführlich aufgenommen werden können und überdies der Abdruck als offizielle Mittheilung hinsichtlich der darin aufgenommenen Abstimmungen zu weitläufigen und zeitraubenden Discussionen über die Protocolle selbst führen würde.

Die Commission halte daher die Zulassung von Zuhörern für den zweckmäßigsten modus.

Was nun dabei die Einrichtung des Locals betreffe, so sey nach dem Urtheile des Hof-Mauraths Witting selbige zwar nicht in dem bisherigen Locale der zweiten Kammer, wohl aber mit einem Kostenaufwande von 544 Rthlr. in dem jetzigen Theatralen thunlich. — Die Zulassung selbst halte die Commission, wenigstens für den Anfang nicht ohne Beschränkung, sondern gegen Einlaßkarten rathsam, über welche demnächst das Genauer zu bestimmen seyn werde. Sowie sie ferner dafür halte, daß jedenfalls die Zulassung von Zuhörern überhaupt in die Befugniß einer jeden Kammer für sich zu stellen sey, so scheine ihr auch der Vorbehalt nothwendig, daß auf den Antrag auch nur eines Mitgliedes die Zuhörer sich entfernen müssen. Weil aber der Werth jener Publicität besonders bedingt sey durch eine gewisse Pressfreiheit, diese aber an sich nicht in dem Auftrage der Commission gelegen, so habe die Commission, um die Oeffentlichkeit nicht bis zur Erledigung des Antrages auf Pressfreiheit überhaupt aufzuhalten, die zweckmäßigste Verbindung mit den demalsten noch bestehenden Censur-Gesetzen darin zu finden geglaubt, daß den Präsidenten jeder Kammer die Censur derjenigen öffentlichen Mittheilungen übertragen werde, welche über die Verhandlungen der betreffenden Kammer von Seiten jener Zuhörer bekannt gemacht werden wollen.

Hierauf legte der Herr Referent den schriftlichen Antrag der Commission unter der Voraussetzung der Möglichkeit der Locals-Einrichtung dahin vor:

Bei des Königs Majestät darauf anzutragen:

1. daß den beiden Kammern verstatlet werde, Zuhörer unter Ausstellung von Einlaßkarten dergestalt zuzulassen, daß dieselben auf den Antrag eines Mitgliedes sich entfernen müssen;
2. daß den Zuhörern freigestellt werde, Notaten über die Verhandlungen durch den Druck bekannt zu machen;

3. daß jedoch diese abzudruckenden Nachrichten der Censur der Präsidenten derjenigen Kammer unterliegen, deren Verhandlungen darin enthalten seyen.

Im Allgemeinen ward dieser Vorschlag der Commission mit Beifall aufgenommen. Zwar wollte Herr Kern, zur Vermeidung von Zeitverlust, den Antrag nicht an des Königs Majestät, sondern an des Vicekönigs K. H. nach der Ihm versprochenen Gewalt, oder nach eingeholter Allerhöchster Genehmigung, gerichtet sehen; auf die Bemerkung des Herrn Rose jedoch, daß es nicht angemessen sey, wenn Stände einseitig von der bisherigen Form ihrer Communication mit königlichem Cabinets-Ministerio abweichen wollten, war derselbe damit einverstanden, daß jener Antrag an das königliche Ministerium gerichtet werde.

Hinsichtlich der Entfernung der Zuhörer glaubte Herr Knefel, in der Befugniß eines einzigen Mitgliedes die Gefahr einer zu großen Ausdehnung zu finden und wünschte, selbige von dem Beschlusse der Majorität abhängig zu machen. Allein anderseits legte man einen großen Werth auf das Recht eines jeden Einzelnen und fand in der öffentlichen Meinung selbst eine hinreichende Gewähr gegen den Mißbrauch.

Rückichtlich der Censur der Präsidenten endlich vermisse Herr Christiani die Bestimmung, daß von dem, was wirklich vorgekommen, nichts gestrichen werden dürfe, da es ja bei größerem Local das ganze Publicum hätte hören können. Allein dagegen verwies Herr Rose auf die noch bestehenden Censur-Gesetze, wonach das, was die Präsidenten für unangemessen halten, vom Druck müsse ausgeschlossen werden dürfen.

Bei der ersten Abstimmung wurde darauf der obige Commissions-Antrag einstimmig genehmigt.

Der übrige Theil der Sitzung wurde der dritten Verathung über den gestern beschlossenen Antrag auf ein Staatsgrundgesetz gewidmet und zwar über dessen schon gestern discutierte Bezeichnung „auf dem bestehenden Rechte beruhend.“

Herr Christiani wiederholte seine frühere Bemerkung, daß Keiner wisse, was bestehendes Recht sey. In alten Pergamenten mögen wohl wichtige Rechte stecken, aber es gehe ihnen nicht wie Rastemeßern, die durch den Nichtgebrauch wieder scharf würden.

Außer den schon früher bemerktlich gemachten Beispielen führte er noch an:

- a. die Integrität des Königreichs, von welchem Provinzen getheilt seyen ohne Zustimmung der Stände;
- b. die Unverfehlung des Königs, welche die Stände nicht genehmigt hätten;
- c. die Einsetzung eines Regenten für die Dauer der Ge-

mühsamkeit Georgs III., wobei Stände eben so wenig zugezogen wären.

Er machte deshalb den Verbesserungsantrag, daß hinter die Worte: „auf dem bestehenden Rechte“ eingeschaltet werde: „so weit es mit dem Wohl des Staats vereinbar ist.“

Herr Lünzel wünschte gar keine Motive der Inhaltspunkte in den Antrag aufgenommen zu sehen. Der Commission sey das höchste Vertrauen zu schenken, und so müsse man von ihr erwarten, daß sie das Beste auffinde. Jede Andeutung, — und mehr werde der Antrag doch immer nicht enthalten können, — unterliege nur zu leicht der Mißdeutung.

Herr Keuffel wünschte, daß man den bei der ersten Abstimmung concludirten allgemeinen Antrag wieder aufnehmen möge, welchem sich Herr Freudentheil mit dem eventuellen Verbesserungsantrage angeschlossen, die gesten concludirte höchst capitiös scheinende Fassung dahin abändern:

„welches (Grundgesetz) von dem bestehenden Rechte ausgehend, solches thunlichst berücksichtige, ergänze und den Bedürfnissen der Zeit gemäß verbessere u. s. w.“

Alein die Herren Schlegel, v. Pape, Mose, v. Werthhof, Wiedemeyer, Jacobi, Thebinga und Siawe vertheidigten die gesten beschlossene Verfassung aus den bei der zweiten Abstimmung entwickelten Gründen.

Den Verbesserungsantrag des Herrn Christiani hielten sie theils für überflüssig, in sofern er nur ausspreche, was ohnehin für Alle das höchste Gesetz seyn müsse, theils für bedenklich, in sofern dadurch beabsichtigt werden solle, den individuellen Ansichten über das Wohl des Staats ein freies Feld zu öffnen.

Nachdem nun noch der Christiani'sche Verbesserungsantrag durch die Herren Cichorn und Meyer unterfüßt war, da sein Inhalt Niemandem Anstoß geben könne und er gleichwohl zur Verhütung der über die geistige Beschlußnahme Unzufriedenen gereiche, mithin nicht überflüssig genannt werden dürfe, wurde derselbe bei der darauf erfolgten Abstimmung von 27 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Gleichergestalt wurde der Lünzelsche Antrag durch 45 gegen 6, der Keuffelsche durch 48 gegen 3, der Freudentheilsche durch 41 gegen 10 Stimmen abgelehnt, und darauf der geistige Beschluß von 43 gegen 8 Stimmen bestätigt.

XXI. In der einundzwanzigsten Sitzung am 7. April ist zunächst am 30. März gefaßte Beschluß über die Befestlichkeit der ständischen Verhandlungen ohne weitere Berathung bei der zweiten Abstimmung bestätigt.

Sodann ist eine Mittheilung erster Kammer in Betreff

des Domainen-Punktes verlesen worden, welche wörtlich so lautet:

Die erste Kammer hat, indem sie die bei dem Antrage auf das Erbieten zu einer Civilliste in Betracht zu ziehenden politischen und staatsrechtlichen Gesichtspunkte für jetzt unerörtert läßt, sich von den finanziellen Vortheilen zu überzeugen dermalen nicht vermocht, welche die beabsichtigte Vereinigung der landesherrlichen mit der ständischen Cassé, die daraus folgende ständische Administration der Domainen und die hiedurch herbeigeführte Veränderung der bisher befolgten Administrations-Grundsätze — verbunden mit einer dagegen auszuwerfenden angemessenen Civil-Liste — für das Beste des Landes und für einen großen Theil der Unterthanen gewähren möchten.

Zudem hält erste Kammer es für bedenklich, mit einem Antrage behufs Annahme einer Civil-Liste hervorzugehen, bevor nicht ein genaues Verzeichniß der dieselbe nachhaltig ausmachenden einzelnen Positionen, sowie ein detaillirter Anschlag des nachhaltigen Ertrages sämmtlicher, an deren Stelle der Landeskasse zu überweisender Domainal-Einkünfte und der auf dem domaino ruhenden Lasten vorliegt, und bevor nicht der Einfluß erwogen ist, den das bereits angeklündigte Ablösungsgesetz auf die Substanz des domainii äußern werde.

Von diesen Betrachtungen geleitet, hat die erste Kammer, nach sorgfältiger Erwägung und nach dreimaliger Abstimmung, den auf das Erbieten zu einer Civil-Liste und Vereinigung der Cassen gerichteten Antrag der zweiten Kammer zur Zeit abgelehnt.

Dagegen hat sich erste Kammer, in Erwägung, daß es wünschenswerth sey, dem Lande die vollständigste Ueberzeugung von der Suffizienz des domainii zur Tragung der auf selbigem ruhenden Lasten, sowie eines der Würde der Krone nachhaltig entsprechenden Etats zu gewähren, zugleich aber zu übersehen, ob und in wie fern nach Abzug dieser Ausgaben etwa noch einige Mittel zur Uebernahme eines vermehrten Zuschusses zu den Landekassen übrig bleiben, dem zweiten Theile des Antrages zweiter Kammer, welcher sich auf die Vorlegung detaillirter Nachrichten von dem Bestande und gegenwärtigen Betrage des königlichen domainii sammt den darauf lastenden Ausgaben aller Art bezieht, angeschlossen und daher in Uebereinstimmung mit zweiter Kammer beschloffen, ein hierauf gerichtetes Gesuch an das königliche Ministerium zu erlassen. —

Hierauf ist die Ministerial-Proposition wegen des Majestätens unbedingt, wegen des Schlichte-Ricents aber mit der Modification zum dritten Male genehmigt, daß nach dem Wunsche des Herrn Boke in dem Uebereinerungsschreiben an königliches Ministerium demselben eine Ermäßigung des vorgeschla-

genen Licent-Sages für die in der Stadt Emden zu consumirenden nütternen Kälder anheim gestellt werde.

Endlich ist bei der zweiten Abstimmung über den Antrag des Herrn Adicks statt der früher beschlossenen commissariischen Untersuchung

- a. die Aufhebung der Abgabe des sogenannten Herrenforts im alten Lande Wursten im Durchschnittsbetrage von jährlich 4522 Rthlr. 17 Gr. 11 Pf. gegen Entschädigung des domanii aus der Landescaffe genehmigt;
- b. die in Antrag gebrachte Aufhebung des Geester- und Marsch-Schages aber abgelehnt und
- c. von dem das neue Land Wursten betreffenden Antrage absehen des Herrn Proponenten abstatirt worden.

XXII. In der zweiundzwanzigsten Sitzung am 8. April machte zuvörderst Herr Lünzel einen Antrag: daß Se. Majestät der König ersucht werde, die Realisirung des Artikels 19. der Bundesacte, nach welchem die Bundesglieder sich vorbehalten haben, bei der ersten Zusammenkunft der Bundesversammlung in Frankfurt wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten, sowie wegen der Schifffahrt, nach Anleitung der auf dem Congress zu Wien angenommenen Grundsätze, in Berathung zu treten, — thunlichst zu befördern.

Sobann wurde eine an die Ständerversammlung gerichtete Petition der Stadt Soltau verlesen, welche den Wunsch enthält, daß die von Celle nach Lüneburg zu erbauende Chaussee über Soltau und Amlinghausen gelegt, und dadurch nicht nur der öbste Theil der Lüneburger Heide belebt, sondern auch der sinkende Wohlstand der in statistischer Hinsicht merkwürdigen Stadt Soltau gehoben werden möge. Auf den Antrag des Herrn General-Syndicus wurde diese Petition an die in Betreff der Lüneburg-Celler Chaussee demnächst niederzusetzende Commission verwiesen.

Ferner wurde der schon gestern zur ersten Berathung gezogene Antrag des Herrn Hüpeden, auf Bewilligung einer Pension für den vormaligen Pöbellen der zweiten Kammer, Hecker, dahin, daß ihm bis zu seiner anderweiten Wiederanstellung eine

jährliche Pension von 75 Rthlr. ausgeworfen werde, zum zweiten Male genehmigt.

Hierauf sähete die Tagesordnung auf den Antrag des Herrn Freudentheil:

„die Hausr-Verordnung einer sorgfältigen Revision zu unterziehen und sie zur Belegung des inländischen Verkehrs zu vervollständigen und zu schärfen.“

Nachdem die Berathung dieses Antrages einstimmig beschlossen war, schiederte der Herr Proponent die großen Nachtheile, welche, nachdem die Hausrverordnung staßl geworden sey und ihren Zweck nicht mehr erreiche, besonders durch die Klepenträger und Mustereiter, dem inländischen Handel erwachsen, in einem weitläufigen schriftlichen Vortrage. Die Herren v. Bodungen und Dommes bemerkten, daß eine allgemeine Hausrverordnung gar nicht existire, und daß die geschilderten Nachtheile hauptsächlich aus der Nichtbefolgung der in den einzelnen Provinzen vorhandenen herrühren, weshalb eine Revision aller und Aufstellung möglichst allgemeiner Grundsätze wünschenswerth seyen.

Herr Breusing wünschte, den Begriff des Hausirens genauer festgestellt zu sehen; nur das Feilbieten der Waaren in den Häusern sey zu untersagen, das Mustereiten aber nur in sofern, als es bei Nichtaufleuten geschehe.

Herr Lünzel meinte, Freiheit sey die Seele des Handels; noch mehrere Einschränkung desselben sey höchst gefährlich, und allgemeine Grundsätze seyen schwerlich durchzuführen, wozogen Herr Christiani dieses Princip in unserm Lande für unanwendbar hielt, welches ihm vielmehr vorkomme, als wolle man freien Blutumsatz bei einem Menschen, der Arme und Weine verloren habe.

Nachdem noch Herr Serres große Vorsicht bei Ertheilung von Concessionen zum Hausrhandel anempfohlen, und Herr Hies den Umfang des Hausirens in der Residenzstadt geschickt hatte, wurde per majora beschlossen, Königlichs Ministerium um Revision der bestehenden Hausr-Verordnungen und um Entwurf einer allgemeinen Hausr-Verordnung, unter Berücksichtigung der provincziellen Verhältnisse sowohl, als der gegenwärtigen Handelsverhältnisse, zu ersuchen.

(Beschlus folgt.)

Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten

des
Königreiches Hannover
und des
Herzogthums Braunschweig.

In zwanglosen Heften herausgegeben

von
S. P. S a n s,
Advocaten in Gelle.

Viertes Heft.

Braunschweig, Verlag von Friedrich Vieweg. 1831.

Inhalt: VIII. Darstellung der Verhandlungen der zweiten Kammer der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreiches Hannover vom Jahre 1831. (Schluß.) XIV. Ueber das System der zwei Kammern, mit besonderer Rücksicht auf das Königreich Hannover. — XV. Critische Bemerkungen über den ständischen Gesetzentwurf, betreffend: die bei Auflösung der Grund- und gutserblichen Rassen, und Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse zu befolgenden Grundsätze. — XVI. Noch etwas über die Auflösung und Ausgleichung der bäuerlichen Reallasten. —

VIII.

Darstellung

der Verhandlungen der zweiten Kammer der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreiches Hannover vom Jahre 1831.

(Schluß.)

Sodann wurde der Antrag des Herrn Wahlmann:

den im Calenberg'schen von den kleinen Städten, den Flecken und dem platten Lande bislang in die Domänen-Casse entrichteten Landscap, der den Charakter einer Grundsteuer habe, gegen eine aus der Landescaße zu leistende Entschädigung des domanii für die Zukunft aufzuheben, zur ersten Berathung gezogen.

Der Herr Proponent verlas einen Aufsatz, in welchem die durch die Verbenennung des hiesigen Archivs herbeigeführte Unmöglichkeit, die jenem Landscap anlebende Natur einer Grundsteuer durch Urkunden zu beweisen, geschildert, sodann aber eine Menge von Wahrscheinlichkeitsgründen für die behauptete

teite Grundsteuer-Qualität angeführt waren, und stützte sich auf den Beschluß der Stände vom Jahre 1825, durch welchen die Aufhebung aller die Natur einer Grundsteuer habenden Abgaben verheißen worden.

Herr Künzel unterstützte diesen Antrag, wünschte jedoch eine Erweiterung desselben auf die vormalig zum Calenberg'schen gehört habenden Ämter des Stiftes Hilbersheim.

Herr Schöve meinte, so gerecht auch die vorgetragenen Wünsche seien, so werde doch durch Vereinzelung derselben ein Weg zu neuen Ungerechtigkeiten gebahnt. Nur zu Gunsten derjenigen Provinzen und Communen, welche in der Kammer vertreten seyen und daher specieller Fürsprache sich zu erfreuen haben, sey bis jetzt die Gerechtigkeit geübt, die doch Allen, die sich in ähnlicher Lage befinden, zu Gute kommen sollte. Er wünschte daher die Niederlegung einer Commission, um in Folge der zu hoffenden Vereinigung der landesherrlichen Cassen mit den ständischen eine Untersuchung anzustellen über sämmtliche in's domanium bisher geflossenen Einkünfte, welche die Natur einer Grundsteuer haben, — nahm jedoch diesen Verbesserungsantrag, nachdem Herr Nöse auf die große Schwierigkeit und auf die Bedenkllichkeit bei der jetzigen Lage der Landescaßen, den

Ansprächen der Einzelnen entgegen zu kommen, aufmerksam gemacht hatte, freiwillig zurück.

Herr Kumann glaubte, daß eine von Herren Freudentheil in Antrag gebrachte Commission zur Untersuchung dieses speciellen Gegenstandes, bei dem gänglichen Mangel von zu prüfenden datis, kein Resultat liefern würde, und schlug vor, Königlich-Ministerium um eine Mittheilung über die von selbigem näher zu untersuchenden Verhältnisse des Calenbergischen Landtschages, welcher allerdings die Natur einer Grundsteuer zu haben scheine, zu ersuchen.

Dieser Verbesserungsantrag wurde darauf, nachdem auch der Längelsche Antrag wegen Ausdehnung auf einzelne Hildesheimische Aemter angenommen war, per Majora genehmigt.

Endlich kam noch der Freudentheilsche Antrag:

„Königliches Cabinets-Ministerium um die Erlassung eines Gesetzes zu ersuchen, wodurch dem Geldwucher, dem sich manche sogenannte Geld-Negotianten zum Bedruck der Schuldner bei Anschaffung von Capitalien erlauben, Einhalt gethan, und die Geldnegocien bestimmten vereideten Personen ausschließlich für eine gewisse mäßige Taxe zugewiesen werden.“

zur Berathung. Der Herr Proponent schilderte den großen Unfug, der hauptsächlich zum Bedruck des Landmanns von Geldnegocianten getrieben werde, und grüßte darauf die Nothwendigkeit einer allgemeinen und strengen Verordnung.

In der Discussion, an welcher die Herren Ahles, Längel, Kern, Breusing, Christiani, Lampe, Schlegel, v. Weethof, Blumenbach und Stüve Theil nahmen, wurde zwar der geschilderte Unfug als sehr bedägenwerth anerkannt; indessen fand man es höchst bedenklich, gerade in den jetzigen Zeiten eine Verordnung zu erlassen, welche eigentlich zum Reßor der Polizei gehöre und so lange nicht das Spottbekenntnis im Lande gebessert sey, zu dem gewünschten Zweck schwerlich führen werde, vielmehr die ohnehin schon bedrängten Schuldner nur in größere Verlegenheit stützen könne.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag per Majora abgelehnt.

XXIII. Die dreißigste Sitzung am 9. April wurde durch die zweite Abstimmung über den gestrigen Beschluß, in Betreff einer Hausz-Verordnung, eröffnet und selbiger ohne weitere Berathung einstimmig bestätigt.

Sodann schritt man zur ersten Berathung über das sechsgezte Ministerial-Postscript, die Fortbewilligung des Unterstützungsfonds zu Beförderung der Gemeintheittheilungen bettreffend.

Herr Baring bemühte sich, die Nothwendigkeit einer fernern Bewilligung der außer den jährlich feststehenden 5000 Rthlr. bis zum 1. Juli d. J. bewilligten 3000 Rthlr. Cassen-M. auf die nächsten 6 Jahre zu zeigen. Indessen meinte Herr Christiani, daß vor allen Dingen über die Verwendung der bisher bewilligten Gelder erst Rechnung abgelegt werden müsse, daß man der nächsten Ständerversammlung durch eine Bewilligung auf 6 Jahre nicht vorgeifen dürfe, und daß es überhaupt die Politik des Hauses erfordere, nicht eher Gelder zu bewilligen, bevor nicht die gerechten Wünsche des Landes vom Gouvernment gehörig berücksichtigt seyen.

Herr Längel rühmte die segensreiche Wirkksamkeit des Landesökonomie-Collegii, meinte jedoch, daß auch in dieser Beziehung Mangel an Deffentlichkeit Mißtrauen erweckt habe, welches sich in Klagen über die Langsamkeit des Geschäftsganges und dadurch vermehrte Kosten vielfeilt ausbreite. Auf ein Jahr fand er die Fortbewilligung unbedenklich.

Herr Baring versicherte, daß das Landesökonomie-Collegium dem Ministerio jährlich Rechnung ablege, welche auf den Wunsch der Stände gewiß wurde mitgetheilt werden. Der Grund der Langsamkeit des Geschäftsganges liege nicht sowohl in den seltenen Versammlungen der zerstreut wohnenden Mitglieder des Collegii (denn die meisten Entscheidungen circuliren, und bei den vierteljährigen Zusammenkünften werden alle Reßtanten jedes Mal beseitigt), als vielmehr in dem Mangel an beachbaren Arbeitern.

Herr Stüve hatte gegen die Bewilligung auf ein Jahr nichts zu erinnern, wünschte aber genauere und verständlichere Mittheilungen über die Resultate der Wirkksamkeit des Collegii. In den Provinzen, über welche letztere sich nicht erstrecke, seien die Gemeintheittheilungen nicht minder und ohne Zuschüsse aus der Landescaße vor sich gegangen. Es werde eine sorgfältige Prüfung erforderlich seyn, ob nicht die Aufhebung des Collegii und die Verweisung der bisherigen Geschäfte an die Landdrostien dem Lande nützlicher sey.

Das Collegium habe seine Wirkksamkeit viel zu weit ausgebeht und eine Vormundschaft über den Landmann sich angemäße, deren derselbe jetzt nicht mehr in so hohem Grade bedürfe. Im Denabrischen, wo keine Feldmesser beoidet werden, fehle es nicht an tüchtigen Arbeitern. Die Verwendung des ursprünglichen Unterstützungsfonds zu Bewoldungen erscheine unangemessen, weshalb er die Trennung des Erstern vom Bewoldungs-Fonds in Antrag bringe.

Herr Rose hielt die Mittheilungen der Rechnungen für unbedenklich, sobald Stände sie wünschten, die Trennung der Fonds fand er aber nicht nützlich, denn man dürfe im Budget

der allgemeinen Ständeverammlung nicht zu sehr specialisiren. Eine Verworsung der Geschäfte des Landesökonomie-Collegii an die Landdrostieien werde in finanzieller Beziehung wohl schwerlich Nutzen bringen, da solche nicht ohne eine Vermehrung des Landdrostie-Perionals geschehen könne. Die Bewilligung auf nur ein Jahr werde die Administration lähmen und den Gemeinden nachtheilig werden; man habe doch auch früher nie Bedenken getragen, auf eine Reihe von Jahren hinaus zu bewilligen.

Nachdem die Discussion eine geraume Zeit fortgeführt war, wurde bei der ersten Abstimmung die in Antrag gebrachte Summe von 32 gegen 17 Stimmen nur auf ein Jahr bewilligt und zugleich beschloffen, die desfalligen Positionen im Budget zu trennen, das Königliche Ministerium um Mittheilung über die Fortschritte der Gemeinheitsentscheidungen in allen Provinzen zu ersuchen und demselben eine Preisung der Rathsamkeit einer gänzlichen Aufhebung des Landesökonomie-Collegii, unter Verweisung der Geschäfte desselben an die Landdrostieien, zu empfehlen.

Hierauf wurde ein Ministerial-Schreiben vom 9. d. M., die Ablösung der bäuerlichen Lasten betreffend ¹⁾, verlesen, und nachdem noch der Antrag des Cabinets-Ministerii in Betreff eines von der Burgovogtei Celle 1806 geleisteten Casernements-Kosten-Vorschusses von 266 Rthlr. 27 Mgr. 4 Pf. Cassensmünze (Actenstücke Nr. 41.) ohne weitere Berathung einstimmig genehmigt war, zur dritten Abstimmung über die Aufhebung der Manneslisten übergegangen.

Herr Lampe verlangte eine nochmalige Berathung und wünschte:

a. daß auch das Kloster Bursfelde unter die aufzuhebenden Klöster mit aufgenommen, und

b. daß die Verwendung der Fonds künftig nicht für Kirchen und Schulen, welche ohnehin genug dotirt seyen, sondern „zu nughabren Ausgaben,“ z. B. zur Pensionirung von Staatsdienern, verwendet werden möge.

Herr Christiani war mit erstem Wunsch einverstanden und machte noch

c. den Verbesserungsantrag, daß, wie er schon bei der ersten Berathung gewünscht habe, die Aufhebung auch die mit Stiftern nicht verbundenen Vicarien treffe.

Herr von Werthof hielt die Aufhebung für unthunlich, weil, wenn auch der Reichs-Deputations-Hauptschluß von 1803 dem Landesherren das Recht dazu verleihe, das Fortbestehen der genannten Klöster durch Recte mit den einzelnen

Landschaften gesichert seyn werde, was man jedoch andererseits bezweifelte.

Herr Serres wünschte:

d. daß die Repräsentation der Stifter in der allgemeinen Ständeverammlung bis dahin, daß durch ein Staatsgrundgesetz ein Anderes bestimmt sey, beibehalten werde, — was man andererseits für Selbstverständniß erklärte.

Herr Schlegel verlangte im schlimmsten Falle, daß die Aufhebung der Klöster mindestens bis dahin, daß sämtliche Be- rechtigte und Expectivirte ausgestorben seyen, ausgesetzt werde.

Herr Wedemeyer hielt es für undanbar, dem Landesherren, der bis jetzt sämtliche Einkünfte von secularisirten Stiftern und Klöstern zu milden Zwecken verwandt habe, die Verwendung der aus den jetzt aufzuhebenden Stiftern fließenden Einkünfte vorschreiben zu wollen und kam eventuell auf den Wunsch einer Verhandlung derselben in Damentiftern zurück, wozu Herr Ables sich opponirte, da auch zu letztern nicht Diebstigkeit und Verdienst, sondern nur Connexionen den Eintritt verschaffen.

Nachdem nun noch von den Herren v. Werthof, Wedemeyer, Bogell und Schlegel die bereits bei den früheren Berathungen vorgekommenen Bedenken wiederholt, von den Herren Christiani und Störte aber widerlegt waren, verlas noch schließlich Herr v. Koben eine lange Rede, worin er vor dem mit der beabsichtigten Aufhebung verbundenen willkürlichen Eingreifen in Privatrechte um so dringender warnte, als ganz Europa auf uns blickte.

Bei der hiernächst ersolgenden dritten Abstimmung wurde der Verbesserungsantrag sub a. von 24 gegen 22 Stimmen genehmigt, der sub b. (nachdem der Proponent wegen der langen Dauer der Discussion sich bereits entfernt hatte) einstimmig abgelehnt, der sub c. von 26 gegen 20 angenommen, der sub d. per Majora genehmigt und endlich der Hauptantrag von 28 gegen 18 Stimmen bekräftigt.

XXIV. In der vierundzwanzigsten Sitzung der zweiten Kammer am 11. April wurde zuerst eine Petition der Amtsvorständen des Amts Soltau verlesen und an die demnächst niederzusetzende Commission wegen der Lüneburg-Celler Chaussee verwiesen, worin gebeten war, daß die ebenbedachte Chaussee über Soltau dirigirt und dadurch dem gänzlich darbedliegenden Holzhandel der Amtseingefessenen aufgehoben werden möge.

Sodann kam die in der 22sten und 23sten Sitzung beschlossene Hausordnung zur dritten Berathung, nach welcher die früheren Beschlüsse mit den Zufügen, daß dem Königlichen Cabinets-Ministerio empfohlen werden möge, bei Abfassung der

¹⁾ Actenstücke Heft VIII. Nr. 43, 44.

Verordnung ein summarisches Verfahren im polizeilichen Wege gegen die Contravenienten zu verfügen und besondere Aufmerksamkeit dem durch die Probenreiter veranlaßten Vordruck des inländischen Kleinhandels zu widmen, — zum dritten Male einstimmig bestätigt wurden.

Hierauf wurden die über das sechsgestaltige Postscript, die Fortbewilligung des Unterstüßungsfonds zu Verbesserung der Gemeinheitsbestellungen betreffend, und über den Antrag des Cabinets-Ministerii in Betreff eines von der Burgvogtei Celle 1806 geleisteten Casernements-Kosten-Vorschusses am 9. d. M. gefaßten Beschlüsse, ohne weitere Berathung bei der zweiten Abstimmung per Majora genehmigt.

Endlich wurde die Theilnehmung erster Kammer, in Betreff der Vereinigung der Domainen mit den Landessassen, in Berathung gezogen.

Von allen Seiten sprach man sich gegen das Verfahren erster Kammer, welche durch ihre ablehnende Erklärung in die directeste Opposition zum ganzen Lande getreten sey, mit Unwillen aus. Namentlich meinten die Herren Kern, Klingel, Christiani und Nyles, daß diese auf so nichtssagende Gründe gestützte Ablehnung eines Wunsches, den alle eingegangenen Petitionen als einen der wichtigsten Wünsche des Landes bezeichnend haben, eben sowohl darauf schließen lasse, daß die erste Kammer die Bedeutung unserer Zeit nicht begreifen wolle, als auf das Vorhandenseyn versteckter Gelände, welche wohl hauptsächlich auf den Wunsch, durch Verzögerung die ganze Sache zu vereiteln, basirt seyn möchten. Daß die zweite Kammer einem Beschlusse, an dem das Wohl des Staats zu scheitern drohe, sich nicht anschließen dürfe, vielmehr allen nur erforderlichen Widerstand dagegen leisten müsse, sey Selbstverständniß. Um indeß zunächst eine glückliche Umschwung erster Kammer zu versuchen, proponierte man eine Conferenz, wozu außer den General-Syndicis 7 Mitglieder jeder Kammer zu erwählen seyen.

Auch Herr Stüve verbreitete sich in einer langen kräftigen Rede über den beklagenswerthen Beschluß erster Kammer, durch welchen das Zweikammer-System, welchem er übrigens persönlich zugethan sey, in der Meinung des Volkes den härtesten Stoß erleiden werde. Er beleuchtete zunächst die angeführten Motive.

Gerade die wichtigsten politischen und staatsrechtlichen Gesichtspunkte habe erste Kammer ganz unerörtert gelassen und statt deren große finanzielle Nachtheile im Hintergrunde zeigen wollen. Zur Motivierung der Letzteren sey von ständischer Administration der Domainen gesprochen, welche doch direct weder notwendig noch wünschenswerth seyn möchte, da doch auch das Ober-Steuercollegium, welches die Landessassen verwalte,

eine königliche, und nicht eine ständische Behörde sey. — Eine Veränderung der Administrations-Grundsätze sey entweder nöthig oder nicht. — Im erstern Falle dürfe sie nicht als Grund gegen die Vereinigung der Cassen angeführt werden; im letztern würden auch Stände sie nicht wünschen. — Die angeführten Bedenklichkeiten in Betreff einer Civilliste hätten nur in der Beziehung scheinbaren Grund, in sofern man voraussetze, daß nicht das ganze domanium dem Lande überwiesen werde, was man nicht ohne Beleidigung gegen die Person des Königs besorgen dürfe. Jedenfalls sey für die Bestimmung der Größe der Civilliste eine weitere Discussion vorbeizuhalten, und wenn demnachst der König im Lande residire, würde derselbe doch vom Lande erhalten werden müssen, das domanium möge dazu ausreichen oder nicht. Das Ablosungsgeßetz hätte nicht als Grund gegen die Vereinigung angeführt werden sollen, sondern eben dafür; denn gerade bei der Ablosung hätten Stände das größte Interesse, über die künftige Anlegung und Verwendung der Ablosungskapitalien sorgfältig zu wachen, und das könnten sie nur, wenn die Vereinigung vorausgegangen sey. — Auf den allerwichtigsten Punkt, in wie fern von den Domainen mehr, wie bisher, zu den Landessassen beizugehen werden könne, welcher nie anders als durch eine Vereinigung der Cassen befriedigend werde gelöst werden können, sey erste Kammer ganz allein hineingegangen, habe aber dabei den ganz verkehrten Grundsatz aufgestellt, als sey die Landessasse principaliter, das domanium aber nur subsidialisch zur Bestreitung der Landessassen verpflichtet.

Diese Unwissenschaftlichkeit der Motive werde das Land bald genug erkennen, und der Sturm auf die erste Kammer werde dadurch bedeutend zunehmen. — Unsere Lage dabeil sey höchst gefährlich. Er hoffe zwar, daß das Ministerium für den Wunsch der zweiten Kammer sey, aber leider habe es auch über diesen hochwichtigen Punkt eine Zurückhaltung beobachtet, welche das Land den größten Gefahren Preis gebe.

Uns bleibe nichts übrig, als unsern Beschluß durch alle uns zu Gebote stehenden Mittel durchzusetzen. Aber was werde dann aus der Regierung? Sie werde in der Meinung des Landes hinter die zweite Kammer zurücktreten, sie werde verächtlich werden, — und das halte er für ein großes Unglück und wünsche deshalb dringend, daß die Regierung noch jetzt mit energischen Schritten hervortrete, damit nicht das ganze Land in Brand aufgehe.

Herr Wedemeyer: Der Versuch erster Kammer sey so ohnmächtig, daß er sich gar nicht darüber äußern möge, weil er furchten müsse, zu wem zu werden. Er wolle nur wün-

schen, daß zu der Conferenz Männer gewählt werden mögen, die dort eben so frei sprechen wie hier.

Herr Hofe meinte, die Kammern seyen einander doch so viele Achtung schuldig, an die Möglichkeit verschiedener Ansichten zu glauben. Er bezweifle nicht, daß es zur Vereinigung kommen werde, die er von Herzen wünsche. Er glaube nicht, daß der Ausdruck „beräthlich“ womit man die Stellung des Gouvernements bezeichnet habe, angemessen gewesen sey. Die Gründe des bisherigen Verfahrens des Ministerii seyen nicht weit zu suchen, wenn man bedenke, daß die in solchen Zeiten ohnehin schwierige Lage des Ministerii in Angelegenheiten, in welchen es gerade auf die Rechte und das Ansehen der allerhöchsten Person des Königs ankomme, durch die Entfernung von Letztem noch unendlich viel schwieriger werde. Das Ministerium glaube überhens unter schwierigen Verhältnissen bewiesen zu haben, wie sehr ihm das Wohl des Landes am Herzen liege, und so hoffe es auch, das Vertrauen des Landes wieder zu erlangen.

Herr Stüve: Er habe nicht gelagt, daß die Regierung bereits verächtlich sey, sondern daß sie, wenn alles Gute von der zweiten Kammer allein durchgesetzt werde, verächtlich werden könne. Wenn er auch jenen Ausdruck, den er in warmem Geiste ausgesprochen habe, zurücknehme, so bleibe die Sache doch wahr. Es sey die größte Kraftanstrengung, die möglichste Eile nothwendig, damit das Land beruhigt und einig sey, wenn der Krieg einbreche. Daß die Abwesenheit des Königs die Sache schwieriger mache, sey nicht zu leugnen. Aber es habe dem Ministerio auch eine geraume Zeit zu Gebote gestanden. Allgemein verbreitet sey das Gerücht von der Geneigtheit des Königs zu der Vereinigung der Cassen, und er vertraue jedenfalls auf dessen Weisheit, daß eine kräftige Vorstellung seiner betrauten Räte den erwünschten Eingang finden werde.

Herr Hofe: Er lebe nicht an Worten und wisse wohl zu unterscheiden, wenn Eifer für die Sache harte Ausdrücke einlege. Gerade weil er wisse, daß das Wohl des Landes dem vorigen Redner sehr am Herzen liege, habe ihn jener Ausdruck tief geschmerzt.

Er sey fest überzeugt, daß der König den Ansichten seiner Stände und der Vorstellung des Königs und des Ministerii seine persönlichen Vortheile willig aufopfern werde.

Jetzt aber müssen alle Vaterlandsfreunde freundlich zusammenwirken, und ganz Deutschland müsse einig seyn und für einen Mann stehen, um die gemeinsame Freiheit zu erhalten.

Nachdem noch ein Antrag des Herrn Serres, schon jetzt zu berathen, was man thun wolle, wenn erste Kammer nicht nachgeben würde, als zu voreilig keine Unterstügung gefunden

hätte, wurde der Antrag auf Eröffnung einer Conferenz von Allen, mit Ausnahme des Herrn Lampe, welcher die Vereinigung der Cassen für ganz unnöthig hielt, angenommen.

XXV. Die fünfundzwanzigste Sitzung am 12. April wurde durch Vorlesung einer Petition der Bürgerverordneten der Stadt Wismar an der Luhe eröffnet, welche die mit etwa 10,000 Rthlr. zu beschaffende Vollenbung der Chaussee von Lüneburg nach Hope, ohne die die Gelle-Lüneburger Chaussee dem Lande keinen reellen Nutzen gewähren würde, zum Gegenstande hatte und an die wegen der Letztern demnächst zu erwählende Commission verwiesen wurde.

Sodann kam ein Beschluß erster Kammer folgenden Inhaltes zur ersten Berathung:

Auf den Antrag eines Mitgliedes hat erste Kammer nach dreimaliger Berathung und Abstimmung beschloffen:

1. „In Anerkennung des Mangelhaftigkeit der Grundsätze, nach welcher das Beitragsverhältniß der Unterthanen zum Bau und zur Unterhaltung der Chausseen in der Verordnung vom 30. April 1824 bestimmt ist, sowie in der Ueberzeugung von den vielfachen Mängeln der Straßenbauverwaltung überhaupt, zweite Kammer zur Niederlegung einer aus 2 Mitgliedern jeder Kammer bestehenden Commission einzuladen, welche nicht nur obige Grundsätze, sondern auch den damit in Verbindung stehenden §. 7. der Verordnung vom 19. August 1823 einer Prüfung unterwerfe und geeignete Vorschläge darüber, so wie zur Abstellung der Mängel des Administrationsverfahrens mit Rücksicht auf das Technische des Straßenbaues, den Kammern baldthunlich vorzulegen habe;

2. in Erwägung des Gegenwärtigen, durch bekannte Naturereignisse herbeigeführten Nothstandes und in Betracht der diesbezüglichen Chaussee-Dienstpflichtigen für dieses Jahr zu verschaffenden Entschädigung, welche ohne bedeutenden Nachtheil für die Erhaltung und den Bau der Kunststraßen temporär geschehen kann, Königlich-Cabinet-Ministerium zu ersuchen, von den Unterthanen die Abstellung der Chaussee-Dienste mit dem Spamm und der Hand für dies Jahr nicht zu verlangen, dagegen aber die in der Verordnung vom 19. August 1823 §. 7. a. ausgesprochene Weggezelefreiheit für dieses Jahr ebenfalls aufzuheben, mithin das zum Transport landwirthschaftlicher Producte bestimmte Fuhrwerk zur Entrichtung des Chausseegeldes herbeizuziehen.“

Die Herren von Woburn, Freudentheil, Kinkel, Wahlmann, Blumenbach, Widies, Ebell, Kettler, Stüve und Meier erklärten zwar an, daß die Vertheilung der Chaussee-Dienstfla-

sten im höchsten Grade mangelhaft sey, daß die unteren Classen unverhältnißmäßig stark dazu herbeigezogen worden, und daß eine Aufhebung der Natural-Dienste nicht nur wegen der damit verbundenen großen Kraftverschwendung, sondern auch wegen der durch Localitäten herbeigeführten Befreiung vieler von einer Last, wozu, wenn sie aus der Landcasse befritten würde, Alle viel blüß concurrirten, sehr wünschenswert sey würde. Indessen eigne die jetzige Zeit sich nicht zu einer Vermehrung der Gelddgaben, und werde es für den Augenblick genügen, wenn nur diejenigen Verluste gegen das Princip der Gleichheit in Vertheilung der Dienste geboben würden, welche eine Begünstigung der höheren Classen auf Kosten der unteren augenscheinlich enthielten.

Zu dem Ende wünschte Herr Freudentheil, daß die bisher gänzlich befreiten Kutschpferde zum Chausseediensit herbeigezogen werden, und Herr Meyer trug auf Aufhebung des §. 60. Nr. 2. der Verordnung vom 30. April 1824 in sofern an, als dadurch von demjenigen Zugvieh eines Eigenthümers, welches die Zahl von 6 Pferden überschreite, jedes dritte Pferd von der Chaussee-Arbeit gänzlich freigesprochen sey. —

In Betreff des Technischen unsers Chaussee-Baues sey allerdings viel zu wünschen.

Wie es scheine, habe man bis jetzt zu viel auf Theorien gegeben, zu sehr auf brillante Anlagen gesehen und der Erleichterung der Chausseern mehr als nöthig geopfert. Indessen sey nicht abzusehen, was eine Commission zur Abstellung dieser Mängel nützen werde, wenn sie nicht in Begleitung eines Technikers das ganze Land durchreisen solle. — Wenn erste Kammer von vielfachen Mängeln der Straßenbauverwaltung spreche, ohne irgend specielle Gründe ihres Tadels anzugeben, so könne man dieses um so weniger anfänglich finden, als ein sehr geachteter Mann an der Spitze der Wegebaucommission stehe. —

Der zweite Theil des Antrages erster Kammer sey schlechtlich verwerflich, da er unter der Maske, dem vesgedrückten Landmann Erleichterung zu verschaffen, nur eigennützige Zwecke verfolge und ein für das Wohl des Königreichs ganz besonders wichtiges Institut lähmen würde. Fast 3/4 dessen, was alljährlich auf den Chausseebau verwendet werde, bestche in Naturaldiensten, welche eben jetzt um so weniger entbehrt werden könnten, als durch die naßten Jahre die Chausseern mehrerer Reparaturen, als sonst, bedürften. Die Natural-Chausseediensite seyen auch weit weniger Gegenstand der Klagen, als die übrigen ungleich drückendern Landesfolgebendienste zu Landstraßen und Communal-Wegeu, von welchen leider noch Exemtionen des Adels stattfänden.

Wo der Nothstand besonders groß sey, werde die Admi-

nistration schon von selbst Erleichterung gewährt haben und fernere gewähren.

Bei der Abstimmung wurden die von den Herren Freudentheil und Meyer gemachten Verbesserungsanträge per Majora angenommen, die Anträge erster Kammer aber einstimmig abgelehnt.

Die übrige Zeit dieser Sitzung beschäftigte die Berathung über den Antrag des Herrn Mammen: zu unteruchen, ob das jetzt bestehende Steuersystem allen Provinzen zuträglich, ob die Einheit der Steuern im ganzen Lande zur Erhaltung des Staats nothwendig, und ob Landesgesetze oder ständische Beschlüsse es unmöglich machen, ein anderes Steuersystem vorzuschlagen, und im Falle der Verneinung dieser Fragen, ob nicht Mittel aufzufinden seyen, um die nothwendigen Beiträge zu den Staatskassen von denjenigen Provinzen, die mit den jetzigen Steuern unzufrieden, durch andere von diesen Provinzen gewünschte Steuern leisten zu lassen?

Zur Motivierung dieses Antrages wurde hauptsächlich angeführt, daß auf der letzten Provinzial-Versammlung der Ostfriesischen Stände der Wunsch, das Disfiscialland ein von dem der übrigen Provinzen getrenntes Steuersystem erhalten, und daß namentlich alle indirecten Steuern aufgehoben werden mögen, fast einstimmig ausgesprochen sey. Unterstützt wurde derselbe hauptsächlich von den Herren Adicks und Schmecke, welche auch für das Herzogthum Bremen eine Aufhebung der indirecten Steuern wünschten. Dagegen bemerkten die Herren Thebinga, Rose, Breusing und Wedemeyer, daß ein solches Unternehmen die wichtige Einheit der Landesverwaltung aufheben und auf die Dauer gänzlich unausführbar seyn würde, weil denn namentlich in Disfiscialland, welches dadurch zu einer isolirten Insel im Meere werden würde, die Grundbesitzer von Steuern erdrückt, und die Fabrikanten wegen Mangels an Absatz würden eingeht müssen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag per Majora verworfen.

Endlich wurde noch eine Mittheilung erster Kammer verlesen, nach welcher dieselbe den am 7. April von zweiter Kammer gefassten Beschlusse wegen Aufhebung der im alten Lande Wursten bestehenden Abgabe des Herrentorns ablehnt, und wurde darauf beschlossen, erste Kammer zu einer Conferenz über diesen Gegenstand einzuladen.

XXVI. In der sechsundzwanzigsten Sitzung am 13. April wurden zunächst zwei Mittheilungen erster Kammer verlesen, nach welchen dieselbe unsern Beschlusse wegen Bewilligung einer Pension an den vormaligen Prebellen Hedert an-

genommen hat, und unsere Einladung zu einer Conferenz wegen des Domainen-Puncts zu folgen bereit ist.

In solcher Conferenz wurden darauf von zweiter Kammer die Herren Rose, Stüve, Lünkel, Rumann, Breusing, Christiani und von Bobungen erwählt; von erster Kammer sind dazu ernannt: die Herren Graf Schulenburg, v. Pöfel, General v. d. Decken, Präsident v. d. Decken, Graf Knipphausen, v. Wallmoden und v. Münchhausen.

Herr Dr. Christiani machte darauf einen Antrag: daß Königlichem Cabinets-Ministerium um Mittheilung eines genauen Vergleichnisses derjenigen Staatsdienst-Stellen, zu welchen ein Hannöverscher Unterthan nur durch die persönlichen Qualitäten seiner Vorfahren verfassungsmäßig befähigt sey, ersucht werden möge.

Hierauf kam es zur zweiten Berathung über den gestern verhandelten Antrag erster Kammer in Betreff des Chausseebaus.

Herr Ebell machte den Verbesserungsantrag, daß unter Abziehung des Antrags erster Kammer Königlichem Cabinets-Ministerium ersucht werde, baldmöglichst eine genaue Revision des Straßenbau-Wesens, sowohl in Beziehung auf die Grundsätze, nach welchen die Concurrenz der Unterthanen dazu versucht sey, als auch in Beziehung auf das Technische des Straßenbaues, namentlich auch rücksichtlich der Befestigung der Könighchen Posten vom Chausseegelde, gegen ein verhältnißmäßig viel zu geringes Aversum u. s. w. vorzunehmen.

Herr Ahles wünschte, daß dem Könighchen Cabinets-Ministerio zugleich empfohlen werde, zu erwägen, in wie fern einzelne Theile des Straßenbaues, nach dem Vorbilde anderer Staaten, nützlich in Entrepfe zu geben seyen.

Diese Verbesserungsanträge, sowie ein anderer nachmals von Herrn Ahles zurückgenommener, daß die Größe des Chausseegeldes für Frachtwagen nach dem Gewicht der Ladung bestimmt werden möge, führten zu sehr weitläufigen Discussionen, an welchen außer dem Proponenten hauptsächlich die Herren Lünkel, Böttcher, Christiani, Serres, Wedemeyer, Hüpeden, Hausmann, Rose, Kern und Stüve Theil nahmen.

Allgemein wurde die große Mangelhaftigkeit unseres Chausseebaus ausgesprochen und zum Theil sehr bitter getadelt. Während Einige sie mit der schlichten Verschaffenheit des Materials und mit der zu großen Geringsfügigkeit der Fonds entschuldigen wollten, leiteten Andre sie aus der Verschwendung in Besoldung träger Chausseewärter (statt daß man die tägliche Handarbeit in Verdien geben solle), aus Mangel an Consequenz, welcher sich in kostbarem Experimentiren zu Tage lege, aus der Schlechtigkeit der Controle u. s. w. her.

Dobgleich man anerkannte, daß der Staat selbst immer am kostbarsten baue, meinten doch Manche, daß, so lange Naturaldienste geleistet würden, der Chausseebau nicht in Entrepfe gegeben werden könne, weil man die dienstpflichtigen Unterthanen den Placereien einzelner Entrepreneurs unmöglich aussetzen dürfe, wegen andrerseits wiederum die jetzt von einzelnen Bau-Officianten verübten Verationen bitter gerügt wurden.

In Betreff der Bestimmung des Chausseegeldes nach dem Gewicht der Ladung versicherte man, daß solche zwar schon seit Jahren sowohl von der Begebau-Commission, als von Fuhrleuten dringend gewünscht sey, daß aber das Gouvernement aus Furcht, dem Transito-Handel zu schaden, solches zu versuchen nicht habe wagen mögen, in sofern nicht eine besfallige Ueber-einkunft mit den Nachbarstaaten zuvor getroffen sey. Eine solche sey aber bis jezt namentlich von Preußen immer entschieden abgelehnt.

Bei der Abstimmung wurden die Ebells- und Ahles'schen Verbesserungsanträge sowohl, als die seitherigen heute wieder angenommen von Herren Freudentheil und Meyer per Majora angenommen, der Hauptantrag erster Kammer aber wegen temporärer Suspension der Naturaldienste wiederholt abgelehnt.

XXVII. In der stebenundzwanzigsten Sitzung zweiter Kammer am 14. April wurde vorgelesen:

1. ein Gesuch des Justizraths von Bälow zu Wehmingen, wonach derselbe sein eben genanntes Gut nicht ferner von der Hannöverschen Zolllinie ausgeschloffen zu sehn wünscht;

2. eine Vorstellung der Chefrau des Gastwirths Ulrich zu Göttingen, worin sie um Verwendung der Stände beim Könige zu dem Zwecke bittet, damit ihr wegen Theilnahme an den Göttinger Unruhen seit drei Monaten inhaftirter Mann, gegen Cautionsbestellung, in Freiheit gesetzt werde.

Beide Vorstellungen wurden an den Herrn General-Syndicus zur Relation abgegeben.

Sodann kam die Petition der Vorsteher der hiesigen Israeliten um Verleihung aller staatsbürgerlichen Rechte an die Juden des Königreichs gegen Uebnahme aller staatsbürgerlichen Pflichten zur ersten Berathung.

Herr Schlegel, welcher sich diese Petition als Antrag angeeignet hatte, entwickelte in einem langen schriftlichen Vortrage, welcher hauptsächlich eine historische Uebersicht der mannigfaltigen Bedrückungen und Verfolgungen, die seit vierzehn Jahrhunderten bis auf die neueste Zeit gegen die unglücklichen Juden verübt seyen, enthielt, und aus diesen Bedrückungen, wie aus ihrer Beschränkung auf den Schacher und Wechsel ihre

allerdings nicht zu läugnende moralische Verbodbenheit herleitete, die Nothwendigkeit ihrer baldigen Emancipation.

Lange schriftliche Vorträge der Herren von Bobungen und Heiliger, wie eine freie Rede des Herrn Kängel schlossen sich diesem Antrage an und haben alle die Gründe weitläufig hervorgebracht, welche Religion, Gerechtigkeit und Politik für die Emancipation der Juden an die Hand geben, wobei man sich zugleich auf Artikel 16. der Bundesacte und auf das Beispiel vieler anderer Staaten, namentlich auf die Amerikanischen Freistaaten, bezog.

Während Herr von Bobungen auf Niederlegung einer Commission zur Ausarbeitung eines angemessenen Gesetzentwurfs antrug, wünschte Herr Serres, daß nur die Verbesserung des bürgerlichen Zustandes der Juden im Allgemeinen beschloffen, und Königlich-Cabinet-Ministerium um Vorsehung eines Gesetzentwurfs ersucht werden möge, wogegen Herr Westerkhausen den Verbesserungsantrag machte, daß den Juden vorläufig nur gestattet werde, bei künftigen Handwerken in die Lehre zu gehen, und die Ertheilung der staatsbürgerlichen Rechte nur denen zugestanden werde, welche die Meisterrschaft in irgend einer Giltordnungsmäßig gewonnen haben würden.

Wenn gleich ganz allgemein die Nothwendigkeit und Billigkeit einer bürgerlichen Verbesserung der Juden anerkannt wurde, so hielt man doch die größte Vorsicht dabei für eben so nöthig. Insbesondere warnte Herr Wimmerbach vor allzu sanguinischen Hoffnungen, als würden die Juden durch Emancipation ganz zu den Christen herbeigezogen werden. Bei einer vollständigen Gewerbefreiheit würde die Sache weniger Schwierigkeit haben. Sollte aber eine modificirte Gildverfassung bleiben, so sey eine durch Religion und Sitten ganz verschiedene Secte damit nicht wohl in Uebereinstimmung zu bringen. Schon allein ihre religiösen Sonn- und Fest-Tage, welche zusammengerechnet mit den christlichen nur etwa 200 Tage des Jahres für den gegenseitigen Verkehr übrig ließen, machten eine große Schwierigkeit. Von ihren Prätexten würden aber die Juden nichts aufgeben, sich nie ordentlich an die Christen anschließen, vielmehr immer einen Staat im Staate bilden.

In allen deutschen Staaten, wo bis jetzt durch Gesetze den Juden mehr bürgerliche Rechte ertheilt seyen, haben solche bald nachher modificirt werden müssen; eine völlige Ertheilung aller staatsbürgerlichen Rechte habe aber bis jetzt noch in keinem deutschen Staate stattgehabt.

Namentlich in Baden, wo den Juden schon seit dem Jahre 1808 ausgebreitete Rechte zugestanden seyen, haben solche, obgleich man, um ihre Aufnahme in Gilden zu befördern, das Lehrgeld aus öffentlichen Cassen bezahlt, Prämien für jüdische

Ackerbauer aufgesetzt u. s. w., nur eine starke Vermehrung der jüdischen Einwohner, nicht aber eine Veredlung der Nation zur Folge gehabt. Sie seyen dem Schacher ergeben geblieben, haben sich nur selten zu Handwerken und Ackerbau bequemt, und sich fortwährend nicht als Bürger des Staats, sondern nur als einen Theil des über den ganzen Erdboden verbreiteten jüdischen Volks betrachtet.

Herr Humann versicherte zwar, daß in Kurhessen und Württemberg günstigere Resultate bemerkt seyen. Der Zubrang von Juden zu Handwerken habe dort bedeutend zugenommen, und Wels betrieb den Ackerbau mit großem Erfolge. Gleichwohl dürften alle Maßregeln, die man jetzt ergreifen wolle, nur als vorbereitende Maßregeln zur Erziehung der heranwachsenden Generation angesehen, und deshalb besonders auf Verbesserung des jüdischen Unterrichts gerichtet werden müssen.

Herr Stüve konnte sich nicht überzeugen, daß die stiltliche Verbodbenheit des jüdischen Volks von den Unterdrückungen, welche es erfahren habe, allein herrühre. Schon vor der Zerstörung Jerusalems seyen die Juden von berühmten römischen Schriftstellern als Gegenstände des Spottes und der Verachtung bezeichnet, wie namentlich Tacitus sie gens impurissima nenne. Die von jeder bemerkte Richtung dieser Nation auf Vereinnahmung der Geldmittel bedürfe eines Gegengewichts, und so lange man die Juden nicht zwinge, gleich den Christen zu arbeiten und im Schwelge des Angeichts ihr Brod zu essen, möche eine Emancipation derselben höchst gefährlich seyn. Wollte man ihnen den Erwerb von Grundstücken gestatten, so müßte man riskiren, daß sie in den Provinzen, wo der Landmann besonders verschuldet sey, den größten Theil des Grundeigenthums an sich brächten. So sey es namentlich im Hefsen-Darmstädtischen gegangen, in der Gegend des Demmwaldes; dort habe man die Gemeinheiten getheilt, und nicht lange nachher dabey die Juden sämmtliche Wiesen inne gehabt und dadurch die Bauern gleichsam zu ihren Reibelegern gemacht.

Sollen die Juden emancipirt werden, so müssen wie gleichzeitig Garantien gegen den Mißbrauch uns verschaffen, und namentlich mit den innern Garantien seye es noch schlecht aus. Bekanntlich halte der Jude, der an seinen religiösen Satzungen hänge, jeden Nichtjuden für unrein, was zu Absonderung und Gewissensbeschönigung führe. Ein Jude dürfe den andern nicht vor dem christlichen Richter verklagen; der Gebrauch zwischen einem Juden und einem Christen werde für weniger verbrecherisch gehalten als der Gebrauch zwischen Juden; beim Eide finde eine reservatio mentalis statt u. s. w. Bevor diese und mehrere andere gefährliche Zerthümmer ihres Aulmud und ihrer Klabinern nicht reformirt seyen, könne man nicht viel Gutes von

ihnen hoffen. Die Gebildeten möchten diese Irrthümer wohl als solche erkennen, hätten sich aber in einzelnen großen Städten, wie in Hamburg, zu einem leeren und hohen Deismus verirret, welcher dem Staate noch weniger Garantie gewähre als die positive Religion des ungebildeten Juden.

Herr Schlegel meinte zwar, daß der zur französischen Zeit in Paris zusammenberufene Sanhedrin solche Irrthümer verworfen, Herr Stüve bemerkte aber dagegen, daß derselbe gar kein Resultat geliefert habe.

Bei der Abstimmung wurde der von Bobungensche Verbesserungsantrag von 33 gegen 3 Stimmen abgelehnt, der des Herrn Serres aber einstimmig angenommen, wodurch denn der Hauptantrag seine Erledigung gefunden hat.

Vor dem Schlusse der Sitzung wurde noch eine Mittheilung erster Kammer folgenden Inhalts vorgelesen:

„Indem sich erste Kammer nach zweimaliger Berathung und Abstimmung für die Annahme des Antrages zweiter Kammer, wegen eines Staatsgrundgesetzes im Allgemeinen erklärt, wünscht sie jedoch der Fassung der zweiten Kammer folgende zu substituiren:

„Stände haben aus der Rede Sr. Königlichen Hoheit des Vicekönigs entnommen, daß der Wunsch nach Abänderungen in der bisherigen Verfassung sich in mehreren eingegangenen Petitionen ausgedrückt finde. Wenn sie daneben ihrerseits in dem Zustande der gegenwärtigen Grundgesetze des Königreichs, die theils durch Aufhebung der Reichsverfassung, theils durch Vereinigung des Landes in ein Ganzes ihren Zusammenhang und ihre Bedeutung größtentheils verloren haben, eine dringende Veranlassung zu dem Wunsche erblicken, daß ein Grundgesetz zu Stande gebracht werde, welches auf dem bestehenden Rechte beruhend, solches ergänze, den Bedürfnissen gemäß verbessere und durch klare Gesetzesworte die Verfassung vor Zweifeln und Angriffen schütze; und wenn sie ferner der Ansicht sind, daß ein solches höchwichtiges Werk neben der größten Vorsicht und unter zäher Erwägung aller Verhältnisse und durch einhelliges Zusammenwirken Sr. Majestät des Königs und der getreuen Stände gelingen könne; so haben sie beschlossen, Sr. Majestät zu ersuchen: Königliche Commissarien zu ernennen, um ohne Verzug gemeinschaftlich mit ständischen Commissarien ein Staatsgrundgesetz nach einem Entschlusse Sr. Majestät des Königs der Commission mitzutheilen, den obigen Erfordernissen entsprechenden Entwürfe auszuarbeiten und das folgereichste vorbereitete Grundgesetz noch dem gegenwärtigen Landtage zeitig vorlegen zu lassen.

Zugleich haben Stände beschlossen, ihrerseits jenen König-

lichen Commissarien sieben Mitglieder aus jeder Kammer als ständische Commissarien beizugeben.“

XXVIII. In der achtundzwanzigsten Sitzung am 15. April wurde eine Mittheilung erster Kammer vorgelesen, nach welcher dieselbe die von dem Herrn Drosien von Hohenberg zu Ellenthal an die allgemeine Ständerversammlung gerichtete Offerte, daß Stände von seiner im Druck erschienenen Abhandlung über die Ablösung der Zehnten, Dienste und des Meier-Nerus eine beliebige Anzahl Exemplare durch die habsburger Hofbuchhandlung entgegennehmen mögen, — dankbar acceptirt, zwölf Exemplare sich geben zu lassen beschlossen und dem Herrn von Hohenberg mittelst Extracts Protocolli von diesem Beschlusse Kenntniß zu geben verfügt hatte. Dem Element gemäß mußte die jener Mittheilung beigelegte Abschrift der erwähnten Abhandlung in extenso vorgelesen werden, welches eine geraume Zeit kostete.

Obgleich der Hauptinhalt der Abhandlung manches Gute zu enthalten schien, so erregten doch viele Stellen der Einteilung durch die leidenschaftliche Verhöhnung einseitig anerkannter Ansprüche der Zeit ziemlich allgemeines Mißfallen, und Einige wünschten, daß dem Herrn Verfasser die Abhandlung unter Bezeugung des Mißfallens der Kammer zurückgegeben werden möge. Auf keinen Fall wollte man sich dem Beschlusse erster Kammer anschließen, vielmehr müsse es Jedem, der die Schrift noch einmal zu lesen wünsche, überlassen bleiben, sie für Geld zu acquiriren. Auf den Antrag des Herrn General-Syndicus wurde endlich beschlossen, jene Mittheilung lediglich ad acta zu nehmen.

Nachdem sodann eine vom Herrn Stüve entworfene, von erster Kammer bereits approbirté Glückwünschungs-Adresse an des Königs Majestät als Erwiderung auf das Rescript vom 10. Januar, die Thronbesteigung betreffend, vorgelesen und ohne weitere Berathung einstimmig genehmigt war, führte die Tagesordnung zu dem in der gestrigen Sitzung vorgelesenen Beschlusse erster Kammer in Betreff des Staatsgrundgesetzes.

Unbedingt für dessen Annahme sprachen sich die Herren Keen, Schlegel, Serres und Eichhorn aus, weil sie darin die Uebereinstimmung erster Kammer mit dem Beschlusse zweiter Kammer im Wesentlichen zu erkennen glaubten und über unwesentliche Abänderungen in der Wortfassung (welche oft der Gang der Discussionen herbeiführte, um eine Vereinigung verschiedener Ansichten zu erreichen), um so mehr hinwegzusehen wünschten, als eine Ablehnung des Beschlusses die Erreichung des allgemein gewünschten Zweckes nur verzögern würde. Die von erster Kammer gewünschte Abänderung über den modus in

Bearbeitung der Verfassung, nach welcher von der Regierung ein Entwurf vorzulegen sey, führe aber wahrscheinlich schneller zum Ziele, als wenn die Commission ohne irgend etwas Gegebenes ihre Arbeiten beginne.

Andrerseits hielten die Herren Christiani, Lünzel, Fiedrichs und Meyer die veränderte Wortfassung für nicht so ganz unwichtig, da der von zweiter Kammer gefasste Beschluß bereits dem Publicum bekannt geworden sey und solches mit Recht darüber unruhig werden müsse, wenn Stände zu dem, was man früher als „unabänderliche Nothwendigkeit“ erkannt habe, jetzt nur eine „dringende Veranlassung“ fänden, wenn das notwendige demokratische Element, was „in den Verhältnissen der gegenwärtigen Zeit“ begründet sey, gänzlich unerwähnt bleibe, und wenn das ohnehin schon vielfach getriebene „Verufen auf den bestehenden Rechte“ nicht durch Hinweisung auf „zeitgemäße“ Verbesserungen gemildert werde; — weshalb sie wünschten, daß zweite Kammer von der einmal beschlossenen Wortfassung der Motive nicht abweichen möge.

In Betreff des Beschlusses selbst hielten die Herren Christiani und Lünzel für nothwendig, daß der früheren Ansicht gemäß ein erster Entwurf von landesherrlichen und ständischen Commissariaten gemeinschaftlich ausgearbeitet werde, da die Regierung, wenn sie nicht eben durch die ständischen Commissariaten die Bedürfnisse der Zeit kennen lerne, einen befriedigenden Entwurf schwerlich liefern können.

Herr Rose: So schwierig auch die Aufgabe für das Gouvernement seyn werde, einen Entwurf zur Verfassung vorzulegen, so glaube er doch, daß nur auf diesem Wege am sichersten und schnellsten das Ziel zu erreichen sey. Bei einer aus vielen zusammengesetzten Commission trete, wenn vielleicht mehrere Entwürfe gleichzeitig producirt würden, Vorliebe des Einzelnen für seine Arbeit nur zu leicht ein und hindere die Unparteilichkeit der Discussion.

Der Geschäftsgang der Commission würde bedeutend erleichtert, wenn gleich etwas Gegebenes vorliege; hauptsächlich aber sey man dann sofort über die Ansichten des Königs gewiß, während die königlichen Commissariaten sonst über jeden wichtigen Gegenstand erst specielle Instruction würden einholen müssen.

Die Wortfassung selbst hielt er für gänzlich irrelevant und wünschte daher, daß man sich dem Beschlusse erster Kammer conformire.

Herr Rummann bat den vorigen Redner um Auskunft, wenn das Gouvernement zur Vorlegung des Entwurfs im Stande seyn werde? Worauf Herr Rose meinte, daß, da die Wilsamkeit dieses Landtages mit dem 28. December d. J. beendet seyn werde und die commissarische Prüfung des Entwurfs

wohl 2 Monate erfordern möchte, das Gouvernement wohl nicht über 6 bis 8 Wochen zur Ausarbeitung desselben in Anspruch nehmen dürfe. Nach dieser Erklärung von einem Gouvernements-Manne (in welcher Qualität jedoch Herr Rose nicht gesprochen haben wollte), glaubte Herr Rummann, daß man zur Förderung der Sache sich dem Beschlusse erster Kammer ohne Weiteres anschließen könne und hoffte, daß das Publicum darin nur eine besonnene und kluge Maßigung der zweiten Kammer erkennen und loben werde.

Auch Herr Stüve legte auf die veränderte Wortfassung des Beschlusses erster Kammer kein sonderliches Gewicht. Er habe früher die Entwerfung der Verfassung durch eine Commission in Vorschlag gebracht, damit man vor möglichen Hindernissen oder Verzögerungen, welche bei einer einzelnen Person leicht eintreten könnten, gesichert sey. — Andrerseits sey aber nicht zu verkennen, daß viele Schwierigkeiten vermieden würden, wenn das Gouvernement einen Entwurf vorlege, und werde es namentlich dadurch leichter werden, die Ansichten erster Kammer für solchen Entwurf, der heftigst im Geiste der zweiten Kammer verfaßt seyn werde, zu gewinnen. —

Wehrere Mitglieder wünschten noch eine zweite Berathung über diesen Gegenstand, welche zwar der Herr Präsident nach §. 44. des Reglements nicht gestatten zu dürfen glaubte, dagegen aber wegen vorgerückter Zeit die Sitzung schloß und die Fortsetzung der Berathung auf den nächsten Tag bestimmte.

XXIX. Die neunundzwanzigste Sitzung am 16. April wurde durch einen Antrag des Herrn Lünzel auf Einrichtung des Thronsaals zu den Sitzungen der zweiten Kammer eröffnet, sodann aber eine Petition der Frachtsfuhrleute zu Salzberthel, wegen Abänderung des §. 19. der Verordnung vom 19. August 1823, das Vorausbezahlen des Chaussee-Geldes für Vorpann-Pferde betreffend, vorgelesen.

Zunächst wurde die gestern abgebrochene Discussion über den Beschluß erster Kammer in Betreff des Verfassungsantrages fortgesetzt.

Herr Christiani unterzog die von erster Kammer veränderte Wortfassung einer nochmaligen sehr specuellen und scharfen Kritik und erklärte den Beschluß selbst für durchaus verwerflich, da das Ministerium bis jetzt noch nicht bewiesen habe, daß es unsre Zeit irgend begreife, man mithin auch von ihm einen zeitgemäßen Verfassungsentwurf nicht erwarten dürfe, und man von der ersten Kammer um so mehr befürchten müsse, daß sie dadurch nur die Sache in die Länge zu ziehen und möglichst zu vereiteln beabsichtige, als der Ausspruch Napoleons über die

Bourbons: „Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen,“ leidet er auch auf sie Anwendung zu finden scheine.

Für die Abkündigung sprachen sich noch die Herren Lünzel und Freudentheil aus.

Dagegen meinten die Herren Helliger, Blumenbach, Brunsing, Hüpeden, Rofe, Wedemeyer und Keuffel, daß die veränderte Wortfassung des Antrags auch nicht den entferntesten Einfluß auf den Inhalt der künftigen Verfassung haben könne, wünschten, daß man dem Gouvernement sowohl als auch der ersten Kammer guten Willen zutraue, und hielten aus den schon gestern angeführten Gründen die Annahme des Beschlusses erster Kammer für um so rathsamer, als zweite Kammer, wenn sie nicht überall den doch ganz allgemein gewünschten Antrag auf ein neues Staatsgrundgesetz an bloßen Wortstreitigkeiten vielleicht scheitern sehen wolle, für den wahrscheinlichsten Fall, daß eine Konferenz zur Vereinigung nicht führen sollte, doch hernach würde nachgeben müssen.

Bei der Abstimmung erhielt eine große Majorität, daß man sich dem Beschlusse erster Kammer anschließen wolle.

Die übrige Zeit dieser Sitzung war dem Antrage des Herrn Christian gewidmet:

„Königliches Cabinets-Ministerium um Mittheilung eines genauen Verzeichnisses derjenigen Staatsämter, welche nach bestehenden verfassungsmäßigen Bestimmungen dem Ansehen der Geburt ausschließlich vorbehalten seyn, zu eruchen.“

Nachdem beschossen war, denselben in Berathung zu ziehen, entwickelte der Herr Proponent seinen Antrag auf folgende Weise:

„Es ist in der Eröffnungsrede Sr. Königlichen Hoheit des Mecklenburgs dem Lande die beruhigende Versicherung gegeben, daß es Sr. Majestät fester Wille von jeher war und seyn wird, daß bei Besetzung der Staatsämter nicht Ansehen der Geburt, in sofern nicht den bestehenden verfassungsmäßigen Bestimmungen gemäß ein Anderes Statt findet, sondern lediglich Talent, Kenntniß, Geschäftserfahrung und unbefleckter Charakter in Frage kommen sollen. Je weniger dieses Princip bis zur Thronbesteigung Wilhelms IV. befolgt worden ist, um so freudbringender war der Eindruck, den jene Versicherung machte, um desto mehr begriß man, wie wenig jener verabschiedete Minister den Willen seines Herrn verstanden hatte, der später neben manchem andern schändlichen Wort, befangen in seinem verkehrten Messiasglauben, auch das öffentlich auszusprechen keine Scheu trug, daß es nöthig und weise sey, bei Besetzung von Staatsämtern besonders auf den Adel Rücksicht zu nehmen. Er ist gefallen, und so will

ich über ihn schweigen, indem ich nur bedaure, nicht schon hier ein solche Stimme gehabt zu haben, als er noch an der Gewalt war, um ihn, den Hochgestellten, so niedrig ich auch stehen mochte, mit aller Kraft zu bekämpfen. Seine Regierungsprincipe, so weit sie sich als Aristokratismus, als Servilismus, als Stabilität und als Eigenmächtigkeit offenbart haben und noch offenbaren, werde ich aber unter dem Schilde des Befehls angreifen, wo sie mir auch begegnen und wo ich ihre Einwirkung auch nur von fern bemerke; ich werde sie angreifen mit aller Energie, deren ich fähig bin, und nur mit meinem Leben werde ich von diesem Kampfe lassen! Mag man mir immerhin vorwerfen, daß ich sie bei den Haaren herbeiziehe; — lassen sie sich aus ihrem Versteck nicht heraustreiben, lassen sie sich nicht anders in die Schranken bringen, so sollen sie bei den Haaren herbei, und es soll einen Kampf gelten um ihre oder um meine Vernichtung!“

„Jene Verheißung nun, vom Throne herab gethan, erregte bei Jedem die Frage: welche Stellen sind es denn, zu deren Bekleidung lediglich Ansehen der Geburt, nicht sonstige Verdienste, als die Verdienste Derer, die unter der Erde modern, befähigen? und wo erfährt man, was die theils alte, theils junge, leider aber schwache Verfassung anders aus so verschiedenen Provinzen deshehenden Vaterlandes mit seinen, wenn auch noch so heterogenen, doch fest zusammengehaltenen Rechten in dieser Rücksicht gebietet? —

„Wohl wissen wir, daß bestimmte landschaftliche Stellen bis jetzt nur dem Adel zugänglich gewesen sind und zwar, wie die Bank desselben im höchsten Gericht, verfassungsmäßig; allein auch so viele andere Staatsämter sind von jeher mit solcher Consequenz lediglich von dem Adel eingenommen, daß man fast fürchten muß, dieser Stand hege die Meinung, ihm stähe dieses verfassungsmäßig zu, so sehr ein solches Verhältniß auch lediglich im Familienunwesen seinen Grund haben mag.“

„Eine entscheidende und notwendige Antwort fehlt jedoch, das nirgends zu finden ist, in wie weit nun der Gebrauch zur Kraft der Verfassung sich gesteigert hat, oder ob nicht vielmehr gar von früheren Landesherren etwas hierüber bestimmt und niedergeschrieben worden ist, dessen anhaltende Befolgung, wenigstens nach der Meinung Meiner, Geschäftskeft hat, ein Fall, zu dem ein Analoges nicht fehlt, wie die geschilderte Rangordnung vom Jahre 1701 beweist.“

„Aus solcher Ungewißheit nun heraus zu kommen, muß aller Unterthanen Wunsch seyn, damit sie den Werth jener Verheißung schätzen können, damit es ihnen klar vorliege, was der Staat, der soviel von ihnen verlangt, ihnen denn

auch für Wege zum Glück und zur Ehre offen läßt, damit sie sich für und die Ihrigen erwägen, ob sich's denn auch der Mühe verlöhne, daran Vermögen, Kraft, Talent und die schöne Jugendzeit zu verwenden. Vor allen Dingen aber wies eine solche Kenntniß in nächster Zukunft hoffentlich von Nutzen seyn, wenn der Entwurf eines auf dem bestehenden Rechte beruhenden Staats-Grundgesetzes zu Stande kommen sollte. Möchte dann die Zahl jener vorbehaltenen Staatsämter nicht zu groß seyn! Möchte wenigstens jener Castengeist sich nicht verfassungsmäßig zu sehr ausgebildet und zu fest gekettet haben, der, wo er Gewalt übt, vom Uebel ist und von jeher mehr Unheil über die Welt gebracht hat, denn alle Pest und Seuche!"

Herr Künigler unterstützte diesen Antrag durch eine lange Rede und wünschte noch den Zusatz, daß mit den an Bürgerliche verliehenen Staatsämtern dieselben Ehren und Würden, wie mit den an Adelige verliehenen verbunden werden mögen. Er wollte zwar die adeliche Bank des Oberappellations-Gerichts als Ausnahme davon gelten lassen, nahm jedoch diesen Wunsch auf die Bemerkung des Herrn Keuffel, daß jene Bank weit besser würde besetzt seyn, wenn bei der Besetzung eine größere Auswahl ohne Rücksicht auf die Geburt Statt fände, nachher zurück.

Herr Numann: In die Verheißung der Thronrede habe leider ein Vorbehalt wie eine Kröte sich eingeschlichen, welcher dem Vernehmen nach erst hier in Hannover eingeschoben sey. Allerdings gebe es einige Stellen, welche verfassungsmäßig dem Adel zukommen; bei weitem die meisten aber seyen nach einer mißbräuchlichen Observanz ihm verliehen.

Herr Rose: Das Gerücht, als sey jener Vorbehalt erst hier in die Thronrede eingeschoben, sey durchaus falsch. Uebrigens enthalte derselbe nichts anders, als was sich von selbst versteht, daß der König die bestehende Verfassung schütze und solche nicht einseitig ändern werde.

Der Vorbehalt sey denn doch auch möglichst eng gefaßt und auf die bestehende Verfassung ausdrücklich beschränkt, zu welcher mißbräuchliche Observanzen, wenn sie auch Jahrhunderte bestanden hätten, nicht gezählt werden dürfen. Hätte das Gouvernement dergleichen Observanzen eine rechtliche Gültigkeit beilegen zu müssen geglaubt, so hätte es eine so wichtige Veränderung in der Beamten-Carriere vor einigen Jahren nicht vornehmen dürfen. Ein Vergleichniß der wenigen Staatsämter, welche verfassungsmäßig dem Adel gebühren, würde sich leicht aufstellen lassen, indessen halte er es augenblicklich nicht für rathsam, darauf anzutragen, da die Sache doch bei der Ausarbeitung des Staatsgrundgesetzes zur Sprache kommen werde.

Herr Stäve meinte, so lange nicht der Bürgerliche durch eine bessere Verfassung zu höhern Staatsämtern herangezogen werde, würde die alte Klage wohl bleiben, denn so lange die Besetzung der Staatsämter von oben geschehe, und der königliche näher stehende Adel die höchsten Stellen inne habe, würden alle Verheißungen nicht helfen. Deshalb möchte auch wohl die bisherige verfassungsmäßige Bestimmung in Betreff des höchsten Gerichts gut gewesen seyn, da ohne sie vielleicht noch weit mehrere Stellen in jenem Gericht dem Adel zu Theil geworden wären. Uebrigens bedauerte er, daß das Ministerium nicht schon längst eine bestimmte Erklärung gegeben habe.

Nachdem auch noch die Herren Kern und Freudenthell für den Anspruch gesprochen hatten, wurde derselbe nebst dem Küniglerschen Verbesserungsantrage von einer großen Majorität angenommen.

XIV.

Ueber das System der zwei Kammern, mit besonderer Rücksicht auf das Königreich Hannover.

Manche Erschränkungen und Ereignisse der neuesten Zeit haben die Frage über die Bedeutung und den Nutzen des Systems der zwei Kammern, über die wesentlichen Erfordernisse einer künftigen Organisation einer ersten oder obern Kammer, indem, was die Organisation der zweiten oder gewählten Kammer betrifft, man wenigstens in den Hauptpunkten ungleich mehr übereinstimmt, so wie endlich über die unbedingte Anwendbarkeit des Systems der zwei Kammern, allgemein zur Sprache gebracht. In Deutschland namentlich ist die Beantwortung der Frage, ob die Stände oder die Repräsentanten in eine oder in mehrere Versammlungen, Curien oder Kammern getheilt werden sollen, hauptsächlich seit der zufolge der deutschen Bundesacte vorgenommenen Einführung ständischer Verfassungen, von hoher practischer Wichtigkeit geworden. Während man in früheren Zeiten auf diesen Punkt ungleich weniger Gewicht zu legen pflegte, scheint dagegen seit der französischen Revolution immer allgemeiner bei den Regierungen die Ansicht vorherrschend geworden zu seyn, das System einer Kammer sey höchst bedenklich und gefährlich und führe unweineilich zur Demokratie; nur durch ein bestimmtes getrenntes und geschiedenes aristokratisches Element, durch eine eigene Adelskammer, möge man der demokratischen revolutionären Tendenz, die so leicht unter

gewählten Volksrepräsentanten vorherrschend werde, kräftig entgegenwirken. In dem Sinne scheinen denn auch manche erste Kammern ihre Aufgabe und ihre ganze Bestimmung aufgefaßt und verstanden zu haben; „einen Damm zu bilden gegen das Anfluthen des demokratischen Geistes,“ erklärte ja unmittelbar, nachdem sie ins Leben getreten war, die erste Kammer eines größeren deutschen Staats selbst für das Hauptziel ihres Strebens, und wenn auch nicht immer mit gleich düren Worten, haben dennoch gar häufig auch in andern Ländern die ersten Kammern durch ihr ganzes Verfahren es zu erkennen gegeben, daß sie es für ihre Hauptaufgabe hielten, Allem entgegenzuwirken, was auch nur entfernt eine demokratische Tendenz zu verathen schien. Der Verfasser ist weit entfernt, dieses Streben selbst, das Bestehende gegen die Angriffe leichtsinniger Neuerungssucht zu vertheidigen zu wollen, irgend zu tadeln; nur glaubt er denn doch auf der andern Seite auch nicht unbedenkt lassen zu müssen, daß ein solches Streben, unvorsichtig und unbedingt bei jedem Anlaß gezeigt, gar leicht gerade das Gegentheil von dem bewirken möchte, was man dadurch zu erreichen beabsichtigt. Daß sich der Glaube an die Gefährlichkeit des Systems einer Kammer in unsern Tagen so allgemein verbreiten mochte, kann nicht auffallen. Hatte man doch die französische Revolution mit ihren Nationalversammlungen vor Augen, war es doch so oft, zumal in Frankreich, selbst ausgesprochen worden, daß es eben hauptsächlich der Mangel eines Oberhauptes gewesen, der so schnell dem demokratischen Geiste in den Nationalversammlungen die Oberhand verschafft, die Revolution wo nicht zum Ausbruch gebracht, doch wenigstens ihr die verderbliche Richtung gegeben habe. Daß in Frankreich das System der zwei Kammern unbedingt den Vorzug verdiente, daß es gleich zu Anfang der Revolution ein arger Mißgriff war, die Nationalrepräsentation nur aus einer Kammer bestehen zu lassen, mag nicht in Worte gestellt werden; aber in diesem Mißgriffe allein die Veranlassung zu der Revolution selbst zu finden und der Richtung, die sie bald annahm, möchte wohl eben so eine arge Unkenntniß der damaligen Verhältnisse von Frankreich verathen; schwerlich hätte auch das System der zwei Kammern damals die Revolution verhindert! Und vollends das Beispiel von Frankreich unbedingt auf Staaten anzuwenden zu wollen, die durch ihre gesammten äußern und innern Verhältnisse so durchaus von ihm verschieden sind, aller Deden das System der zwei Kammern unbedingt zu empfehlen, weil man eben die eine Kammer für eine Hauptveranlassung der französischen Revolution hält, möchte sich wohl noch weniger rechtfertigen lassen. Es scheint sich auch dabei aufs neue zu bewähren, was wir so häufig in der täglichen Erfahrung besichtigt sehen, daß manche Behauptungen, auf

einzelne zufällige Erfahrungen und Ereignisse gestützt, allgemein als unumstößliche Wahrheiten angenommen werden, der Folgende hier als solche auf guten Glauben von dem Vorgänger annimmt, ohne sich auch nur einmal die Mühe zu geben, zu untersuchen, ob ihnen nicht eine ursprüngliche Täuschung, eine Verwechselung von Ursach und Wirkung, ein bloß zufälliges Zusammenstreffen von Umständen und Verhältnissen zum Grunde liege, ob nicht das, was man bisher allgemein als unumstößliche Wahrheit angenommen, nur ein allgemein verbreiteter Irrthum sey. Auch bei der Beantwortung der Frage: ob das System einer oder zweier Kammern den Vorzug verdiene, scheint man in unsern Tagen oft nur zu sehr vergessen zu haben, daß es immer höchst bedenklich sey, streng allgemeine politische Regeln aufstellen zu wollen und über einzelne politische Anstalten und Einrichtungen ein unbedingt lobendes oder unbedingt tadelndes Urtheil zu fällen, die ganze Individualität des Staats, in dem eine solche Einrichtung ins Leben eingeführt werden soll, seine gesammten äußern und innern Verhältnisse, die allein werden in jedem einzelnen Falle über die Anwendbarkeit und Ausführbarkeit solcher politischen Einrichtungen und Anstalten entscheiden müssen. Alles rücksichtslos nach allgemeinen Grundsätzen modeln zu wollen, — was man so oft, und allerdings gar häufig nicht mit Unrecht, als einen unterscheidenden Zug in der revolutionären Tendenz unserer Tage angegeben — das möchte sich aber auch wohl dann als nicht minder nachtheilig bewähren, wenn man darin das einzige Rettungsmittel für das Bestehende zu finden glaubt. Wie wenig dieser Zweck durch das System der zwei Kammern wirklich erreicht werde, zeigt die steigende Unzufriedenheit, die sich darüber in unsern Tagen in manchen Ländern so laut und deutlich ausspricht, so daß, weit entfernt dadurch gestützt zu werden, das Bestehende vielmehr eben durch dies System noch ungleich mehr gefährdet erscheint. Diese unverkennbare Unzufriedenheit aber hat häufig nicht bloß darin ihren Grund, daß das System der zwei Kammern den besondern Verhältnissen des Landes keinesweges zusagt, daß es als eine nutzlose Weitläufigkeit, als eine vollkommen überflüssige Erschwerung der Betreibung der Geschäfte erscheint, sondern auch ganz vorzüglich darin, daß die erste Kammer oft ihre Aufgabe, durchaus falsch begriff und verkannt, daß sie sich nur allein zur Erhaltung des Bestehenden berufen glaubte, ohne weiter zu berücksichtigen, ob dies Bestehende den Bedürfnissen der Zeit entsprach oder nicht, daß sie nur zu oft und zu deutlich ihr Privatinteresse dem allgemeinen Interesse vorzog und daher bald als eine verderbliche Hemmung, als eine feindselige Opposition betrachtet, die unbesonnene und leidenschaftliche Neuerungssucht selbst nur noch mehr anregte und befeuerte. Je

mangelhafter obendrein oft die innere Organisation und die Zusammenfassung der ersten Kammer in manchem Lande sich zeigt, um so häßlicher und tabelnder hat sich dann auch nicht selten in unsern Tagen die öffentliche Stimme über das ganze System der zwei Kammern geäußert.

Um die Frage, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen das System zweier Kammern den Vorzug verdienen oder nicht, gehörig beantworten zu können, müssen wir vor Allem uns darüber Rechenschaft geben, was überhaupt die Bedeutung einer ersten oder oberen Kammer seyn solle, und was nicht, welche Ideen überhaupt dem Systeme der zwei Kammern zum Grunde liegen, was dadurch erreicht und begewert werden soll, und was nicht. Nur dann erst, wenn man das Wesen und den Charakter des ganzen Systems begriffen, mag sich auch über die Anwendbarkeit desselben in dem einzelnen Falle gehörig urtheilen lassen; so lange dagegen diese klare Einsicht in sein innerstes Wesen fehlt, mag es auch nicht ausfallen, wenn es so oft ganz verkehrt angewandt worden. Die vorherrschende Idee, welche dem Systeme der zwei Kammern wenigstens in Monarchien zum Grunde liegt, ist allerdings die, daß die erste oder obere Kammer vorzugsweise das Princip der Stabilität, der Stetigkeit; die zweite unmittelbar vom Volke gewählte Kammer dagegen, eben so vorzugsweise das Princip der Entwicklung, des Fortschreitens, der Perfectibilität, darstellen solle. Daher soll alsdann die erste Kammer lebenslanglich seyn oder selbst wohl erblich, um desto unabhängiger und geherrter dazustehen; die zweite dagegen gewählt und in kurzen Fristen erneuert werden; die erste soll vorzugsweise bestehen aus den Reichen, vor allen aus den großen Grundeigenthümern, als welche am meisten bei der Erhaltung des Bestehenden interessiert sind, die zweite dagegen soll gewählt seyn ohne Unterschied, aus den verschiedenen Klassen der Gesellschaft; die erste soll nur sich selbst, nur das große Eigenthum darstellen, die zweite dagegen alle und jede Interessen im Volke. In mehr als einer Hinsicht glaubt man in einer solchen lebenslanglichen, oder selbst wohl erblichen oberen Kammer ein Gegenmittel gegen Revolutionen zu erblicken. Der Reiche ist in der Regel am meisten bei der Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Staate interessiert, der große Grundeigenthümer insbesondere ist am festesten an den Staat geknüpft, kann am schwersten das Land verlassen, am wenigsten leicht sein Vermögen aus dem einen Lande in ein anderes versetzen, wird daher auch am unmittelbarsten durch jede Anarchie bedroht. Auch die Lebenslanglichkeit wird einer solchen oberen Kammer ungleich mehr Consequenz und mehr Festigkeit in den Grundfögen, mehr Unabhängigkeit von den augenblicklich vorherrschenden Ansichten und Ideen verschaffen,

als einer und in kurzen Fristen aufs neue gewählten Kammer, welche ungleich leichter nur das Product und das Organ der augenblicklichen Stimmung seyn wird, in der daher auch ungleich häufigere Inconsequenzen, ungleich häufigerer Wechsel der Ansichten, größere Leidenschaftlichkeit und eben dadurch größere Gefährdung des Bestehenden und der Ruhe und Ordnung zu befürchten seyn wird. In einer Kammer, die nur aus wechsellenden, auf kurze Zeit vom Volke gewählten Mitgliedern besteht, wird sich allerdings der Natur der Sache nach eine größere Beweglichkeit vorfinden, und werden eben deshalb ungleich leichter leidenschaftliche Actionen und Partein sich bilden. In einer oberen Kammer erblickt man außerdem noch eine passende Mittelsperson zwischen dem Regenten und der Masse des Volks; obwohl ebenfalls zum Volke gehörend, stehe sie dennoch durch den Reichtum und das persönliche Ansehen ihrer Mitglieder dem Herrscher schon näher, bilde so ein passendes Bindungsmittel, eine Brücke zwischen ihm und der Masse des Volks. Während sie suchen werde, das Bestehende gegen gewaltsame Störungen und Umwälzungen von unten zu schützen, werde sie eben so auch der Willkür von oben kräftig widerstreben, denn der Reiche und namentlich der große Grundeigenthümer sey gleichmäßig durch Anarchie und Despotismus vor Allen bedroht, werde sich daher auch beiden am nachdrücklichsten entgegenkommen. Als einen vorzüglichen Gewinn rühmt man endlich noch von dem Systeme der zwei Kammern, daß es den Vortheil einer doppelten Verathung, einer zwiefachen Discussion durch verschiedene Versammlungen verschaffe, daß so die Geschäfte in der Regel ungleich gründlicher und vielseitiger werden beachtet werden, je mehr der Natur der Sache nach in der oberen Kammer feste Ansichten und Grundföge, daher auch ungleich mehr Ruhe und Besonnenheit vorherrschend werden. Werden dieselben Sachen von zwei verschiedenen, vielleicht von ganz verschiedenen Gesichtspuncten ausgehenden Versammlungen gleichmäßig untersucht und beachtet, so scheint dabei nur die Wahrheit gewinnen, zu können, und es werden so am sichersten leidenschaftliche Verathungen und übereilte Beschlüsse vermieden. Um diesen Vortheil der doppelten ruhigen Verathung zu gewinnen, hat man daher oft selbst in Republiken das System der zwei Kammern angenommen, wiewohl dasselbe hier in alten andern Rücksichten von demselben Systeme in Monarchien durchaus und wesentlich verschieden ist, indem in Republiken beide Kammern vom Volke gewählt werden, beide gleichmäßig das ganze Volk repräsentiren, die erste höchstens nur auf einen längeren Zeitraum als die zweite gewählt wird, sie auch keinesweges ausschließlich aus den großen Grundbesitzern oder sonst vorzugsweise Reichen zusammengesetzt ist. Vermeidung über-

eiter leidenschaftlicher Discussionen und Beschlässe ist daher bet nahe der einzige Vortheil, den dieses System in Republiken, wo jede politische Ungleichheit immer nur ungern ertragen wird, zu gewähren vermag. Wenn aber auch im Allgemeinen das System der zwei Kammern in Monarchien in mehrfacher Rücksicht vorthellhaft zu seyn scheint, so mag dasselbe dennoch auf der andern Seite auch wieder in einzelnen Fällen nachtheilig und verderblich wirken, indem dadurch theils der Regierung gar leicht ein ungebührender, überwiegender Einfluß verschafft, theils eine höchst verderbliche Familienaristocratie, ein höchst verderblicher Castengeist veranlaßt und befördert werden kann. Wo die Regierung die Mitglieder der ersten Kammer lebenslänglich ernannt, wird sie auch gar leicht einen ungebührenden Einfluß auf dieselben erlangen. Aus Dankbarkeit, aus Rücksichten auf ihre Kinder und Verwandte, um auch diesen demnächst eine ähnliche Auszeichnung zu sichern, werden sich die Mitglieder einer solchen oberen Kammer gar oft unbedingt dem Willen und Wünschen des Regenten fügen. Aus selbst da, wo die erste Kammer aus erblichen Mitgliedern besteht, werden dennoch die erblichen Familien nicht selten durch Gunstbezeugungen und Auszeichnungen für das Interesse des Hofes gewonnen werden können, abgesehen davon, daß eine Versammlung von erblichen Gesetzgebern, ohne daß die persönlichen Qualifikationen der Einzelnen dabei besonders berücksichtigt werden, allerdings gar Vieles gegen sich zu haben scheint. Gerade in einer solchen erblichen Kammer scheint alsdann auch ganz vorzüglich die Entsetzung und Consoildierung eines verderblichen, der Regierung wie dem Volke gleich nachtheiligen und gleich gefährlichen Castengeistes zu befürchten. Es bildet sich hier, und selbst in einer lebenslänglichen Kammer wird dies schon mehr oder weniger der Fall seyn, sehr leicht ein besonderes Familien- oder Standes-Interesse, dem das allgemeine Interesse gewöhnlich aufgesperrt wird; es wird eine solche Kammer immer mehr zu einer abgeschlossenen Corporation, der die Regierung selbst gar häufig in ihren Annahmen nachgeben muß, will sie sich anders nicht auf jedem Schritte durch eine egoistische Opposition gehemmt und gelähmt sehen.

Aus dem bisher Gesagten geht schon zur Genüge hervor, daß, in wiefern das System einer oder zweier Kammern den Vorrug verdiene, sich keinesweges im Allgemeinen bestimmen lasse, es vielmehr, wie dies gewöhnlich bei der Beantwortung politischer Fragen der Fall zu seyn pflegt, von den besonderen Verhältnissen des einzelnen Landes abhängen werde, ob das eine oder das andere System als vorzüglicher und zweckmäßiger erscheinen soll. Als empfehlenswerth wird allerdings das System zweier Kammern erscheinen in großen, stark bevölkerten Ländern,

wo daher auch nothwendig die Versammlung der Stellvertreter sehr zahlreich seyn muß, und eben deshalb auch stürmische Beratungen und überreile leidenschaftliche Beschlässe zu fürchten sind. Hier wird unftreitig Alles für einen Gewinn zu achten seyn, wodurch die Verhandlungen ruhiger und bedächtlicher gemacht, und vorreile Beschlässe vermieden werden können, und um so nothwendiger werden zwei Kammern dann erscheinen, je heftiger und reizbarer der Volkscharakter ist, damit, wenn auch in der einen Kammer die augenblickliche Leidenschaft siegt, dennoch in der andern Ruhe und Besonnenheit vorherrschend bleibe. In großen Reichthum ist außerdem der Natur der Sache nach der Abstand zwischen dem Regenten und dem Volke größer und weiter; auch in dieser Rücksicht wird eine erste Kammer als Mittelsperson nützlich und zweckmäßig seyn. Als eine wesentliche Verbindung der politischen Existenz und der politischen Wirksamkeit einer solchen ersten oder oberen Kammer erscheint aber ganz vorzüglich, daß eine zahlreiche Classe großer Grundeigenthümer oder wenigstens Reicher überhaupt vorhanden sey, die durch ihren Reichthum in den Stand gesetzt werden, ihre Unabhängigkeit von der Regierung behaupten zu können, zugleich aber auch sich in einer solchen politischen Stellung im Staate befinden, daß ihr besonderes Interesse nicht mit dem Interesse des übrigen Volkes beinahe nothwendig in Widerspruch gerathen müßte. Wo dagegen die Mitglieder der oberen Kammer oder die ganze Classe, aus welcher dieselben genommen werden, besondere ausschließliche persönliche oder Realvorrechte, besonderer Privilegien, Exemtionen und Immunitäten besitzen, da wird auch unvermeidlich die obere Kammer bald eine feindselige Opposition gegen das Volk bilden und nur darauf bedacht seyn, ihre besondern Vorrechte gleichmäßig gegen dasselbe, wie gegen die Regierung zu schützen. Nur dann mag daher eine solche obere Kammer wahrhaft nützlich wirken, nur dann der Vortheil einer ruhigeren, gründlicheren Untersuchung erreicht, und die Gefahr leidenschaftlich überreiler Beschlässe wahrhaft vermieden werden, wenn dieselbe in allen wesentlichen Punkten ein gleiches Interesse mit dem übrigen Volke hat, sie, gleich wie die vom Volke unmittelbar gewählte zweite Kammer, als Organ der öffentlichen Meinung, nicht aber als das Organ des Castengeistes auftritt. Damit aber dies Letztere mit Sicherheit vermieden werde, muß nothwendig die öffentliche Meinung schon einen solchen Grad von Kraft und Einfluß erlangt haben, daß es weder das einzelne Individuum noch ein einzelner Stand wagen darf, ihr ungehorsam und ungehorsam zu seyn. Diese öffentliche Meinung, die nur bei Pressefreiheit sich ausbilden und erstarken, die das Lebensprincip einer jeden repräsentativen Verfassung ist, die allein eine fortwährend kräftige, die einzig mög-

liche Controle über die Repräsentantenversammlung selbst üben kann, wird doppelt notwendig bei dem Systeme der zwei Kammern, weil eben die erste Kammer sich so leicht gleichmäßig gegen das Volk und die Regierung in Opposition setzt, und so leicht unter die Herrschaft eines verderblichen Castengeistes geräth. — Ganz anders aber wie in großen Reichen zeigen sich oft die Verhältnisse in kleinen Staaten; was in jenen in manchen Fällen und in manchen Rücksichten als nützlich und zweckmäßig sich ergibt, wird vielleicht in diesen eben so oft als durch aus zweckwidrig und nachtheilig erscheinen, und umgekehrt. So möchte sich auch wohl bei näherer Prüfung unwiderleglich ergeben, daß man mit Unrecht auch in kleinen Staaten das System zweier Kammern als heilsam und notwendig anempfehlen, indem hier die Gründe wegfallen, weswegen dasselbe als notwendig erscheinen kann, die Bedingungen fehlen, unter welchen allein die Nachteile desselben vermieden werden können. In kleinen Staaten ist der Natur der Sache nach auch die Versammlung der Repräsentanten schwach und wenig zahlreich; stürmische Diskussionen, leidenschaftliche Beschlässe sind eben deshalb auch hier wenig zu fürchten; eine wenig zahlreiche Versammlung wird nicht leicht durch jenen plötzlichen Enthusiasmus ereignet, der in großen Versammlungen allerdings zu besichtigen ist. In einem kleinen Staate, wo der Regent auch dem Volke näher steht, der Abstand zwischen beiden geringer ist, bedarf es eben deshalb auch keines Mittlers, keiner Zwischenbehörde, welche die Kluft zwischen dem Regenten und dem Volke ausfüllt. In kleinen Staaten endlich wird sich auch nicht leicht eine hintereinander zahlreiche Classe großer Grundeigenthümer, oder sonst vollkommen unabhängiger Reichen vorfinden, aus denen die obere Kammer gebildet werden könnte. Vielmehr wird dieselbe alsdann gar leichtlich von der Regierung gewonnen werden können, und je weniger zahlreich sie ist, um so leichter wird sich in ihr ein egoistischer Castengeist bilden und sie um so mehr nur auf Beförderung und Sicherung ihres Privatinteresses sowohl gegen die Regierung als gegen das Volk bedacht seyn, je seltener und je schwerer die öffentliche Meinung in kleinen Staaten hindereinde Kraft und Einfluß erhält, um eine tüchtige und genügende Garantie gegen dergleichen egoistische Bestrebungen zu gewähren. So wird, statt eine Schutzwehr zu geben gegen Anarchie, gegen das Ueberhandnehmen des demagogischen Geistes, eine solche erste Kammer vielmehr nur allein darauf bedacht seyn, ihr Privatinteresse zu fördern, und alle demselben nicht zugehörige Maßregeln für das allgemeine Beste zu hemmen und zu verzögern, und um so mehr wird dies der Fall seyn, wenn vielleicht der Adel, aus dem dieselbe hervorgegangen, in einem solchen Lande besondere politische Vorrechte

und Freiheiten besitzt, sein Interesse daher auch dem Interesse des übrigen Volks mehr oder weniger entgegenge setzt ist. Wohl mag es dann nicht auffallen, wenn wir von Anfang an dergleichen privilegierte Adelskammern fast allenthalben in einer feindseligen Opposition gegen die Repräsentanten des Volks erblicken; wenn sie sich um so heftiger und unbedingter jeder heilsamen Publi cistät, jeder Freiheit der Presse widersetzen, je mehr sie eine freimüthige Untersuchung so mancher von ihnen beschützten Mißbräuche, so mancher ihnen zustehenden verderblichen Rechte und Freiheiten durch die öffentliche Meinung zu schonen Ur sache haben.

Wenden wir das bisher Gesagte auf das Königreich Hannover an, so möchte es wohl keines weitläufigen Beweises bedürfen, daß auch hier das System zweier Kammern durchaus unpassend und ungeweckmäßig sei, daß auch hier eine obere Kammer, so wie wir sie gegenwärtig beschreiben sehen, weit entfernt, als notwendig zu erscheinen, sich vielmehr nur als ein Werkzeug darstelle, das Privatinteresse eines Standes auf Kosten des allgemeinen Besten zu fördern, und die besten und ersprießlichsten Einrichtungen und Vorschläge, wenn nicht gänzlich zu hintertreiben, doch wenigstens über die Gedulde aufzuhalten und zu verzögern. Ueberhaupt ist mit Rücksicht auf die Verfassung der Hamboverschen allgemeinen Ständeversammlung dasselbe zu bemerken, was auch bei manchen andern deutschen Verfassungen der Fall ist, daß dieselbe nämlich hervorgegangen ist aus einer Vermischung des alten ständischen und des Repräsentativsystems, daß die Formen beider unter einander gemengt worden, und daß alsdann daraus, wie nicht wohl anders zu erwarten, gar manche Inconsequenzen und gar manche Schiefheiten hervorgegangen sind. Daß die alten Formen der landständischen Verfassung, daß die Einteilung nach Ständen und Curien in unsern Tagen durchaus unpassend geworden sey, und eine unbedingte Wiederherstellung derselben allgemeinen und lauten Tadel würde gefunden haben, die Ueberzeugung mochte sich zu stark aufdrängen, als daß man sie ganz unberücksichtigt hätte lassen können, zugleich aber ließ es die Vorliebe und die Verehrung für das Historische, was denn schon freilich nicht selten zur Verheerung gar mancher unpassenden und jeiwidrigen Einrichtungen hat dienen müssen, nicht zu, sich ganz von den alten hergebrachten Formen zu trennen, und so ward denn ein Versuch gemacht, die Formen der ständischen und der Repräsentativverfassung, auf eine, wie sich nicht anders erwarten ließ, höchst unpassende und zum Theil widersprechende Weise, mit einander zu vereinigen. — Das Königreich Hannover enthält einen Flächeninhalt von nicht voll siebenhundert Quadratmeilen, eine Bevölkerung von nicht voll anderthalb Millionen Menschen; die

erste Kammer seiner allgemeinen Ständeversammlung zählt einige dreißig, die zweite einige sechzig Mitglieder. Würde daher auch diese Gesamtzahl beibehalten werden, wiewohl sich gar leicht nachweisen läßt, daß der Adel unverhältnißmäßig stark gegen die anderen Stände repräsentirt ist, so würde die ganze Versammlung bei einer Vereinigung beider Kammern nur hundert und etliche Mitglieder zählen. Und auch angenommen, daß diese Zahl noch durch Zulassung neuer Abgeordneter des Bauernstandes verhältnißmäßig vermehrt werde, würde denn wirklich die Versammlung so übermäßig zahlreich seyn, daß sie deshalb getrennt und getheilt werden müßte? Lassen sich heftige Factionen und Parteyen, leidenschaftliche Beratungen und Beschlüsse befürchten in einer Versammlung von hundert und etlichen Hannoveranern, einem Volke, dem noch nie flüchtige Unbesonnenheit und braufende Leidenschaftlichkeit vorgeworfen worden ist, das vielmehr im gesammten deutschen Vaterlande als einer der besonnensten und bedächtesten, vielleicht selbst als ein etwas pflegmatischer Stamm bekannt ist; einem Volke, das zu jeder Zeit seine innige, feste Anhänglichkeit an seinen Fürsten sich auszeichnete, das selbst unter den ungünstigsten Umständen, selbst in den Zeiten der stärksten Aufregung nie diesen Charakter verläugnete? Sollte man da nicht sehr natürlich auf den Gedanken kommen, daß nur eine vorgesehne Meinung von der Gefährlichkeit des Systems einer Kammer die Scheidung in zwei Kammern in Hannover für notwendig halten können, oder war es vielleicht gar, weil man nur auf diese Weise einem privilegierten und vor allen begünstigten Stande Vorrechte sichern zu können meinte, die die allgemeine Meinung und die Stimme der Zeit gleichmäßig verwarf? Wahrlich in einer Hannoverschen Kammer ist keine leidenschaftliche Uebererregung, keine die öffentliche Ruhe bedrohende Aufwallung zu befürchten, es sey denn, daß man jede Verbesserung für bedenklich halte, daß man, wie dies noch neulich in der ersten Hannoverschen Kammer als die Aufgabe für dieselbe ausgesprochen worden, nur allein das Bestehende und nichts als das Bestehende wolle! Nicht die Reform ist zu fürchten; das Unbesonnene Festhalten an dem Veralteten, das führt am ersten zur Revolution; haben sich ja doch zu jeder Zeit, wie es die Geschichte unabweislich zeigt, die Extreme berührt! — Oder sollte vielleicht im Königreiche Hannover eine obere Kammer als Mittelperson notwendig seyn zwischen Regierung und Volk? Sollte es einer solchen Mittelperson bedürfen bei einer Regierung, die immer ganz vorzüglich ihren Ruhm in ihrer Vaterlichkeit gesucht hat? Ist denn das Reich so groß, das Volk so ungebildet und zudringlich, daß es einer weiten Kluft be-

dürfte, welche die Regierung von ihm scheide, daß es einer oberen Kammer bedürfte, um diese Kluft auszufüllen? So etwas wird man gewiß am wenigsten unter der Regierung eines Monarchen zu behaupten wagen, den das einstimmige Urtheil seiner Zeitgenossen für den freisinnigsten Freund seines Volks erklärt, der es ja wiederholt aus das unweidenbüchtige zu erkennen gegeben hat, daß er keinen schöneren Ruhm kennt, als der Herrscher eines freien Volks zu seyn, dem seine Einfachheit, seine Zugänglichkeit, seine Keuschheit schon längst die Herzen seiner Unterthanen gewonnen! — Und finden sich denn auch wirklich im Königreiche Hannover die erforderlichen Elemente, um aus ihnen eine erste Kammer zu bilden, die wahrhaft dem Begriffe von einer Pares-Kammer entspricht, die etwas mehr ist, als der Ausschuß eines Bauernstandes, der gegenwärtig als solcher seine politische Bedeutung und seine politische Wichtigkeit durchaus verloren hat, der sich nur noch durch willkürliche Anordnungen, durch Beibehaltung morischer veralteter Formen, die jeden Tag mehr unter dem Anbrang der neueren Civilisation zusammenstürzen und zusammenstürzen müssen, zu behaupten vermag? Ist wirklich in Hannover eine zahlreiche, durch ihren Reichthum von der Regierung wie vom Volke gleich unabhängige Classe von großen Grundeigentümern, eine Classe, die aber auch zugleich mit dem Volke in den wesentlichsten Punkten gleiches Interesse hat, deren politische Existenz und politische Bedeutung nicht auf Vorrechte gegründet und gestützt ist, die sie nothwendig in eine feindselige Opposition gegen das übrige, nicht mit gleichen Privilegien begabte Volk versetzen müssen? Ist endlich die erste Kammer im Königreich Hannover wirklich so organisiert und zusammengesezt, daß sie der Idee einer oberen Kammer und den Anforderungen entspricht, welche an eine solche Versammlung mit Recht gemacht werden können? Die Beantwortung dieser Fragen möchte wohl bei dem unparteiischen und vorurtheilsfreien Beurtheiler nicht leicht zweifelhaft seyn. Nur einige wenige Ständes- und Majoratsherren erblicken wir hier als einen wahren, rechten Stoff zu einer Pareskammer; die übrigen Mitglieder der ersten Kammer stehen größtentheils in Staatsdiensten, einige haben unmittelbar wegen ihrer Aemter und Stellen darin Sitz und Stimme, die mehesten erscheinen als gewählte Kreisdeputirte, welche ein Einkommen von sechshundert Thalern aus Grundeigenthum besitzen müssen. Siebt wohl ein solches Einkommen wirklich die erforderliche Unabhängigkeit, zumal bei dem Adel, der mit ungleich größerem Aufwand als der Bürger zu leben genöthigt ist, der außerdem größtentheils im Staatsdienste steht? Der Hannoversche Adel ist nicht reich; — das ist allerdings für ihn kein

Vorwurf — wohl aber ist es unpassend und unzweckmäßig, aus einem so wenig reichen Adel eine eigene obere Kammer bilden zu wollen. Und um so unpassender erscheint dies, als dieser Adel manche besondere Vorrechte und Freiheiten besaß, die ihn beinahe notwendig in Opposition mit den übrigen Classen des Volkes setzen. So besaß er auch jetzt noch mangelndes Vortzge bei der Besteuerung, ist im Besiz der Patrimonialgerichtsbarkeit, der höheren Aemter und Würden, und je weniger zum Theil, namentlich dieses letzte Vorrecht, gesetzlich begründet, sondern nur durch langes Herkommen usurpiert ist, um so leichter wird eben dadurch der Adel in Opposition mit dem Volke gesetzt, um so mehr wird eine beinahe ausschließlich aus Adelsdeputirten zusammengesetzte obere Kammer vor allen nur die Interessen der Caste wahren und mit Mißtrauen und Aegzwohn alle Schritte der Repräsentanten des Volkes betrachten. Indem daher der Adel nicht reich ist, ist er nicht unabhängig von der Regierung; indem er manche besondere Rechte und Auszeichnungen usurpiert hat, steht er in Opposition zum Volke. — Wie mag da je die Idee einer oberen Kammer durch eine Versammlung von Adelsdeputirten realisiert erscheinen? Wäre wenigstens noch eine kräftig ausgeübte öffentliche Meinung vorhanden, welche den Adel und seinen Repräsentanten, die obere Kammer, abhielte, sich mit dem Volke in Opposition zu setzen und sein Privatinteresse ungeachtet dem allgemeinen Interesse vorzuziehen; — doch wie hätte sich eine solche öffentliche Meinung in einem Lande bilden können, wo bis auf die neueste Zeit Alles, was die Verfassung und die Verwaltung des Staats betraf, mit ängstlicher Sorgfalt den Augen des Volkes entzogen ward, Gegenstände, die man in andern Ländern als vollkommen gleichgültig zu betrachten gewohnt war, als Staatsgeheimnisse angesehen wurden, in einem Lande, wo eine willkürliche Censur eine freie Discussion der öffentlichen Interessen zurückhalten mußte, wo um so weniger ein allgemeines Urtheil über öffentliche Angelegenheiten sich bilden mochte, als die Betheilung derselben, wenigstens in den höheren Posten, beinahe das ausschließliche Vorrecht eines einzigen Standes, des Adels, war? Wie wenig noch eine solche geklärte öffentliche Meinung im Königreich Hannover sich ausgebildet hat, das möchten mehr als Alles so manche Urtheile beweisen, die in der neuesten Zeit, wo den Aeußerungen über öffentliche Angelegenheiten eine etwas größere Freiheit gestattet worden, laut geworden sind. Urtheile, aus denen zum Theil eine so gänzliche Unkunde aller politischen Töden und Ansichten, ein so gänzlichcs Verkennen der Zeit und ihrer Bedürfnisse hervorgeht, daß sie nur in einem Lande vorgebracht werden mochten, wo man noch darauf glauben rechnen zu können, daß schon die bloße Autocritik des gedruckten Wortes

die Meinung von gar Manchen besetzen wird¹⁾. Der Einwurf endlich, den man gegen eine Vereinigung der beiden Händverschen Kammern in eine einzige und gegen eine verhältnismäßige Verminderung der Repräsentation des Adels machen möchte, daß dieselbe eine Verletzung wohlverworbener Rechte sey, jene Begrufung, womit man so oft jeden Mißbrauch zu rechtfertigen versucht hat, ohne sich darüber, was wahrhaft wohlverworbene Rechte seyen, überhaupt nur Rechenschaft zu geben, möchte sich gar leicht mit wenigen Worten widerlegen lassen. Nur dann mag überhaupt von wohlverworbenen Rechten in dem Sinne die Rede seyn, daß die höchste Staatsgewalt dieselben nicht ohne Einwilligung der Berechtigten zu verändern befugt sey, wenn dieselben zwischen Privaten oder unter privatrechtlichem Titel erworben sind; wo aber ein Recht die Folge ist von politischen Einrichtungen und Institutionen, da erscheint es als sich von selbst verstehend, daß auch zugleich mit diesen Institutionen das Recht selbst ebenfalls modifiziert verändert werden können. Will man jedes sogenannte wohlverworbene Recht für unveränderlich erklären, immer nur die privatrechtliche Ansicht als die einzig anwendbare geltend machen, so ist damit auch zugleich jeder Reform, jeder Verbesserung Thür und Thor verschlossen und statt ordnungsmäßiger Reformen, da nun einmal die Menschen nicht in stereotypischen Formen leben wollen und leben können, haben wir bald verheerende, blutige Revolutionen²⁾.

Je mehr aber in neueren Zeiten aller Orten die Spannung unter den Ständen gestiegen ist, das heißt vorzüglich unter dem Adel und dem dritten Stande, je mehr sich die allgemeine Stimme aller Orten gegen die ausschließlichen Vorrechte des Adels, als eines eigenen, besonders privilegierten politischen Standes erklärt hat, eine Folge allgemein und gleichmäßig ver-

1) Wie hätte man wohl in einem Lande, wo politisches Urtheil und politische Bildung vortheilhaft, Aeußerungen wagen mögen, wie man sie unter andern in der, was die Militärverhältnisse Hannovers betrifft, übrigens mit gründlicher Sachkenntnis abgefaßten Aufgskris: Die Militärverfassung des deutschen Bundes, zunächst in ihrer Anwendung auf das Königreich Hannover. Mit Bemerkungen über die gegenwärtigen Verhältnisse und Erörterungen der letzteren. (Hannover, 1831. 8.) Von C. 55 an, weiterholt antritt?

2) Auch dieser Punkt hängt nah mit jener Abgötterei zusammen, die mit dem historisch Gegebenen vorzüglich in Deutschland getrieben wird. So weit der Verstand davon entfernt ist, unbedingte Theorien zu kultiviren und unbedingt für sie Eingang in das Leben zu fordern, eben so entschieden muß er sich jedoch auch zugleich gegen jene lächerliche Verehrung des historisch Gegebenen erklären. — Er behält sich vor, darüber seine Ansichten mit nächstem in einem besonderen Aufsatze weiter zu entwickeln.

breiteter Cultur und Civilisation, um so räthlicher möchte auch in dem Königreiche Hannover eine Vereinigung der beiden Kammern in eine einzige erscheinen, um jede Spaltung und Spannung zu entfernen, die allgemeine Vereinigung und Ausföhrung zu befördern, und wie es seyn soll, alle Classen und Stände gleichmäßig in dem Interesse für das allgemeine Wohl zu vereinigen. Manche einander scharf entgegensehende Ansicht wird sich ausgleichen, manches Vorurtheil wird verschwinden, sobald nur die Menschen unter einander in nähere Berührung gebracht, sich einander kennen und achten lernen — und wann wäre nicht dieser wechselseitige Austausch der Ideen, diese wechselseitige Ausföhrung und Vereinigung widerstrebender Ansichten und Grundsätze notwendiger gewesen, als in unsern Tagen? Hat es ja doch wiederholt und laut in der Nähe und in der Ferne die Erfahrung gezeigt, wie ein starres Festhalten an dem Veralteten, wie die dadurch nur zu sehr beförderte Trennung und Spaltung unter den verschiedenen Ständen Unheil bringe und Verderben! Nur in der Einheit und in der Einigkeit besteht die Kraft; um so stärker wird jedes Volk und um so ruhiger seyn, je enger es ist, je mehr es sich als ein eng vereinigt Ganzes mit gleichen Interessen zu betrachten lernt. Möge daher Alles entfernt werden, was zur Zwietracht und Spaltung führen kann, möge jede unnöthige Trennung der verschiedenen Stände unter einander und somit auch die Trennung in eine obere und untere Kammer verschwinden, sobald sie nicht durch überwiegende politische Rücksichten notwendig gemacht wird! Würde man aber einwenden, daß ja selbst in manchen neueren Republiken, daß selbst in Nordamerika das System zweier Kammern beibehalten worden, weil man den Vortheil einer doppelten Berathung als überwiegend anerkannt, so läßt sich theils der Grund davon in den besondern Verhältnissen jener Staaten, in ihrer großen Ausdehnung u. s. w. genügend nachweisen, theils möchte sich auch der Vortheil einer doppelten Berathung gar wohl erreichen lassen, ohne deshalb die Nachtheile einer besondern Adelskammer zugleich mit zu übernehmen; nur an Norwegen mag hier erinnert werden, wo die Versammlung der vom Volke gewählten Repräsentanten eine gewisse Anzahl ihrer Mitglieder selbst aus ihrer eigenen Mitte auswählt, um die Stelle einer oberen Kammer zu vertreten. Auch ist kaum zu begreifen, warum in einer einzigen wenig zahlreichen und ruhigen Versammlung der Repräsentanten eines kleinen Staats, die Beratungen nicht gleich gründlich und vielseitig seyn sollten, als in zwei von einander getrennten Kammern, da das, was erst die zwei Kammern notwendig macht, die zu große Anzahl der Mitglieder, und daher das leicht Vorherrschende der Leidenschaft, bei der Repräsentation

eines kleinen Landes, von selbst wegfällt. Möge man daher ohne vorgefaßte Meinung, ruhig und unparteiisch die wichtige Frage prüfen, möge man sich nicht durch das Schreckbild von Revolutionen und revolutionären Umrufen verführen lassen, Institutionen zu begünstigen, die, indem sie das Volk unter sich spalten und trennen, indem sie Uneinigkeit und Mißtrauen in seinem Innern erhalten, erst recht eigentlich dasjenige befördern und herbeiführen, was man durch sie zu vermeiden hoffte. Schreiber dieses weiß gar wohl, daß bei dem überwiegenden Vorurtheile, das sich in unsern Tagen in gewissen Kreisen gegen das System einer Kammer verbreitet hat, wovon die Constatuierung so mancher deutschen Staaten seit dem Jahre 1815 den deutlichsten Beweis giebt, seine Ideen von gar Vielen mit Mißtrauen aufgenommen und vielleicht gleich von vorn herein werden verworfen werden. Für solche, welche nun einmal gewohnt sind, sich durch Vorurtheile bestimmen zu lassen, die es nicht der Mühe werth halten, selbst zu forschen und zu untersuchen, für solche hat er freilich auch nicht geschrieben. Wohl aber wird er sich hinreichend belohnt fühlen, wenn es ihm gelingt, zum Nachdenken über eine so wichtige Frage anzuregen, oder vielleicht bei dem Einen oder dem Andern einem Vorurtheile entgegenzuarbeiten, dessen verderbliche Folgen sich schon bisher so häufig gezeigt haben und, wie sich wohl mit Sicherheit voraussehen läßt, in der nächsten Zukunft noch ungleich verderblicher wirken werden.

* 48 *

XV.

Critische Bemerkungen über den ständischen Gesegentwurf, betreffend: die bei Ablösung der Grund- und Guts herrlichen Lasten, und Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse zu befolgenden Grundsätze.

Das 9. Heft der Acten-Stücke der dritten allgemeinen Ständeversammlung des Königreichs Hannover bringt auf No. 101. nummehr den veränderten ausführlichen Gesegentwurf über die bei Ablösung der Real-Lasten und Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse zu befolgenden Grundsätze zur Kenntniß des Publicums.

Die Grundbesitzer im Königreich Hannover haben mithin die Publication eines Gesetzes zu erwarten, welches ihre wesentlichen Interessen für Gegenwart und Zukunft zum Gegenstande hat. Die Untersuchung der Frage: ob jener Entwurf

seinem Zwecke entspreche, darf daher mit Recht unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen.

Der Zweck des Gesetzes ist, nach Maassgabe des Antrages der Stände vom 7. April vorigen Jahres, und nach der ausdrücklichen Erklärung des königlichen Cabinets-Ministerii (vid. Acten-Stücke der allgemeinen Ständeverammlung, Stes Heft, No. 43, pag. 468 und 469):

die Hinwegschaffung der Hindernisse, welche dem Emporkommen der Acker-Cultur entgegenstehen, und diese Hindernisse bestehen nach der sowohl von den Ständen, als auch wörtlich von königlichen Cabinets-Ministerio ausgesprochenen Ansicht, zunächst:

in dem Vorhandenseyn von Lasten und Abgaben, welche ihrer Art nach nachtheilig wirken, und in der Beschränkung der Dispositions-Freiheit über Grundeigenthum.

In dieser gehaltreichen Erklärung legt königliches Cabinets-Ministerium den Zweck und den Gegenstand des bräutigamten wichtigen Gesetzes so kurz als umfassend dar, und stellt die eigentliche Tendenz der in Rede stehenden Gesetzgebung höchst sachgemäß ins hellste Licht.

Erfreulich ist es für jeden wahren Freund des Vaterlandes, so wie erhebend für Jeden, dem Menschenwohl am Herzen liegt, endlich einmal den hohen Werth des Principes der Freiheit so offen und unumwunden von unserer hohen Landes-Regierung anerkannt und ausgesprochen zu sehen.

Es stellt in diesem Principe den so wahren Grundfals auf, daß die bürgerliche Wohlfahrt erfordere, die Freiheit der Personen und des Grundeigenthums, wo sie mangle, ins Daseyn zu rufen und zu beleben, und wo sie unterdrückt sey, von Hindernissen zu befreien, zu befördern und zu beschützen.

Durchdringung von der großen Wahrheit, daß die Freiheit es sey, welche alles Edle, Gute und Große im Menschen und im Staatsvorne erzeuge, ernähre und zum blüthenreichen kräftigen Stamme entwickle, scheint königliches Cabinets-Ministerium die ersten Grundlagen dieser Freiheit, die der Personen und des Eigenthums, durch ein neues Gesetz bezeugen zu wollen; in diesem hochherzigen Sinne soll der Zweck des Gesetzes seyn: die mächtigen Hindernisse, welche die Selbstsucht, die rohe Gewalt und der Unverstand eines frühern unentwickelten Zeitalters der Freiheit der Personen und des Grundeigenthums, sowie der davon abhängigen Entwicklung des National-Erwerbs durch Landbau, anlegte, mit kräftiger Hand und gerechtem Sinne zu beseitigen.

Ob und inwiefern nun der ständische Gesetzentwurf diesem,

klar und deutlich ausgesprochenen, großartigen Zwecke, dem jeder Wohlmeynende seinen ganzen Beifall schenken muß, im Allgemeinen entspreche, dieses ist der Gegenstand der nachfolgenden Untersuchung.

Der erste Artikel des Gesetzes bestimmt, daß die erblichen Besitzer von Grundstücken, so in einem Neger- oder Eigenthums-Erbtheile, in einem Erbsengins- oder Erbpacht-, oder in einem ähnlichen gutherrlichen Verbands stehen;

ferner, die Besitzer von Grundstücken, welche mit Grundeigenthum, Lehnt, Diensten, oder

sonstigen Real-Lasten behaftet sind; endlich:

die Besitzer von Lehnsgütern, welche keine Ritter- oder landtagsfähige Güter sind,

sich durch Ablösung der dem fundo obliegenden Real-Lasten, so eine Folge jener Rechtsverhältnisse sind, von dem bisherigen Verbands und Rechtsverhältnisse befreien können.

Zu unserm nicht geringen Erfremden sehen wir, daß gleich dieser erste Artikel ganz von dem eigentlichen Zwecke des Gesetzes abweicht; denn dieser Artikel will nicht allein die anerkannte gemeinschaftlichen Rechtsverhältnisse, welche Lasten und Abgaben zur Folge haben, so ihrer Art nach nachtheilig wirken, oder welche die Dispositions-Freiheit über Grundeigenthum (wovon das Gesetz, wie aus den folgenden Artikeln und dem Begleitungs-Schreiben No. 100 hervorgeht, eine ungemessene Furcht äußert) zum Nachtheil des Landbaues beschränken, ablösbar gemacht sehen, sondern er fällt blindlings über alle Contracte der Privaten her, welche eine Real-Last zur Folge haben, oder eine Grundrente konstituieren, und ohne zu untersuchen, ob sie schädlich oder nützlich für den Landbau und die allgemeine Wohlfahrt sind, will er sie alle einseitig ablösbar gemacht, und mithin der Rechtsverbindlichkeit entzogen sehen.

Sein Grundfals ist: „mit gefangen, mit gehalten“, und nur Contracten minderjährigen Alters, welche ihr 25. Jahr noch nicht erreicht haben (v. art. 5.), gesteht er eine kurze Salgenfrist zu. Es ist ganz unerklärbar, wie das Gesetz gleich zu Anfang seinen so deutlich ausgesprochenen und anerkannten Zweck so gänzlich überschreiten konnte, dieser ist ja die Ablösung derjenigen Lasten und Abgaben, welche besonders drückend, oder was dasselbe sagt, welche ihrer Art nach gemeinschaftlich sind, oder welche die Dispositions-Freiheit auf eine für den Landbau nachtheilige Weise beschränken; diesen seinen Zweck verliert das Gesetz ganz aus den Augen und gerath auf einen für das Gemeinwohl höchst verderblichen Abweg.

Es dringt sich uns im gerechten Besondern darüber unwillkürlich der Gedanke auf, man habe den Knoten durchhauen wollen, welchen aufzulösen man weder Lust noch Geschick hatte.

Was haben wir armen Landwirthe denn verbrochen, daß man einen der wichtigsten und unentbehrlichsten Contracte, vermittels dessen wir unsern Grund und Boden in vielen Fällen allein verwerten oder unser Gewerbe in Ausübung setzen können, außer der Rechtsverbindlichkeit erklären, und somit annulliren will?

Wer auch nur etwas in dem Wesen landwirthschaftlicher Gewerbsverhältnisse bewandert ist, muß es ja wissen, daß der einfache Erbpacht oder Rentcontract, frei von unwesentlichen und nachtheiligen Nebenbedingungen, ein Rechtsverhältnis ist, welches sich zur Aufnahme der Landes-Culture und zur Belebung des Ackerbaues so nützlich als unentbehrlich nach Theorie und Erfahrung längst bewährt hat.

Man hätte in der That der Landes-Culture kaum eine tiefere Wunde schlagen können, als dadurch, daß man die Rechtsverbindlichkeit eines der nützlichsten landwirthschaftlichen Contracts-Verhältnisse vernichtete.

Die wesentliche Eigenschaft des einfachen Erbpacht-Contracts besteht darin: daß ein Grundeigentümer einem Dritten auf immer ein Grundstück gegen eine bestimmte, jährlich oder in einem andern wiederkehrenden bestimmten Zeitraume zu entrichtende Vergütung zur Benutzung überläßt.

Die Absicht der contrahirenden Parteien ist, auf Seiten des Grundeigentümers, die Constituirung einer angemessenen und sichern Rente vom Grund und Boden, welchen er weder mit Vortheil selbst benutzen, noch in Zeitpacht geben, noch verkaufen kann oder will, und auf Seiten des Verpflichteten, die Erlangung des dauernden Besizes eines Grundstücks zur möglichst vollständigen landwirthschaftlichen Benutzung.

Das Grundeigenthum ist außer durch eigene Benutzung verwertbar durch Verkauf, durch Zeitpacht und durch Erbpacht.

Verkauf setzt völlige Dispositions-Freiheit auf Seiten des Verkäufers und Capital auf Seiten des Käufers voraus. Beide Bedingungen fehlten häufig, sonst so wie jetzt; zudem sind Capitalien stets der Gefahr des Verlustes ausgesetzt, nicht aber der Grund und Boden und die darauf haftende Rente, deshalb zieht der große Grundeigentümer, welcher nicht etwa Güterhandel treibt, nicht nur in vielen Fällen die Erbpacht der Veräußerung vor, sondern es ist häufig das einzige Mittel für ihn, seinen Grund und Boden, insbesondere den uncoltivirten Theil, zu verwerten, wie uns ja das tägliche Beispiel unserer eigenen Domainen-Verwaltung zeigt.

Die Zeitpacht ist bei uncoltivirtem Boden selten anwendbar, weil die Urbarmachung, wenn sie von nachhaltigem Erfolge seyn soll, in der Regel einen großen Capital-Vorschuß, viele Arbeit und Mühe erfordert, und erst nach Verlauf eines langen Zeitraums gehörig rentirt; auch hat die Zeitpacht in Staats- und landwirthschaftlicher Hinsicht manche Nachteile gegen die Erbpacht.

Erfstere schließt nämlich alle Verbesserungen und Culturmethoden aus, deren Erfolg den Zeitpächter für die aufgewandten Kosten nicht schon vor Ablauf der Pachtzeit völlig schadlos hält.

Die wesentlichen landwirthschaftlichen Verbesserungen und Ertragsbesserungen sind aber von der Art, daß sie, obwohl ihr Gewinn groß und nachhaltig ist, einen beträchtlichen Kostenaufwand erfordern, und erst allmählig und nach Verlauf einer längern Zeitperiode einen befriedigenden Gewinn gewähren, und daher nur vom Eigenthümer oder erblichen Besizer unternommen werden können.

Es liegt daher in der Natur der Sache, daß die Culture der Zeitpacht-Güter nie bedeutende Fortschritte machen wird, und wenn dieses bis jetzt bei uns noch nicht sehr in die Augen fallend gewesen ist, so liegt es darin, daß die Landwirthschaft bei uns überhaupt noch auf einer sehr niedrigen Stufe der Vollkommenheit steht, welches nur diejenigen nicht wissen, deren Gesichtskreis nicht über die Gränzen ihrer Provinz oder ihres Vaterlandes hinausgeht.

Ferner giebt es verschiedene Culturmethoden, dem Grund und Boden eine temporäre höhere, aber nicht nachhaltige Nutzung abzugewinnen, welche nicht nur den zukünftigen Ertrag benachtheiligen, sondern auch auf den Werth und die Substanz des Bodens selbst verberblich einwirken. Es liegt nicht im Interesse des Erbpächters, sich solcher Culturmethoden zu bedienen, wohl aber wird der Zeitpächter, welchen nicht eine seltene Gewissenhaftigkeit oder besondere Bedingungen des Contracts davon abhalten, zum nicht geringen Nachtheile des Grundeigentümers Gebrauch davon machen.

Endlich tritt häufig der Fall ein, daß Jemand zwar Neigung, Vermögen oder Arbeitskräfte besitzt, ein Grundstück als Erbpächter mit Erfolg in Culture zu nehmen, aber weder Lust hat, es in Zeitpacht zu nehmen, noch Capital hat, um es käuflich zu ersehen.

Wir sehen also, daß die einfache Erbpacht ein für die Aufnahme der Landes-Culture höchst wichtiger Contract sey, und daß solcher daher von Seiten des Staats begünstigt, nicht aber, wie vielfach geschehen ist, erschwert, oder wie neuerlich durch das Gesetz, die Erleichterung der Grundsteuerpflicht-

gen betreffend, intendirt ist, gekränkt und verlest, oder, wie man jetzt beabsichtigt, sogar, seiner Rechtsverbindlichkeit beraubt werden muß.

Ein so wenig überlegtes Gesetz muß nicht nur für den Landbau überhaupt, sondern insbesondere für die große Zahl veredelter Arbeiter auf dem Lande, und für die Cultur der, in Folge der Gemeinheitstheilungen in den Privatbesitz gelangenden unermesslichen Strecken wüsten Landes von dem verderblichsten Einflusse seyn.

Ueberhaupt muß von Staatswegen zur Velebung des Landbaues die Concurrenz von Grund und Boden möglichst befördert, nicht aber erschwert werden, wie Manche meinen, deren Phantasie mit einem vernorrtenen Bilde von „Abhandenkommen der Grundstücke, von Versplitterung, ja von Verflüchtigung des Grundeigenthums“ erfüllt ist. Sie können sich indeß beruhigen, denn seitdem wir in unserer Grundbesitzer-Mutterrolle ein Cataster besigen, hat es mit dem Abhandenkommen der Grundstücke so leicht nichts mehr zu bedeuten.

Sehr wahr sagt Königlichs Cabinets-Ministerium (vide Acten-Stück der allgem. Ständeverammlung. Stes. Heft, No. 43. pag. 470): der Wohlstand der Ackerwirthschaften beruhe auf einem angemessenen Umfange des Grundbesitzes — allein wie die Erhaltung dieses angemessenen Umfangs erfordern könne, daß die Besigungen weder vergrößert, noch verkleinert werden dürfen, dieses ist völlig unbegreiflich, wenn nicht vorausgesetzt wird, daß die bestehenden Ackerwirthschaften durchgehends gerade denjenigen Umfang schon haben, welcher für sie der angemessenste ist.

Es wäre dieses in der That eine merkwürdige, für den wissenschaftlich gebildeten Landwirth höchst interessante Erscheinung, und zwar um so auffallender, da wir eine Menge bäuerlicher Besigungen von allen Größen und jeder Zusammensetzung, von einem bis zu tausend Morgen, antreffen.

Sie alle haben also einen angemessenen Umfang und eine richtige Consistenz, und wir sind sie dazu gelangt?

An Freiheit zum An- und Verkauf, welche allein eine so treffliche Ausbildung der landwirthschaftlichen Verhältnisse hätte bewirken können, hat es bisher ganz gefehlt.

Wenn sich nun unsere bäuerlichen Ackerwirthschaften nicht nach dem Gesetze der Freiheit ausgebildet haben, nach welchem Gesetze sind sie denn zu ihrem gegenwärtigen Bestande gelangt?

Antwort: es ist nach dem Gesetze des Zwanges geschehen, einem Gesetze, welches demjenigen gleicht, nach welchem ein an die Kette gelegter Hund einen Kreis läuft, so weit die Kette reicht. —

Man glaube doch nicht, daß es so leicht sey, zu beurthei-

len, ob eine Ackerwirthschaft einen angemessenen Umfang und eine gehörige Consistenz habe; diese Beurtheilung setzt die gründlichsten Einsichten in das Wesen der landwirthschaftlichen Gewerbeverhältnisse voraus, und ist in der That mit Schwierigkeiten verknüpft, welche aufzulösen nicht Jedermanns Sache ist.

Eäge uns ein angemessener Umfang der Ackerwirthschaften wirklich so sehr am Herzen, daß wir uns veranlaßt sähen, Maßregeln zu ergreifen, um solchen herbeizuführen, so würden wir zuver specielle Untersuchungen darüber anstellen müssen, ob die gehörige Consistenz vorhanden sey oder nicht; wir würden alsdann finden, daß einige Höfe bei weitem zu viel Ackerland und zu wenig Wiesen haben, andere dagegen einen großen Ueberfluß an Weideland und Wiesen, dagegen den größten Mangel an Ackerland; einige würden wir für das Vermögen und die Arbeitskräfte des Landmanns viel zu klein, andere wieder viel zu groß finden; wir würden uns alsdann bald überzeugen, daß die Höfe in der Regel keinen angemessenen Umfang haben, und daß sich dieser wichtige Gegenstand nicht so leicht abfertigen lasse, wie geschehen, indem man sagt, die Erhaltung des angemessenen Umfangs der Stellen erfordert das Verbot der theilweisen Veräußerung. Im Gegentheil würden wir finden, daß bei dem größeren Theile der Ackerwirthschaften eine Veränderung des Umfanges durch An- und Verkauf durchaus erforderlich sey, um die gehörige Consistenz herzustellen.

Da es indeß, so gern wir auch regieren, zu mühevoll für uns seyn würde, solches in jedem einzelnen Fall anzunehmen, so bliebe uns nichts Anderes übrig, als den An- und Verkauf der Grundstücke dem freien Willen der Grundbesitzer und der eigenen Erkenntniß ihres ökonomischen Bedürfnisses zu überlassen, wobei die Fähigkeit der Verträge, wie bisher bei anderen Vermögensverhältnissen der Unterthanen, sich lediglich darauf beschränken würde, den Mißbrauch der Veräußerungsfreiheit zu verhüten, indem sie diejenigen, welcher durch sein unverständiges Betragen den Beweis der Unfähigkeit liefert, sein Vermögen, möge es aus Grundeigenthum bestehen oder nicht, selbst zu verwalten, unter Curatel stellt. Wollten wir die Freiheit, über Grundeigenthum zu disponiren, dagegen im Allgemeinen verbieten, so wäre dieses nicht minder ungeliebt, als alle Unterthanen pro prodigis zu erklären, weil sie dreierlei Verschwenker werden könnten.

Dagegen ist es keinem Zweifel unterworfen, daß die Vertheilung des Grundeigenthums unter mehrere Erben, in der Regel eine für den Betrieb der Landwirthschaft nachtheilige Verkleinerung ländlicher Besigungen zur Folge haben würde, und dieses ist auch ganz natürlich, da es nicht ökonomische, sondern

andere Rücksichten sind, welche eine solche Erbtheilung leiten. Dieser Gegenstand, welchen nur anzudeuten ich mich hier beschränken darf, erfordert allerdings zweckmäßige und umfassende gesetzliche Bestimmungen.

Wir sehen also, daß die Veräußerungsfreiheit der Grundstücke nicht nur das einzige Mittel ist, einen angemessenen Umfang und eine richtige Consistenz der Ackerwirtschaften, auf die wir mit Recht vielen Werth legen, herbeizuführen, zu begründen und zu erhalten, sondern daß sie auch die für die Vervielung des Ackerbaues so wichtige Concurrenz um Grund und Boden befördert, welche dem Landbau die nöthigen Arbeitskräfte und Capitalien zuwendet.

Alein die Veräußerungsfreiheit reicht allein noch nicht zu; bei dem herrschenden Capital-Mangel und der großen Zahl unvermöglicher Concurrenten bedarf es noch eines andern kräftigen Mittels, die Concurrenz um Grund und Boden zu befördern, und dazu dient vor Allem der Erbpacht-Contract. Dieser Contract, frei von gemeinschaftlichen, die natürliche Freiheit beschränkenden Nebenbedingungen, muß daher vom Staat auf alle Weise begünstigt, nicht aber, wie geschehen, durch Aufhebung seiner Rechtsverbindlichkeit vernichtet werden.

Es ist keine notwendige Folge des Erbpachtverhältnisses, daß die Freiheit, über Grundeigenthum zu disponiren, dadurch beschränkt werde; der Erbpächter kann, unbeschadet der auf dem Grund und Boden haftenden Rente, das Grundstück veräußern und vererben, ja er kann es theilweise veräußern, denn die einfache Rente der Erbpacht kann repartierbar gemacht werden, und entweder vom Inhaber der Rente selbst, in getheilten Quoten, oder was bequemer für ihn ist, von dem Besitzer des Hauptstückes nach wie vor im Ganzen eingefordert werden, welcher sich dagegen durch Beiträge der Käufer der Parzellen, welche in subsidium haften, schadlos hält.

Durch die Feststellung der Erbpacht in ein bestimmtes Quantum Roggen sichern sich beide Theile gegen die Verletzung, welche eine Erbpacht in Gelde durch den veränderlichen Werth der edlen Metalle für sie zur Folge haben könnte, und fixiren solche auf eine im Durchschnitt der Jahre stets gleich bleibende und dem ursprünglichen Ertragswerthe des Grundstücks angemessen bleibende Rente.

Nicht die Rente an sich, nicht der einfache Erbpacht-Contract ist gemeinschaftlich, sondern die Art und die Beschaffenheit der Rente und verschiedene unwesentliche Nebenbedingungen dieses Contracts, welche die persönliche Freiheit oder die Dispositions-Befugniß des Erbpächters beschränken.

Wenn daher das Meyerrecht und die verschiedenen Rechtsverhältnisse, welche eine Real-Last zur Folge haben, auf einen

einfachen Rent-Contract reducirt werden, so bedarf es keineswegs einer gänzligen Auflösung dieser Rechtsverhältnisse durch Capital-Zahlung.

Eine solche Capital-Ablösung ist nicht nur unnöthig und zwecklos, sondern sie ist bei dem Vermögenszustande der Pflichtigen in der Regel unausführbar, und höchst gefahrvoll für die Existenz derjenigen, welche sich, um sie zu bewirken, mit lästbaren Anleihen belasten.

Der Meyer-Nexus und die Eigenbeschränkung beschränken allerdings die natürliche Freiheit und die Rechte der Personen und des Grundeigenthums, sie geben den Pflichtigen mehr oder weniger der Willkür eines Privatmannes, seines Gutsheeren, preis, sie haben ungewisse und willkürliche Abgaben und die so schädliche Dienstpflcht zur Folge.

Die Lehnten sind anerkannt eine für die Aufnahme der Landwirtschaft höchst verderbliche Abgabe, und der Lehn-Nexus beschränkt zum Nachtheil des allgemeinen Wohls die Dispositions-Freiheit über Grundeigenthum. Sie alle können mit Recht als gemeinschaftliche Uebel betrachtet werden, deren Beseitigung das Gemeinwohl dringend erfordert; allein es bedarf dazu keineswegs einer Capital-Ablösung, sondern nur der Verwandelung in einen möglichst einfachen Rent-Contract.

Weniger ist aber zu dem Ende die Vernichtung der Rechtsverbindlichkeit aller Rent-Contracte der Privaten für Gegenwart und Zukunft erforderlich, vielmehr ist eine solche Vernichtung für das Wohl der Nation eine der verabschiedeten Maßregeln, welche nur erdacht werden konnten.

Man kann in der That nicht umhin, zu vermuthen, daß einer solchen außerordentlichen Maßregel gewisse Zwecke zum Grunde liegen, welche wahrlich nicht im Interesse der verpflichteten Grundbesitzer liegen.

Vorur ich zur Rechtfertigung dieser Vermuthung schreite, darf ich noch auf die wichtigsten Folgen, welche der 29. Artikel des in Rede stehenden ständischen Gesetzentwurfes in Verein mit dem 49. auf den Zweck und die ganze Ausführung des Gesetzes nothwendig haben müssen, aufmerksam machen.

Nach dem 29. Artikel können nämlich feste Korngefälle lediglich auf Provocation des Pflichtigen durch Capital-Zahlung abgelöst werden, und der 49. Artikel, der letzte des Gesetzes, bestimmt, daß alle gutherrlichen Rechte und Verhältnisse bis zur definitiven Ablösung unverändert bleiben sollen.

Der Meyer-Nexus wird mithin nicht eher aufgehoben, bevor der Meyerpflichtige nicht seine sämmtlichen Korngefälle mit Capital abgelöst hat; da nun die Hauptabgabe der Meyerpflichtigen in Korngefällen besteht, da ferner die Vermögens-

umstände und der Credit derselben ihnen nur ausnahmsweise die Herbeischaffung der erforderlichen Capitalien gestattet, so ist es eine unausbleibliche Folge dieser Bestimmung, daß nur die kleineren meyerpflichtigen Grundbesitzer, welche keine Kornergasse entrichten, und von den größeren, mit Kornergassen belasteten nur die wenigen Wohlhabenden und Capitalisten im Stande seyn werden, sich von dem Meyer-Nexus, einem Rechtsverbande, welchen das Gesetz selbst als dem gemeinen Wohl im hohen Grade nachtheilig anerkennt, zu befreien.

Nieht man nun in Betracht, daß zu der Ablösung der sämtlichen Kornergasse für die Meyerpflichtigen ein überaus großes Capital, welches vielleicht über 20 Millionen Thaler betragen möchte, erforderlich seyn würde, daß ferner die reine Kornabgabe diejenige ist, welche den Landmann am wenigsten drückt, und endlich, daß es für ihn nicht nur höchst gefährlich ist, sich mit kündbaren Capital-Schulden zu belasten, um sich durch Ablösung der Kornabgabe von den bedrückenden Fesseln des Meyer-Nexus zu befreien, weil er sich abdann ganz in die Hände der Capitalisten und der Wucherer geben würde, sondern daß auch dem Landbau dadurch die zu seiner Vervollung so unentbehrlichen Capitalien entzogen werden: so liegt es klar am Tage, daß diese Bestimmung nicht nur eine einigermaßen durchgreifende Aufhebung des Meyerverhältnisses verestelt, sondern auch, daß, im Falle Pflüchtige Gebrauch davon machen, indem sie Anleihen contrahiren, ihre Existenz gefährdet wird, und überhaupt das Wohl des Landbaues darunter leidet.

Mit gerechter Betrübniß erfüllt es den Grund des Vaterlandes und den Verehrer des Landbaues, den Hauptzweck des ersten Gesetzes, die Befreiung des Grundbesitzes vom Drucke des Meyerrechtes, durch ein anscheinend absichtlich in den Weg gelegtes Hinderniß beinahe vereitelt zu sehen, und diese Hinderniß wäre so leicht zu vermeiden gewesen, wenn die Gesetzgebung nur dem von ihr selbst aufgestellten Grundsatz treu geblieben wäre und sich auf die Abstellung derjenigen Real-Kosten beschränkt hätte, welche ihrer Art nach auf den Landbau nachtheilig wirken, und demgemäß den Meyer-Nexus in ein einfaches Erbpachtsverhältniß aufgelöst hätte, dessen Rechte, unbeschadet des allgemeinen Wohls, eine reine Kornabgabe hätte verbleiben, und dessen gänzliche Aufhebung durch Capital-Zahlung, ohne Nachtheil, dem Uebereinkommen der Parteien hätte überlassen werden können.

Die Ursache, weshalb man die Aufhebung des Meyerrechtes auf diese Weise beinahe ganz vereitelt hat, scheint zum Theil in dem so tief begründeten Vorurtheile gegen die Freiheit des Bauerslandes und in der grundlosen Furcht, daß die Freiheit des Grundeigentums unglückliche Folgen haben werde, ge-

legen zu haben. Es geht dieses aus der ständischen Erwiderung an Königlich-Cabinet-Ministerium (vid. Actenstück No. 100. pag. 687.) deutlich genug hervor; hier machen Stände — gewissermaßen zur Entschuldigung, den unerhörten Beschränkungen der Dispositions-Freiheit über Grundeigentum, so der Gesegentwurf des Ministerii (vid. Actenstück der allgem. Ständeverf. No. 44. §. 5 und 13.) intencire, nicht beigetreten zu seyn — bemerkt, daß nach dem ständischen Entwurfe die Leistungen in Geldrente einermäßig beschränkt seyn und mithin die Erwerbung des völligen Eigentums — Stände nennen es den Zeitpunkt der Gefahr — weiter hinausgerückt seyn —!

Der Sinn dieser Andeutung mit andern Worten ist: „wir wollen zwar nicht als Gegner der Freiheit des Grundeigentums offen auftreten, insofern stimmen wir in unseren Ansichten hinsichtlich der Gefahren, welche eine solche Freiheit befürchten läßt, mit Königlichem Cabinet-Ministerio ganz überein, und haben durch den 29. und 49. Artikel die Ausübung des Meyerrechtes und die Freiheit des Grundeigentums so ziemlich hinterrücken.“

Der so gänzlich verstellte Zweck des Gesetzes giebt uns von neuem ein sprechendes Beispiel davon, welches Resultat von einer gesetzgebenden Versammlung zu erwarten ist, welche nur in Vollmacht einiger Stände und Corporationen handelt, und in welcher das Interesse der Nation, insbesondere das des wichtigsten und zahlreichsten Theils derselben, der pflichtigen Grundbesitzer, gar nicht vertreten ist.

Ein jeder Landwirth hat eine Menge Ausgaben, welche mit dem Besitze und der Culture der Grundstücke unvermeidlich verbunden sind; dazu gehören nicht nur die Grundsteuer, die Communal- und Societäts-Kosten aller Art, sondern auch die Zinsen von auf Grundstücken radicirten Capitalien, ja sogar die jährlich wiederkehrenden Cultur-Kosten, welche nicht selten den größten Theil des Ertrages vom Grund und Boden consumiren und mit dessen Besiz und Nutzung unzertrennlich verbunden sind; sie alle, obgleich in rechtlicher Hinsicht und ihrem Ursprunge nach von der Rente zum Theil wesentlich verschieden, kommen derselben in ihrer Wirkung ganz gleich.

Wenn man daher eine jede auf den Grundbesiz haftende Real-Kast für gemeinschaftlich erklären und deshalb mit Capital ablösbar machen will, so muß man auch den Grundbesiz annehmen, daß alle Ausgaben des Landmannes gemeinschaftlich sind, und er keine Ausgaben, sondern nur Einnahmen haben dürfe, was doch in der That so ungerührt seyn würde, daß man nicht annehmen kann, Stände seyen ernstlich der Meinung gewesen, „daß eine jede Real-Kast gemeinschaftlich sey.“ —

Allein aus welchen Ursachen strebe denn die Gesetzgebung so eifrig nach Capital-Ablösung aller Renten der Privaten, und weshalb macht sie solche sogar zur Bedingung der Aufhebung des Mepperechts?

Die Antwort auf diese Frage liegt uns nicht so fern, daß wir die Gründe, welche dazu verleitet haben, nicht erkennen sollten.

Bekanntlich nimmt die neuereanlagte Grundsteuer auf die eigentliche Rente, welche auf dem Grund und Boden zur Zeit der Veranlagung derselben bereits hafterte, überall keine Rücksicht; diese Grundsteuer berechnet dem zur Rente Verpflichteten einen Reineintrag und ein Steuer-Capital, welche er gar nicht besitzt und niemals besitzen hat, welche er bei der Last der Bezahlungsabgabe gar nicht einmal in die Hände bekommt, und bei der auf seinem Grundbesitze haftenden Korn-Rente, nachdem er überdies die Kosten der Ernte und die Mühe des Dreschens gehabt, zum großen Theil, und nicht selten beinahe völlig, wieder abgeben muß.

Man will sonst von französischen Neuerungen nichts wissen, aber eine ungerechte Grundsteuer französischen Uebersungen, welche die Cassen füllt, und den Landmann zu Grunde richtet, wieder sinnreich und vortheilsich gefunden, und diejenigen, welche uns damit beschenken haben, ruhen auf ihren Vorurtheilen.

Auf alle unsere Klagen erwidern sie kurz:

„Der Staat besteuert den Grund und Boden, wo er ihn findet, und kann keine Rücksicht auf die Rechtsverhältnisse der Privaten nehmen.“

Dieses Raisonnement setzt, wie gewöhnlich im gemeinen Leben, können wir wanken; denn es ist gar keiner besondern Schwierigkeit unterworfen, die vor Veranlagung der Grundsteuer schon existirt gewesenen, auf dem Grundbesitze der Pflichtigen haftenden Renten in den Grundsteuer-Mutter-Rollen vom Steuer-Capitale abzuziehen, und eine Rolle der Renten darnach zu bilden, welche, wie auch Niemand verlangt, nicht steuerfrei bleiben können.

Diejenigen, welche uns jene Einrede entgegenstellen, wollen daher weiter nichts damit sagen, als:

„Wir haben diese Grundsteuer von der französischen und westphälischen Regierung so gelernt, wir haben sie noch verbessert, sie gefällt uns, und soll beibehalten werden, mag sie ungerecht seyn oder nicht.“

Man sängt jedoch an einzusehen, daß der pflichtige Grundbesitzer bei der so großen Vermehrung und Erhöhung anderwelter directer und indirecter Abgaben, die ungerechte Ueberlastung, welche ihm jene rückständige Grundsteuer aufbürdete, auf die Länge gar nicht tragen könne, und daß schon jetzt ein großer Theil der Pflichtigen dadurch zu Grunde gerichtet sey, und

man kann sich nicht verhehlen, daß das unvermeidliche End-Resultat seyn werde, daß entweder der Staat sich den Abzug der Real-Lasten vom Steuer-Capitale der Grundsteuer endlich dennoch gefallen lassen, oder der zur Rente Berechtigte seine Rent-Ansprüche am Grund und Boden zu Gunsten der Steuer-Casse theilweise oder nach Umständen auch wohl völlig werde aufopfern müssen.

Die Schadenfreude im Verein mit Standesvorurtheile ergötzt sich an dem letzteren, die Mehrtheil möchte indes Beides gern vermeiden, und schmeichelt sich mit der jedoch eiteln Hoffnung, solches durch die Capital-Ablösung der Real-Lasten erreicht zu sehen. — Dieses ist die Ursache, weshalb das Gesetz so sehr nach Ablösung aller Renten strebt und den eigentlichen Zweck des Gesetzes, die Aufhebung gemeinschaftlicher Real-Lasten, darüber aus den Augen verliert.

Daß eine solche Capital-Ablösung nur zum großen Nachtheile des Pflichtigen geredelt könne, liegt zu Tage, und ich zweifle nicht, sein gesunder Verstand werde ihn bald die drohende Gefahr erkennen lassen; zu aller Sicherheit will ich ihn jedoch warnen.

Nicht nämlich der Pflichtige Gebrauch von der Capital-Ablösung der Real-Lasten, wozu das Gesetz ihn freundlich einladet, so verzichtet er eben dadurch auf seine gerechten Ansprüche an den Staat, ihn von jener ungerechten Ueberlastung, so die Grundsteuer ihm aufbürdete, zu befreien, Ansprüche, welche er auf eine oder die andere Weise noch durchzusetzen um so mehr Aussicht hat, da sein Interesse in Zukunft bei der Gesetzgebung vertreten werden soll; er wird daher so vernünftig seyn, seine Verzögerung, der Besteuerung schwer zu unterliegenden Capitalen nicht aufzuopfern, oder gar sich mit Schulden zu belasten, damit der Staat der Nothwendigkeit überhoben werde, sich seinen Ansprüchen auf eine gerechte Grundsteuer-Vertheilung zu unterziehen.

Ferner setzt er sich durch die Capital-Ablösung der Real-Lasten der möglichen Gefahr aus, die Grundsteuer noch einst erhöht zu sehen, eine Erhöhung, welche jetzt ganz unmöglich ist, weil die Real-Lasten und die Grundsteuer den ganzen Reineintrag seiner Grundstücke in der Regel schon consumiren.

Obgleich wie mit Bedauern einsehen, daß das Gesetz von dem vorgezeichneten Ziele abgewichen und, mit Hinterrücksetzung seines Zweckes auf verderbliche Wege gerathen ist, so läßt es sich jedoch keinesweges verkennen, daß es desungeachtet bei allen seinen Mängeln von großem Nutzen für den Landbau hinsichtlich der Abkaffung der Beuten und der Dienstpfllicht werden könne, zumal da solche durch Verwandlung in Rente ablösbar gemacht sind.

Auch dürfen wir uns wohl der Hoffnung überlassen, daß den großen Mängeln des Gesetzes noch abgeholfen wird, und zwar um so mehr, da Estland selbst mit lobenswerther Aufrichtigkeit erklären (vid. Erwiderung an Königl. Cabinets-Ministerium, Actenstück No. 100., pag. 699.), daß es zu Tage liege, daß dieses Gesetz noch sehr viel zu wünschen übrig lasse, und daß ein kräftiges Fortschreiten am meisten geeignet sei, die Unannehmlichkeiten desselben zu vermeiden.

Eine so wahre als freimüthige Erklärung entfernt allen Verdacht absichtlicher Parteilichkeit, und ich erlaube gern, daß sie für das Wohl der Nation, insbesondere der Pächter, so verderblichen Maßregeln dieses Gesetzes rein zufällig sind; der Meinung der geehrten Stände des Königreichs, daß dieser Gesetzentwurf Unannehmlichkeiten enthalte, pflichte ich inso-
 33.
 34.
 35.
 36.
 37.
 38.
 39.
 40.
 41.
 42.
 43.
 44.
 45.
 46.
 47.
 48.
 49.
 50.
 51.
 52.
 53.
 54.
 55.
 56.
 57.
 58.
 59.
 60.
 61.
 62.
 63.
 64.
 65.
 66.
 67.
 68.
 69.
 70.
 71.
 72.
 73.
 74.
 75.
 76.
 77.
 78.
 79.
 80.
 81.
 82.
 83.
 84.
 85.
 86.
 87.
 88.
 89.
 90.
 91.
 92.
 93.
 94.
 95.
 96.
 97.
 98.
 99.
 100.
 101.
 102.

XVI.

Noch etwas über die Ablösung und Ausgleichung der bäuerlichen Real-Kasten.

Vorbermerkung. Die nachstehende, mit vorübergehendem Aufzuge in den Resultaten so sehr übereinstimmende Abhandlung giebt, bei der so sehr verschiedenen bürgerlichen Stellung deren ge-
 1.
 2.
 3.
 4.
 5.
 6.
 7.
 8.
 9.
 10.
 11.
 12.
 13.
 14.
 15.
 16.
 17.
 18.
 19.
 20.
 21.
 22.
 23.
 24.
 25.
 26.
 27.
 28.
 29.
 30.
 31.
 32.
 33.
 34.
 35.
 36.
 37.
 38.
 39.
 40.
 41.
 42.
 43.
 44.
 45.
 46.
 47.
 48.
 49.
 50.
 51.
 52.
 53.
 54.
 55.
 56.
 57.
 58.
 59.
 60.
 61.
 62.
 63.
 64.
 65.
 66.
 67.
 68.
 69.
 70.
 71.
 72.
 73.
 74.
 75.
 76.
 77.
 78.
 79.
 80.
 81.
 82.
 83.
 84.
 85.
 86.
 87.
 88.
 89.
 90.
 91.
 92.
 93.
 94.
 95.
 96.
 97.
 98.
 99.
 100.
 101.
 102.

Die Redaction.

Die ausgesprochene Ablösbarkeit der bäuerlichen Real-Kasten ist eine Concession, welche in bisheriger Gestalt zum größten Theile der Nachwelt gemacht sein wird; denn die jegige Em-
 1.
 2.
 3.
 4.
 5.
 6.
 7.
 8.
 9.
 10.
 11.
 12.
 13.
 14.
 15.
 16.
 17.
 18.
 19.
 20.
 21.
 22.
 23.
 24.
 25.
 26.
 27.
 28.
 29.
 30.
 31.
 32.
 33.
 34.
 35.
 36.
 37.
 38.
 39.
 40.
 41.
 42.
 43.
 44.
 45.
 46.
 47.
 48.
 49.
 50.
 51.
 52.
 53.
 54.
 55.
 56.
 57.
 58.
 59.
 60.
 61.
 62.
 63.
 64.
 65.
 66.
 67.
 68.
 69.
 70.
 71.
 72.
 73.
 74.
 75.
 76.
 77.
 78.
 79.
 80.
 81.
 82.
 83.
 84.
 85.
 86.
 87.
 88.
 89.
 90.
 91.
 92.
 93.
 94.
 95.
 96.
 97.
 98.
 99.
 100.
 101.
 102.

Das zum Grunde gelegte Princip:

die Ablösung geschieht nach dem reinen Extragewerthe, den der Genuß des Rechts für den Berechtigten ge-
 1.
 2.
 3.
 4.
 5.
 6.
 7.
 8.
 9.
 10.
 11.
 12.
 13.
 14.
 15.
 16.
 17.
 18.
 19.
 20.
 21.
 22.
 23.
 24.
 25.
 26.
 27.
 28.
 29.
 30.
 31.
 32.
 33.
 34.
 35.
 36.
 37.
 38.
 39.
 40.
 41.
 42.
 43.
 44.
 45.
 46.
 47.
 48.
 49.
 50.
 51.
 52.
 53.
 54.
 55.
 56.
 57.
 58.
 59.
 60.
 61.
 62.
 63.
 64.
 65.
 66.
 67.
 68.
 69.
 70.
 71.
 72.
 73.
 74.
 75.
 76.
 77.
 78.
 79.
 80.
 81.
 82.
 83.
 84.
 85.
 86.
 87.
 88.
 89.
 90.
 91.
 92.
 93.
 94.
 95.
 96.
 97.
 98.
 99.
 100.
 101.
 102.

enfernt zwar die in dem bisherigen modus praestationis liegenden Verluste, erhebt aber auch jedes factum zum jus. So-
 1.
 2.
 3.
 4.
 5.
 6.
 7.
 8.
 9.
 10.
 11.
 12.
 13.
 14.
 15.
 16.
 17.
 18.
 19.
 20.
 21.
 22.
 23.
 24.
 25.
 26.
 27.
 28.
 29.
 30.
 31.
 32.
 33.
 34.
 35.
 36.
 37.
 38.
 39.
 40.
 41.
 42.
 43.
 44.
 45.
 46.
 47.
 48.
 49.
 50.
 51.
 52.
 53.
 54.
 55.
 56.
 57.
 58.
 59.
 60.
 61.
 62.
 63.
 64.
 65.
 66.
 67.
 68.
 69.
 70.
 71.
 72.
 73.
 74.
 75.
 76.
 77.
 78.
 79.
 80.
 81.
 82.
 83.
 84.
 85.
 86.
 87.
 88.
 89.
 90.
 91.
 92.
 93.
 94.
 95.
 96.
 97.
 98.
 99.
 100.
 101.
 102.

die Höhe der Capitalisirung von 25 für 1 und die gleichzei-
 1.
 2.
 3.
 4.
 5.
 6.
 7.
 8.
 9.
 10.
 11.
 12.
 13.
 14.
 15.
 16.
 17.
 18.
 19.
 20.
 21.
 22.
 23.
 24.
 25.
 26.
 27.
 28.
 29.
 30.
 31.
 32.
 33.
 34.
 35.
 36.
 37.
 38.
 39.
 40.
 41.
 42.
 43.
 44.
 45.
 46.
 47.
 48.
 49.
 50.
 51.
 52.
 53.
 54.
 55.
 56.
 57.
 58.
 59.
 60.
 61.
 62.
 63.
 64.
 65.
 66.
 67.
 68.
 69.
 70.
 71.
 72.
 73.
 74.
 75.
 76.
 77.
 78.
 79.
 80.
 81.
 82.
 83.
 84.
 85.
 86.
 87.
 88.
 89.
 90.
 91.
 92.
 93.
 94.
 95.
 96.
 97.
 98.
 99.
 100.
 101.
 102.

Dem Interesse der Berechtigten ist in der Ablösung Alles
 1.
 2.
 3.
 4.
 5.
 6.
 7.
 8.
 9.
 10.
 11.
 12.
 13.
 14.
 15.
 16.
 17.
 18.
 19.
 20.
 21.
 22.
 23.
 24.
 25.
 26.
 27.
 28.
 29.
 30.
 31.
 32.
 33.
 34.
 35.
 36.
 37.
 38.
 39.
 40.
 41.
 42.
 43.
 44.
 45.
 46.
 47.
 48.
 49.
 50.
 51.
 52.
 53.
 54.
 55.
 56.
 57.
 58.
 59.
 60.
 61.
 62.
 63.
 64.
 65.
 66.
 67.
 68.
 69.
 70.
 71.
 72.
 73.
 74.
 75.
 76.
 77.
 78.
 79.
 80.
 81.
 82.
 83.
 84.
 85.
 86.
 87.
 88.
 89.
 90.
 91.
 92.
 93.
 94.
 95.
 96.
 97.
 98.
 99.
 100.
 101.
 102.

und jeden Grund und Boden gleichmäßig zur Besteuerung heranzieht. Zwar auf den Grund und Boden erhebt das Princip der gleichen Besteuerung vollständige Anwendung, nicht aber auf das Grundvermögen. Hier stimmten Anschein und Wirklichkeit nicht überein. Das meiste Grundeigenthum ist getheilt zwischen Berechtigten und Pflichtigen. Nach dem Gleichheits-Princip der Verordnung wäre der Anteil der Berechtigten pro rata in gleichem Maße als der des Pflichtigen der Besteuerung zu unterziehen gewesen. Dazu aber kam es nicht. Der Pflichtige mußte die ganze Grundsteuer, sowohl für sich als für den Gutsheeren, über sich nehmen. So blieb dann der gutherrliche Anteil an Grundvermögen mit der Grundsteuer verschont. Das Gleichstellungs-Princip der Verordnung muß also eine Opposition gefunden haben, stark genug, um dessen vollständige Realisirung zu hindern. Nicht zufrieden, die Anwendung jenes Principes auf das getheilte Grundvermögen verhindert zu haben, hatte auch das Princip selbst einige Jahre später eine große Niederlage zu erleiden, die auch auf das ungetheilte Grundeigenthum dessen Anwendung schwächte. Die Verordnung vom 3. Juni 1826 gestand den vormals Exemten die Vergütung eines zu capitalisirenden Viertels zu, und erkannte dadurch dem Staate das gleichmäßige Besteuerungsrecht wiederum ab, sofern es nicht durch eine Entschädigung der Berechtigten gewonnen würde.

Als notwendige Folge aber fällt alle Entschädigung und Begünstigung, welche den Exemten bewilligt wird, den Nicht-Exemten und den Pflichtigen zur Last, sowohl die capitalisirte Restitution eines Viertels, als auch die Uebersehung mit der Besteuerung des gutherrlichen Antheils an dem pflichtigen Grundvermögen.

Genen eine proportionirliche Vertheilung und Veranlagung der Grundsteuer nach Maßgabe der zwischen Berechtigten und Pflichtigen in concreto bestehenden Theilung des Grundvermögens, sind verschiedene Obmota gemacht. Man hat hierin eine unerlaubte Disposition über das Privat-Vermögen einer einzelnen Classe zu Gunsten einer andern Classe finden wollen. — Allein eine Vertheilung der andern Classe ist nicht das Ergebnis, sondern nur eine Verbüdung ihrer Ueberlastung dadurch, daß gleich ihr auch die erste Classe gegen den Staat ihre Schuldigkeit zu thun vermocht werde. Ob diese proportionirliche Concurrenz der ersten Classe mittelst unmittelbarer Perception ihres Steuerantheils durch die Behörden effectuirt — oder mit einem verhältnismäßigen Abzuge von den Gefällen, quoad summam concurrentem der vorgehoffenen Steuerauslage, durch die Pflichtigen wiederum wahrgenommen wird, ist nur ein Unterschied in der Form, in der Hauptsache aber gleich-

laufend. — Ferner soll nur das Grundstück selbst das steuerpflichtige Object ausmachen und allein von dem Besitzer vertreten werden, einzell, ob er die Nutzungen ausschließlich bezieht, oder mit dem Gutsheeren theilen miß. Hierbei aber ist der Begriff von Grundvermögen, welches allein der Staats-haushalt besteuern kann, und nach der ausdrücklichen Benennung der Grundsteuer-Verordnungen vom 22. Juli 1817 auch nur besteuern wollte, ganz ignorirt. Ein Grundstück ohne Grundvermögen ist gar nicht steuerfähig. Daß aber die Berechtigten bei der Vertheilung sich einen wesentlichen Theil des Grundvermögens reserviren, bezeugt schon der Adel Herr — Gutsheer, Lehnsherr u. s. w., und noch mehr der daran verbundene Effect. Man muß sich an die Thatfachen halten, nicht an Fiktionen. — Endlich sollen durch die proportionirliche Steuer-Concurrenz auch bestehende Privat-Vertragsverhältnisse gestört werden. Allein Privat-Verträge, wenn auch dergleichen existiren sollten, können das jus publicum nicht alteriren, und dem Staate keine Direction anweisen, wonach er die Besteuerung zu richten hätte. Andere Einwendungen sind zu partiell und zu unbedeutend, um dem Principe überhaupt im Wege zu stehen.

Nach den bisherigen Fortschritten der Staatswirtschaft ist nicht zu bezweifeln, daß nicht über kurz oder lang die alten Lücken ausgefüllt, und die auf das Grundeigenthum, auf das Grundvermögen fallenden Staatslasten nicht auf alle Schultern sollten gleich vertheilt werden. Schon die diesjährige Thronrede enthält die Zusicherung einer Modification des Grundsteuer-Gesetzes, darin den pflichtigen Grundbesitzungen ein angemessener (dem respectiven Antheile am Grundvermögen proportionirter) Abzug an der Grundsteuer, mittelst verhältnismäßiger Vertheilung der Berechtigten, zu bewilligen ist. Wenn auch der spätere Ministerial-Vorschlag vom 7. Mai sich an die, bei dem Grundvermögen bestehenden unterschiedlichen Antheile-Propor-tionen zwischen Berechtigten und Pflichtigen nicht bindet, so liegt doch darin voreerst die Anerkennung, daß der Pflichtige die Antheils-Quote des Berechtigten nicht unentgeltlich in den Abgaben freihalten dürfe. Die richtigen Proportionen könnten bei einer andern Gelegenheit Geltung erhalten.

Hierher gehört auch der in der letzten Ständeverammlung vorgekommene Antrag:

daß künftig alle und jede Exemtionen, namentlich alle Befreiungen von der Concurrenz zu der Cavalerie-Verpflegung, zu den Communal-Lasten, Einquartierung, Landesolgen, Hoheitsdiensten, Kriegserfuhren, Nebenanlagen u. s. w. cessiren sollen.

Alle diese das Grundvermögen treffenden onera publica haben

mit den Privat-Verhältnissen zwischen den einzelnen Classen der Unterthanen nichts gemein. Die immer mehr ausgebildete Staatswirtschaft würde Mittel und Wege finden, diese Staatslasten von dem scheinbaren Grundbesitze auf das wirkliche Grundvermögen, pro portione des Antheils, zu transferiren. Mit der jetzt vorbereiteten Ablösung der Real-Lasten steht die ganze Ablösungsfrage auf dem Wendepunkte; denn wird bei der Ablösung die Ausgleichung der Staatslasten übergangen, so ist sie niemals wieder nachzuholen. Der Pächter wird seinen ganzen Antheil am Grundvermögen nach dem Fuße von vier Procent als ein Geld-Capital darstellen und dessen Belauf herausbezahlt verlangen. — Mit der Ausgleichung von dem abgelöseten Grundeigenthum ist die Möglichkeit, ferner zu dessen Lasten zu concurriren, rein abgeschuldet; denn auf das Ablösungs-Capital lassen sich die Grundsteuern und Prestationen nicht mit hinübernehmen, weil der Staat von dem, nur das Werth-Capital besitzenden Gutsherrn demnächst jene Grundlasten nicht mehr einfordern kann. Der Pächter wird also auch seinerseits die ganze Summe der Grundsteuern und öffentlichen Lasten, an Cavalerie-Verpflegung, Chaussee-Diensten u. s. w. auf ein Debet-Capital nach gleichem Fuße reduciren, und quoad summam concurrentem zur Compensation bringen müssen. Der Antheil dieses Debet-Capitals, welcher in concreto auf den gutsherrlichen Antheil am Grundvermögen zu rechnen ist, würde sich durch Taxation ergeben.

Jetzt also, wo für alles pächterliche Grundeigenthum die Ablösungs-Formen und Maße festgesetzt werden sollen, ist der Augenblick der Entscheidung gekommen. Wird hiebei dem Pächter eine Compensation des zutreffenden Antheils an den Staatslasten nicht gestattet, so muß er die onera publica de capitalibus gutsherrlichen Antheils an dem Grundvermögen auch für alle Zukunft über sich nehmen. Die Gutsherren werden mit ihrem Ablösungs-Capitale von dem Schauplatze der Lasten und Pflichten zurücktreten, ohne für ihre Concurrentz-Quote ein contribuable Object in loco zurückzulassen. Der in übergroße

Capital-Schuld versinkende Bauernstand müßte für immer auf sich laden, was ihm eine verbesserte Staatswirtschaft vielleicht bald abgenommen, und denen, die es angeht, zugetheilt haben würde.

Um aber hiebei die Berechtigten gegen Verletzung zu sichern, würde der Pächter das, nach dem jetzigen statu quo aller Lasten zu ermittelnde Debet-Capital nicht definitiv compensiren, sondern nur provisorisch retiniren dürfen. Denn sowie mit einer künftigen Einschränkung der Staatsbedürfnisse diese oder jene Last reducirt, oder, ohne Substitution einer andern, aufgehoben wird, würde das, diese Last repräsentirende und von dem Pächter retinirte Debet-Capital dem Berechtigten nachgezahlt oder mit vier Procent verzinst werden müssen. Auf diese Weise würden die Egranten des Rechts gegen beide Theile gewahrt werden.

Die Compensation des Grundlasten-Debet-Capitals quoad summam concurrentem mit dem Ablösungs-Capitale würde also sein die Pächter in den Stand setzen, mit eigenen Kräften die Ablösung zu bestreiten. Dieselben würden der Hülfleistung des Staats nur zur Befehrung der Operation, jedoch ohne Aufopferungen des Staatsvermögens, bedürfen. Dieses Alles verdient die ernstliche Erwägung, sobald aus dem Gesichtspunkte der Erlaubtheit, worin die Ansichten sehr getheilt seyn dürfen, als von Seiten der Dingslichkeit, worin mehr Stimmeinheit herrschen möchte.

Möglich, daß es der von den Ständen angeregten Intervention der Regierung zur Erleichterung der Ablösungsmittel gelfing, diese große Landesangelegenheit zwischen den Ansprüchen der Berechtigten und Pächter leichtlich hindurch zu bringen. Aber ohne eine aufopfernde Hülfleistung der Regierung, oder ohne eine den Grundlasten proportionale Reduction der Ablösungssummen ad statum justum — wird es nicht gehen und die Erwartung des Landes nicht erfüllt werden.

Bemerkungen zu den in der zweiten Kammer der Hannöverschen Stände-Versammlung vorgekommenen Abstimmungen, die bürgerlichen Verhältnisse der Juden betreffend.

Wenn gleich die durch den vorliegenden Antrag angeregte Verbesserung unmittelbar nur einen sehr kleinen Theil der Unterthanen des Königreichs Hannover berührt, so ist sie dennoch von unverkennbarer Wichtigkeit einerseits, weil die Gesundheit aller einzelnen Theile ein notwendiges Erforderniß der Gesundheit des gesammten Staatskörpers ist; anderseits, weil es in unseren Tagen besonders Noth thut, Gerechtigkeit auch in der Sache der Schwächeren zu üben, weil es gleichsam Ehrensache ist, dem Grundsatz des Fortschreitens, den man für die Mehrzahl geltend macht, auch zu Gunsten einer Minderzahl seine Anwendung nicht zu versagen, damit der gefällige Schein vermieden werde, als sei es nur die Gewalt der Waffen, die der Gewalt des Bestehenden entgegen tritt. Auch wird die geringe Anzahl der Theilnehmern aufgewogen durch das Gewicht der in Frage stehenden Rechte; denn es handelt sich hier nicht um ein einzelnes Recht, um einzelne Befugnisse und Vortheile, sondern um die ganze rechtliche Stellung, um das Bürgerrecht, um das politische Daseyn einer Classe eingeborner Unterthanen des Hannöverschen Staats. Vor Allem wichtig wird aber die vorliegende Frage durch die hohe Bedeutung des Prinzips, um dessen Anwendung es sich dabei handelt. Fast alle Stimmen sind freilich in der Theorie heutzutage darüber einverstanden, daß jede Ausschließung von bürgerlichen Rechten, daß äußere Nachtheile jeder Art, die der Religion wegen verhängt werden, auf einer Ungerechtigkeit beruhen. Aber so wenig offene und redliche Gegner der Grundsatz der Gewissensfreiheit in unseren Tagen findet, so oft sehen wir der Verwirklichung desselben durch Gründe entgegen arbeiten, denen man freilich den Schein zu geben sucht, als gehörten sie einer anderen Sphäre an, und als verfolgten sie ein anderes Ziel, aber doch bei näherer Betrachtung nur als ein etwas zeitgemäß malitioser Ausdruck der alten Unduldsamkeit erscheinen, und der Sache nach lediglich darauf hinausgehen, die Folgen der alten Glaubens-Despotie aufrecht zu erhalten.

Durch den Antrag der beiden Kammern ist die Nothwendigkeit einer veränderten Gesetzgebung in Betreff der Juden ausgesprochen worden; da aber noch nichts darüber festgesetzt ist, wie weit dieselbe gehen soll, so ist es von Wichtigkeit, die von beiden Seiten vorgebrachten Gründe zu prüfen. Die positiven Gründe für die Aufhebung der auf den Juden bestehenden Be-

schränkungen sind in die Augen fallend, und zur Genüge in den Beträgen des ehrenwürdigen Antragstellers und der verehrten Redner, die ihn unterstützten, ausgeführt. Wie beschränkt uns daher auf einige Bemerkungen über die vorgebrachten Gegenstände, die wohl nicht gerade darauf ausgingen, alle Verbesserung zu hindern, sondern nur einer umfassenden Reform, einer vollen rechtlichen Gleichstellung, wie wir sie für wünschenswerth halten, entgegen zu wirken.

Wir stoßen hier zunächst in der Rede des Hrn. Blumenbach auf die alte Einwendung, die von den religiösen Gebräuchen der Juden, insbesondere von der Sabbathfeier hergenommen ist. Wir sind der Meinung, daß die Gesetzgebung in diesen Gebräuchen allerdings dann ein Hinderniß seyn müßte, wenn sich dieselben der Erfüllung einer Bürgerpflicht irgend einer Art in Beziehung auf dieselben in Anspruch genommen würden: denn es ist ein Grundsatz, den eine weise Gesetzgebung durchaus festhalten muß, daß Niemand sich der Erfüllung einer allgemeinen Bürgerpflicht seiner besonderen religiösen Meinung wegen entziehen dürfe. Es ist aber zur Genüge bekannt, daß von den Juden Exemtionen der Art auf keine Weise in Anspruch genommen werden, und daß die strenge Anwendung jenes Grundsatzes, den bekanntlich neuerdings die kirchliche Verfassung allgemein und ausdrücklich ausgesprochen, weder den Ansichten und Wünschen der Juden, noch den Grundsätzen ihrer Religion entgegen ist. Der Jude muß am Sonnabend militärische Dienste jeder Art leisten; er muß im Felde die Kost seiner Cameraden theilen, weil sonst der Dienst unmöglich werden würde; er thut es auch in allen Ländern, wo ihn nicht etwa dieselben Gesetze, auf deren Aufhebung die eifrigen Bestrebungen der Juden allenthalben gerichtet sind, vom Kriegsdienste befreien ¹⁾. Auf dieselbe Weise müßte ein Jude, wenn ihm ein Amt anvertraut worden, die mit demselben verknüpften Pflichten ohne Ausnahme erfüllen. Daß aber der Staat über diese Grenzen hinaus davon Notiz nehme, an welchem Tage die Juden in ihren Privatgeschäften arbeiten, und an welchen nicht, oder was sie essen und was sie nicht essen, das ist eine Aibernheit, deren Unausführbarkeit in die Augen fällt, und mit der es im Grunde auch wohl Niemanden Ernst ist.

Die Meinung aber, daß es jene Gebräuche — insbesondere die Sabbathfeier — sind, die die Juden an den Handel binden, indem sie sie verhindern, Ackerbau und Handwerke zu

¹⁾ Diese Exemtion besteht, außer in Hannover, nur noch in wenigen kleinen Deutschen Staaten: z. B. in Holstein.

treiben, scheint nur auf einem leicht nachzuweisenden Irrthume zu beruhen, wenn wir bedenken, daß der Handwerker und der Ackerbauer in der Regel durch nichts gehindert werden, durch Abseien am Sonntage das Besäumte nachzuholen, während ein solches Nachholen dem Handelsmann, der einen offenen Laden hat, der sich vom steten Werke mit seinen christlichen Mitbürgern ernährt, unmöglich ist. Gerade dieser hat also einen reinen, nicht zu ersiehenden Nachtheil durch die Sabbathfeier; es ist also in der That widersinnig, anzunehmen, daß dieser Umstand gerade von den Erwerbsarten abhalten sollte, bei denen der erwachsende Nachtheil offenbar der geringere ist.

Wenn es nun keinesweges zu läugnen ist, daß jene Gebräuche für die Juden selbst manches Beswerliche haben; wenn von einem gewissen kritischen Standpunkte aus Manchem das Beharren auf einem unbequemen religiösen Gebrauch als eine Thorheit, wenn es z. B. Manchem als ein bloßes Vorurtheil erscheinen mag, den Ruhetag am Sonnabend, und nicht der größeren Bequemlichkeit wegen am Sonntage feiern zu wollen; so scheint es uns doch hart, das Festhalten an Gebräuchen, die Anderen störend sind, als Denen, die sie üben, mit dem Ausdruck »Präensionen« zu bezeichnen; auch glauben wir nicht, daß die menschliche Vernunft bereits zu einer solchen Klarheit und Gewisheit in ihren religiösen Ueberzeugungen gelangt ist, daß irgend eine Religion ihre Gebräuche dem kritischen Urtheil der Bekenner einer anderen Religion unterwerfen könnte *), und wir sind überzeugt, daß das Christenthum in gleichem Fall ein solches Verfahren durchaus unter seiner Würde halten würde. Wir wollen einmal einen solchen Fall voraussetzen. Bekanntlich hat vor kurzem der türkische Sultan alle seine Unterthanen verschiedener Religion für gleich berechtigt und gleich zulässig zu allen Aemtern und Würden erklärt. Gesetzt nun, er hätte von seinen christlichen Unterthanen als vorläufige Bedingung verlangt, daß sie ihren Sonntag auf den Freitag, der bekanntlich der Ruhetag der Türken ist, verlegen sollten, »weil sie sich dadurch ihren Mitbürgern näher anschließen würden, und weil es ja doch ein bloßes Vorurtheil sey, auf einen bestimmten Tag Werth zu legen«; wenn sie nun diese

Zumuthung, wie sicher anzunehmen ist, zurückgewiesen hätten, und deshalb in dem Zustande bürgerlicher Zurücksetzung gelassen worden wären: auf welcher Seite würde dann wohl das civilisirte Europa die Sache der Gerechtigkeit und Humanität gesucht haben?

Auf einem groben factischen Irrthume beruht ferner die Behauptung des Herrn Blumenbach, daß in allen deutschen Staaten, wo man den Juden mehr bürgerliche Rechte ertheilt, solche bald nachher hätten modificirt werden müssen; eine wegen der erfahrungsmäßig wahrgenommenen nachtheiligen Folgen vorgenommene Schmälerung der den Juden durch die Gesetzgebung ertheilten Rechts-Gleichheit ist vielmehr in der Geschichte Deutschlands sowohl, als anderer civilisirter Staaten *) durchaus beispieillos. Die Facta, die zu diesem Irrthume allenfalls verleiten könnten, sind ganz anderer, und zwar doppelter Art. Erstlich sind in mehreren Staaten des deutschen Bundes die den Juden zur Zeit der französischen Occupation eingeräumten Rechte ihnen wieder genommen worden; es ist aber diese Reaction, wie viele ähnliche, nach Art der damaligen Zeit, ohne die mindeste Rücksicht auf den inneren Werth der vorgenommenen Veränderungen, ja wenn auch die Erfahrung noch so laut für dieselben sprach, aus bloßem Haß gegen das von der fremden Herrschaft Ausgewandene vorgenommen worden. Es mag vielleicht nicht ohne Werth seyn, daß auf diese Weise ein großer Fortschritt auf der Bahn der Gerechtigkeit und der Civilisation der Entscheidung nationaler Gesetzgebungen vorbehalten worden, nur führe man jene Reactionen nicht als Belege für eine der bürgerlichen Gleichstellung der Juden ungünstige Erfahrung an. Zweitens ist ein Fall, aber auch nur ein einziger vorgekommen, daß eine deutsche Regierung einer gesetzlichen Bestimmung, die den Juden ein Recht einräumte, keine Folge geben zu wollen erklärt hat; aber es ist zur Genüge bekannt, daß diese Maßregel in nichts Anderem, als in der veränderten

*) Eine höchst geistreiche und interessante Rechtfertigung der Jüdischen Ceremonial-Gesetze, so wie mancher anderen Seiten des Judenthums gegen die gewöhnlichen Vorwürfe, enthält folgender Aufsatz: Schreiben des Herrn R. W. P. an die Redactoren der »Kleinen Blätter« (den Anlaß des Herrn Professors Pfaff über »das Verhältniß christlicher Regierungen und Staaten gegen die »Juden« im vorigen Bande der Kleinen Blätter betreffend), in den Kleinen Blättern v. 1819, 2ter Bd. Nro. XIII, S. 451 — 481.

*) Sehr mit Unrecht würde man als einen solchen Fall die bekannte Verfügung Napoleons gegen die Juden in sieben Departements, die zu Gstaß und Vorbringen gehörten, geltend machen: denn es wurde auch ihnen durch diese Verfügungen nichts von den Rechten, die ihnen die Gesetzgebung von 1791 eingeräumt hatte, entzogen, und dieselben waren keinesweges gegen die Folgen der damals ausgesprochenen Gleichstellung gerichtet, deren wohlthätige Wirkung vielmehr ausdrücklich anerkannt wurde, sondern gegen die Mißbräuche, die die früheren Beschränkungen hervorgebracht hatten, insbesondere gegen den Wucher, der früher sehr die einzige ihnen freigelassene Erwerbsart gewesen war. Bekanntlich sind jene Verfügungen seit dem Jahre 1814 außer Kraft gesetzt, nachdem sie ihren Zweck vollkommen erreicht hatten.

Gestimmung jener Regierung ihren Grund hatte. Es ist nämlich in dem Gesetz von 1812, wodurch den Juden in Preußen fast ohne alle Beschränkung bürgerliche Rechte eingeräumt wurden, die Zulässigkeit derselben zu Lehrämtern ausdrücklich ausgesprochen worden, während die Regierung sich über Erählung zu Justiz- und Administrativ-Stellen die Entscheidung vorbehielt. Nun hat freilich die preussische Regierung nicht nur von der ihr in der letzten Beziehung zustehenden Befugniss keinen Gebrauch gemacht, und es vorgezogen, die beträchtliche Anzahl ihrer jüdischen Unterthanen, die auf den Staatsdienst gegründete Ansprüche hatten, zum Uebertritt zum Christenthume zu nöthigen, sondern es ist auch im Jahre 1823 durch eine Cabinets-Verfügung erklärt worden, daß man, ungeachtet der ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes, keinem Juden ein Lehramt geben werde — eine Erklärung, deren legalen und moralischen Charakter wir hier keiner Beurtheilung unterwerfen wollen, deren Grund aber lediglich in dem Bestreben, um jeden Preis Proselyten zu machen, nicht in einer nachtheiligen Erfahrung, die man zu machen noch nicht einmal Gelegenheit gehabt hatte, zu suchen ist.

Wenn Herr Humenbach die Folgen einer vollen Gleichstellung, eines Zustandes, in welchem die Religion bei der Rechtfähigkeit des Individuums gar nicht in Betracht kommt, in der Erfahrung hätte beobachten wollen, so hätte er seine Blicke nach Amerika, Frankreich und Holland wenden müssen, und er würde gefunden haben, daß dort nur eine Stimme über die segensreichen Folgen jener durchgreifenden Veränderung ist; daß man dort allgemein diesen Stand der Dinge für so natürlich und nothwendig hält, daß man sich gar keinen anderen in einem civilisirten Staate als vernünftiger Weise möglich denken kann; daß man z. B. in den französischen Kammern den Beschränkungen, die in Deutschland noch auf den Juden lasten, mit dem Ausdruck: *ces distinctions barbares, qui existent encore chez nos voisins* bezeichnet hat. Aber selbst die Folgen eines modificirten Bürgerrechts haben sich bei weitem in den meisten Staaten, namentlich in Dänemark, Preußen und Baiern, sehr wohlthätig bemerkt. Die Zahl derer, die sich von Ackerbau und Handwerken ernähren, ist in diesen Staaten allerdings bedeutend, und entspricht allen billigen Erwartungen; denn daß die Folgen einer durch den Zwang von Jahrhunderten zur Gewohnheit gewordenen Einsidrigkeit, die die Fähigkeit zum Handel auf Kosten der übrigen durch die Noth ausbeiten mußte, in wenigen Jahren verschwinden sollen, ist in der That eine unbillige Forderung. Höchst befremdend ist es aber, Klagen der Art da zu hören, wo, wie in Hannover, den Juden auch der Zugang zu den anderen Erwerbsarten des bürgerlichen Le-

bens versperrt ist, und es ist die allerseitsfamste Logik, mit solchen Argumenten die Fortdauer eben dieser Beschränkung rechtfertigen zu wollen. Erst gestatte man den Juden die freie Wahl jedes erlaubten Erwerbs; dann frage man die Erfahrung, ob sie sich dieser Freiheit bedienen; dann wende man in unglücklichen Fällen die gesetzlich zustehenden Zwangsmittel an, indem man ihnen jede im Allgemeinen verbotene Erwerbsart strenge untersagt und das Bürgerrecht an einen ordentlichen Erwerbszweig knüpft, als welcher natürlich der ordentliche Handel auch betrachtet werden muß: kurz, man behandle sie nach gleichen Grundsätzen mit allen übrigen Bürgern; man erlaube ihnen, was Allen erlaubt, man verbiete ihnen, was Allen verboten ist, wenn selbst ein solches Verbot sie für den Augenblick härter trafe; und es kann darin bei einer strengen Handhabung der Gesetze kein Grund zur Klage vorhanden seyn. —

Daß sich die babilöischen Juden nicht als Bürger des Staates, sondern als zu einer besonderen Nation gehörend betrachteten, hat freilich Hr. Dr. Pautus in Heidelberg behauptet, aber die Gesammtheit der Juden protestirt dagegen, dort, wie in anderen Ländern, durch Wort und That. Alles, was an eine politische Trennung irgend erinnerte, und wovon der Grund nicht in der Religion der Juden, sondern in der Sonderung, in welche man sie in früheren Jahrhunderten gewaltsam bandte, zu suchen ist, wie ihre Autonomie, ihre eignen Gerichte, — die übrigens in den früheren aus dem Mittelalter hervorgegangenen Verhältnissen, wo jeder Stand, jede Kunst ihre Autonomie hatten, keine Anomalie waren, — ist von den Juden, wo man es forderte, bereitwillig, ohne das mindeste Widerstreben, aufgegeben, jede Bürgerpflicht, von welcher sie früher dispensirt waren, ist bereitwillig von ihnen übernommen worden. In Hannover, wo die Juden bis jetzt noch vom Kriegsdienst erimirt sind, haben sie sich zur Ueberrahme dieser Pflicht erboten, und sie werden den Tag segnen, an welchem ihnen mit der Ertheilung gleicher Rechte auch gleiche Pflichten mit ihrem christlichen Mitbürgern werden auferlegt werden. Man muß also, um gerecht zu seyn, nicht sagen, daß die Juden sich selbst nicht als Bürger des Staates, sondern als Theil einer besonderen Nation betrachten; sondern daß sie von ihren feindlichsten Gegnern so betrachtet werden, denen es aber nie gelingen wird, ihren Gesichtspunkte nach natürlichen Rechts-Grundsätzen oder geschichtlich zu rechtfertigen.

Wir theilen die Wünsche des Herrn Humann für die Verbesserung des Unterrichts der heranwachsenden jüdischen Generation vollkommen, und wünschen, daß darauf thätiger, als bisher, von Seiten der Regierung eingewirkt werde. Es wäre vielleicht anzurathen, daß ein gewisser Grad von Bildung, ins-

besondere die Fähigkeit, Deutsch zu lesen und zu schreiben, kün-
stlich zur Bedingung der Niederlassung gemacht werde, — eine Be-
dingung übrigens, der wohl die jüngere Generation bereits von
selbst genügt, — wie denn ähnliche Prüfungen in Baiern und
Württemberg für angehende Handelsleute überhaupt angeord-
net sind. Bei der Beurtheilung des jetzigen Standes der Bil-
dung unter den Juden im Ganzen, scheint man uns aber oft
ungerecht zu seyn und manche sehr wesentliche Umstände außer
Acht zu lassen. Daß die Bildung der Juden in Deutschland
in den letzten 30 Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, kann
kein unparteiischer Beobachter in Abrede stellen. In denjen-
igen Zweigen höherer Thätigkeit, die ihnen nicht durch das Ge-
setz verschlossen sind, sehen wir Juden mit gleicher Fähigkeit und
gleicher Anerkennung, wie ihre christlichen Genossen, arbeiten.
Das einzige Fach der Art, das den Juden immer und allent-
halben offen stand, ist die ausübende Arzneikunde, und wir se-
hen an allen Orten jüdische Ärzte gleiche Achtung und gleich-
en Vertrauens mit den christlichen genießen. Dasselbe ist an
den Ärzten der Fall, wo Juden zur Advocatur zugelassen wer-
den. Man darf es ferner nicht übersehen, daß die deutschen
Juden in allen Zweigen des Wissens, der Kunst und der Lite-
ratur einige berühmte und eine beträchtliche Anzahl geachteter
Namen von Männern zählen, die aus ihrer Mitte hervorgegan-
gen. Nun hat sich freilich die größere Anzahl von diesen ver-
anlaßt gesehen, nach vollendeter Bildung zum Christenthum über-
zutreten, und es würde dieses allerdings ein Beleg für die geis-
tige Macht des christlichen Glaubens seyn, wenn nicht hier der
müßige Umstand einträte, daß jene Männer zur Annahme der
herrschenden Religion genöthigt waren, mithin sie nicht allen ideo-
logischen Früchten ihrer Bemühungen, jeder ehrenvollen Stellung,
jeder Wirksamkeit als Beamte, öffentlicher Lehrer, sie und da
sogar als Advocaten entzogen wollten. Wie will man aber, daß
die Juden als Gesamtheit in den Fortschritten der Bildung
mit ihren christlichen Mitbürgern gleichen Schritt halten sollen,
wenn sie einerseits, was die Verbesserung ihres Armen-Schulwe-
sens, ihrer gottesdienstlichen Einrichtungen betrifft, ganz sich selbst
überlassen sind, andererseits gerade die Gebildeten, die Fähigsten,
die am wohlthätigsten für jene inneren Verbesserungen wirken
können, und die gleichsam die größere Summe der Bildung re-
präsentiren, fortwährend genöthigt werden, sich von der Ge-
samtheit loszusagen. So lange also diesem Uebelstande nicht
durch eine vollständige Emancipation abgeholfen ist, lege man den
Juden die geringere Summe der Bildung, die sich unter ihnen
finden möchte, nicht zur Last.

Im Anfange der Rede des Herrn Schatzrath Stäve muß
es beidem, auf die Zeugnisse heidnischen Schriftsteller gegen

die Juden so großen Werth gelegt zu sehn. Wie natürlich er-
klären sich aus dem scharffen Gegensatz der Gebräuche der po-
lytheistischen Religionen mit dem strengen, ersten Monothei-
mus der Juden jene Aeußerungen, daß die Juden eine gens im-
purissima seyen, daß ihnen das Heilige profan, das Profane heil-
ig sey. So lag z. B. eine Hauptquelle des Hasses der Römer
und der Verfolgungen der römischen Kaiser gegen die Juden
darin, daß diese die Widder der vergötterten Kaiser nicht in ihren
Tempel, und die mit Höhenbildern verzierten Fäbnen nicht in
ihre Hauptstadt zulassen wollten. Sollte sich hier ein Christ auf
die Seite der Heiden schlagen? Vor Allem aber hätte Herr
Schatzrath Stäve bedenken sollen, daß dieselben heidnischen
Schriftsteller gegen die Christen der ersten Jahrhunderte, die
doch von Allen als Muster wahrer Frömmigkeit und Menschen-
liebe verehrt worden, noch heftigere Schmähungen ausstießen,
daß sie die christliche Religion des heilsamsten Aberglaubens, ihre
Bekenner des Hasses gegen das menschliche Geschlecht beschuld-
igen: daß sie also für einen Christen hier schlechte Autoritäten
sind *).

Die Richtung auf Vereinigung von Geldmitteln möchte
wohl bei dem einzelnen jüdischen Kaufmann, bei Lichte, besehn,
nicht eben größer seyn, als bei dem Christlichen; daß sie bei der
Masse allgemeiner ist, ist nothwendig, so lange der Handel
fast die einzige ihnen zustehende Erwerbsart, natürlich, so
lange der durch den Handel zu erwerbende Reichtum für sie
das einzige Mittel bleibt, sich Auszeichnung, Einfluß, kurz ir-
gend etwas, was dem Leben höheren Werth verleiht, zu erwer-
ben. Das natürlichste Gegengewicht gegen jene Richtung möchte
mithin darin zu suchen seyn, daß man auch den Juden andere
höhere Aussichten auf Ehre eröffne. Wenn Herr Schatz-
rath Stäve will, daß die Juden arbeiten, so muß er von der Ver-
kehrtheit der bestehenden Gesetzgebung, die sie vom Handwerke
ausschließt, vor Allem durchdrungen seyn. Was er aber damit
sagen will, daß man die Juden zu zwingen soll, im Schweiße des
Angesichts ihr Brod zu essen, ist uns nicht klar. Die Abergrei-
heit, daß der Handel der Gesamtheit nichts nütze, weil er nichts
producire, kann man heutzutage, wo über die Unzulänglichkeit
der producirenden Kräfte nirgends eine Klage laut wird, von kei-
nem vernünftigen Manne mehr zu hören erwarten, und wir sind
begierig, wie man den Beweis führen wollte, daß dem Ganzen
auch nur der mindeste Nachtheil daraus erwachse, daß von dem
100sten Theile der Bevölkerung gerade der größere Theil dem
Handel obliegt, wobei sie natürlich allen Beschränkungen und

*) Man vergl. den angeführten Aufsatz in den Kieler Blättern, S.
455 — 56.

Bedingungen, die für den Handel überhaupt gelten, unterworfen seyn müssen. Den Juden, die die Mittel dazu haben, den ordentlichen Groß- und Detail-Handel, den sie auf gleiche Weise, mit gleichen Mitteln, mit gleichem Vertrauen, wie die Christlichen Kaufleute treiben, zu erschweren, wäre unsinnig, und würde vielleicht dem Brodneide einiger Concurrenten einige augenblickliche Genugthuung geben, der Gesamtheit der Käufer hingegen offenbar schaden. Spricht Herr Schag-Math Stäve aber von der bedauerlichen Classe armer jüdischer Arbeiter, so gestehen wir, daß es uns, wenn wir so einen arbeitsamen Schacherjuden bei drückender Sommerhitze, mit einem schweren Bündel alter Kleider beladen, von Dorf zu Dorf keuchen sehen, vorkommt, als äße so ein armer Teufel sein Brod nicht minder im Schwitze seines Angesichts, als ein ehrliebender Schneider oder Schuster, der ruhig in seinem Zimmer sitzt und Kleider oder Stiefel näht, und daß auch der Arbeitsscheuße den letzteren Erwerb vorziehen würde, wenn ihm nicht jener von früher Jugend an als der einzig ihm offenstehende Weg, sich zu ernähren, hätte gezeigt werden müssen.

Um die Landleute vor dem Ruin ihrer Vermögens-Umsände durch den Wucher der Juden zu schützen, dazu giebt es wohl keine andere Mittel, als diejenigen, wodurch die Gesehe dem Wucher überhaupt wehren; das Hauptmittel wird aber immer seyn, daß man den Landmann nicht durch drückende Lasten in die Lage bringt, zuerst zu einem Wucherer seine Zuflucht nehmen zu müssen. Den Juden aber den Ankauf von Grundstücken ferner zu untersagen, ist gewiß das verkehrteste Mittel; denn die Neigung, mit ihren Capitalien zu wuchern, muß durch solche Verbote bei den Juden erregt werden, und dem einmal ruinirten, von Haus und Hof gejagten unglücklichen Landmann kann es sehr gleichgültig seyn, ob sein verlorenes väterliches Erbe in die Hände eines Juden oder eines Christen geräthe; es kann ihm nur daran liegen, daß sein Grundstück zu einem möglichst hohen Preise ausgebracht werde, was durch jede Concurrenz erleichtert wird. Eine Erfahrung aus einer Gegend im Hessen-Darmstädtischen, wo bekanntlich die Bauern mehr als irgendwo durch Abgaben gedrückt sind, könnte, wenn es sich auch dort so verhielte, wenig in Betracht kommen, da das Recht des Grundbesizes den Juden in Frankreich, England, Holland, in Preußen, Baiern, Baden, Württemberg, kurz in ganz Deutschland, mit Ausnahme von Hannover, Sachsen und einigen kleineren Staaten, zusteht.

Herr Schag-Math Stäve schließt seinen Vortrag mit jenen Gemeinplätzen, mit jenen ewig zurückgewiesenen und ewig wiederkehrenden Vorwürfen, wie sie der Haß jeder Religions-Partei einer anderen stets zu machen weißte, so lange sie sich

ihrer zur Unterdrückung be dienen wollte und konnte, und die wir stets verschwinden sehen mit dem Haß, der sie ins Leben gerufen, und mit der Unterdrückung, die sie beschönigen sollen. Ganz ähnliche gehässige Vorwürfe sind den Katholiken Jahrhunderte hindurch von den Protestanten gemacht worden, und wäre es erlaubt, bei Fragen, die die heiligsten Interessen der Gegenwart betreffen, auf die Geschichte einer finsternen Vorzeit zurückzugehen, so wären die Spuren der Lehren, daß die Kirche von Eiden entbinde, daß dem Ungläubigen nicht Wort zu halten und dergleichen, leicht aufzufinden. Auch sind Gründe der Art bekanntlich bei den Verhandlungen im englischen Parlament, so lange man Hoffnung hatte, das System der Intoleranz damit aufrecht zu erhalten, zur Genuge gebraucht worden, und, in der That, wenn man die Diatriben gewisser bigotter Protestanten aus Sachsen oder Württemberg gegen die römische Kirche und ihre Anhänger läse, ohne ihre Aporien in der Erfahrung zu prüfen, so müßte man das Verhältniß der verschiedenen christlichen Religions-Parteien in Deutschland für ein sehr mißliches halten, und doch besteht die volle rechtliche Gleichheit ihrer Bekenner in ganz Deutschland ohne den mindesten Nachtheil, zur großen Zufriedenheit aller Betheiligten, wenige fanatische Eiferer von beiden Seiten etwa ausgenommen. Eben so sehen wir, daß jeder einzelne Jude, der eine vom Gesez ihm nicht versagte würdige Stellung im bürgerlichen Leben einnimmt, unter denselben Bedingungen, wie der Christ, Vertrauen erwirbt, und die Erfahrung zeigt, daß Derjenige, der einem Juden als Arzt, als Advocat, als Kaufmann, Vertrauen schenkt, wie bei dem Christen, nach dem Charakter und der Handlungsweise des Mannes, nicht darnach fragt, was er vom Talmud und dessen Lehrameinungen halte, ein deutlicher Beweis dafür, daß die Furcht vor jenen »gefährlichen Irthümern« nicht zu den Erscheinungen des practischen Lebens, nicht einmal zu den Vorurtheilen der Masse, sondern zu den aus alten Büchern zusammengelernten Hirngehirnspinnereien einzelner Stuben-Gelehrten gehört. Mit welcher consequenten Sorgfalt übrigens auch Hr. Schag-Math Stäve sich davor geübt hat, sich durch einen Blick auf das wirkliche Leben in seinem frommen Glauben an alte Mährchen irre machen zu lassen, geht unter Anderem daraus hervor, daß sich unter seinen Behauptungen auch noch die findet, daß ein Jude den anderen nicht beim christlichen Richter verklagen dürfe. Sollte Hr. Schag-Math Stäve es wirklich nicht wissen, daß die Juden nur in sehr wenigen Theilen Deutschlands noch eigene Gerichte für ihre wechselseitigen Streitigkeiten haben? daß daher fast allenfalls auch die bigottesten Juden ihr Recht gegen einander vor den ordentlichen Gerichten, deren Mitglied ein Jude nicht einmal seyn darf, verfolgen? Eben so sieht es in der

Erfahrung auch mit den übrigen Vorwürfen aus. Die Zahl der Unredlichen mag unter den Juden ungefähr so groß seyn, wie unter den Christen; die Erfahrung zeigt aber, daß jene sich eben so wenig ein Gewissen daraus machen, einen Juden wie einen Christen zu betrügen, während sich doch von dem Gegentheile, wenn dem so wäre, in manden Fällen, z. B. bei Falschheitsmements, Spuren finden müßten. Wenn nun aber auch die Gesinnung einzelner weniger Juden von solchen Schändlichkeiten wirklich nicht ganz frei wäre, was würde das gegen die Religion und gegen die Gesamtheit beweisen? Wie möchten nicht dafür stehen, daß es nicht unter dem christlichen Pöbel Leute giebt, die selbst die Mißhandlung eines Juden für ein geringeres Vergehen, als die eines Christen halten, ja, es möchte nicht schwer seyn, für das Vorhandenseyn eines solchen beklagenswerthen Wahnes Belege in der Erfahrung zu finden: beweist das aber etwas gegen die Moral des Christenthums und der Mehrzahl der Christen? Daß jene Verirrungen nicht im Namen der Religion gelebet werden, dafür birgt die Versicherung aller besseren Juden, mit welcher sich der Staat um so eher begnügen kann, da er unfeindlich blickt, daß sie nicht, die wirklich und erweislich solche Schändlichkeiten, wie Hr. Sch. M. St. ihre anführt, lehren, nicht nur des Lehramts zu entsetzen, sondern sie zur strengsten Rechenschaft zu ziehen, und als Verderber der Jugend und der öffentlichen Moral zu bestrafen. Das Pariser Sanhedrin, auf das sich Hr. Sch. (S. 106) mit Recht berief, hat allerdings keinen Zweck in so fern vollkommen erreicht, daß es die Wichtigkeit jener Vorwürfe auf's dünnste erwies, so daß man dieselben heututage in Frankreich bereits in die Kategorie der vergessenen Bräunen, der geschlachteten Christenkinde, der durchstochenen Hostien und dergleichen setzt, und sich bei jeder Gelegenheit, wo es auf die Religions-Meinungen der Juden ankommt, auf die Entscheidungen und Erklärungen des Sanhedrin beruft.

Schwächer möchte es freilich seyn, dem Hrn. Schatz-Rath Stäube die gewünschte Garantie gegen den Deismus der gebildeten Juden zu geben. Wenn hier der Ort zu religiösen Erörterungen wäre, so möchten wir ihn fragen, ob er denn den Glauben an Gott für etwas so Leeres und Hohles hält? und was er antworten würde, wenn ihm jene gebildeten Juden einwänden, der Glaube an Gott sey gerade das einzig Wesentliche ihrer positiven Religion, der wahre innere Kern, der übrig bleibe, nachdem dieselbe manche vergänglichsten Formen abgestreift, und ihre nationalen Elemente ausgehoben? Doch, davon abgesehen, bemerken wir, daß die Gesetzgebung auch keine Garantie gegen den Deismus in der christlichen Religion geborner Individuen zu geben im Stande ist, unter denen die Zahl schwerlich im Ver-

hältniß geringer, als unter den Juden ist; das übrigens der Deismus jener gebildeten Juden von religiöser Gleichgültigkeit, von gänzlichem Mangel an religiösem Sinn doch sehr weit entfernt seyn muß, da wir sehen, daß gerade von Jenen gar Manche für das Beharren bei ihrer Religion mehr aufopfern, als alle Christen aller christlichen Staaten zusammengezogen; daß endlich — und dieser Punkt scheint uns hier entscheidend — bei den bestehenden Gesetzen Niemand weniger Garantie nicht nur gegen den Deismus, sondern gegen den vollen religiösen Indifferentismus — zwei Begriffe, die hoffentlich Niemandem gleichbedeutend sind — darbietet, als der zum Christenthum übergetretene Jude, dem doch alle Rechte, Ehren und Vortheile offen stehen, die man dem Juden versagt, der seiner Religion treu bleibt.

Dr. G. R. **

Die Theorie, die Stabilität, das historische Princip, oder die Parteilungen der Zeit.

Eine staatsrechtliche Phantasie.

In keinem Lande stehen die politischen Ansichten sich so schroff einander entgegen, wie in dem lieben deutschen Vaterlande. In Frankreich, in England ist die vorherrschende Ansicht die liberale, welche die Gegenwart und Vergangenheit in einander verschmelzen will. Es giebt nur Epit-Arten dieser liberalen Ansicht, und die Partei, welche die Bestrebungen derselben als etwas in dem innersten Grunde Verkehrtes hat zurückweisen, welche sich als Apostel des starren Stabilitäts-Principals darstellten wollen, hat dort niemals Boden gewinnen können. In Deutschland ist dies nicht so, da reiben sich wechselseitig die verschiedenen Parteien; da greift die Theorie die Historie als eine Lügnerin an, und verwirft alles Bestehende als vermitteltes Laub, das vom Baume fallen und dem frischen Grün weichen muß; — da klobt die Stabilität an der Scholle, und will Alles halten, nicht weichen einen Fuß breit; dazwischen tritt als Vermittlerin das historische Princip, und will das Bestehende mit dem Verhenden harmonisch verschmelzen, und das Ganze zu einem Guß umformen. Der Stoff des Stabilitäts-Principals ist aber zu zäh; es glaube sich aller Umformung entziehen, und sucht nur das Heil darin, daß Alles flau und jedem Fortschreiten ein Hemmschuh angelegt werde. Nun kommt die Theorie

und spricht zu dem historischen Princip: »Da habt Ihr's, das ist die Folge, weil Ihr versöhnt, immer versöhnt und ausgleichen wollt, in der That aber nur den Mantel auf beiden Schultern tragt. Wendet Euch entschieden nach einer Richtung; es giebt nur eine Wahrheit; das Alte ist vergangen, und das Neue soll werden; den Stabilitätsmuth werdet Ihr nie bekehren, oder es müßte Euch eine Mohnenwölke gelingen.« — Und der Stabilitätsmuth kommt dann und spricht: »Traut nicht den gleichnißreichen Redensarten, traut nicht ihren Freileichtern! Folgt Ihr Denen! Ihr seid dem Hercules am Scheidewege gleich, der von der Sünde in der Gestalt einer schönen Buhlerin gelockt wurde. Das Werden kommt von dem Menschen, und alles Menschliche ist dem Wechsel unterthan. Was Ihr heute das Werden nennt, ist morgen das Vergangene, und übermorgen erscheint wieder ein neues Werden. So geht es immer und immer fort; Nichts steht mehr fest, und Alles, Alles wird gerückt aus dem gewohnten behaglichen Gleise, wenn Ihr nicht haltet an dem Bestehenden, wenn Ihr neue frische Erde zu der alten bemooften tragen wollt. Darum haltet am Alten, von nun an bis an den jüngsten der Tage! Thut Ihr das: so habt Ihr sicheren Anker; — dann sichern Boden, und Ihr seyd nicht den Winden Eures windigen Zeitgeistes unterthan; dann geht Alles fort im ruhigen Gleise. Laßt sie fahren, die müßige Träumerei, als ob dem Menschen etwas Ungewöhnliches möglich sey! Die Erde ist voll Mängel; der Staat muß daher auch mit Mängeln überfüllt seyn. — Das bedenk't! Wandelt Euch einmal das Fieber der Begeisterung an, so schützet Eure sentimentalen Gefühle in den Busen einer Schönen aus; tanzt den feurigen Radawatſcha, trinkt den glühenden Burgunder, damit das Blut eine andere Richtung bekomme; — oder geht in die Kirche, und macht hier Luft Euerm bange, gepreßten Herzen. Habt Ihr Euch in einem Gebete ausgegaut, so tretet heraus und begabet in dem Gewölbe der Kirche, was Ihr dort gedacht, was Ihr dort gefühlt habt. Für's Leben taugt es nicht: in den Staat können wir Euch nicht brauchen, wenn Ihr solchen Grillen nachjagt. Ihr mögt gute, wohlwollende Menschen seyn, und wir werden von Euch zu gelegener Zeit Noth nehmen, wenn wir der Hülfe der Enthusiasten bedürfen, die in den Sturmeszeiten vielleicht unklug genug sind, sich zum Heile Anderer aufzuopfern; — in ruhigen Zeiten aber seyd Ihr bei allen Euern wohlwollenden Gesinnungen die allerunpractischesten Leute; Eure Ansichten sind Contrabande, und da die Staats-Maschine wie das Rad im Kreise umgedreht werden muß, so werfen wir Euch wie die Citrone, der der Saft entzogen ist, weg; also fort mit Euch! Und soll ich noch in Euer Gedächtniß die französische Revolution zurückrufen? Sie

sollte Euch stets als ein Schreckensbild vorschweben, und Euch überzeugen, daß nur im Bestehenden und Unveränderlichen Heil und Segen für Einzelne, der Staaten wahres Glück zu finden sey. — Da lob' ich mir das historische Princip! Das schließt sich fest an das Bestehende, und will nur einige kleine Zugen, welche der fatale Jaßn der Zeit in unser altes ehrwürdiges gothisches Gebäude gebracht, bessern, aber das Alte lassen, auf das Alte allein bauen, und die stürmische Gegenwart als eine unverständige Baumeisterin zurückweisen!«

Wie das Stabilitäts-Princip also geredet, da tritt die Geschichte mit düsterm, erstem Blicke auf und spricht: »Wie kannst Du Memnon's-Säule glauben, daß ich Dir jemals zugethan war! Du hast einen schändlichen Gebrauch von meinen Lehren gemacht, und sie haben Dir dann nur dienen müssen, wenn sie Deinen engherzigen Absichten zu entsprechen schienen; Du hast sie aber unter die Schffel gestellt, wenn sie Dir und Deinen Jüngern das Uebel sprachen. Nie, ach nie habe ich mit Dir gemeine Sache gehabt! Ich sage mich auf das Feiertlichste los von Dir; Du hast verhöhnt, was ich für heilig geachtet; Du hast verlegt, dem ich in meinem Reiche ein Monument errichtet. Du hast mich nie verstanden; Du wirst nie Schwarz zu Weiß machen, nie die verkauften Balken Deines sogenannten Bestehenden, nie den raschen Wirbel der Zeit in seinem Ruge halten. — Wie Du auch die Stimme der Zeit zu überhören strebst; welche äußere Farbe Du Dir auch anlegst: wir werden Dich erkennen; wir werden Schein von Wahrheit sondern. Mein Spiegel trägt nicht; er hält der Vergangenheit, wie der Gegenwart sein wahres Bild vor; Du wirst auch Dein Bild darin erkennen, — das alte häßliche Bild der abgehagerten Matrone, wie Du Dich auch abmühest, Dich mit neumodischem Puge auszustaffiren und Deinen Kopf dem Janus-Kopfe gleich zu bilden. — Ihr seyd meine Freunde nicht; nicht die Freunde des wahrhaft Bestehenden, weil es Euerm Vaterlande, sondern weil es Euch frommt. Der Egoismus ist die Seele Eurer Partei seit Jahren, langen Jahren gewesen; das hat die Welt erfahren seit sie schärfer in den Spiegel, den ich vorhalte, gesehen; abgestorben der Gegenwart, ohne wahre, gründliche Kunde der Vergangenheit, begreift Ihr die Zeit nicht, begreift Ihr es nicht, daß Gegenwart und Vergangenheit den Bruderkuß schließen müssen, soll Alles zum guten Ende hinausgeführt werden. Eine Vergangenheit aber, welche die Gegenwart ignoriren will, wuzelt nicht auf meinem, dem historischen Boden. Sie hat kein Leben; ein todter, kalter Leichnam ist sie, und eben darum, weil das Loos aller Leichname die Verwesung ist, muß sie, wenn sie sich nicht von ihrer Täuschung lösmacht, zu Asche werden. — Wie Eure Jünger die Gegenwart gänzlich ignoriren, so wollen

sie keine Kunde nehmen von der höhern Welt-Anschauung, dem höhern politischen Leben, das in jedem Vessern sich regt; sie weisen alle hochherzigen Gefühle als Hirngespinnste, als Geburten einer erbligten Phantasie zurück, suchten aber einst Hülf bei ihnen, als ihre kalte Engherzigkeit des Feuers der Begeisterung bedurft, damit der umgeflohenen Fessel wieder aufgerichtet würde; jetzt glauben sie, daß jede ebrliche Begeisterung eine abgegriffene Münze sey, und daß sie eine Aufgabe sonder Gleichen gelöst, wenn sich die Staatsmaschine, wie die Maschine in der Fabrik, fortwährend in demselben Geiße herumdreht, und zusetzt die Spuren ausfährt; darum halten sie eine zeitgemäße Verfassung nur für ein morceau de papier, weil sie nicht die Absicht haben, solche in ihrem Geiste, im Geiste der Zeit zu deuten und anzuwenden, weil sie vielleicht den Buchstaben nur aufrecht erhalten und den Geist bannen wollen. Eine solche Ansicht ist ein wahrer politischer Atheismus, indem sie läugnet das Beste im Menschen, indem sie niederdrückt jeden höhern Aufschwung, und ohne ihn ist doch noch nie etwas Großes in dem Staate, der Kirche, der Familie geschehen. — Hast Du nie in meinem Buche, wie solches die Vorzeit, ja selbst die jüngste Zeit vor Dir aufschlägt, gelesen? — Die französische Revolution habe ich nie für mein Kind erachtet; Du hast den Bastard geboren; nie hätte er das Licht der Welt erblickt, hättest Du auf meine warnende Stimme gehört, hättest Du den reinen Bund der Vergangenheit und Gegenwart nicht zerrissen.

Wie das historische Princip also gesprochen, da trat der Schiedsrichter hervor in der Gestalt eines Genies und sprach:

Ihr sollt Euch nicht anfeinden, nicht die Theorie die Geschichte; jene hat ihre Gebilde aus dem reinen Quell der Vernunft, und wird ja nur, wenn sie anders nicht ihrer Herrinn Hohn sprechen will, solche Schöpfungen, denen die Geschichte in ihrer ersten, mahnenden Gestalt ein langes Leben verkündet, fördern.

Die Geschichte wöhne nicht, daß die Erscheinungen der äußern Sinnenwelt allein die Wahrheit enthüllen; daß nur das, was mit den Händen gefühlt, gefaßt werden kann, Seyn und Wesen habe; sie verkere nicht die Theorie, die Tochter der Vernunft, als ein Irzgebilde, das zwischen Erd- und Himmel schwebt. Die Theorie sehe nicht stolz herab auf die Ge-

schichte als eine zu Grabe getragene Mummie, die keine Stimme führen dürfe unter dem lebden, lebendigen Geschlecht; sie bedenke, daß ungerächt ein Titanenkampf nicht begonnen werden kann; daß der Mensch nicht durch einen klähnen Sprung in den Himmel hineinbeingen, sondern sich allmächtig nur an den Himmel hinanbilden kann, daß, wie es immer gelingt, wenn die Stabilität die in dem großen Erdbengarten klähnen emporstrebenden Pflanzen gewaltsam zurückhalten will, was dadurch nur ein wildes, ungerichtetes Wachsen gefördert und Wucherblumen genähert werden, so auch die in stürmischer Eile emporgetriebene Dreihauspflanze ein langes Leben nicht erhalten wird.

Im Bunde seyd Ihr, Theorie und Geschichte, stark; Ihr werdet als Bündner die Wahrheit führen unter das Geschlecht der Menschen; austreiben werdet Ihr die alte, verkaufte Politit, die da vermeint, sie dürfe sich sondem vom Rechte, — sie brauche sich nicht zu fügen in Gottes heilige Ordnung; Ihr werdet nicht irre werden, wenn Die, welche im Staube sich wälzen und nicht emporrichten können den Blick, Eure heiligsten Gebilde verhöhnen und anbelln; das Gepräge, was Ihr Euren Mängen aufdrückt, wird seinen goldenen Werth behalten, um Ihr werdet zu scheiden wissen das ächte, gewichtige Geld von dem falschen.

Aus Euerem Bunde entsteht die heilige Dreizahl; getrennt sinkt die erste Theorie zu einem toden Begriffe, die Geschichte zu einem leblosen Automaten, zum Gefährten des Stablistismus herunter. Bewahrt Euch nur das warme, kräftige, fortschreitende Leben! werdet nie zum toden Buchstaben, der nur von dem Dritten sein Leben holt! Ihr werdet herrschen, so lange Ihr die Wahrheit, welche nie unterdrückt werden wird, verkündet:

Daß, wie Vernunft und Erfahrung Hand in Hand gehen, wie die gesammelten Erfahrungen an den Probierrhein der Vernunft, und die Grundsätze der letztern an den Probierrhein der Erfahrung gelegt werden, — so auch Hand in Hand gehen sollen Theorie (die sich auf die Vernunft gründet) und Geschichte (die sich an die Erfahrung lehnt und uns die äußern Erscheinungen vorführt) — Vergangenheit und Gegenwart, damit die erstere allmählig in die letztere übergehe, durch sie sich verjüngt und neu belebe.

Stade

Freudentheil,

Doctor der Rechte,

Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten

des
Königreichs Hannover
und des
Herzogthums Braunschweig.

In zwanglosen Heften herausgegeben

von

C. N. Gans,
Advocaten in Gelle.

Fünftes Heft.

Braunschweig, Verlag von Friedrich Bieweg. 1831.

Inhalt: IX. Darstellung der Verhandlungen der zweiten Kammer der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs Hannover vom Jahre 1831. (Fortsetzung). — XVII. Die Aufstehung im Königreich Hannover. — XVIII. Ueber die Trennung der verschiedenen Verwaltungszweige und die Prüfung der Candidaten zum Staatsdienste im Königreiche Hannover. —

IX.

Darstellung

der Verhandlungen der zweiten Kammer der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs Hannover vom Jahre 1831.

(Fortsetzung *).

XXX. In der dreißigsten Sitzung der zweiten Kammer am 18. April machte zuerst Herr Breusing einen Antrag auf Revision der Zoll-Verordnung, und insbesondere auf Aufhebung der Strafe der Confiscation in Zoll-Defraudations-Sachen.

*) Durch einen, bei der damaligen Entfernung des Druckorts leider nicht zu verhindern gewesenem Verthum, ist in dem vorigen Hefte der »Beschluss« dieser Darstellung angedeutet worden. Es werden indeß noch mehrere Fortsetzungen erfolgen, und bittet die Redaction sehr, jenen Verthum zu entschuldigen. —

D. N.

Sodann wurden verlesen:

- 1) eine Vorstellung der Dönabrückischen Kaufmannschaft, worin, zur Hebung des inländischen Handels, Einführung einer besseren Grenz-Controle, Berücksichtigung ihrer früheren Wünsche, in Betreff des Eingangssteuer-Tarifs, baldige Einführung eines besseren Hypotheken-Rechts und angemessener Handels-Gesetze empfohlen werden;
- 2) eine Vorstellung vieler Kaufleute der Residenzstadt Hannover, worin Beibehaltung der bisherigen Steuer-Sätze für Zucker und Syrup gewünscht wird;
- 3) eine Mittheilung erster Kammer, nach welcher dieselbe dem Beschlusse zweiter Kammer über das 16te Ministerial-Postscript, die Fortbewilligung des Unterstützungsfonds zu Beförderung der Gemeinheits-Theilungen betreffend, in sofern er die Bewilligung auf ein Jahr beschränkt, angenommen, im Uebrigen aber denselben eine andere Fassung substituirt hat, welche namentlich nicht die Aufhebung des Landes-Oekonomie-Collegii, sondern eine bessere Organisation desselben dem Königlichen Cabinet-Ministerio empfiehlt.

Da zweite Kammer sich diesem veränderten Beschlusse zu conformiren Bedenken trug, so wurde beschossen, erste Kammer zu einer Conferenz über diese Angelegenheit einzuladen.

Die Tagesordnung fähete hiernächst zur Berathung über eine Petition der Juden in der Provinz Ostfriesland, die Herstellung ihrer staatsbürgerlichen Rechte betreffend.

Der Herr General-Syndicus referirte, daß die Wittsteller bereits im Jahre 1828 der Stände-Versammlung ihre Ansprüche vorgetragen, und selbige auf das preussische Edict vom 11. März 1812, durch welches den Juden der preussischen Monarchie die staatsbürgerliche Rechte verliehen seyen, und auf Art. 16. der Bundes-Acte, dessen Schlussworte besagen, daß den Befennern des jüdischen Glaubens die denselben von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten werden sollten, gestützt haben. Damals habe die Stände-Versammlung ihre Petition lediglich ad acta genommen, jetzt aber habe erste Kammer beschossen: in Erwägung, daß die Juden Ostfrieslands zur Zeit der Abtretung dieser Provinz an Hannover im Genuß der bürgerlichen Rechte sich befunden haben, dem königlichen Ministerio zu empfehlen, das Dienstame in dieser Beziehung zu verfügen. — Er halte indeß die Frage, ob dieselben sich wirklich zur Zeit der Abtretung Ostfrieslands im Genuß der bürgerlichen Rechte befunden haben, für sehr zweifelhaft. Denn als das preussische Edict von 1812 erlassen sey, habe Ostfriesland nicht zur preussischen Monarchie, sondern zum Königreich Holland gehört, mithin sey jenes Edict für Ostfriesland nicht promulgirt, nachher aber am 1. Januar 1815 sey nur das preussische Landrecht und die preussische Proceß-Ordnung in Ostfriesland eingeführt, worin jenes Edict nicht mitbegriffen zu seyn scheine.

Bei dieser Zweifelhafteit des Rechtsgrundes der Petition, welche Stände schwerlich genügend aufzuklären im Stande seyen, schlug er vor, unter Ablehnung des Beschlusses erster Kammer, solche Petition zur Erwägung des königlichen Cabinet-Ministerii zu versellen, und um demnächstige Mittheilung des Resultats dieser Erwägung zu ersuchen.

Die Herren Kettler und Sermes behaupteten, daß zu dem preussischen Landrechte auch alle dasselbe ergänzenden Edicte gehören. Wäre dem aber auch nicht so, so hätten doch die Juden Ostfrieslands unter der holländischen Regierung ganz unzuweifelhaft und notorisch alle staatsbürgerlichen Rechte genossen, und seyen mit solchen unter die preussische Herrschaft gelangt, unter welcher sie auch ganz nach diesen Grundsätzen behandelt und namentlich in die preussische Landwehr mit aufgenommen seyen. Von der hannoverschen Regierung sey daher ihr Rechtszustand

durchaus verlest, und müsse derselbe schleunigst wieder hergestellt werden.

Herr Blumenbach versicherte, der König von Preußen habe selbst declarirt, daß das Juden-Edict von 1812 auf die später acquirirten Provinzen nicht mit ausgedehnt sey. Ob der Art. 16. der Bundesacte in seinen Schlussworten nur auf die Personen der bereits Berechtigten, oder auf ihre Nachfolger gehe, sey zweifelhaft. Bis jetzt habe der Bundestag immer resoltirt, es sey Sache der einzelnen Bundesstaaten, diese Angelegenheit zu reguliren. Unser Gouvernement habe jenen Artikel nur auf den Schutz wohlverordneter Privilegien bezogen, und etwaige politische Rechte durch Concessionen aufrecht zu erhalten gesucht. — Wollte man den Art. 16. weiter ausdehnen, so würden die Juden dadurch den Christen nicht nur gleichgestellt, sondern bedeutend vor Letztern bevorzugt, da die christlichen Unterthanen sich doch angemessene Veränderungen rücksichtlich der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte gefallen lassen müßten, wogegen die Juden auf unveränderte Beibehaltung des status quo bestehen könnten.

Die Herren Webemeyer, Lünkel, Schlegel und Christiani waren sämmtlich der Meinung, daß Ständen zu wenig vortiege, um die Frage über die wirkliche Berechtigung der Juden gründlich entscheiden zu können, und wurde daher bei der Abstimmung der Antrag des Herrn General-Syndicus von einer großen Majorität angenommen.

Endlich kam es zur ersten Berathung über das 4te Ministerial-Postscript, die Veränderungen des Eingangsteuer-Tarifs betreffend.

Bevor man zur Berathung der Einzelnheiten überging, trug Herr Hausmann darauf an, für den Fall, daß die Ausführung des Haubemeyer Vertrages sich noch in die Länge ziehen sollte, dem königlichen Cabinet-Ministerio eine genaue Revision des ganzen Eingangsteuer-Tarifs anzupfehlen, welcher Antrag genehmigt wurde.

In Betreff der

sub 1. vorgeschlagenen Veränderung der Eingangsteuer von Eisenmaaren, stellte Herr Westerkhausen den großen Nothstand unsers Harzes weitläufig vor, und wünschte, das Aelte, Weile, Forken, Hacken u. s. w. mit 2½ Thlr. pr. 100 Pfd., Schläffer, Sporer- und Nagelschmiede-Arbeit mit 3 Sgr. pr. Pfd. belegt würden, wogegen die Vergban-Amts-Casse das Eisen für die entfernteren Provinzen 10 Stunden weit frey liefern würde.

Herr Voche versicherte, daß die Ausführung einer solchen Maßregel für die Provinzen Ostfriesland und Bremen durchaus unmöglich seyn würde, da das Harz-Eisen wegen seiner zu geringen Zähigkeit in dem schweren Boden zu Pfählen u. d. gl.

gar nicht gebraucht werden könne, und die enorme Fracht daselbe viel zu sehr vertheuern würde.

Auch Herr Dommes meinte, daß dem Absage unser Eisenwaren nach andern Staaten nicht allein die hohen Steuern der letztern, sondern hauptsächlich die zu große Kostbarkeit unserer Fabrikate und der Mangel einer genügenden Grenz-Controle entgegen ständen. Durch zu große Erhöhung der Eingangssteuer werde daher den Gewerben nicht aufgeholfen, dem Landmann aber ein großer Druck aufgelegt.

Nachdem noch die Herren Hausmann und Längel im gleichen Sinne gesprochen hatten, wurde der Verbesserungs-Antrag des Herrn Welterhausen fast einstimmig abgelehnt, ein anderer Verbesserungs-Antrag desselben jedoch, daß für Klopfsensen und Sichel, welche in hiesigem Lande nicht fabricirt werden, der bisherige Steuerfuß von 16 Sgr. pr. 100 Pfd. beibehalten werden möge, so wie ein Verbesserungs-Antrag des Herrn Breusing auf Befreiung des alten Eisens von aller Eingangssteuer, per Majora angenommen.

XXXI. In der einunddreißigsten Sitzung am 19. April wurde die erste Berathung über dasselbe Manuscript fortgesetzt.

ad 2. das Leder betreffend, hielt Herr Breusing die vorgeschlagenen Abänderungen zur Hebung der inländischen Gerbereien, eines der wichtigsten und blühendsten Gewerbe unsers Landes, nicht für genügend. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß die Ausfuhr derjenigen Producte des Landes, welche im Lande selbst verarbeitet würden, durch einen möglichst hohen Ausgangszoll erschwert, desgleichen die Einfuhr des ausländischen Fabricats an verhältnißmäßig hohe Eingangssteuern geknüpft, dagegen aber die Einfuhr der rohen Producte möglichst erleichtert werden müsse, machte er die Verbesserungs-Anträge:

a) das ausländische fertige Leder, also auch Leberwaren, statt der bisherigen Eingangssteuer von 1 Thlr., mit einer Eingangssteuer von 3 Thlr. pr. 100 Pfd. zu besetzen;

b) den Ausgangszoll für rohe Häute, unter Ablehnung des Beschlusses erster Kammer, welche für Schaafelle den Ausgangszoll von 1 Sgr. pr. 100 Pfd. beibehalten zu sehen wünscht, auf 1 Thlr. pr. 100 Pfd. zu erhöhen;

c) den Eingangszoll für rohe Häute gänzlich aufzuheben.

Herr Hausmann wünschte daneben noch:

d) daß der aus der vorgeschlagenen Zollserhöhung der Zoll-Casse erwachsende Vortheil den inländischen Gewerben auf andere Weise zu Gute kommen möge, und bemerkte ausdrücklich der Schaafelle, daß solche allerdings im Lan-

de gebraucht würden, indem auch die Wolle unter dem Namen Gerberwolle zu Pferdebedecken zc. verarbeitet, und wegen des bisherigen geringen Ausgangszolls dermaßen selten geworden sey, daß man solche Decken in den letzten Jahren aus dem Auslande habe beziehen müssen.

Herr Meyer machte bemerkl., daß durch obige Veränderungen allein den inländischen Gerbereien nicht würde aufgeholfen werden, wenn nicht auch zugleich die Ausfuhr der ihnen unentbehrlichen Vorle erschwert würde. Während solche zu einer Zeit, wo bei weitem größerer Vorrath vorhanden gewesen, im Fürstenthum Lüneburg gänzlich verboten gewesen sey, habe man seit dem Jahre 1826, augenscheinlich nur zu Gunsten der grossen Grundbesitzer (da die kleineren in Folge der Gemeinheits-Theilungen ihr Eichenholz meistens geschlagen haben), die Ausfuhr gänzlich frei gegeben, und nur einen so geringen Ausgangszoll darauf gelegt, daß in der Gegend von Lüneburg, wo die Nähe von Hamburg die Auskäuferi besonders begünstige, der Preis beinahe auf das Doppelte des früheren Preises gestiegen sey.

Er machte daher den Verbesserungs-Antrag:

e) daß der Ausgangszoll für Eichenborke und Birkenrinde, wenigstens für das Fürstenthum Lüneburg — (weil man ihm entgegenstehe, daß in andern Provinzen solches Bedürfnis nicht Statt finde) — von 3 Sgr. auf 6 Sgr. pr. 100 Pfd. erhöht werde, und wurde darin von den Herren Breusing und Stäbe unterstügt.

Herr Längel wünschte

f) letzteren Verbesserungs-Antrag auch auf das Fürstenthum Hildesheim ausgedehnt zu sehen.

Herr Hüpeden dagegen fand schon den jetzigen Ausgangszoll für Borke zu hoch, und versicherte, daß derselbe zu den manichfachen Beschwerden Veranlassung gegeben habe.

Herr Dommes machte bemerkl., daß zur Zeit 457 Loh- und Weißgerber im Lande existiren, daher man nicht erwarten könne, daß Alle zufrieden seyen, indem der inländische Markt für so Viele zu klein sey.

Eine Erhöhung der Steuer für ausländisches Leder, welches wir leider noch nicht entbehren können, werde nur zu größeren Defrauden, namentlich zur Zeit der Braunschweiger Messen, Veranlassung geben, welche bei der schlechten Bewachung unsrer Grenzen nicht zu vermeiden seyen.

Nachdem nun noch die Herren Abides und Schmecke gegen die Erhöhung des Ausgangszolls für rohe Häute gesprochen und

g) eine Ausnahme für das Herzogthum Bremen und das Land Habeln verlangt, die Herren Ebell und Dammert

aber die fehören Verbesserungs-Anträge unterstützte hatten, wurden bei der ersten Abstimmung die Verbesserungs-Anträge sub a — d von der Majorität angenommen, die sub e — g aber abgelehnt.

ad 3. Die gänzliche Befreiung des ausländischen Horns von der Eingangssteuer wurde, nebst dem Verbesserungs-Antrage des Herrn Breusing, auf Weiberhohe einer gleichen Freiheit genießen zu lassen, genehmigt.

ad 4. schloß man sich dem Beschlusse erster Kammer, daß zu besserem Schutze des inländischen Eifiser-Geirerwes gegen die Concurrenz des Auslandes, der jetzt bestehende Steuerfuß von 16 Ggr. pro 100 Pfund eingehender Meubeln

a. für gepoßirte, aber mit Bronze und derartigen Verzierungen versehene Meubeln, von 100 Pfund brutto auf 4 Rthlr.

b. für Meubeln, welche nicht zu dieser Classe gehören, aber gebeizt, lackirt, polirt, oder angemalt sind, auf 2 Rthlr. erhöht,

c. für andere geringere Meubeln aber der bisherige Steuerfuß von 16 Ggr. beibehalten werde.

Ein Verbesserungs-Antrag des Herrn Freudentheil, daß ausländisches Holz gänzlich steuerfrei zugelassen werden möge, wurde, da die Herren Graf Kielmannsegg, von Nebel, Hausmann, Blumenbach und Dommes selbiges als bloßen Luxus-Artikel darstellten, von einer großen Majorität abgelehnt.

ad 5. machte Herr Breusing den Verbesserungs-Antrag, daß die Eingangssteuer für Twiste auf 16 Ggr. herabgesetzt werde. Da indessen

Herr Dommes um Aussetzung des Beschlusses bat, indem das Cabinets-Ministerium nächsten specielle Vorschläge in dieser Beziehung machen werde, so wurde beschlossen, den Beschluß hierüber, wie über die sub a. erwähnten rohen Gattungen, annoch auszusetzen, der Ministerial-Vorschlag sub b. aber angenommen.

ad 6. In Betreff der ausländischen Welpelsüte wünschte zwar Herr Ahtes, daß die Eingangssteuer auf 8 Ggr. pro Pfd. erhöht werden möge;

Herr Dommes bemerkte aber dagegen, daß, da bis jetzt der höchste Satz unsers Steuer-Tarifs 4 Ggr. pro Pfund betrage, eine so bedeutende Erhöhung dieses einzelnen Artikels sich sonderbar ausnehmen würde, weshalb man doch bis zu der schon in Antrag gebrachten Revision des ganzen Tarifs damit waeten möge. Es wurde darauf, unter Ablehnung dieses Verbesserungs-Antrags, der Ministerial-Vorschlag einer Erhöhung auf 4 Ggr. pro Pfd. genehmigt.

Endlich wurde noch eine Petition der hiesigen Lohnkutscher wegen Aufhüßes ihres durch das Postenwesen so sehr gesunkenen

Gewerbes vorgelesen, und an den Herren General-Syndicus zur demnächstigen Relation abgegeben.

XXXII. In der zweieunddreißigsten Sitzung der zweiten Kammer am 20sten April machte zunächst Herr Langel zwei Anträge:

a. daß Königlich-Cabinet's-Ministerium ersucht werden möge, den längst erbetenen Entwurf eines Militär-Straf-Gesetzbuchs noch in dieser Diät den Ständen vorzulegen;

b. daß die Dauer der täglichen Sitzungen der Ständeversammlung von 4 auf 5 Stunden erweitert werde.

Sodann referirte der Herr General-Syndicus über die Vorstellung der Donabrücker Kaufmannschaft.

Gleich der erste Punkt derselben, die Einführung einer strengen Grenz-Controle, führte zu sehr weitläufigen Debatten, an welchen die Herren Breusing, Sandboß, Hausmann, Kern, Westerkhausen, Christiani, Dommes, Eichhorn, Hüpeden, Freudentheil, Stüve, Rufe und Schmelke lebhaften Antheil nahmen.

Allgemein wurde das Bedürfnis einer besseren Grenz-Controle, welche den gewissenhaften Kaufmann, und namentlich dem sächsischen mehr Schutz gewähre, gegen den Abbruch in seiner Nahrung, welchen er durch die Defraudanten insbesondere des platten Landes erleide, ausgesprochen, jedoch auch die Schwierigkeit nicht verkannt, welche nach Lage der Grenzen unsers Landes damit verbunden sey, wenn man nicht die Control-Kosten auf eine enorme Weise vermehren und dem Transito-Handel gefährliche Hindernisse veranlassen wolle.

Während Herr Christiani den unbegreiflichen Mangel einer genügenden Controlle zu Harburg rügte, schilderte Herr Sandboß die Nothwendigkeit, auch den Harz, welcher bis jetzt gegen Entrichtung einer runden Summe von 5000 Rthlr. von den indirecten Landessteuern gänzlich befreit sei, in die Steuer-Linie des Königreichs mit hineinzuziehen, da er jetzt, als Depot für ausländische Waaren aller Art, das Einschmären ganz insbesondere des Vorhäuser-Brantweins zum größten Verdruss der Städte Goslar und Osterode, und zur größten Benachtheiligung der Steuer-Eassen begünstige. Die Grenzen des Harzes gegen das Ausland würden sich, da die Einfuhr von Waaren nur auf einzelnen Straßen möglich sey, leicht bewachen lassen, während das jetzige Einschmären von Waaren von den Bergen herunter ins Land nicht zu hindern sey. Eine Härte für die Harzbewohner, welche die Herren Hausmann, Westerkhausen und Kern durch die große Armuth derselben zu begründen suchten, sey nicht vorhanden, da selbst die Bergleute durch ihre feste Einnahme, durch die Sorge, welche die Regierung in Krankheitsfällen ihnen beweiße, durch die Einrichtung der Korn-Magazine, aus welchen

ffe den Vocken für 16 Ggr. pro Himten beziehen, und durch die ihnen zur Mitbenutzung zuständigen fetten Weiden vor der ärmeren Classe des übrigen Landes bedeutende Vorzüge genießen, auch die vor einigen Jahren geschehene Anlage zweier Chaussees den Harz mit allen Erzeugnissen des Landes reichlich zu versehen vermögen. Es wurde darauf beschloffen, dem Königl. Cabinets-Ministerio eine Untersuchung über die Rathsamkeit, den Harz mit in die Steuer-Linie zu ziehen, unter Prüfung der Steuer-Kräfte der Bewohner, anzupfehlen.

Wegen der übrigen wünschenswerthen strengern Grenz-Controle wurde auf den Antrag des Herrn Dommes beschloffen, dem Königl. Cabinets-Ministerio für den Fall, wenn der Einbecker Vertrag nicht baldigt zur Ausführung kommen sollte, bei Revision des Eingangssteuer-Tarifs auch die Erzeigung schärferer Grenz-Controle = Maßregeln zu empfehlen, dessen feinerer Antrag aber, daß Stände zugleich ihre Geneigtheit zu höherer Beförderung der Grenz-Aufsicht zu erkennen geben mögen, so wie ein Antrag des Herrn Breusing, zugleich zur Erhöhung des Cabinets-Ministerii zu vorstellen, in wiefern auf Einziehung unächtlicher Grenz-Widerlagen und auf Modification des Passierschein-Wesens Bedacht zu nehmen sei? und ein Antrag des Herrn Freudentheil, daß auch die Wegen der Reisenden an den Grenzen visitirt werden mögen, vorder Majorität abgelehnt. In Betreff der übrigen Punkte der Denabürschten Petition ging man zur Tagesordnung über.

Nachdem darauf eine Petition der Hutmacher zu Hildesheim, welche die Eingangssteuer für ausländische Hüte auf 12 Ggr. pro Pfund erhöht und jeden fremden Hut mit einem Steuer-Stempel versehen wünschten, verlesen war, wurde die gestern abgebrochene Berathung über das 4te Ministerial-Postscript fortgesetzt.

ad 7. den ausländischen Salz betreffend, wurde zugleich eine Petition der Seifensieder zu Hildesheim mit in Erwägung gezogen.

Herr Lünkel wünschte zwar, daß der Licent von Salz zur Aufkäufer der städtischen Seifensiedereien und Lichter-Fabriken gänzlich aufgehoben werde, überzeugte sich jedoch, daß, nachdem zweite Kammer bereits über das Postscript, die Veränderungen des Licents betreffend, vollständig beschloffen habe, solcher Antrag von hieraus nicht mehr vorgebracht werden könne.

Ein Verbesserungs-Antrag des Herrn Sandboß, daß die Eingangssteuer für den ausländischen Salz, der für die Seifensieder und Lichtzieher in den Licentstädten eingeführt werde, bis zur Abschaffung des Licents aufgehoben werden möge, fand bei den Herren Dommes, Bruner, Serres und Wahlmann, welche darin eine Bechrückung sowohl des Landmanns, welcher seinen

Salz in die licentpflichtigen Städte absehen müsse, als auch in den außerhalb der licentpflichtigen Städte u. s. w. vorhandenen Fabriken zu finden glaubten, lebhaften Widerspruch, und wurde, obwohl die Herren Lünkel, Ebell, Stölbe und Rumann dafür sprachen, abgelehnt. Dagegen wurde aber ein Verbesserungs-Antrag des Herrn Rumann, daß die Eingangssteuer für ausländische Lichte und Seife auf 1 Rthlr. 8 Ggr. erhöht werden möge, neben dem Hauptantrage des Cabinets-Ministerii per majora genehmigt.

Endlich wurde noch eine Mittheilung erster Kammer, nach welcher dieselbe die Beschlüsse zweiter Kammer über die Öffentlichkeit der landständischen Verhandlungen unverändert genehmigt, zu allgemeiner Zufriedenheit verlesen.

XXXIII. Die dreiuunddreißigste Sitzung am 21sten April wurde durch Verlesung zweier Mittheilungen erster Kammer eröffnet, nach welcher dieselbe den Beschluß zweiter Kammer, in Betreff der bürgerlichen Verbesserung der Juden, genehmigt hat, und auch dem Beschlusse zweiter Kammer rückfichtlich der Juden Districtes, unter Aufhebung ihres früheren abweichenden Beschlusses, beigetreten ist.

Nachdem hierauf noch beschloffen war, an dem am 23sten d. M. bevorstehenden Geburtstage Sr. Majestät des Königs den Glückwunsch der Stände mittelst einer förmlichen Deputation aus beiden Kammern Sr. Königl. Hoheit dem Vicekönig abstarben zu lassen, setzte man die erste Verathung über das 4te Postscript, die Veränderungen des Eingangssteuer-Tarifs betreffend, fort.

ad 8. wurde der Vorschlag des Cabinets-Ministerii, die Eingangssteuer für rohe Beeren, Blätter, Blumen, Kräuter und Wurzeln zum Gärden und sonstigem Gärtnereygebrauch, Harz und rohe ungefortene Pecher- und Kuhhaare von 16 auf 4 Ggr. pro 100 Pfund herabzusetzen, mit dem Zusätze, daß auch für Schweinsborsten (welche das Land in genügender Menge und Güte nicht produciret, und die besonders aus Polen und aus den Ostsee-Ländern eingeführt werden), dieselbe Steuer-Ermäßigung Statt finde, angenommen.

ad 9. Die Eingangssteuer für Bleiweiß und Hagel veranlaßte eine sehr lebhafteste Discussion über die Administration des Harzes überhaupt.

Während die Herren Kern, Sandboß, Hausmann, Breusing, Stölbe und Westerkampfen die Noth der inländischen Fabriken (zu Distereo, Gostlar und Haselünne) schilderten, welche bei der Wohlfeilheit des spanischen Bleis mit ausländischen Fabrikaten um so weniger Preis halten könnten, als sie das inländische Blei bedeutend theurer, wie solches an ausgedehnten Handelsplätzen

gen, namentlich zu Hamburg, Bremen, Amsterdam und Magdeburg von der Verghandlung verkauft würde, bezahlen müßten, und sowohl aus dieser unverantwortlichen Härte, als auch aus der viel zu wenig kaufmännischen Administration des Harzes, namentlich auch aus dem Institute der Verghandlung den unaufhaltbaren Untergang der inländischen Fabriken herleiten wollten; setzte Herr Rose den hauptsächlichsten Grund der augenblicklichen Noth der Fabriken, wie des Harzes überhaupt, dessen Existenz auf Blei- und Eisen-Production fast ganz allein beruhe, in die Verschleuderung des Bleis durch die spanischen, so wie des Eisens durch die englischen Handels-Compagnien. Könnte man die Einfuhr alles ausländischen Bleis und des englischen Eisens hindern, so wäre augenblicklich dem Harze geholfen; aber das Ministerium habe in den letzten Jahren eine Erhöhung der Eingangsteuer für Eisen bei den Ständen, die daraus eine Befähigung der aderbauenden Classe befürchtet hätten, vergebens durchzusetzen gesucht.

Wenn an auswärtigen Handelsplätzen ein Rabatt für Blei bewilligt sey, und die Inländer solches daher theurer bezahlen müßten, als das Ausland, so sey solches für nöthig gehalten, um nur einigermaßen mit dem spanischen Blei zu concurriren. Die Administration des Harzes möge wohl Mängel haben, aber sie sey auch im höchsten Grade schwierig, denn sie beruhe auf Institutionen, welche sich im Laufe von 600 Jahren gebildet haben, und mit der Eigenthümlichkeit und den Sitten der ganzen zahlreichen Bevölkerung aufs Innigste verwebt, nicht so leicht zu reformiren seyen.

Finanziell dürfe man den Harz nicht betrachten, sonst müßte man den Bergbau sogleich niederlegen (denn er habe schon seit vielen Jahren keine Ueberschüsse mehr geliefert), sondern nur aus dem Gesichtspunkte der National-Ökonomie, welche die Existenz von 30,000 Menschen dort zu sichern verpflichtet sey. Wäre der Bergbau auf dem Harze kaufmännisch betrieben, so mögte dort wohl eben so auf den Raab gebaut seyn, wie in Spanien, wo die Handels-Compagnien hoffentlich bald zu Grunde gehen würden.

Ein Verbesserungs-Antrag des Herrn Kern, daß die Eingangsteuer für Bleiweiß und Hagel von 16 Ggr. auf 2 Rthlr. pro 100 Pfund erhöht werden möge, fand bei den Herren Lünge, Liederings und Becker, welcher Letztere behauptete, daß das Harz-Bleiweiß 12 p. Ct. schlechter sey, als das holländische, Widerspruch, und wurde von der Majorität abgelehnt; dagegen wurde ein Verbesserungs-Antrag des Herrn Wösterhausen, solche Steuer auf 1 Rthlr. 8 Ggr. pro 100 Pfund zu erhöhen, bei der ersten Abstimmung angenommen.

ad 10. kam die Eingangsteuer für Zucker und Syrup

zur ersten Verathung, in Betreff welcher erste Kammer die vom Ministerio proponirte Herabsetzung der Steuer für Rohzucker von 1 Rthlr. 8 Ggr. auf 1 Rthlr. abgelehnt, dagegen aber die Steuer für Syrup von 16 Ggr. auf 1 Rthlr. zu erhöhen beschloß. Zugleich wurde dabei die Vorstellung hiesiger Kaufleute mit in Erwägung gezogen.

Dagegen kam allgemein die Willigkeit nicht verkannte, daß den inländischen Zucker-Fabriken, welche, zum Theil auf den Grund früherer Steuererlässe errichtet, durch die im Jahre 1825 erfolgte Veränderung der Letztern wesentlich benachtheiligt seyen, durch eine günstigere Stellung jener Steuererlässe aufgehoben werde, weshalb Herr Ruchmann, unter Hinweisung auf den Uebelstand, daß Syrup als Fabrikat nur halb so hoch besteuert sey, als Rohzucker, wünschte, daß Rohzucker und Syrup mit einer gleichen Eingangsteuer von 1 Rthlr. pro 100 Pfund belegt werden mögen, so meinte doch Herr Ahles, daß wenn nur die Syrupsteuer auf 20 Ggr. erhöht werde, und der bisherige Steuerfuß für Rohzucker bleibe, die Fabrikanten wohl bestehen könnten.

Die 5 inländischen Zuckerfabriken beschäftigten nicht viel mehr als 40 Menschen, schabten aber dem inländischen Handel bedeutend, und würden der Landessteuer-Casse nach der Ministerial-Proposition mindestens 20,000 Rthlr. jährlich entziehen.

Herr Dommers bekräftigte das vom Herrn Ahles in erster Beziehung aufgestellte Rechen-Exempel, und suchte zu beweisen, daß die Fabrikanten bei den bisherigen Steuerfüßen nur etwa 2 Pf. auf das Pfd. vor den Käufern auswärts raffinirter Zucker voraus hätten, welcher Vortheil jedoch dadurch, daß der Fabrikant im Inlande um einige Pfennige wohlfeiler verkaufen müsse, ihm wieder entzogen würde, weshalb er die Ministerial-Proposition verteidigte.

Herr Christiani wies auf die großen, dem Inlande erhaltenen Betriebs-Capitalien, so wie auf die bedeutenden Productions-Kosten hin, welche das Land gewinne, wenn der gesammte Bedarf von etwa 8 Millionen Pfund jährlich von inländischen Fabriken raffinirt würde, nicht minder auf das Beispiel anderer Staaten, welche nicht nur durch günstigere Steuererlässe, sondern auch durch Ausfuhr-Prämien, Rückzölle u. dgl. für das Emporkommen der Zucker-Fabriken sorgen.

Herr Stube widersetzte sich der vorgeschlagenen Herabsetzung der Eingangsteuer, da der Verbrauch der Colonial-Waaren in den letzten Jahren eine wahrhaft bedrückende Vermehrung gehabt habe, und wie zur Bezahlung dieser Luxus-Artikel keine Mittel beständen, wenn wie die Steuern herabgesetzt, wogegen Herr Meyer bemerkte, daß der Ausfall in der Steuer-Casse nicht so bedeutend seyn würde, als es scheine, da die Eingangs-

steuer für Rohzucker gewiß sey, die vom raffinierten Zucker aber durch leicht möglichen Einschmärgen vielfältig vermindert werde.

Einer Erhöhung der Syrupsteuer, wie es erste Kammer gewünscht hatte, widerlegte man sich von allen Seiten, da der Syrup nicht als Luxus-Artikel angesehen werden dürfe, vielmehr zu einem wahren Bedürfniß der ärmern Classe geworden sey.

Nachdem nun noch die Herren Hausmann, Gruner, v. Böhungen, Längel und Ebell für die Ministerial-Proposition gesprochen, und letztere Beiden versichert hatten, daß die Kaufleute zu Hildesheim und Göttingen dieselbe auch ihrem Interesse entsprechend befunden hätten, wurde, unter Ablehnung der Verbesserungs-Anträge des Herren Rumann und Ahles, so wie des Beschlusses erster Kammer und eines Verbesserungs-Antrages des Herrn Sandboß, auf Erlassung des Eingangszolles für die Zuckfabriken, — der Antrag des Ministerii von einer großen Majorität angenommen.

XXXIV. In der vierunddreißigsten Sitzung am 22. d. M. zeigte zunächst der Herr Präsident an, daß St. Königliche Hoheit der Vice-König, aus Besorgniß, dadurch zu sehr angegriffen zu werden, eine förmliche Deputation der Stände auf morgen verboten habe, daher man denn zu der großen Cour nach Belieben einzeln sich einfinden werde.

Sodann wurde ein Schreiben des Herrn Hofraths und Professors Wolker zu Freiburg verlesen, mittelst dessen derselbe ein Exemplar seiner Abhandlung über Pressfreiheit, wie seines in der zweiten Kammer der Badenschen Landstände desfalls motivirten Antrages, der zweiten Kammer überreicht und zur Berührung empfiehlt.

Darauf setzte man die Berathung über das vierte Postscript fort, wobei

ad 11. in Betreff der Weinsteuern eine Vorstellung der Weinhandler zu Hameln, worin dieselben auf einen Steuer-Nachlaß von 25 Procent für Ecceage u. und auf Nichterhöhung der Eingangsteuer antragen, mit in Berathung genommen wurde.

Herr Ahles versicherte, obgleich ein Weinlager sich erst in 3 — 4 Jahren umsehe, und daher die vom Ministerio propo- nierten 10 Procent Rabatt bei weitem nicht genügen, dennoch mit solcher Proposition zufrieden zu seyn, worauf denn dieselbe angenommen wurde.

ad 12. Hinsichtlich der Eingangsteuer von rohen Tabackblättern, welche das Ministerium von 6 Sgr. auf 8 Sgr. pr. 100 Pfd. zu erhöhen vorschlägt, bemerkte Herr Breusing, daß die Taback-Fabriken von der wesentlichsten Wichtigkeit für unser Königreich seyen, da sie einer Menge von Menschen aus

der ärmern Classe Verdienst geben und das Ausland uns tributär machen. So habe namentlich die Fabrik in Donabrück früher 2 Millionen Pfund fabricierten Taback jährlich ausgeführt, und etwa 30,000 Thlr. an Tagelohn unter die Leute gebracht. Leider sey die Ausfuhr jetzt auf 400,000 Pfd. jährlich herabgesunken. Einem so nützlichen Gewerbe, welches jetzt schon, wider alle Politik, mit beinahe 7 Procent befristet sey, dürfe man nicht durch eine Steuer-Erhöhung, welche zur Hebung des noch so höchst unvollkommenen, durch andre Mittel zweckmäßiger zu befördernden Tabackabbaus gar nicht beitragen würde, noch größere Nachtheile zufügen, weshalb er, unterstützt von den Herren Stüve und Gruner, auf Ablehnung der Ministerial-Proposition antrag.

Dagegen machten die Herren Dommes, Hausmann, Rose und v. Werthof bemerkt, daß der gefürchte Hie der Donabrück'schen Fabriken nicht durch unser inländisches Steuer-System, welches vielmehr durch die hohe Besteuerung des fabricierten Tabacks die Fabriken bedeutend begünstige, sondern durch das preussische Prohibitiv-System, welches die früher so bedeutende Einfuhr des Donabrück'schen Tabacks gänzlich hindere, veranlaßt sey. Von den andern Fabriken werde übrigens nur ein sehr geringer Theil ihres Fabricats ins Ausland exportirt.

Bei der Abstimmung wurde, unter Ablehnung des Breusing'schen Antrages, die Ministerial-Proposition von einer großen Majorität angenommen.

ad 13. Die vorgeschlagene Erhöhung der Weinsteuer von 8 auf 9 Thlr. für die Dhm. fand bei den Herren Ahles, Freudentheit und Sernee, welche darin nur eine Bedrückung der inländischen Weinhandler und eine Benachtheiligung der Steuer-casse durch die zum Einschmärgen noch mehr veranlaßten Ausländer erkennen wollten, lebhaften Widerspruch, wurde jedoch, nachdem Herr Dommes dieselbe vertheidigt hatte, von großer Majorität genehmigt.

Endlich kam noch der Antrag des Herrn Längel, auf Ausbehnung der täglichen Sessonszeit zweiter Kammer von 4 auf 5 Stunden, zur Berathung, und wurde von demselben durch Hinweisung auf die Menge und Wichtigkeit der vorliegenden Arbeiten, auf die großen Opfer, welche die auswärtigen Deputierten durch die lange Entfernung von ihren häuslichen Geschäften dem Gemeinwohl bringen, und auf die Wahrscheinlichkeit, daß gegen die Mitte des künftigen Monats viele derselben sich nicht länger hier werden halten lassen, motivirt.

Herr Lampe bemerkte: Lieber möge man an 4 Wochentagen des Abends von 6 — 8 Uhr zusammen kommen, da man sich dann doch nicht zu beschäftigen wisse.

Herr Stüve widersetzte sich mit den Herren Artz und Schri-

fiani dem Antrage, da sonst die erforderliche Zeit zu Commissionen und zur Vorbereitung nicht übrig bliebe.

Herr Bogell glaubte, daß genügende Zeit gewonnen würde, wenn die Mitglieder nur immer präcise um 12 Uhr zusammen kämen, und daß bringend um pünktlicheres Erscheinen.

Vor auf Herr Kängel in der Hoffnung, daß diese Bitte werde berücksichtigt werden, seinen Antrag zurücknahm.

XXXV. Die fünfunddreißigste Sitzung der zweiten Kammer am 25. April wurde durch Verlesung zweier von Advocaten zu Göttingen und Münden eingebrachten, die Verbesserung des Advocaten-Standes betreffenden Vorstellungen, eröffnet.

Sodann kam der Antrag erster Kammer in Betreff des Chauffee-Bauwesens zur dritten Beratung.

Herr Wiltcher brachte in einer weitläufigen Abhandlung viele Mängel, sowohl in Beziehung auf das Technisch des Wegbaus, als auch rücksichtlich der Administration zur Sprache, welche zu große Kostbarkeit, Inconsequenz und Willkür hauptsächlich zu Gegenständen hatten, und wozu auch die Herren Ebell und Sandvoß Vorschläge lieferten *).

Im Laufe der desfallsigen Discussion, welche größtentheils schon früher erwähnte, oder denselben ähnliche Mängel betraf, kamen 14 Verbesserungs-Anträge vor, deren genaue Mittheilung zu wenig Interesse darbietet. Wie beschränken und daher darauf, als Resultat dieser dritten Beratung den Beschluß anzugeben: daß Königliches Cabinets-Ministerium ersucht werde, baldmöglichst eine genaue Revision des Wegbauwesens, sowohl in Beziehung auf die Grundsätze, nach welchen die Concurrenz der Unterthanen dazu vertheilt sey, als auch in Beziehung auf das Technisch, namentlich auch rücksichtlich der Freiseiung der Königlichen Posten vom Chauffeegebe, gegen ein verhältnißmäßig viel zu geringes aversum vorzunehmen, nicht minder den Ständen eine genaue Rechnung über die bisherige Verwendung der zum Wegbau bewilligten Gelder und Natural-Dienste vorlegen zu lassen; Königlichem Cabinets-Ministerio auch eine örtlich passendere Vertheilung der Dienstpflichtigen noch für dieses Jahr, so wie eine Untersuchung, in wiefern der Bau und die Reparatur von Chauffeen nützlich in Entreprise zu geben sey, (wobei jedoch die Dienstpflichtigen nicht unter die Normalkategorie der Entrepriseurs, sondern, wie bisher, unter die Aufsicht der Obsteigen gestellt werden müßten), nicht minder eine Unter-

suchung über die verordnungsmäßige Vertheilung der Chauffee-Häuser und eine Revision der Chauffee-Verordnung von 1824 anzupfehlen, endlich auch noch den Wunsch auszudrücken, daß, wenn eine Chauffee als solche von der Wegbau-Commission auf gegeben, und als Landstraße unter die Aufsicht einer Landroste gestellt werde, die darauf bisher verwandten Chauffee-Dienste nichts desto weniger auf selbige nach wie vor verwandt werden mögen.

Der zweite Theil des Antrags erster Kammer, die Suspension der Natural-Dienste für dieses Jahr betreffend, wurde wiederum abgelehnt. Zugleich fand man aber auch, daß die neulich beschlossenen Anträge auf Herbeiziehung der Kutschperde zum Chauffeedienst, so wie auf Aufhebung des §. 60. Nr. 2. der Chauffee-Verordnung von 1824 bei der heute beschlossenen Revision der ganzen Chauffee-Ordnung um so weniger beizubehalten seyn mögen, als die Dienste für dieses Jahr schon größtentheils geleistet seyen, und dieser hiernach unbedeutende Gegenstand eine Spannung zwischen beiden Kammern hervorbringen könnte, welche zu wichtigeren Gegenständen nachtheilig einwirken mögte. Aus diesen Gründen beschloß eine große Majorität, von letztern beiden Anträgen zu abstrahiren.

Hiernächst wurde eine von der Calenberg-Grubenhagenschen Ritterschaft wegen der bevorstehenden Entfernung des Herrn Generals v. d. Bussche auf den Herrn Ober-Hofmarschall von Wangerheim ausgesetzte Vollmacht, beauf dessen Eintritt in die erste Kammer, geprüft und für richtig befunden.

Endlich wurde noch der Antrag des Herrn Kängel auf forderksamste Einrichtung des Thronsaals zu den Sitzungen zweiter Kammer, welchen derselbe durch die Unanständigkeit des jetzigen 80 Stufen über der Straße belagerten Locals für die Würde der Versammlung, so wie durch die ungesunde Beschaffenheit desselben motivirte, in Beratung gezogen und von einer großen Majorität angenommen.

XXXVI. Die sechsendreißigste Sitzung am 26. April bietet gleichfalls nur wenig Stoff zur Mittheilung dar.

Verlesen wurden zuvörderst

- a) eine Vorstellung der Kaufleute Brunkhorst und Westphal zu Borthude um Erhöhung des Eingangszolls für fabricirten Weiskalk, welchen sie aus von Berlin bezogenem Kalk bereiten;
- b) eine Petition der Eigenthümer des Fürstenthums Donauß, welche unter allgemeiner Schilterung ihrer bedrängten Lage den Wunsch nach billigen Bedingungen für die projectirte Absehung ausdrückt.

*) Zur Mittheilung ist später im Druck erschienen: »Königliche Beleuchtung des Inhalts einer Rede über die Mängel und Gebrechen der Wegbau-Administration im König. Hannover. 1831.«

Sobann kam das Schreiben des Königl. Cabinets-Ministerii (No. 43.), die Ablosbarkeit der Zehnten und sonstigen Real-Lasten betreffend, zur ersten Berathung.

Die Herren Lünzel und Stüve beklagten, daß der vorgelegte Entwurf eines Ablosungs-Gesetzes so höchst unvollständig, daß die Grenze zwischen dem jetzt bearbeiteten und dem zur Bearbeitung vorbehaltenen Theile des Ganzen so wenig bestimmt gezogen, und daß die Anordnung so mangelhaft sey, daß einzelne Paragraphen, welche im genauesten Zusammenhange mit einander stünden, im Entwurfe an verschiedene sehr entfernte Stellen vertheilt seyen. Sie hielten unter diesen Umständen eine Berathung über das Gesetz nach der Reihenfolge der Paragraphen, wie sie sonst gewöhnlich sey, für durchaus zweckwidrig, und wünschten, bevor der Entwurf in der Kammer discutirt werde, eine Prüfung desselben durch eine aus 4 Mitgliedern jeder Kammer zusammen zu setzende Commission, welche dann auch durch Vorlegung einer systematischen Uebersicht des Ganzen einen Leitfaden für die künftige Behandlung liefern würde.

Dahingegen man ganz allgemein die vorgängige commissarische Prüfung des Entwurfs für notwendig erkannte, so wünschten doch die Herren Hüpeden, Sermes und Kern, daß wenigstens eine erste cursorische Berathung vorgenommen, bevor die Sache an eine Commission verwiesen werde; damit Letztere die Ansichten der zweiten Kammer kennen lerne, und dadurch gleich einige Anhalts-Punkte für ihre Commissions-Arbeiten gewinne. Wie indessen dieser Vorschlag keinen Beifall fand, so wurde auch ein Antrag des Herrn Freudentheil, die Commission aus 6 — 7 Mitgliedern jeder Kammer zusammen zu setzen, damit die Provinzial-Verhältnisse genauer wahrgenommen werden könnten, durch Hinweisung auf den größten Zeitverlust, welchen die Arbeiten einer so zahlreichen Commission erfordern, beseitigt, und daneben bemerkt, daß die provinziellen Verhältnisse bei der Feststellung der ersten Grundzüge noch nicht so sehr in Betracht kommen, übrigens aber auch den einzelnen Commissions-Mitgliedern auf andern Wege mitgetheilt werden können.

Zweifelhafter war man über einen Vorschlag des Herrn Baring, daß eine nur aus 7 Mitgliedern zweiter Kammer bestehende Commission den Entwurf prüfen möge.

Die Herren Christiani, Wedemeyer, Wammen, Kettler, Hüpeden, Sermes u. A. unterstützten diesen Antrag durch die Beforgniß, daß erste Kammer in einer gemeinschaftlichen Commission die Sache in die Länge ziehen und weniger nachgiebig seyn werde, so lange sie nicht sehe, daß zweite Kammer sich bereits entschieden ausgesprochen habe. Dagegen meinten die Herren Stüve, Lünzel, Eichhorn, v. Werth u. A., daß es einer gemeinschaftlichen Commission leichter sey, etwaige Differenzen

punkte zwischen beiden Kammern im Voraus zu beseitigen, als wenn die Aufrechterhaltung der in den Kammern gefaßten Beschlüsse gewissermaßen zur Ehrensache geworden wäre, und hielten daher die Niederlegung einer gemeinschaftlichen Commission für schneller und sicherer zum Ziele führend.

Bei der Abstimmung wurde der Baring'sche Antrag von 28 gegen 22 Stimmen abgelehnt, und der Lünzel'sche von 35 gegen 15 angenommen.

Hierauf wurde eine Mittheilung erster Kammer verlesen, nach welcher sie den Beschluß zweiter Kammer in Betreff eines Verzeichnisses der dem Ansehen der Geburt ausschließlich vorbehaltenen Staats-Ämter, nebst dem zugleich mit concubirten Anträge, daß mit den an Bürgerliche verliehenen Staats-Ämtern dieselben Ehren und Würden, wie mit den an Adelige verliehenen, verbunden werden mögen, angenommen hat.

Schließlich wurde noch in Uebereinstimmung mit erster Kammer der Antrag des Königl. Cabinets-Ministerii, den drei bürgerlichen Töchtern weiland Landes-Administrators Kettler zu Zurich eine jährliche Pension von 100 Thlr. (die jetzt verstorbene Mutter derselben hatte bis zu ihrem Tode 150 Thlr. jährlich genossen), welche jedoch zu $\frac{1}{2}$ für jede derselben zu bestimmen sey, bewilligt; auf den von erster Kammer abgelehnten Antrag des Königl. Cabinets-Ministerii aber, der, nach der Versicherung mehrerer Anwesenden, gänzlich vermögensloser Wittve des verstorbenen Landes-Administrators Hedlaffe zu Zurich eine Pension von 100 Thlr. zu bewilligen; in Erwägung der großen Verdienste dieses mit der aufopferndsten Thätigkeit für das Wohl des Vaterlandes bemüht gewesenen Mannes — dessen Andenken in der zweiten Kammer, deren Mitglied er lange gewesen war, mit der rühmlichsten Anerkennung fortlebe — solche Pension auf 150 Thlr. festzusetzen beschloffen.

XXXVII. In der siebenunddreißigsten Sitzung am 27. April wurden die beiden letzten Beschlüsse in Betreff der Pensionen nach einigen Debatten bestätigt.

Auf eine Sobann verlesene Petition der Knochenhauer zu Peine, wegen Herabsetzung des Schlacht-Licenz, wurde denselben durch einen Protocollar-Extract zu erwidern beschloffen, daß die darin enthaltenen Anträge bei der dreimaligen Abstimmung über die Licenz-Modificationen bereits in Erwägung gezogen, von der Majorität aber abgelehnt seyen.

Hierauf kam der gestern gefaßte Beschluß wegen Niederlegung einer aus beiden Kammern zu erscheidenden Commission behuf Prüfung des Ablosungs-Gesetzes zur zweiten Berathung. Während die Herren Sandvoss, Rumann, Sermes, Edel und Christiani von einer aus Mitgliedern beider Kammern zu-

mengelegten Commission kein anderes Resultat erwarteten, als daß die Commissarien der zweiten Kammer durch die der ersten (welche schon an sich, als zunächst dabei interessierte Gutsbesitzer, mit diesen Gegenständen aufs Innigste vertraut und, weil in erster Kammer das Gesetz schon einmal weitläufig discutirt worden, noch ungleich mehr darin bewandert seyn) dürfte, und daß außerdem eine bedeutende Zeit dadurch verschwendet würde, weshalb sie die gestern bereits gewünschte commissarische Prüfung durch 7 Mitglieder zweiter Kammer wiederholt in Antrag brachten, — glaubten die Herren Längel, v. Bobungen, v. Berleshof, Schlegel, Stube und Meyer, daß eine gründliche und schnelle Erreichung des gewünschten Zieles nur von einer gemeinschaftlichen Commission zu hoffen sey, da zweite Kammer in ihren demnächstigen Beschlüssen dadurch nicht gefährdet werden könne, vielmehr dem Vortheil dadurch erlange, auch die Ansichten erster Kammer gleich vollständig kennen zu lernen, hauptsächlich aber die so nöthige Vereinigung beider Kammern über die Form, dessen Mangel sonst leicht zu Halbheiten führen mögte, dadurch gleich anfangs erreicht werde.

Nachdem über diesen Gegenstand beinahe 2 Stunden lang debattirt war, wurde ein Verbesserungs-Antrag des Herrn Baring, daß die gemeinschaftliche Commission nur die im Gesetz Entwurf enthaltenen Grundzüge, mit Uebergang aller Einzelheiten, prüfen und begutachten möge, von 49 gegen 1 Stimme abgelehnt, und unter Befestigung des Antrags auf eine nur aus Mitgliedern zweiter Kammer zu erwählende Commission durch 30 gegen 20 Stimmen, der gestern gefasste Beschluß von 36 gegen 14 Stimmen bestätigt.

Bei dem zur zweiten Berathung gestellten vierten Postscript, die Veränderungen des Eingangssteuer-Tarifs betreffend, wurde auf die von den Herren Hausmann und Freudenheil unterzeichnete Petition der Burethaber Kalkfabrikanten, dem Antrage des Herrn Dommes gemäß beschloffen, dem Königl. Cabinets-Ministerio eine Untersuchung darüber anzuempfehlen, in wiefern bei Revision des Eingangssteuer-Tarifs zu Gunsten dieser Fabriken Modificationen der Steuer oder des Zolles ratsam seyen.

Die früheren Beschlüsse wegen Revision des Eingangssteuer-Tarifs und Anordnung strengerer Controle wurden von einer großen Majorität bestätigt. Auch die vorigen Beschlüsse in Betreff der sub 1. des Postscripts erwähnten Eisen-Waaren mit der Modification, daß nicht nur die zum offiziellem Schiffbau, sondern die zum inländischen Schiffbau überhaupt erforderlichen sogenannten Spielere-Wägel von der erhöhten Eingangssteuer ausgenommen bleiben sollen, wiederholt genehmigt.

XXXVIII. Die achtunddreißigste Sitzung der zweiten Kammer wurde durch Verlesung einer Petition der Leinweber zu Hildesheim eröffnet, in welcher Aufhebung der Eingangssteuer für rohes Baumwollengarn, Anlegung von Spinnmaschinen und Erhöhung der Eingangssteuer für Kattun gewünscht wird.

Sodann wurde der Antrag des Herrn Ebell, die Reform des Advocaten-Standes betreffend, zur Berathung gezogen. Zur Motivirung dieses Antrages verlas der Herr Proponent eine weitläufige Abhandlung, worin er

1) die Wichtigkeit des Advocaten-Standes darlegte, sodann

2) als hauptsächliche Uefachen des Verfalls

- a) die Nichtöffentlichkeit der gerichtlichen Verhandlungen,
- b) den Umstand, daß der Advocaten-Stand der alleinige Zufluchtsort für alle conneptionslosen Juristen bisher gewesen sey, und zu andern Fächern untüchtig befundene Candidaten, ja sogar abgesetzte Richter habe aufnehmen müssen,
- c) die Uebersättigung unsers Landes durch 8 — 900 Advocaten und

d) die amtliche Stellung der Advocaten zum Staat und zu den Richtern bezeichnete, und

3) die Mittel zur Hebung des Advocaten-Standes aufzählte.

Als solche wünschte er

- a) daß künftig ein und dasselbe Examen für Advocaten und Auditoren Statt finde;
- b) daß die Befreiung der zu Göttingen promovirten Doctoren von solchem Examen aufgehoben, so wie
- c) daß kein Ausländer ferner in hiesigen Landen zur Advocatur zugelassen werde;
- d) Beschränkung der übergroßen Zahl der Advocaten, und angemessene Vertheilung derselben auf Stadt und Land;
- e) strengere Verbote gegen die Winkel-Advocaten;
- f) gründliche Reform des Notariats;
- g) Erhebung der Advocaten zu Rang und Titel;
- h) Belohnung verdienter Advocaten durch höhere Titel und Orden;

i) Aufhebung des Subordinations-Verhältnisses, worin der Advocat zum Richter stehe, und welches den Zweck des Instituts, eine Controle des Richter-Amtes durch den Advocaten-Stand, zum Theil vereitle;

k) Zulassung der Advocaten zu allen Staats-Ämtern. In dieser Beziehung wünschte er, daß jeder Advocat, welcher drei Jahre nach dem ersten Examen ein zweites, dem der Amts-Äffessoren gleiches Examen bestanden haben würde, gleich den Letztern zum Staatsdienst beför-

bert werden müsse, wogegen diejenigen, welche zu solcher Zeit sich nicht zum zweiten Examen melden, so wie diejenigen der bereits vorhandenen Advocaten, welche sich nicht binnen Jahresfrist dazu bereit erklären würden, ihres Rechts auf Anstellung verlustig seyn, nichts desto weniger aber accessibel bleiben sollten;

l) Anordnung von Advocaten-Kammern;

m) angemessene Feststellung einer Advocaten-Taxe.

Er änderte seinen früheren, auf Niederlegung einer Commission zur Auffindung geeigneter Mittel gerichteten Antrag dahin: daß Stände die Nothwendigkeit einer Reform des Advocaten-Standes aussprechen, hinsichtlich der Ausführung aber das Königliche Cabinet-Ministerium, welches sich dem Vernehmen nach bereits damit beschäfftige, um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs ersuchen mögen.

Die Herren Serres, v. Wobungen, Lünkel, Lampe, Christiani und Stubbe waren mit obigen Vorschlägen im Ganzen einverstanden, und überließen ihre Bemerkungen über das Einzelne der künftigen Berathung über den Gesetz-Entwurf. Nur der gewünschten Titel- und Rang-Ertheilung widersprachen Alle, da sie den würdigen Standpunkt des Advocaten gefährdeten, und das jämmerlichste Mittel zur Hebung desselben in der Meinung des Volke abgeben würde.

Herr Lampe, welcher es sich zur Ehre rechnete, 40 Jahre lang Advocat gewesen zu seyn, meinte, daß der Verfall des Standes großen Theils von den einzelnen Advocaten selbst herrühre, welche besonders in der neuesten Zeit einen entschiedenen Hang zeigten, über jede Sache gleich ein Rad zu schlagen und Revolutionen zu machen. Ausser den vorgeschlagenen Mitteln wünschte er noch, daß der Name „Advocat“, bei welchen man sich jetzt nichts Gutes mehr denke, gegen einen andern vertauscht werde, daß Jeder, der ein Amt annehme, das Recht zu advociren verliere, und daß die Ansetzung von Auditoren in den Rathes-stuben der Justiz-Canzleien wegfallen, vielmehr die Justizräthe aus gründlich gebildeten Advocaten gewählt werden mögen.

Herr Lünkel machte den Verbesserungs-Antrag, daß Königliches Cabinet-Ministerium ersucht werden möge, durch sofortige vorbereitende Maßregeln die Einleitung zu den künftigen Reformen zu machen.

Herr Christiani führte als Belege für die behauptete Verwahrlosung des Advocaten-Standes durch die Gerichte und durch das Gouvernement mehrere Beispiele an, wie man in Amtes-Decreten dem Advocaten das Prädicat „Herr“, welches man einem Unterbedienten beileget, versagt habe; wie das Gouvernement von 8 erwachsenen Söhnen eines der höchsten und ungetheiltesten Achten seiner Mitbürger genießenden Advocaten,

auch nicht Einen in die Beamten-Carriere aufgenommen; wie man in Fällen, wo man einen Advocaten ehren zu müssen glaubt, denselben dadurch nur noch tiefer herabgesetzt, daß man für dieselben Auszeichnungen bei der Schlacht von Lüneburg, zwei Vornehmern den Gussen-Orden, einem Advocaten aber nur die Medaille ertheilt habe.

Die Herren Jacobi, Blumenbach und v. Werthof erkannten die dringende Nothwendigkeit einer Reform an, machten aber auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, welche aus der jetzigen Ueberfüllung des inländischen Advocaten-Standes hervorgehen, da namentlich in der Stadt Hildesheim allein mehr Advocaten lebten, als im ganzen Königreich Württemberg.

Nachdem noch Herr v. Pape die vielfältig ausgesprochenen Beschuldigungen des Uebermuths, womit die hannoversche Beamten-Aristokratie den Advocaten häufig behandle, abgelehnt gesucht hatte, wurde der Lünkel'sche Verbesserungs-Antrag von einer großen Majorität, der Haupt-Antrag aber einstimmig angenommen, zugleich auch die neulich erwähnten Petitionen der Advocaten zu Göttingen und Münden an Königliches Cabinet-Ministerium mit einzusenden beschloßen.

Hierauf wurde eine Vollmacht der Calenberg-Grubenhagen'schen Ritterschaft auf den Herrn Justizrath v. Wanzenheim an die Stelle des Herrn Schlosshauptmanns v. Knigge, welcher wegen Kränklichkeit auf seinen Sitz in erster Kammer resignirt hat, gekräft und für richtig befunden.

Endlich wurde eine Mittheilung erster Kammer verlesen, nach welcher dieselbe die von der Conferenz in Betreff des Domainen-Puncts vorgeschlagene Fassung des Beschlusses, in so weit derselbe von erster Kammer früher abgelehnt war, nunmehr angenommen hat.

Dieselbe lautet folgendermaßen:

„des Königs Majestät möge geruhen, eine Vereinigung der Königlichen General- und Domainen-Casse mit der Landes-Casse zu verfügen, und eine angemessene Civilliste zu bestimmen, wobei jedoch Stände von der Voraussetzung ausgehen, daß durch die gewünschten Maßregeln als solche die Lasten des Landes dauernd nicht werden erhöht werden.“

Indem Stände zu einem Antrage von so hoher Wichtigkeit sich verpflichtet finden, sind sie es der Reinheit ihrer Absichten und Gesinnungen schuldig, auf das Heftigste zu bezeugen, daß die Rechte Sr. Majestät des Königs ihnen jederzeit heilig und unverletzlich sind und seyn werden, und daß nur die Lage des Landes, und die große Schwierigkeit, bei der bisherigen Trennung der Cassen, und bei den daraus hervorgehenden vielfachen Mißverhältnissen

nissen, die Finanzen gründlich zu verbessern, sie zu diesem Antrage vermocht hat.“

Der Herr General-Syndicus referirte weitläufig über die Conferenz-Verhandlung, daß erste Kammer zu ihrer früheren Absehung nur durch die zwiefache Besorgniß veranlaßt zu seyn scheine,

- 1) daß durch die Vereinigung der Cassen vermehrte Lasten auf die Grundbesitzer könnten gewälzt, und
- 2) daß der König in dem Anfinnen einer Civilliste die Absicht der Stände, seinen Rechten zu nahe treten zu wollen, mögte finden können.

ad 1. habe man zwar den Ausdruck eines Vorbehalts oder einer Bedingung der ersten Kammer nicht zugesessen können, damit nicht die auf jeden Fall gewünschte Vereinigung der Cassen daran scheitern, sondern nur zu dem Ausdruck einer „Vorausesetzung“ sich bequemen zu dürfen geglaubt. Eben so wenig habe man die Voraussetzung zugesessen können, daß die Lasten des Landes durch die Vereinigung überall nicht vermehrt werden, da eine augenblickliche Vermehrung möglich, aber auch eben so wahrscheinlich sey, daß die etwaigen augenblicklichen Nachtheile durch die aus der Vereinigung für die Folgezeit hervorgehenden großen Vortheile reichlich werden überwonnen werden, weshalb man denn nur eine dauernde Nichtvermehrung vorausgesetzt habe.

ad 2. habe man zu der proponirten Einkleidung des Antrages sich um so unbedenklicher versehen zu dürfen geglaubt, als eine schlichte Einkleidung doch allerdings nothwendig, und die vorliegende durchaus unschönlich scheine.

Nachdem noch die Herren Stübe und Längel die Annahme der vorgeschlagenen Fassung empfohlen hatten, wurde dieselbe ohne weitere Discussion einstimmig angenommen, und dem Präsidio dringend anheim gegeben, für die unverzügliche Expedition der drei hochwichtigen, von beiden Kammern beschlossenen Anträge, die Errichtung eines Staats-Grundgesetzes, die Vereinigung der Cassen und die Deffentlichkeit der landständischen Verhandlungen betreffend, nunmehr Sorge zu tragen.

XXXIX. In der neununddreißigsten Sitzung am 29. d. M. machte zunächst Herr Heißiger einen Antrag dahin: daß Königliches Cabinet-Ministerium ersucht werden möge, in dem den Ständen vorzuliegenden Verfassungs-Entwurfe auszusprechen, daß in Zukunft Deffentlichkeit der Rechtspflege Statt finden werde, die genauere Ausführung aber einem besondern, nach vorgängiger Berathung mit den Ständen zu erlassenden organischen Gesetze vorzubehalten sey.

Sodann setzte man die zweite Berathung über das vierte

Poffscript, die Veränderungen des Eingangsteuer-Tarifs betreffend, fort.

ad 2. In Betreff des Leders wurden die früheren Beschlüsse wiederholt, daneben aber, auf den Wunsch der Herren Kothes, Mammen und Dommers, ungeachtet des Widerspruchs des Herrn Rumann, welcher dadurch der Wülke Thor und Thür geöffnet zu seyn besorgte, beschloffen: Königlichem Ministerio die Remission des Eingangszolls bis auf 12 Sgr. pr. 100 Pfd. in geeigneten Fällen zu überlassen. Auch ward der Antrag des Herrn von Malortie, daß Königlichem Ministerio die Berücksichtigung der in einzelnen Provinzen bestehenden Ausfuhr-Verbote roher Häute empfohlen werden möge, angenommen.

ad 3 und 4, das Horn, Weberrohe und ausländische Mädeln betreffend, wurden die vorigen Beschlüsse einstimmig bestätigt.

ad 5. wünschten die Herren Ahles und Hausmann, daß nicht nur geglättete, sondern gebleichte Leinen überhaupt mit höherer Steuer belegt werden mögen, da solche namentlich aus dem Lippschen, von Bielefeld u. s. w. zu großem Nachtheil der inländischen Producenten häufig eingeführt werden.

Die Herren Dommers und Rose hielten solches für gefährlich, da man dadurch leicht den Leinenhandel stören könne, auf dessen Schutz man ganz besonders bedacht seyn müsse.

Einzelne Kaufleute nehmen den Producenten ihre Leinen ab, welche diese unmittelbar nicht wohl würden absetzen können, und führen solche, nebst andern im benachbarten Auslande aufgekauften, auf ausländische Märkte. Wollte man eine höhere Eingangsteuer darauf legen, so würden solche Kaufleute, da das Inland ihnen nicht genug Waare liefern, in den wesentlichen Nachtheil gegen das Ausland verfest, dieses Geschäft würde sich leicht in eben sowohl dazu geeignete Plätze des Auslandes ziehen, und dadurch ein für die geringere Classe in mehreren Provinzen ganz besonders wichtigen Gewerbe ein empfindlicher Stoß verfest werden können.

Aus diesen Gründen haben Stände bereits im Jahre 1822 den noch jetzt geltenden Beschluß gefaßt.

Herr Stübe meinte zwar, daß die Verhältnisse sich seitdem sehr geändert haben, indem die Leinen-Preise bedeutend gesunken, und Absatz ins Ausland kaum noch möglich sey, weshalb man den Producenten den inländischen Markt möglichst sichern müsse. Gleichwohl lehnte die Majorität obigen Verbesserungsantrag ab, beschloß jedoch, Königliches Cabinet-Ministerium auf diesen Gegenstand sowohl, als auf eine zugleich mit in Berathung gezogene Petition der Leinweber zu Hildesheim aufmerksam zu machen.

ad 6. wurde zwar die neulich erwähnte Petition der Hutmacher zu Hildeheim mit in Erwägung genommen, gleichwohl aber unter Ablehnung der Verbesserungs-Anträge der Herren Ahles und Rummann, daß Hüte mit einer Eingangsteuer von 4 Ggr. pr. Stück, oder mit 8 Ggr. pr. Pfd. belegt werden mögen, der neuliche Beschluß bestätigte.

ad 7. Gleichergestalt wurden auch, obwohl die Herren Sandboß und Lünzel ihre früheren Verbesserungs-Anträge wiederholten, die in Betreff des ausländischen Zolls gefaßten Beschlüsse, so wie

ad 8. die Beschlüsse wegen rother Beeren ic. und

ad 9. wegen Erhöhung der Eingangsteuer für Bleiweiß und Hagel auf 1 Thlr. 8 Ggr. lediglich bestätigte.

Endlich wurde noch ein Ministerial-Schreiben, die Veränderung der Personalsteuer betreffend, und eine Mittheilung erster Kammer verlesen, nach welchem dieselbe zwar anerkennt, daß das bisherige Sitzungs-Local zweiter Kammer den gerechten Ansprüchen der Letzteren nicht entspreche, die Einrichtung des Thronsaals zu diesem Zwecke jedoch ablehnt; dagegen aber vorschlägt, durch Königlich-Cabinet's-Ministerium eine Uebereinkunft mit der Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft zu treffen, um von dieser eine völlige Abtretung des landschaftlichen Hauses zu erlangen, in welchem Falle dann die im Erdgeschosse befindlichen Versammlungs-Zimmer der erwähnten Landschaft zu den Sitzungen zweiter Kammer ein passendes Local liefern würden.

XL. In der vierzigsten Sitzung am 30. April wurden sämmtliche, von der Redactions-Commission bereits genehmigten, in Gemäßheit der hiesig gefaßten Beschlüsse an Königlich-Cabinet's-Ministerium abzulassenden Schreiben verlesen. Auf die Einladung erster Kammer, wegen Verschiedenheit der in Betreff des Wegbauwesens von beiden Kammern gefaßten Beschlüsse, eine Vereinigung mittelst einer Conferenz zu versuchen, wählte man zu solcher die Herren Schöve und Lünzel, welchen der Herr General-Syndicus als solcher regelmäßig beigeordnet ist.

Die von erster Kammer geschehene Ablehnung unfers Antrages, wegen Einrichtung des Thronsaals zu den Sitzungen zweiter Kammer, veranlaßte die Herren Kern und Lünzel zu bittern Klagen über das Benehmen erster Kammer. Es wurde darauf beschloffen, erste Kammer zu einer Conferenz über obigen Gegenstand einzuladen.

Endlich wurde noch der in Betreff des Münzwesens ohnlängst gefaßte Beschluß, so wie die im vierten Postscripte sub 10 — 13 enthaltenen neulich genehmigten Propositionen, nicht minder der wegen Herbeiziehung des Harzes zu den Eingangs-

steuern beschlossene Antrag durch eine zweite Abstimmung bestätigt.

XLI. Die einundvierzigste Sitzung der zweiten Kammer am 2. Mai d. J. wurde durch Verlesung einer, von 75 Advocaten der Residenzstadt Hannover unterzeichneten Petition, die Verbesserung des Advocaten-Standes betreffend, eröffnet, und bei der durch die Tages-Ordnung herbeigeführten zweiten Beratung über den, selbigen Gegenstand betreffenden Antrag, mit in Erwägung gezogen.

Herr Ebell wünschte, daß als sofort zu verordnende Maßregeln dem Königlich-Cabinet's-Ministerio empfohlen werden mögten: Beschränkung der Zahl der Advocaten nach dem zuvor auszumittelnden Bedürfnis, Anweisung eines Wohnsitzes für die zu recipirenden Advocaten, Verpflichtung der zu Öbtingen Promovirten zu dem gewöhnlichen Examen, Nichtbekanntmachung der vom Oberappellations-Gerichte den Advocaten zuerkannten Strafen und Verleihung eines angemessenen Titels.

Herr Freudentheil verlas eine lange Abhandlung³⁾, und brachte in Antrag, dem neulichen Beschlusse noch den Wunsch hinzuzufügen, daß die Abhängigkeit der Advocaten von den Gerichten gänzlich aufgehoben, und Vorschläge zur Errichtung von Disciplinar- oder Advocaten-Kammern den Ständen vorgelegt werden mögen.

Indessen nahmen Beide ihre Verbesserungs-Anträge zurück, da man es ziemlich allgemein unpassend fand, das Königlich-Cabinet's-Ministerium durch einzelne herausgerissene Wünsche in Ausarbeitung eines umfassenden Gesetzes zu beschränken, und namentlich gegen die Titel-Verleihung, welcher die Herren Schöve und Lampe das Wort redeten, die Herren Lünzel, Schöve, Serres, Freudentheil und Christiani sich wiederholt nachdrücklich erklärten.

Demnach wurden die neulich gefaßten Beschlüsse mit dem Zusatze, daß auch die Petition der hiesigen Advocaten dem Cabinet's-Ministerio mit überreicht werden solle, einstimmig bestätigt.

Hierauf referirte der Herr General-Syndicus über die vom Herrn Hofrath und Professor Welcker zu Freiburg mittelst Schreibens an die zweite Kammer überreichten Druckschriften, und trug darauf an, da Erwiderungen an Privat-Personen nur

³⁾ Derselbe ist später in Druck erschienen unter dem Titel: »Votum in der zweiten Kammer der allgemeinen Stände-Versammlung zu Hannover über den im April und Mai 1831 debattirten Antrag wegen Reform des Advocatenstandes, abgegeben vom Dr. Freudentheil, Deputirten der Stadt Stade. Hannover 1831. In der Dahn'schen Hofbuchhandlung.«

mitteist Protocoll-Extracte üblich seyen, daß zu Protocoll genommen werde: wie Stände in der Uebersendung dieser, einen bereits zur Berathung stehenden Gegenstand betreffenden Druckschriften, die Theilnahme des Herrn Hofraths Welcker an den Verhandlungen der hannoverschen Stände gern wahrgenommen, und deren Niederlegung im Secretariate für diejenigen, welche solche Druckschriften nicht bereits gelesen haben möchten, beschloffen haben; — welcher Antrag genehmigt wurde.

Sodann kam der Antrag des Herrn Christiani auf vollständige Freiheit der Presse zur ersten Berathung *).

XLII. In der zweiundvierzigsten Sitzung am 3. Mai machte Herr Winkes einen Antrag auf Abänderung einiger in der Militair-Verordnung von 1820 wegen der Stellvertreter enthaltenen Bestimmungen, und Herr Ables trug auf Aufhebung der Kammer-Accise und des Pfazensinzes an, als unvereinbar mit der Verordnung von 1817.

Sodann wurde eine Petition des Jarenco-Gabrilanten Winkesfeld zu Münden wegen Erhöhung der Eingangsteuer von Faience und Steingut verlesen, und deren Erhöhung bei der dritten Berathung über den Eingangsteuer-Tarif beschloffen.

Hieraufsch kam das Schreiben des Königl. Cabinets-Ministerii No. 46, die veränderte Classification der Personalsteuer betreffend, zur ersten Berathung.

Die Herren Beynig, Westerhausen, Längel und Christiani machten auf verschiedene Mängel der ganzen Personalsteuer-Classification aufmerksam, und bedauerten, daß das Cabinet-Ministerium der Erwartung, daß es bessere und geänderte Reformen vorschlagen werde, nicht entsprechen habe. Die höheren Classen seyen im Verhältniß zu den unteren viel zu geringe besteuer, weshalb Herr Beynig wünschte, daß außer dem vom Ministerio vorgeschlagenen erhöhten Steuerfusse jedes Familienhaupt in der ersten Abtheilung der ersten Classe noch mit einer außerordentlichen Steuer von 24 Thlr. für das nächste Jahr belegt werde, und Herr Christiani schlug vor, daß die Herrschaften aller Classen für ihre Bedienten, mit Ausnahme eines zum Haushalt etwa nothwendigen, zu derselben erhöhten Personalsteuer, wie sie selbst, herbeizuziehen werden.

Die Herren Dommes, Rose und Wedemeyer erkannten die Unangemessenheit der bisherigen Classification an, versicherten aber, daß nicht das Cabinet-Ministerium die Schuld des fortwährenden Bestandes derselben trage, sondern die Stände, welche

sich früher von der darin enthaltenen Bevorzugung nicht haben überzeugen wollen, und Vorschläge des Ministerii zu desfallsigen Abänderungen immer abgelehnt haben.

Uebrigens müsse unsre Personensteuer, welche nicht als Kopfsteuer, sondern als Classensteuer veranlagt sey, nicht für sich allein, sondern im Zusammenhange mit den übrigen Steuern beurtheilt werden, und da werde man finden, daß diejenigen der ersten Classen, welche zugleich Einkommen- und Besoldungssteuer bezahlen, nicht so gering, als es auf den ersten Anblick scheinen möchte, besteuert seyen. Eine Luxussteuer, wie die für die Bedienten in Vorschlag gebrachte, lasse sich aber nicht wohl mit der Personensteuer vereinigen.

Nachdem noch Mehrere für und gegen gesprochen hatten, wurden die Verbesserungs-Anträge der Herren Beynig und Christiani von der Majorität abgelehnt, der Antrag des Ministerii aber angenommen, und zugleich auf den Wunsch des Herrn Beynig die Bitte beschloffen, das Königl. Cabinet-Ministerium in der ersten Diät der nächsten Stände-Verammlung den Entwurf einer besseren Classification der Personensteuer vorlegen möge.

Da übrigens erste Kammer angezeit hatte, daß sie die Prüfung des Abfassungs-Gesetzes durch eine gemeinschaftliche Commission genehmigt, und ihrerseits die Herren v. Wallmoden, v. Hönstedt, Graf Knipphausen und Geheimrath v. Müchhausen dazu ernannt habe, so wählte zweite Kammer zu solchem Zwecke die Herren Schöve, Längel, Freudentheil und Hapeden.

XLIII. In der dreiundvierzigsten Sitzung der zweiten Kammer am 4. Mai machte Herr Kern einen Antrag auf baldige Vorlesung des abgeleiteten der Stände vom Königl. Cabinets-Ministerio wiederholt erbetenen, für diese Diät bestimmt zugesicherten Entwurfs einer allgemeinen Medicinal-Ordnung.

Eine sodann verlesene Petition der Advocaten zu Einbeck und Dassel, die Verbesserung des Advocaten-Standes betreffend, beschloß man, nebst dem bereits eingegangenen, dem Königl. Cabinets-Ministerio zur Verächtsichtigung zu überreichen.

Gleichgegestalt wurde eine Petition der israelitischen Gemeinde zu Hildesheim für sich und ihre Glaubensgenossen im Fürstenthum Hildesheim, um Wiederherstellung ihrer Staatsbürgerlichen Rechte, an Königl. Cabinets-Ministerium einzusenden beschloffen, da Stände zur Beurtheilung der darin enthaltenen Rechtsfragen die erforderlichen Mittel nicht besäßen.

Der hieraufsch in Berathung gezeogene Antrag des Herrn Westerhausen, wegen Mißbrauchs der Weide-Ereuituten, welche umgeachtet der bestehenden Verordnungen seit der Verbesserung des Calenders jährlich 11 Tage länger als sonst zum

*) Da die Verhandlungen über die Pressefreiheit schon in dem ersten Heft dieser Zeitschrift mitgetheilt sind, so bleibe dieselben hier ausgelegt.

größten Nachtheil der Kasseiber ausgeliebt werden, wurde an eine dazu niederzusetzende Commission zur Prüfung verwiesen.

Auf eine Mittheilung erster Kammer, nach welcher dieselbe den Beschluß zweiter Kammer, bei Erwiderung auf das 14te Postscript, die projectirte Gewerbes-Ordnung betreffend, die mögliche Nichtvermehrung der Concessionen beizug zu empfehlen, abgelehnt, und solches Postscript lediglich ad Acta zu nehmen beschloffen hat, beehrte zweite Kammer bei ihrem frühern Beschlusse, und beschloß, erste Kammer zu einer Conferenz über diesen Gegenstand einzuladen.

Da erste Kammer ferner zu einer Conferenz in Betreff Einrichtung des Thronsaals zu den Sitzungen der zweiten Kammer sich bereit erklärt hatte, so wurden die Herren Vögel und Christiani zu solcher Conferenz hieselbst erwählt.

Hierdurch veranlaßte eine Mittheilung erster Kammer, nach welcher sie die zur Prüfung des erbetenen Verfassungs-Entwurfs bestimmte Commission von 7 Mitgliedern schon jetzt zu wählen, und für mögliche Behinderungsfälle Einzelner zwei Stellvertreter zu ernennen beschloffen hat, sehr lebhaftes Discussionen.

Die Herren Schöde, Vögel und Christiani fanden es unpassend, solche Commissionen zu wählen, bevor die genehmigende Entschliesung des Königs auf den beschaffigten Antrag der Stände mitgetheilt sey, und glaubten in der Verschiebung einer so wichtigen Wahl bis zur bevorstehenden Vertagung ein Mittel zu finden, wodurch einerseits manche sonst vielleicht zur früheren Abreise geneigte Mitglieder der zweiten Kammer zum Hierbleiben bestimmt würden, — welches für so viele andre noch bevorstehende Beratungen über die allerwichtigsten Gegenstände sehr zu wünschen sey, — und andererseits das Gouvernement angereichen würde, die Mittheilung der königlichen Entschliesung möglichst zu beilen, was zur Veruhigung des Landes um so nothwendiger scheint, als dasselbe durch die Aetage der Stände zwar in einen Zustand froher Hoffnung versetzt, gleichwohl aber auf die Entschliesung des Königs im höchsten Grade gespannt sey.

Die Herren Rumann, Sermes, Freudentheil, Ebell und Kern dagegen hielten eine Verschiebung der Wahl für gefährlich, da nach der bisherigen Erfahrung zu befürchten sey, daß bei längerer Dauer der Sitzungen viele und gerade unabhängige Deputirte aus den Provinzen vor der Vertagung abreisen würden, und Stände gegen alle etwaige Verantwortlichkeit sich dadurch sichern müßten, daß sie ihrerseits nichts unterlassen, was zur möglichsten Beförderung dieses wichtigsten Gegenstandes reichen könne. Würde das Gouvernement nichts desto weniger die Sache verzögern, was man ihm nicht zurechnen wolte, so würde es sich dann einer um so schwereren Verantwortung aussetzen.

Herr Rose meinte, daß die königliche Entschliesung so gar schnell doch auch nicht erwartet werden dürfe, da, wenn auch der Antrag der Stände vielleicht sofort nach London angezeigt seyn möge, eine genügende Entschliesung wohl nicht eher erfolgen werde, bevor nicht die hauptsächlichsten Grundsätze der neuen Verfassung behuf einer Instruction für die landesberlichen Commissarien gehörig erwogen seyen.

Ein Verbesserungs-Antrag des Herrn Sermes, daß die Commission wegen Wichtigkeit der Sache durch absolute Stimmenmehrheit erwählt werden möge, wurde abgelehnt, übrigens aber die Wahl der Commission und zweier Stellvertreter von einer großen Majorität beschloffen.

Endlich wurde noch ein Schreiben des königlichen Cabinets-Ministerii vom 29. April d. J. vorgelesen, mittelst dessen die in Betreff der Lüneburger Chaussee erbetenen Acten u. s. w. den Ständen mitgetheilt werden.

Am 29. April d. J. wurde die Sitzung des Landtages abgebrochen.

XLIV. In der vierundvierzigsten Sitzung am 6. Mai kam der in Betreff Veränderung des Münzwesens gefasste Beschluß zur dritten Abstimmung. Herr Breusing meinte, daß letzterer mit zu wenig Entschiedenheit sich ausspreche, und indem er wiederholt auf die großen Verluste aufmerksam machte, welche der jetzige Münzfuß im Innern für die geringere Volkscasse, und in Beziehung auf das Ausland für den Staat herbeiführe, zugleich auch die gegen Einführung des preussischen Münzfußes bei der ersten Berathung erhobenen Bedenken zu widerlegen suchte, wünschte er, daß bei Mittheilung des neulichen Beschlusses dem königlichen Cabinets-Ministerio angezeigt werden möge, daß Stände die Einführung des preussischen Münzfußes für rathsam erachten.

Die Herren Freudentheil und Wides widersetzten sich diesem Verbesserungs-Antrage wegen der Nachtheile, welche dem Herzogthum Bremen aus einer Veränderung des Münzfußes erwachsen würden.

Da bei der Abstimmung Stimmengleichheit vorhanden war, so entschied der Herr Präsident für die Abweisung dieses Verbesserungs-Antrages, und wurde darauf der neulich gefasste Beschluß von einer großen Majorität zum dritten Male angenommen.

Gleichergestalt wurden hierauf die auf die Ministerial-Propositionen, wegen veränderter Classification der Personensteuer, neulich gefassten Beschlüsse befestigt, nachdem die bei der ersten Abstimmung vorgelommenen Verbesserungs-Anträge der Herren Breusing und Christiani feuchtlos wiederholt, und ähnliche von den Herren Wammen und Keuffel vorgeschlagene Abänderungen abgelehnt waren.

Hiernächst kam der wegen der Pressefreiheit gefasste Beschluß zur zweiten Berathung.

XLV. Die fünfundvierzigste Sitzung am 7. Mai wurde durch die dritte Berathung über den die Verbesserung des Advocaten-Standes betreffenden Antrag eröffnet, in welcher Herr Freudentheil seinen neulich abgelehnten Verbesserungs-Antrag: daß dem königlichen Cabinets-Ministerio empfohlen werden möge, vor allen Dingen darauf Bedacht zu nehmen, wie die Abhängigkeit des Advocaten-Standes von den Gerichten aufzuheben und eine Advocaten-Kammer zu errichten sey, auch desfallige Vorschläge an die Stände gelangen zu lassen, — wiederholte, und den Zweck der Advocaten-Kammer theils als Disciplinar-Anstalt für den ganzen Advocaten-Stand, theils als Bildungs-Anstalt für die jüngeren Advocaten umständlich bezeichnete.

Die Herren Kern und Serres hielten solche Anstalten für bedenklich, weil dadurch die natürliche Freiheit der einzelnen Advocaten beschränkt werden würde, wozogen die Herren Stüve, Lünzel und Ebell bemerkten, daß Freiheit nicht ohne Zucht und Ordnung wahrhaft bestehen, letztere aber nur dann wirksam gehandhabt werden könne, wenn der Advocaten-Stand selbst Antheil daran habe. Gleichwohl verkannten sie die Schwierigkeit nicht, welche bei der großen Menge unserer Gerichte und der daraus hervorgehenden Beschränktheit der inländischen Advocaten, einem solchen Institute entgegenstehe.

Nachdem noch Mehrere für und gegen den Vorschlag stimmten, und insbesondere darauf aufmerksam gemacht hatten, daß der Wunsch nach einer Advocaten-Kammer gleich bei Motivierung des Antrages mit ausgesprochen sey, wurde derselbe von einer großen Majorität abgelehnt, der Hauptbeschluß aber einstimmig zum dritten Male angenommen.

Die Tagesordnung führte sodann zur ersten Berathung des Kern'schen Antrages auf möglichst baldige Erlassung eines allgemeinen Hypotheken-Gesetzes.

Der Herr Proponent erinnerte bei Motivierung seines Antrages daran, daß schon 1815 die provisorische Ständes-Versammlung auf ein umfassendes Hypotheken-Gesetz angetragen, wie darauf 1824 das Cabinets-Ministerium die Vorlegung eines Entwurfs zugesichert, statt dessen aber 1827 angezeigt habe, daß des Königs Majestät die Erlassung eines solchen zur damaligen Zeit nicht ratsam finde. Durch die darauf ergangene Verordnen vom 13. Juni 1828 sey die Verwirrung in unserm Hypothekenwesen, auf dessen bekannte Mängel und Nachtheile er aufmerksam machte, noch vergrößert. Gegenwärtig erscheine die schleunige Erlassung einer Hypotheken-Ordnung um so noth-

wendiger, als ohne solche die beabsichtigte Ablösung der häuslichen Lasten schwierig zu erreichen seyn würde.

Die Herren von Werthof und Jacobi machten auf die damit verbundenen großen Schwierigkeiten aufmerksam, zumal man noch immer nicht darüber einig sey, wie die beste Hypotheken-Ordnung beschaffen seyn müsse, und wünschten, daß eine ständische Commission zuvor über die Grundzüge sich berathe und vereinige, weshalb sie auch den Antrag auf bald möglichste Vorlegung eines Entwurfs modificirt wünschten. Allein Herr Rumann meinte, daß ein vollständig und gründlich ausgearbeiteter Entwurf bereits seit mehreren Jahren vorhanden sey, und daß nur die Persönlichkeit eines einzelnen Mannes, welcher gefürchtet, daß die höhere Reiskratie dadurch einen empfindlichen Stoß erleiden werde, dessen Vorlegung verhindere, und Bürger und Bauern dadurch aufs Höchste benachtheiligt habe. Stände müssen jetzt zeigen, daß sie ein Hypotheken-Gesetz wollen und unverzüglich wollen.

Nachdem auch die Herren Lünzel, Christiani, Heitiger, Kettler und Stüve die Nothwendigkeit einer schleunigen Abhilfe des durch den Zustand der Gebundenheit des Grundeigentums in unserm Lande erhöhten Bedürfnisses eines guten Hypothekenwesens hervorgehoben hatten, übrigens aber eine Discussion über die Einzelheiten des Inhalts zur Zeit nicht für angemessen erachteten, wurde der Antrag von einer großen Majorität angenommen.

Gleichergestalt wurde auch der Antrag des Herrn Kern auf Vorlegung einer allgemeinen Medicinal-Ordnung, worauf Stände seit 1816 wiederholt angetragen haben, und welche ebenfalls bereits ausgearbeitet und im Geheimen-Raths-Collegio berathen seyn solle, nachdem auf verschiedene Mängel des Bestehenden, namentlich der Taxe für Aerzte und Wundärzte, aufmerksam gemacht war, ohne lange Discussion einstimmig angenommen.

Hierauf wurde noch das Schreiben des königlichen Cabinets-Ministerii vom 3. d. M. (No. 64.) die Eingangsteuer für baumwollenes Garn betreffend, nach kurzer Berathung zum ersten Male angenommen.

Endlich schritt man zur Wahl der zur demnächstigen Vorlegung des vorliegenden Staats-Grundgesetzes niederzusetzenden Commission, welche aus die Herren Stüve, Lünzel, Kettler, Rumann, Freudentheil, Serres und Meyer fiel. Alle sind, obgleich es nicht für erforderlich erachtet war, durch absolute Stimmen-Mehrheit erwählt.

XLVI. In der sechsundvierzigsten Sitzung der zweiten Kammer am 9. Mai wurden folgende Mittheilungen erster Kammer verlesen:

1) daß dieselbe zur Prüfung und zur Berichterstattung aus den in Betreff der Lüneburger Schauffee den Ständen mitgetheilten Acten eine aus drei Mitgliedern jeder Kammer bestehende Commission zu erwählen beschloffen habe, — welchem Beschlusse zweite Kammer in dieser und der folgenden Sitzung sich anschoß;

2) daß dieselbe die im 17ten Ministerial-Postscripte erwähnte Pension des Landes-Oekonomie-Raths, Landchafts-Directors von Plato, in sofern solche aus den behuf des Landes-Oekonomie-Collegii bewilligten ständischen Fonds erfolgen solle, nicht genehmigt habe;

3) daß dieselbe auf das Ministerial-Schreiben (Pro. 5.), die Wahl der Deputirten der Städte und die Repräsentation des Bauernstandes betreffend, beschloffen habe, dessen ersten, die Wahl der Städte-Deputirten betreffenden Theil an die zur Prüfung des künftigen Staats-Grundgesetzes zu erwählende Commission zu verweisen, mit der Vertretung des bisher pflichtigen Bauernstandes aber durch aus seiner Mitte zu wählende Deputierte einverstanden seyn.

Ferner wurde eine Petition des hiesigen Tapeten-Fabrikanten Schütz um Erhöhung der Eingangsteuer für ausländische Tapeten verlesen, und dem Cabinets-Ministerio zur Berücksichtigung bei Revision des Tarifs zu empfehlen beschloffen.

Hiernächst ging man zur dritten Berathung des vierten Postscriptes, die Veränderungen des Eingangsteuer-Tarifs betreffend, über.

Nachdem die früheren allgemeinen Beschlüsse wegen Revision des ganzen Eingangsteuer-Tarifs u. s. w. ohne weitere Discussion bestätigt waren, veranlaßte

ad 1. die Eingangsteuer für Eisenwaaren sehr lebhafte und weitläufige Discussionen.

Die Herren Kern und Westerhausen wünschten, daß die Eisenhütten des Harzes, welche 5000 Menschen ernähren, und ein Betriebs-Capital von 220,000 Thlr. enthalten, durch höhere Besteuerung des ausländischen Eisens von dem Untergange geschützt werden mögen. Der Harz könne $\frac{1}{2}$ des inländischen Bedürfnisses an Eisen befriedigen, und für das Uebrige könne durch Bearbeitung der Eisenstein-Lager bei Hameln und im Donnersberg gesorgt werden. Das Harzseisen sey mindestens besser als das englische, und nur Vorurtheil oder Unversand habe dasselbe dem allgemeinen Gebrauche bisher entzogen. Allenfalls möge für das schwedische Eisen aus Rücksicht auf die Küsten-Provinzen die bisherige Steuer beibehalten werden.

Während Herr Dommes auf die Schwierigkeit der Controle bei einer solchen Entscheidung aufmerksam machte, wider-

setzten sich die Herren Voße, Mammen und Widder der gewünschten Steuer-Erhöhung, da die Küsten-Provinzen das fremde Eisen wegen seiner größten Wohlfeilheit und resp. bessern Qualität nicht entbehren können, und dasselbe gegen ihre Producte eintauschen.

Herr Längel meinte, daß es den Ständen an Mitteln fehle, um die in Frage kommenden Verhältnisse gründlich zu beurtheilen, und trug daher darauf an, daß das Cabinet-Ministerium ersucht werden möge, bei Revision des Eingangsteuer-Tarifs besonders die Mittel zu erwägen, durch welche den inländischen Gewerben überhaupt, und namentlich der Eisengewinnung und Fabrication mehr Schutz und Beförderung zu Theil werden könne — welcher Antrag von der Majorität angenommen wurde.

Herr Hübschen glaubte vor einer zu großen Erhöhung der indirecten Steuern, durch welche man jetzt mit einem Male den Gewerben aufhellen zu können meine, warnen zu müssen, und machte, als Herr Stäube auf die größere Entwicklung der mechanischen Kräfte, auf die Prohibitions-Systeme anderer Staaten und auf die Nothwendigkeit hinwies, daß Hannover an Preußen sich anschließe, auf die Bedenken aufmerksam, welche einem solchen Anschlusse, wenn auch Preußen sich dazu versehen sollte, rücksichtlich unserer städtischen Bids-Versassungen und der Küsten-Bewohner entgegen stehen.

Bei der Abstimmung wurden viele sehr verschiedentartige Verbesserungs-Anträge von der Majorität abgelehnt, die früheren Beschlüsse aber mit den Zusätzen bestätigt, daß auch die vorher erimten Klopfsensen und Sichel mit derselben erhöhten Eingangsteuer belegt, und königliches Cabinets-Ministerium ersucht werden solle, bei Revision des Tarifs auch auf Erhöhung der Eingangsteuer für Gusseisen-Waaren Bedacht zu nehmen.

ad 2. trug Herr Dommes darauf an, daß, da wir fremdes Leder noch nicht gänzlich entbehren können, und eine übermäßige Erhöhung der Eingangsteuer nur die Desrauben vermehren würde, die neulich beschlossene Erhöhung auf 3 Thlr. pr. 100 Pfd. auf 2 Thlr. herabgesetzt werde, — welches angenommen wurde. Uebrigens wurden die früheren Beschlüsse bestätigt und die abermals wiederholten Verbesserungs-Anträge in Betreff der Vorze u. s. w. abgelehnt.

Nachdem die weitere Berathung auf die nächste Sitzung ausgesetzt worden war, machte noch Herr Christiani einen Antrag:

des Königs Majestät durch eine Adresse allerunterthänigst zu ersuchen, daß Se. Majestät die getreuen Unterthanen Ihrer Erblande wo möglich noch in diesem Jahre durch Ihre Gegenwart zu beglücken geruhen wolle.

Endlich wurden noch die Herren Eichhorn und Ebel zu Stellvertretern für die Verfassungs-Commission erwählt. — Die von erster Kammer zu dieser Commission erwählten Personen sind: die Herren Geheimen-Rath von Scheele, Graf v. Schulenburg, Kammerherr Graf v. Kniphausen, General v. d. Decken, Präsident v. d. Decken, Kammerherr v. Wallmoden und Geheimen-Rath v. Münchhausen. Zu Stellvertretern sind ernannt: die Herren Landrath von Adelesen und Regierungs-Rath von Pestel.

XLVII. Die siebenundvierzigste Sitzung am 10. Mai wurde durch Verlesung einer Mittheilung erster Kammer eröffnet, nach welcher dieselbe den von der Conferenz in Betreff des Wursener Herrenbrenns gemachten Vorschlag abgelehnt hat. Auf den Wunsch des Herrn Wides wurde beschlossen, erste Kammer zu einer nochmaligen Conferenz über diesen Gegenstand einzuladen.

Ferner wurde eine Petition des Luchsfabrikanten Hermeling zu Schornbeck bei Osterholz verlesen, in welcher verschiedene Mittel zur Aufhülfe der inländischen Luchsfabriken in Antrag gebracht werden, welche man dem königlichen Cabinets-Ministerio bei Revision des Eingangssteuer-Tarifs zur Erwägung zu empfehlen beschloß.

Ein gleicher Beschluß wurde auf die Petitionen des Fayence-Fabrikanten Wilsfeld zu Münden, der Beigekalk-Fabrikanten Braunhorst und Westphal zu Buerthede, der Schuhmacher zu Stade und des Tapeten-Fabrikanten Schüg alhier gefaßt.

Als erste Kammer hiernächst anzeigte, daß sie dem Beschlusse zweiter Kammer, in Betreff der an den Herrn Hofrath Becker abzulassenden Erwiderung beiguteten Bedenken trage, weil dessen Schreiben nicht an die Stände-Versammlung, sondern nur an die zweite Kammer gerichtet sey, — beschloß man, erste Kammer zu einer Conferenz über diesen Gegenstand einzuladen, da eine Erwiderung von zweiter Kammer allein reglementmäßig nicht erfolgen kann.

Endlich wurde die gestern abgebrochene dritte Beratung des vierten Postscripts, die Veränderungen des Eingangssteuer-Tarifs betreffend, fortgesetzt.

ad 3. 4. 5. 6. wurden die zuletzt gefaßten Beschlüsse, unter Abtheilung verschiedener Verbesserungs-Anträge, bestätigt.

ad 7. wurde zwar der neuliche Beschluß, ausländische Salzlichter und Seife mit einer Eingangssteuer von 1 Thlr. 8 Sgr. zu belegen, bestätigt, übrigens aber auf den Antrag des Herrn Lünkel beschloßen, daß für den (schonmalis wirklich eingetretenen) Fall, wenn erste Kammer die gänzliche Aufhebung des Licentis für Salz, Lichter und Seife beschließen sollte, der bisherige Ein-

gangssteuer = Satz für ausländischen Salz beizubehalten sey.

ad 8. 9. 10. 11. wurden die letzten Beschlüsse bestätigt.

ad 12. erneuerte Herr Breusing seinen früheren Antrag, daß die proponirte Erhöhung der Eingangssteuer von rohen Lackblätter abgelehnt werde, und wurde darin von den Herren Christiani und Stieve bekräftigt. Obgleich die Herren Dommes, Roffe, Hausmann und Hüpen den Ministerial-Vorschlag möglichst vertheidigten, so wurde derselbe doch von der Majorität abgelehnt.

ad 13. wurde die vorgeschlagene Erhöhung der Eingangssteuer vom Weine von 8 Thlr. auf 9 Thlr. für die Dhm angenommen, auch die bereits gestern zum zweiten Male angenommenen Antedg des Ministerial-Schreibens (Nro. 64.) in Betreff der Eingangssteuer für baumwollenes Garn heute zum dritten Male genehmigt.

XLVIII. In der achtundvierzigsten Sitzung am 11. Mai machte zunächst Herr Freudentheil einen Antrag, daß Stände den König ersuchen mögen, alle Exemptionen von Communal-Lasten, Einquartierung, Landfolgen u. s. w. aufzuheben.

Sodann wurden in Beziehung auf das vierte Postscript, die Veränderungen im Eingangssteuer-Tarif betreffend, noch einige Zusätze in Antrag gebracht.

So wünschte Herr Reuffel, daß Auktern, Hummer und alle übrigen einer Eingangssteuer noch nicht unterliegenden Luxus-Artikel dem Cabinets-Ministerio zur Besteuerung empfohlen werden mögen, nicht sowohl, um der Steuer-Casse eine große Einnahme zu verschaffen, als vielmehr, um den Ansprüchen des Publicums, welches jene Ausnahmen im Tarif oft und laut geltend habe, zu genügen, — welchen Antrag die Herren Christiani, Stüve, Freudentheil und Breusing unterstützten.

Herr Dommes bemerkte, daß dieser fast in jeder Stände-Versammlung, einmal sogar von ihm selbst zur Sprache gebrachte Gegenstand, wegen der mit einer Besteuerung verbundenen Schwierigkeit, immer abgelehnt sey. Bei Auktern namentlich sey eine Eingangssteuer so höchst schwierig, weil dieselben meistens in ganzen Schiffsladungen eingeführt werden, und daher die Qualität nicht leicht ausgemittelt sey. Bei andern Victualien, als Getreissen u. dgl., sey das Bedenken, daß sie durch den mit einer Besteuerung verbundenen Aufenthalt dem Verderben zu sehr ausgesetzt werden. Die Herren Rumann, Boke und Wammen beschützten daneben, daß der Aussenhandel nach dem Auslande durch eine Besteuerung gänzlich gelöst werden könne, und Herr Ales wünschte daher, daß dem Cabinets-Ministerio ganz allgemein die Herbeiziehung aller Luxus-Artikel zur Ein-

gangsteuer ohne alle Bezeichnung einzelner Gegenstände empfohlen werden möge, — welches die Majorität, unter Ablehnung des Krüssischen Antrages, beschloß.

Ein Antrag des Herrn Berusing, daß Königlich-Cabinet-Ministerium ersucht werden möge, auf die Verminderung unnöthiger Grenz-Niederlagen (welche nur das Defaublichen begünstigen) und auf Milderung der mit der hiesigen Einrichtung der Passirzettel verbundenen Unannehmlichkeiten Bedacht zu nehmen, wurde genehmigt.

Dagegen wurde ein Antrag des Herrn Sermes auf Abänderung des §. 8. der Eingangsteuer-Verordnung von 1817, die Revision in den Häusern betreffend, wie ein Antrag des Herrn Kern, auf Hinderung der mit den Plomben, welche an die aus inländischen Fabriken auf die Braunschweiger Messe gebrachten Tücher gehängt werden, vorkommenden Betrügereien, nicht minder ein Antrag des Herrn Ahles auf Befreiung der Weinändler von den Siegel-Gebühren u. s. w. von der Majorität abgelehnt, und die in dem Posscripte selbst enthaltenen Anträge, in soweit sie nicht durch Beschlüsse der Kammer abgedeckt worden, angenommen.

Bei der dritten Berathung über das Ministerial-Schreiben Nr. 46, die veränderte Classification der Personensteuer betreffend, wurden alle früher abgelehnten Verbesserungs-Anträge wiederholt, aber gleich mehreren andern heute gemachten abgelehnt, vielmehr die Ministerial-Propositionen nebst den diesseits früher beschlossenen Zusätzen bestätigt.

Auf eine Mittheilung erster Kammer, daß sie die in solchem Schreiben enthaltenen Propositionen angenommen, jedoch die im §. 3. des Entwurfs erwähnten Pensionäre, Titularen und Wittwen von aller Steuer-Erhöhung exempt zu lassen beschloßen habe, lehnte man letztere Ausnahme einstimmig ab.

XLIX. In der neunundvierzigsten Sitzung der zweiten Kammer am 13. Mai veranlaßten zuvörderst Petitionen der Binder und Schuhmacher zu Bodenwerder, und verschiedener Gewerbetreibenden zu Hilbeheim, welche über die Einrichtung zweier Sommermärkte in der Residenzstadt Hannover sich beschwerten und die Verwendung der Stände ansprechen, eine Discussion, in welcher die Herren Lünge, Struve, Heiliger und v. Pape darauf aufmerksam machten, daß die Fortdauer der städtischen Kram-Märkte mit der Fortdauer des Güterverkehrs im notwendigen Zusammenhange stehe, indem durch jene eine Milderung des Bauszwanges herbeigeführt, und die Gewerbe der kleinen Städte und Flecken vor dem Untergange geschützt werden.

Uebrigens waren alle darüber einig, daß der vorliegende

Fall, welchen die Herren Ahles und Graf Kielmannsegge als für die Erhaltung der hiesigen Handwerker notwendig zu rechtfertigen suchten, zur Competenz der Stände sich nicht eigne.

Sodann referirte der Herr General-Syndicus, daß die in Betreff des Wegbau-Wesens überhaupt, und der Suspension der Chausseediene in insbesondere zusammengetretene Conferenz sich gänzlich im Sinne der zweiten Kammer vereinigt habe, im dem die Deputirten erster Kammer in allen wesentlichen Punkten den Beschlüssen zweiter Kammer beigetreten seyen, und nur einige unbedeutende Wort-Änderungen wünschten, — womit man sich einverstanden erklärte.

Eine Mittheilung erster Kammer, daß sie unsere Beschlüsse wegen Erlassung einer Haus-Verordnung, weil solche mit der zu erwartenden allgemeinen Gewerbe-Ordnung im genaueren Zusammenhange stehe, abgelehnt habe, führte zu dem Beschlusse, erste Kammer zu einer Conferenz über diesen Gegenstand einzuladen.

Erste Kammer theilte ferner einen Beschluß mit, nach welchem Königlich-Cabinet-Ministerium um Abänderung des Art. 48. der Militär-Verordnung von 1820 in Betreff des Stellvertreter ersucht werden solle.

Eine andere Mittheilung erster Kammer, daß sie den Mitgliedern der Verfassungs-Commission, außer den Reisekosten, Diäten aus der Landes-Casse bewilligt, und solche für die in der Residenzstadt Wohnenden auf 2 Thlr. für die Uebrigen aber auf 4 Thlr. bestimmt habe, veranlaßte Herrn Sidow zu dem Verbesserungs-Antrage, daß die für die hier wohnenden Mitslieder bestimmten Diäten abgelehnt werden mögen, da sie sonst vor den Auswärtigen, deren Diäten nur als Entschädigung für baare Auslagen, nicht aber als Remuneration für ihre Arbeiten angesehen werden können, bevorzugt seyen.

Worauf man dem Beschlusse erster Kammer, unter Genehmigung dieses Verbesserungs-Antrages, beitrug, und welches in der folgende Sitzung bestätigte.

Nachdem sodann der neulich gefaßte Beschluß, wegen Erlassung einer allgemeinen Hypotheken-Ordnung, ohne weitere Discussion bestätigt war — in der 50. Sitzung ist er zum dritten Male bestätigt, — führte die Tagesordnung zur Berathung über den Antrag des Herrn Christiani, daß des Könige Majestät durch eine Adresse allerunterthänigst ersucht werden möge, Ihre deutschen Erblande, wenn irgend thunlich, noch in diesem Jahre durch die Gegenwart Allerhöchster-Person zu beglücken.

Der Herr Proponent hielt die Motivirung eines Antrages, welchem gleich anfangs eine so zahlreiche Unterstützung, wie er nem andern, zu Theil geworden sey, und welcher so durchaus seine Rechtfertigung in sich trage, daß schwerlich Opposition dagegen zu erwarten stehe, für überflüssig.

Gleichwohl erachtete es Herr Schlegel für bedenklich, einen Wunsch, welcher in der früheren Adresse seinen schicklichen Platz mögte gefunden haben, jetzt abgesondert dem Könige vorzutragen, zumal einerseits der König dadurch in Verlegenheit würde gesetzt werden, wenn er solchen Wunsch zu erfüllen sich verhindert sähe, und andererseits im Volke Hoffnungen dadurch erweckt werden könnten, deren Nichterfüllung Unzufriedenheit veranlassen dürfte.

Herr Längel beklagte die verbotenen Schüssler, welche über die Abwesenheit des Königs trauern, erinnerte an frühere Zeiten, als König Georg II. im Nachtkleide die Schwäne zu Herrenhausen gesüßert, und schilderte das allgemeine Verlangen nach der persönlichen Gegenwart des geliebten Monarchen.

Herr Christiani: Der Wunsch sey hervorgerufen durch das festbeglaubigte Vertrauen, welches König Wilhelm seit seiner Thronbesteigung jedem Bürger einzusüßen verstanden habe, das Vertrauen zu der Freiheit und dem Adel seiner Gesinnungen, zu der Milde seines Herzens, zu dem festen Ernst seines Willens, zu der unerschütterlichen Gerechtigkeit seiner Gebote, zu der väterlichen Liebe für sein Volk, endlich aber zu der erhabenen Unabhängigkeit seines ganzen edlen Charakters.

Dieser Wunsch sey hervorgerufen durch die gegenwärtige Lage des Landes, die außerordentlichste, in welcher sich dasselbe je zu Friedenszeiten befunden habe. Er sey hervorgerufen durch die feste Ueberzeugung, daß es diejenigen, die mit den Wünschen und den Bedürfnissen Hannovers bekannt seyen, und denen seine Vertretung obliege, nicht gestattet sey, über das Meer zu gehn, um vor des Herrn Antlitz zu treten und ihm eine Schilderung zu machen von dem Stande der Dinge, von der Stimmung des Volks, von der Stellung der Regierung und ihrem Personal, für uns Alle fürder kein Heil zu hoffen stehende, als wenn der Landesvater selbst in unserer Mitte erschiene, um unmittelbar ohne Dazwischenkunft der Bevorzugten das Verhältniß der Menschen und der Dinge zu prüfen, und über unser Schicksal einen Beschluß zu fassen, der hinanzuführen werde zum Glück, zur Freiheit und zur Ehre des Hannoverischen Volkes.

Herr Rofe meinte, daß wohl Jeder in der Versammlung die ausgebrühten Gefühle theilen werde, und er selbst wünsche nichts mehr, als den König in unserer Mitte zu haben. Aber man müsse unterscheiden, zwischen dem Wunsche und dem Ausdruck desselben. Letzterer finde er nicht angemessen. Der Ausdruck des Wunsches werde gerade in jetziger Zeit sehr vertheidensartige Auslegung finden. Man werde nur zu leicht dabei an ein Nachbardland denken, wo die Stände vor Kurzem einen ähnlichen Wunsch ausgesprochen haben. Man könne vielleicht gar diesen Wunsch dahin mißdeuten, daß er absichtlich zu einer Zeit aus-

gesprochen sey, wo man wisse, daß der König ihn nicht gewähren könne, — obgleich er Keinem aus der Ständeversammlung eine solche Absicht zutraue, vielmehr den Wunsch nur von aufrichtiger Liebe und Verehrung eingegeben erachte. Unter solchen Umständen werde es aber dem König sehr schmerzlich seyn, einen Wunsch ausgesprochen zu sehen, den er nicht gewähren könne, — wie solches nach dem Inhalte der Thronrede doch wahrscheinlich sey. Dnehin bedürfte der König einer Einladung und Aufmunterung nicht, um in sein Land zu kommen, wohin er durch seine persönlichen Gefühle gezogen werde.

Herr Stüve: Gründe des Anstandes seyen uns leider schon bei vielen wichtigen Sachen vorgetragen, wo er sie nicht gewünscht hätte. Dem Antrag auf Bekanntmachung der Vollmachten des Kücknigs habe man sich aus Gründen des Anstandes widersetzt, die Einrichtung des Thronsaals für die zweite Kammer werde aus Gründen des Anstandes verweigert, und auch jetzt werden wieder nur Gründe des Anstandes entwickelt.

Er halte für dringend nothwendig, daß das Land seinem König einmal in seiner Mitte besähe. Seitdem der König nicht mehr im Lande sey, habe das Uebergewicht einer Classe der Unterthanen zugenommen; dieser Zustand sey von Jahr zu Jahr schlimmer geworden; er habe die Unruhen im Lande hervorgerufen; das Streben der Stände sey besonders darauf gerichtet, diese Mißverhältnisse mehr und mehr wegzuräumen, und gerade dazu sey die Gegenwart des Königs höchst wünschenswerth.

Ein wichtiger Vorzug der deutschen Monarchien vor denen anderer Länder liege gerade in dem väterlichen Verhältniß des Fürsten zu seinen Unterthanen, und dessen bedürfe es jetzt besonders.

Die früher geäußerte Hindeutung auf einen Nachbarsaat könne er nur beklagen. Es sey kein Grund, weder im Lande, noch in der Ständeversammlung, zu solchen argen Mißdeutungen, wie sie zum Theil aus großer Ferne herbeigezogen seyen. Der Antrag sey in der Natur der Verhältnisse begründet, und daher vor aller Mißdeutung gesichert.

Uebrigens mögte vielleicht der gegenwärtige Zeitpunkt passender seyn zur Äußerung des fraglichen Wunsches (der keine Einladung sey, sondern eine Bitte), als der frühere Zeitpunkt der Glückwünschungs-Adresse.

Damals seyen die wichtigsten Anträge von der zweiten Kammer gemacht, von der ersten aber noch nichts genehmigt, und der damalige Zustand gewiß ein sehr gefährlicher gewesen. Jetzt seyen jene Anträge von beiden Kammern beschloffen, und wie wir hoffen dürfen, vom Ministerium dem Könige dringend empfohlen; durch die Entfernung des Königs aber werde dessen Genehmigung erschwert, und so könne diese Angelegenheit, wor-

an dem Lande vor allem Andern gelegen sey, auf keine andre Weise besser gefördert werden.

Die Herren Rose, Hüpeden, Blumenbach und Wedemeyer wiederholten ihre Beforgniß, daß die Adresse beim Volke Aufregung, beim König aber schmerzliche Gefühle hervorbringen, und wie namentlich Herr Hüpeden meinte, denselben in seinen verletzten Ehnern, als darin ein Vorwurf liege, daß Sr. Majestät nicht unangebeten zu uns gekommen sey; weshalb sie dieselbe dringend widerriethen.

Aber Herr Schöbe wollte nicht Rücksichten von so zärtlicher Natur genommen sehen, und hielt es vielmehr für anständig, daß Stände ihre allerwichtigsten, zum Theil die Persönlichkeit des Königs betreffenden Anträge nicht bloß seinen Dienern übergeben, sondern auch unmittelbar zu dem Monarchen darüber reden können.

Nachdem noch Mehrere für und gegen jenen Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe von 34 gegen 20 Stimmen angenommen. Einer zweiten Abstimmung bedarf es nicht.

Endlich wurde noch der Antrag des Herrn Ables: daß die in einigen Gegenden des Königreichs, namentlich im Calenberg'schen, fortwährend von königlicher Domainen-Kammer in Anspruch genommene, unter dem Namen »Kammer-Accise und Wäsenzins« bekannte Abgabe von aus- und inländischem Branntwein, als mit dem Eingangsteuer-System von 1817 unvereinbar, aufgehoben, und eine desfallsige Bekanntmachung zur Beruhigung der bedrohten Schuldner erlassen werden möge, — zum ersten Male in Berathung gezogen.

Der Herr Proponent wies darauf hin, daß diese Abgabe auf ein niegeßtes aufzusindendes Edict von 1671 sich gründen solle, daß selbige unter der westphälischen Regierung und während des Steuer-Provisorii nicht gefordert, auch durch die Eingangsworte der Eingangsteuer-Verordnung von 1817 mit aufgehoben, gleichwohl aber durch ein Kammer-Ausschreiben vom 21. Januar 1818 widerrechtlich in Übung gesetzt, seitdem jedoch nur von solchen, die gutwillig gezahlt haben, erhoben sey.

Die Herren Keen, Schöbe, Künzel und Sandboß rühten das indigirende Verfahren der Kammer, welche von der Gutherzigkeit oder Unkenntniß Einzelner Vortheil gezogen, erst jetzt, da Niemand mehr zahlt, einige Probe-Proceße angefangen habe, um eine Abgabe, die ursprünglich durch einen Act bloßer Willkür aufgelegt, und gegen die ganz allgemeine Bestimmung der Verordnung von 1817 durch Regierungsgewalt erneuert sey, fernerweit zu erheben.

Die Herren Hüpeden und Rose meinten, daß die letztgedachte Verordnung nur die bis dahin befindenden Verbrauchs-Steuer aufgehoben habe, wozu die fraglichen Abgaben nicht

gehören. Bei den damaligen Verhandlungen in der Stände-Versammlung sey ihrer gar nicht gedacht. Für die Einheit des Steuer-Systems mögte allerdings die Aufhebung zu wünschen seyn, aber solche könne nicht ohne Entschädigung des domainii wegen des etwa 11,600 Thaler betragenden jährlichen Ausfalls geschehen, und diese haben Stände bis jetzt verweigert.

Auch in früheren Jahren seien schon Proceße gegen Nichtzahler geführt, und von der Kammer gewonnen. Sie wünschten entweder Aussetzung dieses Antrages bis zur Entscheidung über die Vereinigung der Kassen, oder vorgängige Entschädigung des domainii.

Nachdem auch die Herren v. Werthof und Vogell die Meinung geäußert hatten, daß diese Abgabe zu den durch die Verordnung von 1817 aufgehobenen gehöre, wurde der Antrag von der Majorität genehmigt, — welcher Beschluß in der folgenden Sitzung bestätigt ist.

L. In der funfzigsten Sitzung, am 14. Mai, kam der zunächst wegen der Pressfreiheit gefasste Beschluß zur dritten Berathung.

Nachdem sodann noch die frühern Beschlüsse in Betreff des Hypotheken-Gesetzes zum dritten Male bestätigt, und Mittheilungen erster Kammer, nach welchen sie die diesseitigen Beschlüsse wegen des Münzwesens und der Medicinal-Ordnung angenommen hat, verlesen waren, wurde die übrige Zeit dieser Sitzung der Berathung über das Budget gewidmet.

(Fortsetzung folgt.)

XXII.

Die Justiz-Verfassung im Königreiche Hannover.

Erster Artikel.

Das Verhältniß der Gerichtshöfe zum Staate.

*Judicia anchorae legum.
Hanc.*

Das Recht ist das höchste Gut der Erde, und die Gerechtigkeit die höchste Idee, zu welcher das Geschöpf sich zu erheben vermag. Wahrheit ist ihre Grundlage, und die Tugenden sind ihre Diener, ihr Gipfel aber ist die Gottheit, denn Gott ist der Richter der Wahrheit. In ihr allein liegt der ganze Zweck des Staats, sie allein ist die Bedingung und die Krone seines Daseyns!

Das Verhältniß des Menschen zum Staate ist gleich seinem Verhältnisse zum Rechte; so wie aber die Wahrheit nur in dem Ergreifbaren oder in der Verbindung mit dem Ergreifbaren als Gewißheit erkennbar ist, so ist auch die Gerechtigkeit als Recht nur dann erst zu erkennen, wenn sie, zum Ergreifbaren hinabgezogen, zum Gesetze geworden ist. Dieses Gesetz heist der allgemeine Rechtszustand ¹⁾.

Recht und Gesetz ist also gleichlautend, wenn gleich der Ursprung jenes hoch und erhaben und unerreichbar über dem Ergreifbaren steht, aber dennoch immer gleichlautend; denn eben der im Ergreifbaren, der hienieden schon erkennbare Rechtszustand, ist das Gesetz. In diesem Sinne sprachen die großen Älten vom Gesetze, wenn sie den Anspruch thaten: *salus reipublicae suprema lex*, denn die Aufrechthaltung des Rechtszustandes bedingt nicht allein das Wohlfeyn, sondern auch das Daseyn des Staats, mit ihm müssen alle andere Zustände, seyen sie herbeigeführt durch wen und durch was sie wollen, für immer weichen; in diesem Sinne sprach von dem Gesetze der große Kanzler Baco, als er die Gerichtshöfe die Zuflucht der Gesetze nannte, denn sie sind die Gewalt im Staate, welche besonders dazu berufen ist, den Rechtszustand anrecht zu erhalten und zu sichern; in diesem Sinne sprach vom Gesetze ein deutscher Grenzmann, der Großkanzler von Weym, als er einen höchsten Gerichtshof mit den Worten erstöckte: »das Recht, das Heiligste der Menschheit zu verwalten, es giebt keine größere wohlthätigere Aufgabe, und wer der Richter auch sey, er ist nicht da, nur Gerechtigkeit unter den Parteien zu üben, seine höchste und würdigste Bestimmung ist, ihr selbst liberal Eingang zu verschaffen, ihre Herrschaft immer mehr und mehr zu erweitern«; denn wer das Ziel des Richter-Amtes nur darin sieht, die Selbsthülfe unter Privatpersonen zu vermeiden, und Recht über ihre gegenseitigen Ansprüche zu sprechen, der hat nimmer noch eine Ahnung von seinem erhabenen Berufe gehabt, der das ganz weite Reich der Gerechtigkeit umfaßt.

Wohl ist dieses seit dem Beginne der Geschichte der Menschheit immer erkannt, und von den Unsterblichen unter den Menschen tausendfältig wiederholt worden, jedoch weit öfter noch ist es — nicht verkannt, denn das konnte nicht seyn — aber verlegt und hintenangesezt worden, und die Klage Summe's: »daß darum alle großen Thaten in der Geschichte nur blühende Me-

teore gewesen, weil man sich nicht zur Idee der ursprünglichen »allgemeinen Gerechtigkeit erheben konnte«, ist nur die alte tausendjährige, daß man den *salus reipublicae* nicht in dem Rechte der supremæ lex gesucht habe, sondern nur zu oft, nach Zeit und Umständen, in den Axiomen mäßiger Köpfe, und in den Klugheiten entweder dünklicher oder feiler Staatskünstler, und nicht den Rechtszustand aufrecht zu erhalten und sein Reich immer mehr und mehr zu erweitern bemühet war, sondern die größere, oft genug die einzige Sorgfalt auf die theilweise Erhaltung eines Zustandes verwandte, der den Gegenstand des Rechtszustandes bildet, den Zustand der Gewalt. Die Rückschritte von dem, ohne Untergang des Staatsverbandes freilich immer nur theilweise bestehen könnenden, Zustande der Gewalt zu dem Zustande des Rechts, bezeichnen in der Geschichte der Menschheit die Grade der Cultur und der Civilisation. Ohne die Fortschritte zu dieser mit verbündeten Augen läugnen zu wollen, können auch jene nicht verkannt werden; allein fern, fern sind wir noch vom Ziele. Denn wenn gleich mildere Formen und milderes Wirken dem stets bekämpften Riesen selbst einen mildern Namen gegeben haben, so steht er doch noch da in ungeändelter Kraft, und selbst die Formen und das Wirken und der Name dienen, vielleicht für Jahrhunderte noch, ihm zur neuen Schutzwehr gegen die Angriffe der Alles verschlingenden, aber auch Alles ausgleichenden, Alles erbnenden Zeit. Der Name heißt historisches Recht. Das Recht aber bedarf keiner Historie, um Recht zu seyn, und alle Historie kann Unrecht und Gewalt nicht in Recht verwandeln, wie das, wiewohl in größten Wirkungskreisen immer vergebens, tausendfältig anerkannt und ausgesprochen ist in den Worten, daß tausend Jahre Unrecht auch nicht eine Stunde Recht sey.

Damit würde, wie die Unterzeichneten und die Wohlwendsten meinen, und aus den Zeichen der Zeit zu ersehen glauben, der Zwiespalt unserer Zeit bezeichnet seyn, und das eigentliche innere Wesen und Wirken des Geistes der Zeit²⁾. Aber mit Nichten, es ist dieses der Zwiespalt aller Zeiten und aller Völker gewesen, oder vielmehr kein Zwiespalt, sondern es ist damit das ewige, in seiner ganzen Vollkommenheit ewig unerreichbare Streben der Menschheit bezeichnet, dem reinen Rechtszustande sich immer mehr und mehr zu nähern, sein Reich immer

¹⁾ Ueberaus treffend und trefflich ist das, was darüber gesagt ist in Butte: *Biologie des Menschen*. Bonn, 1829. S. 102.

²⁾ Rede bei der Eröffnung des Reichstags- und Cassations-Hofs zu Berlin am 1. Juli 1819.

³⁾ Trefflich ist diese Ansicht ausgeführt in den schönen Schriften von Murhard: die unbeschränkte Fürkenschaft. Cassel 1831; und Gambioler: Philosophie und Politik des Liberalismus. Nürnberg, 1831; welche Schriften ja denn wohl überhaupt das Beste und Gelegenste sind, was über die Bewegungen unserer Zeit von Berufenen und Unberufenen geschrieben worden ist.

mehr und mehr zu verbreiten. Den Geist der Zeit aber bezeugen die Mittel, um zum Ziele zu gelangen, und diese Mittel werden mit dem Zunehmen der Civilisation, mit der Annäherung zum Ziele, demselben immer entsprechender sich darstellen.

Es bedurfte dieses Vorworts, um die ewige Grundlage der nachstehenden Darstellung anschaulich zu machen.

Wo nicht rohe Gewalt im Staate vorherrscht — und diese liegt uns zu fern, als daß dieselbe hier irgend in Berücksichtigung kommen könnte — wo nicht rohe Gewalt vorherrscht, ist alenthalben, als geschriebenes oder ungeschriebenes Grundgesetz Europäischen Staaten, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Richter-Amtes anerkannt, denn beide liegen un widersprechend der Art in dem innersten Wesen und der Natur des Richter-Amtes, daß ohne dieselben kein Zweck nicht eint möglichster Weise erreicht werden kann: die Aufrechterhaltung des Rechtszustandes. Wie konnte es aber, bei einem so langjährigen, so allgemeinen Auerkenntniffe dennoch kommen, daß bezeugachtet jenes erhabene Ziel noch so sehr fern, der allgemeine Rechtszustand in seiner practischen Ausbildung, in den meisten Ländern, noch so sehr zurück, und in so vielen Staaten noch so sehr gesädet ist?

Dadurch, daß jenes Grundgesetz zwar allenthalben anerkannt ist, doch nur in der Theorie, in der Praxis aber dasselbe, in seinen wichtigsten Theilen, durch Aufstellung fehlerhafter Grundbegriffe, durch Unterzeichnungen und Definitionen untergraben, und in seiner Anwendung gleichsam vernichtet worden ist.

Der fehlerhafte Grundbegriff aber ist der, daß das Richter-Amt der höchsten Staatsgewalt unterthan sey, während es identisch mit derselben ist und eben einen Hauptbestandtheil derselben ausmacht, und die fehlerhaften Dispositionen und Unterscheidungen bestehen darin, daß man zwischen Gesetz und Gesetz, dem allgemeinen (öffentlichen Rechte) und dem besondern (Privatrechte) und zwischen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Richters unterschieden, und demselben nur das besondere Gesetz zur Anwendung, und nur die Unabhängigkeit, nicht auch die Selbstständigkeit gelassen hat. Gewiß gehört dieses mit zu den größten Uebeln, welche die bürgerliche Gesellschaft je betroffen haben, denn nichts ist wohl so sehr geeignet gewesen, das Fortschreiten zu dem wahren erhabenen Ziele alles Lebens zu hindern und zu hemmen.

Als die höchste Staatsgewalt noch, auch in der Ausübung, mit der richterlichen zusammenfiel, ein Zustand, von welchem noch im spätem Mittelalter Spuren sich zeigen, konnte von diesen Unterscheidungen noch nicht die Rede seyn; als aber die höchste Staatsgewalt immer mehr und mehr andere Zwecke ver-

folgte, als mit der Aufrechterhaltung des allgemeinen Rechtszustandes vereinbar waren; als daher zur Aufrechterhaltung des Staats-Verbandes die Trennung der Rechtsverwaltung von der höchsten Staatsgewalt nothwendig wurde, und das Richter-Amt, hinsichtlich dessen Ausübung, von ihr getrennt ward; da konnte dieses nur ganz und in allen den Theilen und Attributionen geschehen, welche das Wesen des Richter-Amtes constituiren, und in jener frühen Vereinigung unzertrennlich mit ihm verbunden waren. Denn die Trennung der richterlichen Gewalt von der höchsten Staats-Gewalt geschah nicht, um jene zu schwächen oder weniger wirksam zu machen, als sie es in jener Verbindung gewesen war, sondern gerade im Gegentheil, um sie zu vervollkommen, sie zu stärken und ihr ungeschwächtes Wirken zu sichern, und es konnte ihr also der, ihre Hauptmacht bildende, Theil ihrer Attributionen, Handhabung des Rechts in seinem ganzen Umfange und Selbstständigkeit, niemals entzogen werden sollen. Noch weniger aber konnte er vorbehalten bleiben sollen einer Macht, die, eben schon um jener Trennung willen, so oft in Gefahr gerathen mußte, wenn auch nicht in der Absicht, doch in der Handlungsweise in directen Widerspruch mit der Aufrechterhaltung des Rechtszustandes zu gerathen.

Es sind also jene Unterscheidungen weit spätern Ursprungs, und da sie im Widerspruche mit den nothwendigsten Bestandtheilen der richterlichen Gewalt stehen, so sind sie auch nicht von dieser ausgegangen, wenn gleich auch hin und wieder mit derselben bekleidete Personen, im gleichsam vererblichen Treiben gegen ihre eigene Stellung, dazu mitgewirkt haben mögen. Den un widersprechlichsten Beweis dieses spätern Ursprungs giebt die Stellung der richterlichen Gewalt in allen den Staaten der alten und neueren Geschichte, in welcher der Rechtszustand der Gesamtheit als oberstes Staats-Princip mehr oder minder die Oberhand über alle andern Staats-Gewalten sich erhalten hatte und noch erhält, z. B. in der römischen Republik, in Frankreich *) und in Britannien *), wie denn auch kein europäischer

*) Vor der französischen Staats-Umwälzung übten eine sehr ausgedehnte richterliche Gewalt die Parlemente, und schwerlich dürfte es ernstlich bewiesen werden können, daß, wenn die höchste Staatsgewalt nicht durch gewaltsame Maßregeln (als die justice, Verbannungen u. s. w.) diesen diese richterlichen Functionen entzogen gehabt hätte, jene Staats-Umwälzung, wenn auch nicht ganz unterblieben, dennoch in ihren Formen und Wirkungen ungleich milder und weniger zerstörend sich gestaltet haben würde.

*) Der Kongler ist, als erste richterliche Person im Staate, auch die erste Person in demselben nach dem Könige, und keine Macht kann ihm und den zwölf Richtern von England, in ih-

Staat sich ganz von diesem, mit den Bedingungen seines Daseyns so eng verbundenen, heiligsten aller Principien, durchaus losgesagt haben kann?), wenn auch die Institutionen, durch welche dessen Ausführung gesichert wird, nicht mit Klarheit ersichtlich sind.

Ausgegangen ist vielmehr diese Beschränkung der richterlichen Gewalt von einer andern Gewalt, welcher die strenge Aufrechterhaltung des Rechtszustandes der Gesamtheit, in Hinsicht auf die Erreichung ihrer besonderen Zwecke, schroff entgegenstehen mußte — von einer Gewalt, welche Vorrechte, d. h. über den allgemeinen Rechtszustand sich erhebende Rechte, erwerben, und die Rechte Anderer um eben so vieles schmälern wollte, denn das ist die erhabene Natur, die Alles durchbringende heilige Kraft des Rechts, daß es über Alle in gleicher Maaße vertheilt ist, und kein erschaffenes Wesen mehr davon zu seinem Antheile sich anmaßen kann, ohne eben so viel seinen Mitgeschöpfen zu entziehen.

Nicht auf Einmal und plötzlich find diese beschränkenden Unterscheidungen als Gesetze in das Leben des Staats gerufen worden, sondern im langsamen, dem Auge der Menge entrückten, und nach Jahrhunderten kaum noch zu deren Bewußtseyn gelangten Wicken, wurden sie Jahrhunderte lang vorbereitet, und immer nur vorbereitet, bis sie endlich nicht als Gesetz, sondern nur als Grundsatz feststanden, und wo sie bestanden, fast immer nur, als ein nie klar Ausgesprochenes, in ihren Wirkungen kundbar werden. Wie und auf welche Art man zu diesem Ziele gelangte, welche Umwege dazu fährten, wie dann die Wohlfahrt des Staats, dann das Interesse des Fürsten, dann die Erhaltung der Kirche dazu den Namen hergeben mußten, durch welche Gründe, Sophismen und Wendungen es gerechtfertigt wurde, in welchen heillosen, niemals heilsamen Wirkungen es sich kund that, dieses auszuführen, kann hier nicht der Ort seyn, denn es

bildet dieses das wichtigste Capitel in der Cultur-Geschichte, d. h. in der Geschichte der Menschheit.

Auch das Königreich Hannover hat seinen reichlichen Theil an diesen Beschränkungen gehabt. So interessant es seyn würde, die Geschichte derselben in den hiesigen Landen von ihren ersten Spuren bis zu ihrer völligen Ausbildung, wenn auch nur in Umrissen, darzustellen, so würde dieses doch die Grenzen dieser Abhandlung bei weitem übersteigen, und es muß daher hier die Bemerkung genügen, daß, so wie auch in andern deutschen Staaten, die verschiedentlich erlangten, mehr und minder ausgedehnten, privilegia de non appellando?) zuerst dieselben in einer solchen practischen Bedeutung erkennbar gemacht haben, welche sie bei der ungeschmälerten Wirksamkeit der Reichs-Gerichte wohl nimmer erlangt haben würden?). Mit der Errichtung des Hauses Hannover zur Churwürde, welche das privilegium de non appellando in seiner größten Ausdehnung mit sich führte, wurde auch die Errichtung des königlichen Oberappellations-Gerichts zu Gelle nothwendig. Daß, bei der Errichtung dieses höchsten Gerichtshofes für das Churfürstenthum, Ideen von jenen Beschränkungen der richterlichen Gewalt abgewaltet haben mögen, ist zwar nicht zu bezweifeln, aber ihre ganze Ausbildung haben sie erst später, und zwar immer in zunehmender Maaße bis zur neuesten Zeit erhalten, denn erst später hat das, in seinen Umrissen wie in seinem Gehalte unbegrenzte, und das in seinen Wirkungen erkennbare, gleichsam gespenstische Wesen, Landeshoheit genannt?), in Beziehung auf die Rechtspflege, seine Kraftäußerungen begonnen, und erst später ist der Begriff der auch in Hannover stets verabscheuten Cabinets-Justiz auf die Einmischung der Regierung in die Privat-Rechtsfreigebheiten der Unterthanen unter sich beschränkt worden, eine Beschränkung indeß, die gerade den wichtigsten, eingreifendsten und verderblichsten Theil der sogenannten Cabinets-Justiz, d. h. die ohne an gesetzliche Sanctionen gebunden stehenden, lediglich in der Willkür beruhenden Eingriffe der Regierung in den Rechtszustand der Staatsbürger, von ihrem Wesen ausschloß.

Dieses Wesen, Landeshoheit genannt, in so weit es nicht das Verhältniß deutscher Landesfürsten zu Kaiser und Reich bezeichnete, und den Begriff der Souverainität ausprä-

rem ausgedehntesten Wirkungskreise, Befehle vorschreiben oder Beschränkungen aufliegen, und keine Staatsanbahnung irgend einer Art, die nur entfernt mit dem Rechtszustande der Gesamtheit in Verbindung kommt, kann ohne ihre Sanction gültig vorgenommen werden.

?) Im weitesten in dem, in dieser Hinsicht so sehr verschiedenen, türkischen Reiche. Die Kadi üben dasselbe die richterliche Gewalt unter den Parteien, aber die Ulema, mit dem Mufsi an der Spitze, stehen fast in keiner minder ausgedehnten richterlichen Stellung, als der Vord-Kanler und die groß Richter in England. Religions-Sagung und Rechtszustand haben dort eine gemeinschaftliche Urkunde, und es ist daher nicht auffallend, daß die Diener Beider hier zusammenfallen.

?) Methmeiers Braunschw. Lüneb. Chronik, S. 1112. v. Wälow Beschreibung des Oberappellations-Gerichts, Einleitung S. 1.

?) Strubben, gründlicher Unterricht von Regierungen und Justiz-Sachen, §. 11. 12. 13. 14.

?) Vergl. Heft I. Kr. V. dieser Zeitschrift.

chen sollte, sondern, in so fern es sich gegen den Rechtszustand der eigenen Unterthanen bezieht, eine Geburt der modernen Zeit, ist in seiner Alles durchdringenden und lebendig und allein durch den eigenen Willen beschränkten Beziehung zur Rechtspflege zwar vorbereitet durch, auch in andern deutschen Staaten schon früher bestanden habende und mit der Zeit erstarkte, eben so stückhafte als phantastische Lehren von dem Unterschiede der Regierungs- und Justizsachen hinsichtlich der Staatsverwaltung¹⁰⁾; allein schwerlich dürfte es in einem andern Staate zu einer umfassendern Ausbildung gelangt seyn, als im Königreiche Hannover, so selten es auch zur practischen Anwendung gekommen ist, was einerseits zum Ruhm der hannoverschen Regierung gereicht, und andererseits aber auch die schon frühe Submission der hannoverschen Gerichtshöfe bekrundet.

Schon im Jahre 1716, also wenige Jahre nach der Errichtung des Oberappellations-Gerichts, wurde diesem höchsten Landes-Gerichte, in einer bei demselben anhängigen Processsache der Lüneburgischen Landschaft gegen das Consistorium zu Hannover¹¹⁾, durch ein Landesherliches Rescript es verboten, über die Rechtsgültigkeit einer Landesherlichen, ohne Zuziehung der Landstände, bestellten Anordnung ein Erkenntniß abzugeben, und dem klagenden Theile der Rechtsweg sperrten. In diesem seinem Inhalte nach sehr merkwürdigen, vom 17. Juni 1716 datirten Rescripte heißt es wörtlich: »Wenn die Befugniß, solche Anordnung ohne Zuziehung der Landstände zu machen, bestritten wird, so ist die höchste Reichengewalt, mithin Unser Landesherliches Recht, der Vorwurf des Streits, nicht von dergleichen handeln, sondern von solchen, welche das Landesherliche Privatinteresse und Güter und Befugnisse, denen auch Unterthanen fähig sind,

»betreffen, handelt das Prooemium der Oberappellations-Ordnung¹²⁾; so wenig aber damals die Justiz-Collegia die zwischen dem Landesherren und dessen Ständen obgewaltete Streitigkeiten entschieden, und die Gültigkeit Landesherlicher Verordnungen beurtheilt haben, so wenig räumt das deutsche Herkommen Richtern, welche Unterthanen sind, in regula eine Cognition darüber ein, ob die gesetzgebende Gewalt von dem Landesherren gebührend ausgeübt sey¹³⁾; und es enthält dasselbe schon im ersten Beginne alle diejenigen scheinlichen Rechtfertigungsgründe, welche für die Einmischung des Landesherthlichen Rechts, als sochsm, in die Justiz-Verwaltung vorgebracht werden, und welche immer, wenn auch in andere Worte gekleidet, dieselben geblieben sind, wenn gleich bei weitem noch nicht den Umfang dieser Einwirkung.

Daß dieses Landesherliche Rescript eine Beschränkung der Oberappellations-Ordnung enthält, ist klar und zweifellos, wenn man, abgesehen davon, daß noch ein so kurzer Zeitraum zwischen der Emanation der Oberappellations-Gerichts-Ordnung und deren Anwendung lag, und Verfasser des Gesetzes mit im Oberappellations-Gerichte saßen, solche also die Absichten und Motive des Gesetzgebers genau kennen konnten, die in der vorliegenden Note angeführte Stelle des Prooemii mit der in dem vorstehenden Rescripte enthaltenen Erklärung derselben in Vergleichung stellt. Dort wird es angelobt, kein Erkenntniß in bei dem Oberappellations-Gerichte anhängigen oder

¹⁰⁾ Die treffliche Behandlung des Hren Oberappellations-Platze Pfeifer zu Goslar, über das rechtliche Verhältniß der Justiz zur Administration, in den Practischen Ausführungen aus allen Theilen der Rechtswissenschaft, Thl. III. Nr. X., enthält das Belegstück, was über diese wichtige Materie je geschrieben worden ist, und je bezeichnet, im Vergleich mit der für ihre Zeit klaffenden Ausführung Strubens und dem, was noch im Jahre 1803 Leitz in seinem Lehrbuche des deutschen Staatsrechts, §. 85, darüber sagen konnte, zur Genüge die traurigen Fortschritte, welche dieses Uebel in den neuesten Zeiten gemacht hat.

¹¹⁾ Wegen Einführung eines neuen Gesangbuchs, also wahrscheinlich aus Anlaßten des Clerus und in Folge damals stark vorherrschender pietistischer Uebrigte. Corp. Const. Lüneb. Cap. I. pag. 1184. u.

¹²⁾ »Auch wollen Wir und Unse Successores sollen dieselben in gedachten Erkenntnissen nicht hindern, oder die an Unserm Oberappellations-Gerichte anhängigen oder dahin gehörigen Sachen davon abweisen, sondern bei demselben der Justiz allerdings ihren Lauf lassen; und damit Unser Präsident, Vice-Präsident und Oberappellations-Räthe jezt und künftig desto freier ohne alle Zehn und Furcht darunter verfahren, so wollen Wir dies selbst in den Sachen, so Uns und Unse Successores, Unsrer Kammer, Aemter und Jura, oder Unsrer Officiales, die in Unserem Namen agiren, einigermaßen betreffend, oder dabei Wir und Unse Successores, selbst, oder Sie Unsrerwegen ein Interesse haben, könnten und mögten, der auf Beförderung und Respicirung Unsrer Besen und Interesse geleisteten Pflicht und Verbindungen erlassen haben, dergestalt, daß Sie auch bei solchen Sachen, wie überall bei Administration ihres Amtes, auf Nichts, als Gott den Almächtigen und eine ganz unparteiliche Justiz sehen, und insoweit und dahin aller Pflicht erlassen seyn sollen.«

¹³⁾ v. Bälou, Verfassung des Oberappellations-Gerichts, Thl. I. §. 137. Not. 37.

dahin gehörigen Sachen hindern zu wollen, durch welche Worte es offenbar lediglich dem Erkenntniß des Oberappellations-Gerichts anheim gestellt ist, zu beurtheilen, ob eine Sache dahin gehörig oder nicht; hier werden anhängige Sachen als nicht dahin gehörig bezeichnet, also einer anderen Staatsgewalt das Urtheil darüber zugesprochen; dort ist ganz allgemein, und ohne eine Erläuterung, wie es sich gebühre und bei dem Successor der Reichs-Kammer-Gerichte für das Hürfürstenthum Hannover von selbst verstand, von den Landesherren und seine Successores die Landesherrliche Kammer, Remeiter und Jura, die im Namen des Landesherren handelnden Officiales, angehenden Sachen die Rede; hier wird dieses allgemeine Angebots auf einen kleinen Theil der in dieser Beziehung Statt haben könnenden Rechtsfreite, auf das Landesherrliche Privatinteresse, Güter und Befugnisse, deren auch Unterthanen fähig sind, beschränkt; dort ist im schönen Eifer, in der erhabensten Verehrung für Recht und Gerechtigkeit, dem obersten Gerichtshofe die weiteste Gewalt zur Aufrechterhaltung des Rechtszustandes der Gesamtheit verliehen, und er zur wahren Zuflucht der Befugte erhoben; hier hat kalte Berechnung ihm alle diese, das eigentliche hohe Vertheilung der Justiz-Gewalt begründende Befugnisse wieder entzogen, und den Gerichtshof, ihn der schönsten Fülle seiner Attributionen beraubend, auf die Schlichtung der Privatrechtsstreitigkeiten unter Privaten zurückgewiesen, denn in den angewiesenen Grenzen handelt der Landesherren nicht als Landesherren, sondern als Privatus, wie das auch vielfältig in judicando anerkannt worden ist. Abgesehen davon, daß eine solche Beschränkung der Oberappellations-Gerichts-Ordnung, wie sie in dem angezogenen Rescripte enthalten ist, ohne Beirath der Landstände keine Rechtsgültigkeit herbeiführen können¹⁴⁾, und mithin es kaum als ein geeigneter Weg betrachtet werden konnte, das Verbot über die Rechtsgültigkeit einer, ohne Zuziehung der Landstände geschehenen Anordnung zu erkennen, durch eine ohne Zuziehung der Landstände, also an denselben Fehlern leidende Verfügung auszusprechen, da die Gerichte, wenn sie jene für ungültig erklären mußten, auch durch diese in ihrem Erkenntniß und ihren richterlichen Functionen sich nicht hätten hindern lassen dürfen, so würde auch ohnehin

der angeführte Grund für diese Beschränkung, da er gegen das innere Wesen und die Natur des Richteramts, und überdies hier gegen ein klares Gesetz streitet, zu einem gleichen Resultate haben führen müssen.

Der für jene folgenreiche und wichtige Beschränkung angeführte einzige Grund, nämlich: daß Richtern, welche Unterthanen sind, keine Befugniß zustehe, über die in Streit gekommene Ausübung Landesherrlicher Rechte hinsichtlich deren Rechtsgültigkeit, ein Urtheil abzugeben, ist aber nicht allein an sich schon unrichtig, da die richterliche Gewalt niemals eine Unterthanin der höchsten Staatsgewalt ist und möglicher Weis, ohne die Bedingung ihres Seyns zu zerstören, auch nur seyn kann, vielmehr durchaus identisch ist mit der höchsten Staatsgewalt, und es also auch in ihrer Ausübung seyn muß¹⁵⁾, und es in keiner Beziehung eben so wenig, wie dem Unterthan, auch dem Landesherren nicht erlaubt seyn kann, das Amt des Richters mit dessen Person zu identificiren, sondern es streitet auch in hiesigen Landen gegen den klaren und kaum je bestrittenen Sinn des angeführten Gesetzes, denn die Gerichtshöfe sind in allen den Sachen, welche den Landesherren und seine Successores u. s. w. angehen, was die Personen der Richter betrifft, ausdrücklich von ihnen, der freien Ausübung der Justiz entgegenstehenden Verpflichtungen gegen den Landesherren, d. h. von ihren Unterthanenpflichten entbunden, und nur auf diejenige Verantwortlichkeit hingewiesen, die, wie jedes menschliche Wesen, so auch der größte Monarch der Erde, unterworfen ist, d. h. hingewiesen, bei Administration ihres Amtes, auf nichts als Gott den Allmächtigen und eine ganz unparteiische Justiz zu sehn.

Es konnte ja auch wohl nie in der Absicht unser Erhabenen, edeln und väterlichen Regentenhauses liegen, durch die wünschthigste Errichtung des Oberappellations-Gerichts, durch Befestigung der obersten Richterstellen des Landes durch Unterthanen des Landes, den Umfang der Justiz-Verwaltung zu beschränken, und die Rechte der Unterthanen, ihre Ansprüche auch gegen die Eingriffe der höchsten Staatsgewalt im Wege Rechts geltend zu machen, und wie es von den Reichsgerichten ge-

¹⁴⁾ In der Verordnung, die verbesserte Einrichtung des Oberappellations-Gerichts betreffend, vom 21. März 1735, und der Verordnung: die verbesserte und verbesserte Einrichtung des Oberappellations-Gerichts betreffend, vom 31. Juli 1818, welche beide unter Beirath der Landstände gegeben sind, ist von der erwähnten Beschränkung der in dem Prooemio der Oberappellations-Gerichts-Ordnung ausgesprochenen richterlichen Befugniß nicht die Rede.

¹⁵⁾ Diesen niemals noch bestrittenen Grundsatz erkennt die Oberappellations-Gerichts-Ordnung im Prooemio mit den Worten an: Wir geben auch Unseren Präsidenten, Vicepräsidenten und Oberappellations-Räthen vollkommen Macht und Gewalt an Unserer Statt und in Unserm Namen, alle die Sachen u. s. w. Inmaassen denn, was Sie also handeln, sprechen und erkennen, zu erquiren und zu vollziehen gebieten, nicht anders, als hätten Wir solches in eigener Person gethan und anbefohlen, geachtet und respectirt werden soll.

schah zu schmälern; im Gegentheil sollte dem Lande durch Darbietung einheimischer Rechts-Versorgung, selbst in höchster Instanz, eine Wohlthat erzeigt werden.

Durch das Rescript vom Jahre 1716 sind, wie bereits bemerkt worden ist, zwar die Grundzüge der rechtswidrigen Beschränkung der richterlichen Gewalt, aber keinesweges schon auch der Umfang angegeben, in welchem die so benannte Landeshoheit, in Beziehung auf die Rechtspflege, sowohl in Civilsachen, als, unter dem Namen Oberlandes-Polizei-Gewalt, in Criminalsachen ihre Kraft gräufert hat; denn es mag eben so leicht gewesen seyn, zu der Stelle jenes Rescripts, welches die der richterlichen Cognition unterworfenen, den Landesherren angehenden Sachen aufzählt, im Laufe der Zeit die Clausel: »mit Vorbehalt anderweiter Landeshoheitlicher Verfügungen«, sich hinzubedenken, als sich, bei der Leichtigkeit, mit welcher ein solches Verfahren durchgesetzt wurde, und dem wenigen Widerstand, den es fand, den Glauben an dessen Rechtmäßigkeit anzueignen, so lächerhaft auch immer die fast nur auf die Anerkennung des Status quo sich beschränkenden Gründe sind, mit welcher Rechtslehre augenheinlich ungern und wider ihren Willen dabei zu Hülfe kamen¹⁷⁾, aber dennoch immer zu Hülfe kamen.

So ist denn vielleicht kaum ein Zweig dinglicher oder persönlicher Rechte, sobald ein vermeintliches Interesse des Staats dabei in Erwägung kam, von einer solchen Einwirkung frei geblieben; denn nachdem auch die Gerichtshöfe den Grundsatz als Rechtssatz aufgestellt hatten: daß es nicht minder ihrer Cognition entzogen sey, ob die behauptete Landeshoheitliche Ausübung einer Handlung wirklich zur Kategorie der Landeshoheit gehöre, und die Behauptung statt aller Begründung genüge¹⁸⁾, da waren also Schranken gefallen, und, wenigstens in der Theorie, die ganze Justiz-Verwaltung, mit allen ihren Attributen, mit allen ihren Einzelheiten, ohne alle Ausnahme, lediglich und allein dem Willen des Landesherren und der »in Höchsthöhen Namen regierenden Officialen« anheim gestellt.

Wenn im Aetherium, im Mittelalter und in den zunächst ihm folgenden Zeiten die Herbeiführung und Unterstützung eines dem Rechtszustande entgegensetzenden Zustandes der Gewalt größtentheils keinen andern Zweck hatte, als die unmittelbaren Folgen, welche dadurch herbeigeführt wurden, so würde es doch eine freche Verläumdung der Regierungen neuerer Zeit seyn,

und besonders der hannoverschen, wollte man derselben auch jetzt noch solche Zwecke unterlegen. Nur ein großer unglücklicher Irrthum, das vermeintliche Wohl des Staats, hat einen solchen Zustand so lange bestehen lassen können; ein großer unglücklicher Irrthum, daß das Wohl des Staats außer der Gerechtigkeit bestehen könne, und nicht jede Ungerechtigkeit so gewiß wie der Aufgang der Sonne nach deren Untergange, sich einst durch Verderben rächen müßte, und treffe dieses auch Kinder und Kindesfinder von deren Urhebern.

Das ist aber der Geist der Zeit, wenn er in irgend etwas vorzugsweise vor den schlechten Zeiten sich darstellt, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln diesen großen Irrthum zu bekämpfen, der Gerechtigkeit ihr Recht, dem Gesetze seine Anerkennung zu verschaffen sucht; der Geist der Zeit ist der Geist der Gerechtigkeit, der Kampf der Zeit ist der für den Rechtszustand der Gesamtheit, für Gesetz und Recht.

Und er hat in unserm deutschen Vaterlande Anerkennung gefunden; die öffentliche Meinung hat seine Partei ergriffen, und wie er im Lande der Sachsen und der Hesen durch den Beitritt der höchsten Staats-Gewalt den Sieg davongetragen hat, — denn für immer ist es dort ausgesprochen:

»daß Niemand von der Verletzung und Verfolgung des Rechtsweges vor den Landesgerichten gehindert werden kann, und die Verurtheilung, ob eine Sache zum Gerichtes verfahren sich eigne, dem Richter allein gebühre, welcher nach Maßgabe allgemeiner Rechtsgrundsätze und solcher Gesetze, welche mit Bestimmung der Landstände erlassen werden, darüber zu entscheiden hat;

daß die Rechtspflege auf immer von der Landesverwaltung getrennt seyn soll;

daß die Freiheit der Person und des Eigenthums niemals einer andern Beschränkung unterliegen sollen, als welche das Recht und Gesetz bestimmen, und

daß Eigenthum oder sonstige Rechte und Gerechtsame für Zwecke des Staats nur in dem durch die Gesetze bestimmten Fällen, und nur gegen vorgängige volle Entschädigung in Anspruch genommen werden können«.

So wird auch in Hannover, daran darf ja auch nicht ein Augenblick gezweifelt werden, dieser Sieg errungen und diese heiligen Grundsätze als ewiges Gesetz ausgesprochen werden; denn der Geist der Gerechtigkeit, der nimmer unsern erhabenen Regenten-Stamm verlassen, ist durch die Wollen eines schweren Irrthums zur ewigen Klarheit emporgeklungen.

Dann, aber auch nur dann wird die heilsame Justiz, diese Grundsätze aller Staaten und Republiken, als eine solche sich bedanken, dann wird Jedem, der der Rechtshilfe bedarf, zu

¹⁷⁾ v. Bülow, Verfassung des Oberappellations-Gerichts, Thl. II. S. 248 — 250. — v. Bülow und Pagemann Practische Erörterungen, Thl. I. Erster. 46.

¹⁸⁾ S. Heft I. Abhandl. V. dieser Zeitschrift.

seinem Rechte verholten werden²⁾, dann werden die Richter neben der Unabhängigkeit auch ihre Selbstständigkeit zu rückhalten, und dann werden die Gerichtshöfe »die Zuspucht der Gesetze« seyn.

(Fortsetzung folgt.)

* 27 *

²⁾ Oberappellations-Gerichts-Ordnung, Prooemium.

XVIII.

Ueber die Trennung der verschiedenen Verwaltungszweige und die Prüfung der Candidaten zum Staatsdienste im Königreiche Hannover.

Die Frage, ob die Trennung der verschiedenen Verwaltungszweige, oder deren Vereinigung den Vorzug verdiene, ob es räthlicher sey, jeden Staatsbeamten nur Geschäfte aus einem und demselben Verwaltungszweige zu übertragen, oder ihm zugleich Geschäfte aus verschiedenen Verwaltungszweigen zur Versorgung zu überlassen, ihn wenigstens aus dem einen Verwaltungszweige in den andern übergehen zu lassen, diese Frage ist in der neuesten Zeit, namentlich in manchen deutschen Ländern zur Sprache gekommen, und sehr verschieden beantwortet worden. Vereinigung verschiedener Verwaltungszweige in der Person desselben Beamten war in früheren Zeiten fast ganz allgemeine Praxis; mit Glück und Erfolg hat man dagegen in neueren Zeiten häufig die Trennung versucht. Wenn wir hier in Beziehung auf das Königreich Hannover die Frage zu beantworten versuchen, welche der beiden Methoden als die vorzüglichere erscheine, so glauben wir damit die Frage über die zweckmäßigste Einrichtung der Prüfungen der Candidaten zum Staatsdienste paßlich vereinigen zu können, indem wir grade in der unzuweckmäßigen Einrichtung dieser Prüfungen einen Hauptgrund der einseitigen Bildung des größten Theils der öffentlichen Beamten und der dadurch notwendig werdenden Fortdauer der Vereinigung der verschiedenen Verwaltungszweige zu finden glauben. Nur dann mag ja überhaupt Trennung der verschiedenen Verwaltungszweige mehr seyn als ein bloßes Wort und wahrhaft Nutzen gewähren, wenn zugleich die Prüfungen der Candidaten zum Staatsdienste so eingerichtet sind, daß dadurch eine vielseitige, gründliche Vorbereitung und Ausbildung derselben für die einzelnen Zweige des öffentlichen Dienstes befördert und unterstützt wird. Im Königreiche Hannover hat man von jeher das Princip der Vereinigung verschiedener Verwaltungszweige in der Person eines und desselben Beamten in den meisten Fällen als Regel angenommen und befolgt, und wenn man gleich, zumal in neueren Zeiten, diesen Grundsatz nicht immer streng durchzuführen vermochte, so ist es doch noch selbst in der Verordnung vom 22. Februar 1825, die Prüfung, Anstellung und

Beförderung der Rechts-Candidaten betreffend^{*)}, ausdrücklich ausgesprochen, daß keine strenge Trennung und Abgeschlossenheit der verschiedenen Dienststadien Statt finden, desgleichen, daß Jeder, der auf eine Anstellung im Civildienst Anspruch machen wolle, erst eine Zeitlang als Auditor bei einem Amte gearbeitet haben müsse. Nur in den höheren Instanzen und den oberen Behörden, sind in neueren Zeiten die verschiedenen Verwaltungszweige mehr von einander getrennt, dagegen aber ist in den unteren Behörden größtentheils noch immer die Vereinigung beibehalten. Daß aber eine Trennung, sobald sie nur auf die oberen Behörden beschränkt wird, durchaus ihren Zweck verfehlt, thätige und für die einzelnen Verwaltungszweige gründlich ausgebildete Beamte zu verschaffen, wenn diese schon früher durch die nothgedrungenen Betreibung der heterogensten Geschäfte zu oberflächlichen Routiniers verbitet worden, fällt in die Augen. Und um so weniger möchte man auch in den oberen Instanzen geschickte Beamte für die einzelnen Verwaltungszweige erhalten, je einseitiger und unzuweckmäßiger die Prüfungen der Candidaten zum Staatsdienste eingerichtet sind, indem dieselben nur allein darauf berechnet zu seyn scheinen, thätige Juristen zu erhalten, gleich als wenn es hinreichte, juristische Kenntnisse zu besitzen, um gleich gut Geschäfte aus den verschiedenartigsten Dienstzweigen zu besorgen.

Vorläufig müssen wir jedoch mit wenigen Worten der Vortheile sowohl, als der Nachtheile der Vereinigung, so wie der Trennung der verschiedenen Verwaltungszweige in der Person desselben Beamten erwähnen. Die Vertheidiger der ersten Methode führen hauptsächlich zweierlei zur Rechtfertigung derselben an: die größere Wohlfeilheit, und in Rücksicht auf die Administrirten, die größere Einfachheit und größere Bequemlichkeit. Trennung der verschiedenen Verwaltungszweige, meint man, werde auch eine ungleich größere Anzahl von Beamten nothwendig machen, und dadurch werde, auch bei einer mäßigen Besoldung derselben, dennoch der Gesamtaufwand für die Klasse der Beamten überhaupt bedeutend steigen. Angenommen selbst, daß dem so seyn, und nothwendig so seyn müsse, so dürfte es dennoch wohl noch immer die Frage seyn, ob nicht durch größere Aufwand durch die bessere Betreibung der Geschäfte hinreichend ersetzt würde, ob nicht das Volk, wenn es gleich für den Unterhalt der Staatsdiener etwas mehr aufzubringen hätte, dafür nicht eine hinreichende Entschädigung finden würde, wenn die Abgaben und Steuern bequemer und wohlfeiler erhoben, die Finanzen überhaupt geschickter und sparsamer verwaltet, die Polizei kräftiger und rascher, und zugleich weniger willkürlich gehandhabt, die Industrie zweckmäßiger unterstützt, und der Nationalwohlstand nachdrücklicher befördert würde? Möge man nur daran denken, welche Verluste der Nationalwohlstand, und welche Abdrückungen das Volk so oft durch eine ungeschickte Anlage oder Vertheilung der Abgaben, durch Vernachlässigung der Industrie, durch Vertheilung mancher schlechteren Polizeieinrichtung erleide, und man wird sich gar leicht davon überzeugen, daß der vielleicht nothwendig werdende größere Aufwand, um für jeden einzelnen Verwaltungszweig die gehörige Zahl thätiger Beamten zu unterhalten, darum noch keineswegs als unbedingt verloren zu betrach-

^{*)} Gesefsammlung 1825, Abthl. I. S. 15.

ten ist. Und sollte den wirklichen Trennung der verschiedenen Verwaltungszweige einen bedeutend höheren Kostenaufwand ganz unermesslich herbeiführen? Müssen denn doch schon jetzt die Geschäfte in den verschiedenen Verwaltungszweigen besorgt werden; die Masse jener Geschäfte nimmt bei Trennung der Verwaltungszweige selbst keineswegs notwendig zu, daher auch nicht die Zahl der Beamten; nur in der verschiedenen Art und Weise, sie zu besorgen, liegt der Unterschied; statt daß vielleicht vorher von drei Beamten jeder Einzelne zugleich Geschäfte aus drei verschiedenen Verwaltungszweigen zu versehen hatte, wird jetzt jeder derselben nur Geschäfte einer Art versehen; die Zahl der Beamten wird darum nicht notwendig wachsen. Dadurch eben werden vielmehr die Geschäfte oft unwürdiger Weise vermehrt und weitläufiger gemacht, und erfordern ein desto stärkeres Personal von Beamten, weil diese sie nicht zu behandeln verstehen. Je mehr die Geschäfte getrennt werden, je besser und tüchtiger sie alsdann versehen werden, um so mehr werden sie alsdann auch gewöhnlich vereinfacht werden können, und einen um so größeren Antheil derselben wird der einzelne Beamte übernehmen können. Die Vortheile der Anwendung des Principes der Theilung der Arbeit werden sich auch hier verhältnißmäßig bewähren. Ausser dem größten Kostenaufwand führt man hauptsächlich noch die größere Besperrung und Weitläufigkeit für die Administrierten als einen Hauptgrund gegen die Trennung der verschiedenen Verwaltungszweige an. Statt daß bei dem alten Systeme der Vereinigung mehrerer Verwaltungszweige in der Hand eines und desselben Beamten, der Unterthan, zumal auf dem kleinen Lande, mit ungleich größerer Zeitigkeit und mit ungleich größerer Zeitersparnis mit der Obrigkeit werde verkehren können, werde er dagegen bei der zweiten Methode mit mehreren Beamten oft an verschiedenen Orten zu thun haben, und dabei ungleich mehr Zeit verlieren, überhaupt werde dadurch das vertrauliche Verhältnis zwischen Obrigkeit und Unterthanen leiden, wogegen bei dem alten Systeme der Beamte, der den Unterthan in den verschiedensten Verhältnissen und Beziehungen kennen zu lernen Gelegenheit habe, auch ungleich leichter auf denselben einfluß gewinnen, so wie der Unterthan seiner Seite auch ungleich leichter Vertrauen zu ihm fassen werde. Die größere Weitläufigkeit, der beschwertere größere Zeitverlust wird sich wenigstens großen Theils vermeiden lassen. Nur in wenig bevölkerten, wenig cultivirten Ländern werden vielleicht die Beamten in den einzelnen Verwaltungszweigen weit von einander entfernt wohnen, und dadurch dem Unterthan einiger Zeitverlust verursacht werden; — wie sich dies aber in einigermaßen stark bevölkerten und cultivirten Ländern nicht in den meisten Fällen gar wohl vermeiden lasse, hat man wahrlich Mühe zu begreifen. Daß da, wo der Unterthan, vorzüglich auf dem Lande, nur mit einem und demselben Beamten in den verschiedensten Hinsichten und Verhältnissen zu thun habe, sich ungleich leichter zwischen Beiden ein freundschaftliches, vertrauliches Verhältnis herstellen werde, das möchte doch wohl, als bloß von der Persönlichkeit abhängig, rein zufällig sein, und vielleicht eben so häufig gerade das Gegentheil Statt finden. Vielmehr scheint eben im Interesse der Administrierten die Trennung der einzelnen Verwaltungszweige unter verschiedene Beamte ganz vorzüglich rätlich und empfehlenswerth zu sein; indem eben dadurch der Unterthan ungleich besser gegen Bedrückungen und Willkür-

lichkeiten der Beamten geschützt wird. Der Beamte, der mehrere Verwaltungszweige in seiner Hand vereinigt, der zugleich Justiz und Polizei- und Finanz-Beamter ist, vielleicht außerdem noch manche ins Militärische einschlagende Geschäfte versteht, wird um so häufiger Gelegenheit haben, seine Administrierten zu bedrücken und zu plagen, je mehr er mit ihnen in den verschiedensten Verhältnissen in Berührung kommt. Findet Trennung der verschiedenen Verwaltungszweige Statt, so mag der Unterthan, der sich von dem einen Beamten bedrückt glaubt, noch vielleicht in manchen Fällen bei dem andern Rath und Hilfe finden, wogegen er sich im entgegengesetzten Falle ganz und gar der Willkür des Einen preisgegeben sieht. Auf das väterliche Verhältnis, was sich, wie man oft zu behaupten hört, gar leicht zwischen dem Beamten und dem Unterthan bilde, wenn der Letztere in allen Beziehungen, nur allein mit Jemem zu thun habe, soll man überhaupt ja nicht zu viel Gewicht legen; die so gerühmte Vaterlichkeit ist oft nur gar zu nah mit der Willkür verwandt. Was aber ganz vorzüglich der Trennung der verschiedenen Verwaltungszweige unter verschiedene Beamte, den Vorzug vor der Vereinigung derselben in der Hand eines und desselben Beamten giebt, ist die Rücksicht, daß in der ersten Methode die Geschäfte, der Natur der Sache nach, ungleich besser und tüchtiger werden versehen werden, als bei der zweiten. Wie läßt sich auch nur vernünftiger Weise erwarten, daß da, wo der Beamte mit den heterogensten Geschäften überhäuft ist, er diese sämtlich gleich gut und gleich geschickt verrichten werde, als wenn er nur auf Geschäfte einer Art beschränkt ist? Wie mag man auch nur von jedem einzelnen Beamten einen solchen Umfang von Kenntnissen, eine solche Vielseitigkeit der Bildung erwarten, als zur Verrichtung ganz verschiedener Verwaltungszweige erfordert wird? Leider zeigt dagegen die gewöhnliche Erfahrung, daß der Beamte, wenn er auch vielleicht in dem einen oder dem andern Fache gründliche Kenntnisse besitzt, die übrigen Geschäfte, die er außerdem noch besorgen soll, in der Regel nur durch die Routine kennen lernt, sie also auch nur mangelfast und unvollkommen versteht. Es verbreitet sich alsdann gar leicht unter den Beamten selbst das Vorurtheil, daß es vollkommen hinreicht, nur einen Zweig der Verwaltung theoretisch studirt zu haben, bei den andern dagegen schon einige Routine genüge — und um so leichter wird sich eine solche Meinung unter ihnen verbreiten, je einfeltiger ihre Bildung war, und je weniger sie gründliche Kenntnis von den andern Verwaltungszweigen besitzen. So ist es namentlich in manchem deutschen Lande ein sehr gewöhnliches Vorurtheil, was selbst leider nicht selten sogar in den höheren Behörden herrscht, daß juristische Kenntnisse schon allein hinreichen, um tüchtige Beamte für die verschiedenartigen Verwaltungszweige zu bilden, daß, so tüchtig es freilich auch jeden Sachkundigen erscheinen mag, Bekanntschaft mit dem Corpus juris als der Maassstab betrachtet wird, wonach die Fähigkeit zu einem Polizei- oder Finanz-Dienste beurtheilt wird. Da aber selbst die höchsten Behörden oft nur aus Männern bestehen, die einzig und allein die Jurisprudenz gründlich studirt haben, da so oft die höheren Justizcollegien die Minister für die verschiedenen Verwaltungs-Departements liefern, so ist denn freilich auch nicht zu verwundern, wenn in so manchem Zweige der Verwaltung einzelne deutsche Staaten noch so auffallend gegen andere Länder zurück sind, wie sich das

vorzüglich oft in der Finanz-Verwaltung in der neuesten Zeit so augenfällig gezeigt hat.

Auch das Königreich Hannover leidet sehr empfindlich an diesem Uebelstande; auch hier sind die verschiedenen Verwaltungszweige nicht weniger als gehobig von einander getrennt. Für die Civil-Staatsbedienten findet in der Regel nur eine Laufbahn Statt, — von dem Amtsauditor anfangend, eine juristische Karriere zu machen. Dabei werden alsdann nothwendig einige sonstige administrative Kenntnisse durch die Routine erlangt, und so steigt der Beamte von Posten zu Posten, geht nachmals in die verschiedenartigen Verwaltungszweige über, und bleibt, wenn auch ein recht tüchtiger Jurist, denn doch in den mehrtheils andern Fächern, in der Regel wenigstens, ein höchst oberflächlicher Routinier. Wie schlecht sich denn aber dabei die andern Verwaltungszweige stellen müssen, die denn doch nicht weniger wichtig sind, als die Justiz, das kann schon, wenn es überhaupt noch eines Beweises bedürfte, die Finanz-Verwaltung des Königreichs in den letzten Jahren beweisen. — Je mehr sich aber in unsern Tagen fast aller Orten eine bedenkliche Gähnung kund giebt, je lauter von allen Seiten über den Mangel der Verwaltung geklagt wird, und je mehr es recht eigentlich die Mängel der Administration im Gegenfall zur Zustüßigkeit sind, welche die Unzufriedenheit und die Unruhen veranlassen, um so mehr sollte man doch wohl darauf bedacht seyn, die Verwaltung zu bessern, und damit sie besser werde, vor allem das für zu sorgen, Beamte zu erbalten, die eine gründliche Kenntniss der Geschäfte besitzen, und nicht bloß solche, die sich allein durch Routine einige mechanische Fertigkeiten gesammelt haben. Man wende nicht ein, es sey ja dafür gesorgt, daß junge Männer, welche sich für den Staatsdienst bilden, auch Kenntniss der verschiedenen Verwaltungszweige außer der Jurisprudenz sich erwürben, man habe ihnen ja den Besuch cameralistischer und anderer Vorlesungen auf der Universität zur Pflicht gemacht; es wird ein Leichtes seyn, zu beweisen, daß diese Maßregel allein so gut als gar nichts wirkt, so lange die Verwaltungszweige selbst nicht getrennt sind, und vorzüglich, so lange die Prüfungen bei der Aufnahme in den Staatsdienst so einseitig und ungewöhnlich eingerichtet bleiben, als bisher.

Unfre Prüfungen der Candidaten zum Staatsdienste, wenigstens die zunächst nach dem Abgange von der Universität angeordneten sogenannten Aulitoren-Examina, erstrecken sich nur auf Jurisprudenz; die Examinatoren selbst sind ebenfalls nur Juristen. Prüfungen über solche Gegenstände und Kenntnisse, wie sie andere Verwaltungszweige erfordern, hat man zuweilen wohl selbst von solchen Männern, die in diesen Verwaltungszweigen angestellt waren, für ganz unmöglich erklären hören, und freilich mögen sie auch wohl denen unmöglich erscheinen, die nur durch Routine mit ihren Geschäften bekannt geworden sind. Dazu dauern die mündlichen Prüfungen nur wenige Stunden, und diese und eine schriftliche, versteht sich nur juristische Relation, entscheiden über die Aufnahme in den Staatsdienst. Zwar soll eine zweite spätere Prüfung sich auch über die Landesgesetze und einige administrative Gegenstände erstrecken; sehr natürlich aber wird der junge Mann, während seiner Einarbeitung nur die erste Prüfung im Auge haben, und sich nur auf diese vorbereiten suchen, steht ihm doch die zweite erst nach längerer Zeit bevor! Allerdings ist vorgeschrieben, es sollen die jungen Männer, die sich dem Staatsdienste widmen wollen, auch an

dere rein-juristische Vorlesungen hören, manche sogenannten cameralistischen Vorlesungen sind selbst ausdrücklich als solche bezeichnet, die nothwendig gehört werden müssen, freilich ohne alle systematische Ordnung und ohne alle Vollständigkeit; allein da man wohl weiß, daß über solche Gegenstände doch nicht eraminirt wird, daß selbst in der Regel gar nicht strenge danach gefragt wird, ob überhaupt jene vorgeschriebenen Vorlesungen gehört worden sind oder nicht, dagegen auf den Besuch der juristischen Vorlesungen allein Gewicht gelegt wird, so ist es denn freilich auch gar nicht zu verwundern, wenn man gar häufig junge Männer als Aulitoren angenommen werden sieht, die von den verschiedenen Verwaltungszweigen, in welche sie demnach vielleicht übergehen, und mit denen sie sich vorzugsweise beschäftigen werden, auch nicht die mindesten Kenntnisse besitzen. Wie wenig sich aber erwarten läßt, daß der junge Mann, nachdem er einmal zu den öffentlichen Geschäften zugelassen worden, bei dem häufig gänzlichen Mangel an den erforderlichen literarischen Hülfsmitteln, bei dem Mangel jeder wissenschaftlichen Anleitung, sich gründliche Kenntnisse aus den übrigen Verwaltungszweigen verschaffen werde, braucht wohl nicht einmal bemerkt zu werden. So erklärt es sich denn auch schon größtentheils von selbst, daß man so oft auf Männer stößt, die zwar sehr achtungswerthe juristische Kenntnisse besitzen, dagegen aber mit der Theorie des Verwaltungszweiges, in dem sie zunächst angestellt sind, vollkommen unbekannt sind, und jede solche Theorie um so tiefer verachten, je weniger sie ihnen bekannt ist. So lange nun aber unsere Staatsprüfungen so mangelhaft eingerichtet bleiben, als dies bisher der Fall gewesen, läßt sich auch darin keine Besserung erwarten. Eine Prüfung von ein paar Stunden wird selbst nicht einmal über die Kenntnisse des Candidaten in einem einzelnen Zweige des menschlichen Wissens auch nur eine oberflächliche Auskunft geben können. Das Resultat der Prüfung und das Urtheil, was ihr zufolge über die Fähigkeiten und die Tüchtigkeit des Candidaten gefaßt werden soll, bleibt dabei rein dem Zufalle überlassen; und wie wenig aus einer einzelnen, selbstigen, schriftlichen Arbeit geschlossen werden mag, fällt eben sowohl in die Augen. So lange freilich das hochwichtige Geschäft des Pensions nur als ein Nebengeschäft dem einen oder andern Beamten, der vielleicht schon mit den heterogensten Arbeiten überladen ist, der gar wohl ein sehr tüchtiger Geschäftsmann seyn kann, ohne auch nur im mindesten zum Examinator zu taugen, übertragen wird, lassen sich nicht wohl gründlichere und umfassendere Prüfungen erwarten. So viel aber ist gewiß, daß nur vielseitige und länger dauernde, sowohl mündliche als schriftliche Prüfungen über die verschiedenen Zweige der Verwaltung, und die verschiedenen, zur tüchtigen Betreibung administrativer Geschäfte nöthigen Kenntnisse, verbunden mit einer zweckmäßigen Trennung der verschiedenen Dienst- und Verwaltungszweige, die Verwaltung selbst gründlich zu bessern vermögen. Nur so kann man erwarten, in den verschiedenen Geschäftszweigen auch für dieselben tüchtig und wissenschaftlich gebildete Beamte zu erbalten, und nicht bloß solche, die zufrieden, das Corpus juris zu kennen, mit einigen mechanischen Handgriffen für alles Uebrige auszureichen zu können meinen. Daß derselbe Uebelstand auch in manchem andern deutschen Lande sich finde, wiewohl man in der neuesten Zeit demselben an vielen Orten zweckmäßig abzuhelfen bemüht gewesen, wird

man hoffentlich nicht als Einwurf gegen das Gesagte anführen wollen. So lange man nicht zu beweisen vermag, daß juristische Kenntnisse allein ausreichen, die verschiedenartigen Verwaltungsgeschäfte richtig zu betreiben, so lange man nicht zu beweisen vermag, daß nur in der Jurisprudenz eine Theorie überhaupt möglich sey, die wissenschaftlich erlernt werden könne, während in allen übrigen Zweigen der Verwaltung die oberflächliche Routine vollkommen hinreiche, so lange man nicht zu beweisen vermag, daß die heterogenen und die verschiedenartigen Kenntnisse verlangenden Geschäfte gleich gut von einem und demselben, als von verschiedenen Beamten besorgt werden können, so lange man endlich nicht zu beweisen vermag, daß eine paarstündige, rein juristische Prüfung schon vollkommen hinreiche, um über die Eüchtigkeit eines jungen Mannes zu den verschiedenartigen Geschäften und über seine Kenntnisse in den verschiedensten Fächern, ein genügendes Urtheil zu fällen, so lange wird man auch der bisher im Königreiche Hannover Statt findenden Vereinigung der verschiedenartigen Verwaltungszweige in der Hand desselben Beamten, und den bisher eben daselbst gebräuchlichen, kurzen und einseitigen, nur juristischen Prüfungen bei der Annahme in den Staatsdienst, seinen Beifall nicht schenken können.

48.

XIX.

Eine Ansicht über Oeffentlichkeit der Civil-Rechtspflege im Königreiche Hannover.

V o r w o r t .

Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege gehört in allen erstinnlichen Beziehungen zu den größten Segnungen, die einer Nation ertheilt werden können; wir sagen in allen Beziehungen, denn es ist nur ein leerer Vorurtheil, wenn man hin und wieder dabei an einen Mangel der Gründlichkeit denkt. Bedenkeachtet aber würde Oeffentlichkeit der Rechtspflege nur dann segensreich wirken können, wenn sie mit allen ihren wesentlichen Consequenzen, d. h. mit der ihr nothwendigen Organisation der Gerichte, eingeführt würde; denn wo zwischen diesen und jener Zwiespalt herrscht, da muß, wie bei allem Halben in den Staats-Einrichtungen, der bezweckte Segen sich in Furcht verwanfeln. Um Irrthum zu vermeiden halten wir uns verpflichtet zu bevorzugen, daß nur dieses durch die nachstehende, höchst sachgemäße Abhandlung hat ausgeführt werden können und sollen.

Die Redaction.

In der zweiten Kammer ist, nach Pag. 136 der Nachricht, von einem Mitgliede der Antrag gemacht:

„Stünde mögen das Princip der Oeffentlichkeit der Rechtspflege und der gerichtlichen Verhandlungen aussprechen.“

Die Allgemeinheit der Fassung läßt schließen, daß dieser Antrag sich nicht bloß auf den Criminal-Proceß beschränkt; Einsender will nur in Beziehung auf den Civil-Proceß über obigen Antrag seine Ansicht aussprechen.

Die Untergerichte nehmen unter den Gerichtsbehörden offenbar den wichtigsten Plas ein, und nur von diesen wird hier die Rede seyn. Die Form ihres Proceßganges muß sich zunächst der Organisation der Gerichte anpassen; oder die Gerichte müssen durch Umformung einem andern Proceßgange angepaßt werden. Einsender wird jenen ständischen Antrag nur in Anwendung auf die bestehende Gerichtsverfassung in Betrachtung ziehen, ohne auf eine Gerichts-Organisation, die nicht existirt, hinauszuzeihen.

Die beantragte Oeffentlichkeit der Rechtspflege und der gerichtlichen Verhandlungen scheint hauptsächlich gegen das bisher übliche schriftliche Verfahren und die Umständlichkeit eines vollständigen Actensammelns gerichtet zu seyn. Etwas Oebeimes hat die Civilrechtspflege bei uns nie gehabt, in dem Jedermann, der ein Interesse hatte, sich immer von dem Stande und Verlaufe eines jeden Proceßes unterrichten konnte. Also kann der Wunsch, den einzelnen Rechtsachen mehr Publicität zu geben, dem fraglichen Antrage nicht zum Grunde liegen. Unter öffentlicher Rechtspflege wird daher eine Veränderung der schriftlichen Verhandlung durch mündliche, vor dem beliebig herzutretenden Publikum zu haltende, Reden verstanden. Auf diese Reden würden dann die Urtheile und Bescheide abgegeben werden; so daß eine Proceßacte künftig, mit Ausfluß von Parteischriften, nur aus gerichtlichen Verfügungen und Sentenzen bestehen müßte. Ein ferneres Actensammeln sielte hinweg. Denn wie könnte der Richter rhetorische Deductionen zu Protocollo nehmen? Oder sollte der Anwalt neben seinen Vorträgen auch schriftliche Notate oder species facti einbringen, so blieben wir ziemlich auf dem alten Punkte, und die mündlichen Vorträge wären oft wenig mehr als Omentation.

Der Zweck der Rechtspflege ist gründliche Rechtsentscheidung, mit nicht mehr und nicht weniger Aufwand an Zeit und Geld, als zur Erreichung dieses Zweckes erforderlich ist. Gesellschaftliche Proceßregeln können unmöglich mit gleicher Zweckmäßigkeit alle cases umfassen, weil nicht alle Collisionen auszugleichen sind. Das minder Wichtige und minder Häufige muß zurückstehen, wenn es unter der Anwendung der gegebenen Hauptprincipien etwa leiden sollte. Ausstellungen hierüber verdienen nur dann Berücksichtigung, wenn gezeigt werden kann, daß eine Emendation den für das Reguläre und Gewöhnliche angenommenen Principien nicht schaden würde. Alles, was die Gründlichkeit überhaupt und die freie Vertheidigung des Rechts gefährdet, vermandelt die Wahrheit in Form und Schein, und vereitelt die Pflege des aus Mangel an Pflege vernichteten Rechts. Wo die Materialien des Proceßes schriftlich zusammengetragen wurden, da hat der Richter Zeit, sich reichlich die Sachen zu überlegen, sie zu prüfen und zu vergleichen. Hier genügte zur Ausmittelung des Rechts für die erste Instanz in der Regel die Intelligenz eines einzelnen Richters. Wenn aber verlesene Worte die Grundlage des Verfahrens seyn, und die Entscheidungen in continenti oder ex memoria gefaßt werden sollen, dann werden

mehrere Intelligenzen zusammenweisen, und gemeinschaftliche Verfügungen unter einer Mehrzahl von Richtern getroffen werden müssen. Das Product der Mehrzahl würde das Product der Zeit zu ersten haben. Es möchte sich fragen, ob die momentane Deliberation eines Collegii, oder die andauernde Erwägung eines Einzelnichters mehr Vertrauen verdiene.

Unsere Untergerichte sind nach ihrem jetzigen Bestande nur kleine Gerichte, und fast durchgängig mit nur Einem Richter besetzt. Daß z. B. ein Amt drei, vier oder fünf Beamten hat, hindert nicht, daß nur der Expedient der Judicatsalthen allein die Processi leitet und entscheidet. Doch ist diese Expedition unter Mehrere getheilt, so dirigirt doch jeder Einzelne die einzelnen Sachen für sich. Die übrigen Collegen sind principaliter mit andern Zweigen des Staatsdienstes chargirt, und können höchstens nur beiläufig von der Rechtspflege Theil nehmen.

Wir haben demnach keine Untergerichte, wie sie der oben allegirte sächsische Antrag voraussetzen muß, kein Untergericht, bei welchem die Anzahl zusammenwirkender Intelligenzen die Zeit zur Deliberation eines Einzelnichters ersetzen könnte. — So müßte sich also das bisherige Verfahren der bisherigen Constitution der Gerichte conformiren.

Was aber würde der Realisirung jenes sächsischen Antrags vorausgehen müssen? — Eine Umformung des ganze heutigen Bestandes der Untergerichte, die Erhaltung von Tribunalen erster Instanz mit einem angemessenen Sprengel. — Man würde Stadt- und Landgerichte instilliren müssen, denen die sächsische Gerichtsbarkeit sammt der Jurisdiction über viele umliegende Aemter und alle enclavierte Patrimonialgerichte beizulegen würde. Nur so könnte man Gerichte-Collegia erhalten, ausschließlich für die Rechtspflege bestimmt, und stark genug besetzt, um collegialisch die angehörten Parteivorträge zu beraten, und abschließend darüber zu entscheiden. Und nur solche Gerichte würden die, durch das ganze Land gestreuten Advocaten um sich sammeln, und jene Accumulation der Talente mit höherer Ausbildung bereithalten, welcher auf andere Weise mit unvollkommenem Erfolge nachgehrt werden möchte.

Mit den kleinen Streitigkeiten und Rechtsbedenken des täglichen Betriebes könnte ein solcher Gerichtshof sich nicht befassen. Bagatell- und gewöhnliche Schuldsachen, welche die meisten richterlichen Verfügungen proceodiren, bedürfen auch nicht eines solchen Tribunals zu ihrer Erledigung. Die Entfernung seiner Sitzungen, welche bei wirklichen, durch Advocaten geführten Processen, wenig ausmacht, würde die kleineren Rechtshilfen unerschwinglich erschweren. Deshalb würden untergeordnete Friedensrichter mit beschränkter Competenz in den Gerichtssprengel vertheilt werden müssen, um laudie und feiner Rechtsausführung bedürftige Sachen abzutun, vorläufige Vergleiche zu vermitteln, Subreata zu requiriren, in Verwundtschafts-, Erbsitz- und Hypothekensachen zu assistiren u. dgl. m.

Dies wären die ersten Grundtagen zur Ausübung unserer sächsischen Antrags. Man sieht, daß darin viel tiefer Dinge verborgen liegen, als die bloße Aenderung des gerichtlichen Ver-

fahrens. Eine unmittelbare Absonderung der Justiz von der Administration wäre die nächste Folge, die noch manche andre nach sich ziehen würde.

Bei der heutigen Organisation der Gerichte wäre die Abschaffung der schriftlichen Verhandlung ein großes Uebel. Mit dem Actensammeln wäre es so gut als vorbei. Die jetzigen Untergerichte müßten oft ganze Sitzungen mit Erörterung von Bagatellfällen hindern. Die unverweilte Abgabe der Bescheide eines Einzelnichters auf nicht registrirte Deductionen würde in wichtigeren oder vernichtlichen Sachen die wenigsten Parteien zufließen lassen, und die Appellationen in infinitum vermehren. Die Verlegung eines Einzelnichters würde sogar in allen nicht definitiv erledigten Sachen die nochmalige Wiederholung der Parteivorträge und des ganzen Processus nöthig machen, da mit der Nachfolger im Amte sich eben so gut insinuire, als der Vorgänger. Dem gewissenhaften Einzelnichter wird eine mittelmäßige Schelte willkommen sein, als die brilliantesten Reden, sobald er nicht durch hinfälligen collegialischen Willkür in judicando das Gefühl der Ehrbarkeit des auszusprechenden Rechts gewinnen kann. Besonders aber würde den Advocaten bei der Klarheit der jetzigen Gerichtsbegriebe die officium ungemein erschwert werden. Könnten sie nicht mehr ihre Eingaben schriftlich überreichen, und sollten sie zu jedem Vortrage persönlich erscheinen, so würden die gesuchten Anstände ihre beste Zeit auf den Landstraßen verschwenden müssen. Diese Zeitverschwendung hätte für die Parteien große Kosten, für den Einzelnichter keine Erleichterungen, für die Gerichte eine ständige Verhäufung, und für die Advocaten sehr schlechte Entscheidungen, und viele Verluste an Arbeit und Einkommen zur Folge.

Darum ist vor allen Dingen zu bedchten, daß man nicht auseinanderreißt, was zusammengehört, und nicht zusammenzwingt, was nicht in einander paßt. — Soll also unser sächsischer Antrag Wirkung haben, so würde ihm zuvor eine Unterlage zu verschaffen sein, auf welcher er ruhen und geistliche Früchte tragen kann.

Noch eine Schlussbemerkung möge hier Raum finden. Es ist nicht der Ort, die Processordnung einer Kritik zu unterwerfen, und deren verfassungsmäßige Mängel zu kritisiren. Das nicht juristische Publikum fast ungenauigen Begriff, daß nicht nur so kleine und in langweilig sein. — Es jedoch das, in dem mehrertheilten sächsischen Antrage beizulege, Verfahren wohlfeiler sein würde, möchte sich bezweifeln lassen. Aufzählungen aber sind möglich, und schon jetzt. — Die Processordnung schreibt den Parteien für ihre Anträge rechtliche Fristen und Termine vor. Wenn dieselbe nicht so für die richterliche Thätigkeit gewisse Zeiträume verordnete, und den Einzelrichtern die Controlen aufgetragen hätte, mit der Verpflichtung, — bei jeder in actis wahrgenommenen Verletzung einer verantwortlichen Pflicht ex officio einzuschreiten — ja, wenn sie nur die Richter verpflichtet hätte, in jeder verfahrenen Verhandlung den Grund der Verurtheilung allemal auszusprechen — so möchte wohl mancher Process um ein Bedeutendes früher sein Ende erreichen. —



KODAK GRAY SCALE

Red-Filter Negative

Cyan Printer

Green-Filter Negative

Magenta Printer

10

20

20

50

70

1.00

1.30

1.60 9

190



3-color

CYON

violet

magenta

primary red

yellow

OPEN



KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

